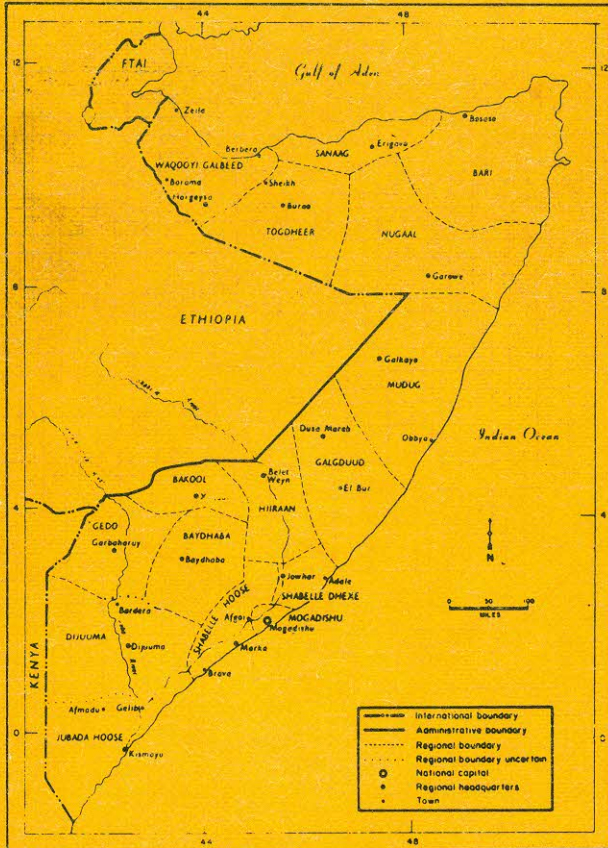


THOMAS LABAHN

Sprache und Staat

Sprachpolitik in Somalia



HELMUT BUSKE VERLAG HAMBURG

AFRIKANISTIK im HELMUT BUSKE VERLAG HAMBURG

THOMAS LABAHN
Sprache und Staat

- HEINE, B./SCHADEBERG, TH. C./WOLFF, E. (Hg.): Die Sprachen Afrikas. Ein Handbuch.
1981. 665 S. m. 26 Karten u. zahlr. Tabellen DM 124.- ISBN 3-87118-433-0
- : Die Sprachen Afrikas. Studienausgabe Band 1: DE WOLFF/MÖHLIG/SCHADEBERG
Niger-Kordofanisch. 1981. XVI, S. 45-128 DM 16.- IBNS 3-87118-488-8
- : - Band 2: SASSE/STÖRK/WOLFF: Afroasiatisch.
1981. XVI, S. 129-262 mit 7 Karten DM 22.- ISBN 3-87118-489-6
- : - Band 3: SCHADEBERG: Nilosaharanisch.
1981. XVI, S. 263-328 mit 6 Karten DM 14.- ISBN 3-87118-490-x
- : - Band 4: WINTER: Khoisan. 1981. XVI, S. 329-374 DM 10.- ISBN 3-87118-491-8
- : - Band 5: GERHARDT/HEINE/VOSSEN/MÖHLIG: Sprachvergleichung.
1981. XVI, S. 375-478 mit 3 Karten DM 18.- ISBN 3-87118-492-6
- : - Band 6: ROTTLAND/VOSSEN/REH: Sprache im Kontext.
1981. XVI, S. 17-44 + 479-630 mit 5 Karten DM 29.80 ISBN 3-87118-493-4

AFRICAN LINGUISTIC BIBLIOGRAPHIES (ISSN 0721-2488) edited by

Franz Rottland & Rainer Voßen

Vol. 1: REH, M.: Problems of Linguistic Communication in Africa.

1981. 230 pp with 2 maps DM 42.- ISBN 3-87118-509-4

KUSCHITISCHE SPRACHSTUDIEN - CUSHITIC LANGUAGE STUDIES

(ISSN 0721-4340) edited by Hans-Jürgen Sasse

HAYWARD, R. J.: A Grammar of Irob In preparation

SASSE, H.-J.: An Etymological Dictionary of Burji In preparation

BLACK, PAUL: Gidole Dictionary In preparation

LAMBERTI, M.: Der Somali-Dialekt von Dinsor Af Dabarro In preparation

SPRACHE UND GESCHICHTE IN AFRIKA SUGIA. Herausgegeben am Institut für
Afrikanistik der Universität zu Köln von B. Heine, Wilh. J. G. Möhlig, F. Rottland,
R. Vossen, J. C. Winter (ISSN 0170-5946)

SUGIA 1 - 1979. 227 S., 4 Karten DM 36.- ISBN 3-87118-378-4

SUGIA 2 - 1980. 335 S., 3 Karten DM 48.- ISBN 3-87118-432-2

SUGIA 3 - 1981. 359 S., mit 14 Tab. und 40 Karten + Klarsichtfolie DM 54.-

ISBN 3-87118-486-1

SUGIA - Beihefte 1: SCHADEBERG, TH. C.: A survey of Kordofanian I: The Heiban
Group. 1981. 199 pp with 2 maps DM 30.- ISBN 3-87118-461-6

SUGIA - Beihefte 2: SCHADEBERG, TH. C.: A Survey of Kordofanian II: The Talodi
Group. 1981. 175 pp with 2 maps DM 28.- ISBN 3-87118-498-5

SUGIA - Beihefte 3: HINNEBUSCH, THOMAS J./NURSE, DEREK/MOULD, MARTIN: Studies
in the Classification of Eastern Bantu Languages.

1981. XII, 261 pp with 3 maps + 30 tables DM 44.- ISBN 3-87118-511-6

CYFFER, N.: Syntax des Kanuri. Dialekt von Yerwa (Maiduguri) (HbgerPhilologStud.
Bd. 35). 1974. 223 S. mit 27 Tab. DM 28.- ISBN 3-87118-160-9

DRIEVER, D.: Aspects of a case grammar of Mombasa Swahili with special reference to the
relationship between informant variation and some sociological features (HbgerPhilologStud.,
Bd. 43). 1976. IX, 253 pp DM 34.- ISBN 3-87118-245-1

FODOR, I.: A fallacy of Contemporary Linguistics. J. H. Grennberg's Classification of the
African Languages and His "Comparative Method" (1966, '67 + '69 published under the
title: *The problems in the classification of the African languages*).
1981. 114 pp, tables DM 24.- ISBN 3-87118-421-7

FODOR, I.: Pallas und andere afrikanische Vokabularien vor dem 19. Jahrhundert. Ein Beitrag
zur Forschungsgeschichte (Kommentare zu PALLAS, *Linguarum*, Bd. 1)

1975. IX, 294 S. m. 2 Falttaf., 28 Faks., 26 Falttab. DM 60.- ISBN 3-87118-210-9

THOMAS LABAHN

Sprache und Staat

Sprachpolitik in Somalia



HELMUT BUSKE VERLAG HAMBURG

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Labahn, Thomas:

Sprache und Staat: Sprachpolitik in Somalia/
Thomas Labahn. – Hamburg: Buske, 1982.
ISBN 3-87118-559-0

ISBN 3-87118-559-0
Alle Rechte vorbehalten

© HELMUT BUSKE VERLAG HAMBURG 1982
Gesamtherstellung: WS-Druckerei, Mainz

VORWORT

Die vorliegende Studie zur Einführung der lateinischen Schrift und zur Übernahme des Somali als offizieller Sprache der Demokratischen Republik Somalia wurde im Sommersemester 1982 dem Fachbereich Orientalistik der Universität Hamburg als Dissertation im Fach Afrikanistik vorgelegt. Sie wurde ermöglicht durch einen viermonatigen Studienaufenthalt in Somalia, der durch die Mittel der Graduiertenförderung finanziert wurde.

Ohne die Unterstützung des Präsidenten der National University in Mogadishu, Mr. Mohamed Muddei, und des Kultusministers, Mr. Ahmed Ashkir Botan, wäre ein Zustandekommen dieser Arbeit undenkbar gewesen. Gedankt sei an dieser Stelle auch meinem somalischen Mitarbeiter, Mr. Abdinassir Sheikh, dessen Beharrlichkeit auch dann noch Quellen erschloß, wenn bürokratische Hindernisse beseitigt werden mußten. Auch die Empfehlungen der Somali Studies International Association und ihres Vorsitzenden, Mr. Hussein M. Adam, erwiesen sich als hilfreich. Nicht zuletzt sei den verantwortlichen Politikern im Kabinett und im ehemaligen Supreme Revolutionary Council sowie den Sprachwissenschaftlern der National Language Commission, deren aller Wirken die somalische Sprachpolitik mitgetragen hat, für die Zeit gedankt, die sie für die Beantwortung meiner zahlreichen Fragen zur Verfügung stellten.

Hier in Deutschland fühle ich mich Prof. Dr. Ludwig Gerhardt für

seine Unterstützung und Betreuung der Arbeit zu besonderem Dank verpflichtet. Darüberhinaus gilt mein Dank Herrn Dr. Ekkehard Wolf, dessen Anregungen in der Anfangsphase zur konzeptionellen Entwicklung der Arbeit beigetragen haben.

Kritische Anmerkungen zur Strukturierung dieser Studie danke ich Herrn Hans Hoyng. Letztlich sei die Hilfe von Frau Anneliese Altvater erwähnt, die mit ihren unermüdlichen Bemühungen zum technischen Zustandekommen beigetragen hat.

Halstenbek, 25. April 1982

Thomas Labahn

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	V
Einleitung	1
1. Sprache im sozialen Kontext	9
2. Sprache und Gesellschaft	24
3. Grundzüge der Geschichte Somalias	65
4. Das Sprach- und Schriftproblem in Somalia	
4.1. Arabische Einflüsse	87
4.2. Bemühungen um somalische Schriftsysteme	95
4.3. Europäische Einflüsse	98
4.4. Einsetzende Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen	105
4.5. Der Vorabend der Unabhängigkeit	110
4.6. Zaudernde Behandlung der Schriftproblematik nach der Unabhängigkeit	133
4.7. Schriftentscheid im Rahmen eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses	156
5. Sprachpolitik zwischen strukturellen Restriktionen und gesellschaftlicher Transformation	188

6. Zur Übertragbarkeit der somalischen Erfahrungen auf andere afrikanische Staaten	238
Anmerkungen	246
Literaturverzeichnis	276
Anhang	
Übersicht über die Sprachsituation in den Staaten	
Afrikas	294
Schriftsysteme	296

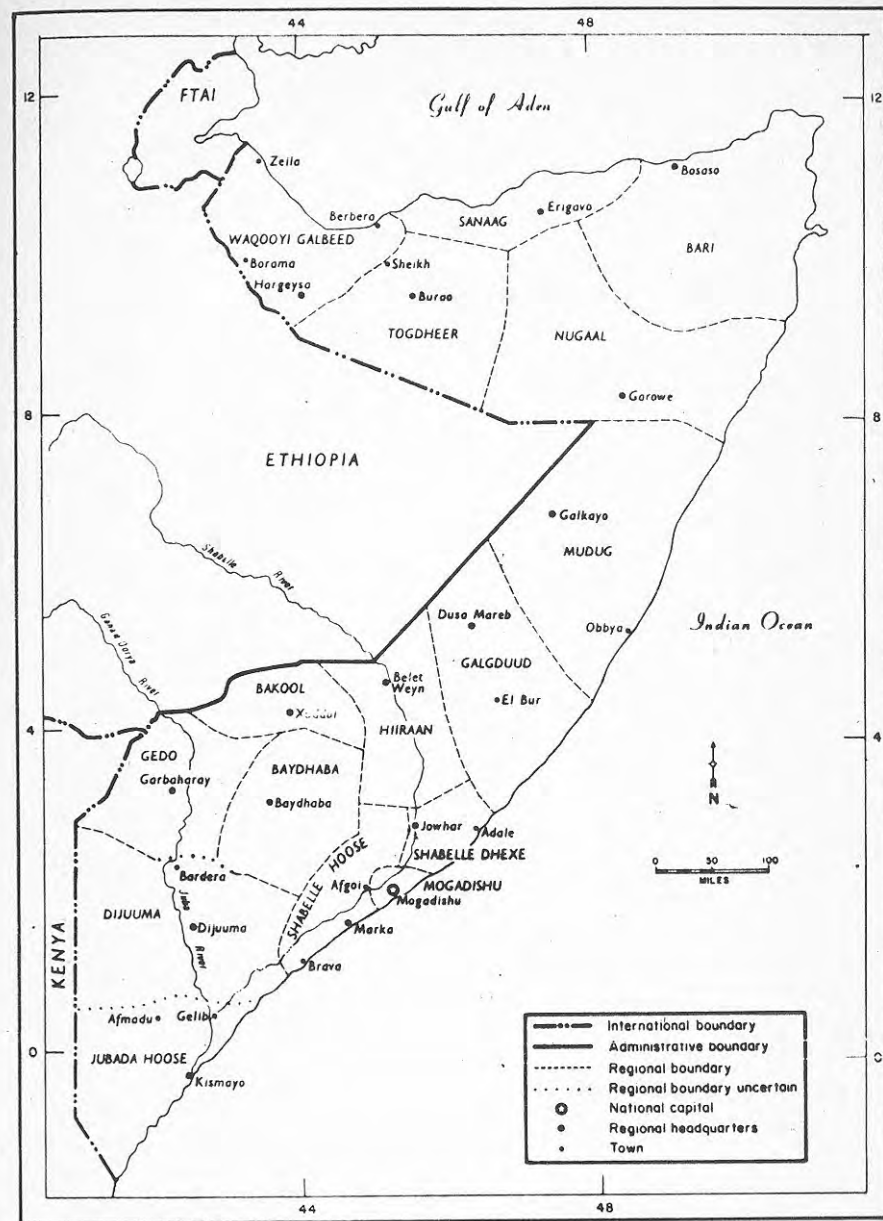


Figure 1. Somali Democratic Republic

Quelle: I. Kaplan, Area Handbook for Somalia

Einleitung

Unter den Entwicklungsproblemen, die die Staaten des subsaharanischen Afrika plagen, gibt es neben landesspezifischen Problemen zwei Bereiche, die überall anzutreffen sind: die aus kolonialer Unterdrückung fortwirkenden Strukturen ökonomischer Unterentwicklung und Sprachprobleme, die Entwicklungsbarrieren in den einzelnen Ländern errichten. Sie sind im wesentlichen eine Folge kolonialer Grenzziehung. In den meisten Staaten können sich bislang nur 10% bis 15% der Bevölkerung der jeweiligen offiziellen Sprache bedienen, da sich die jungen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit vornehmlich einer exoglossischen Sprachpolitik bedienten, das heißt, eine oder mehrere Sprachen ihrer ehemaligen europäischen Kolonialherren als offizielles Kommunikationsmittel in Parlament und Verwaltung, in Rechts- und Bildungswesen einführten.

Die Folgen liegen auf der Hand: statt durch die erhoffte "Weltoffenheit" rascher Anschluß an entwickelte Länder zu erreichen, wird durch eine solche Sprachpolitik der weitaus größte Teil der Bevölkerung von allen Bereichen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Sprache konnte somit nicht zum Vehikel gewünschter und notwendiger Identitätsfindung werden, sondern führte zu einer festumrissenen Spaltung der Gesellschaft mit dem Resultat eines ständig wachsenden Konfliktpotentials und politischer Destabilisierung.

Unter diesen Bedingungen stellte sich die Entwicklung einer Sprachpolitik in fast allen Staaten als ein drängendes Problem dar. Eine

solche, den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechende Sprachpolitik kann sich nicht allein auf korrigierende und kompensierende ad-hoc-Interventionen beschränken, sondern muß die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung und Strukturierung gesellschaftlicher Prozesse besitzen, sie "has to meet the needs and interests of the entire population and ... (has to) provide maximal opportunities for all segments of the society - regardless of ethnic origin, language, religion, and social class - to participate in the running of the system and in its interests." (Kelman 1971, 38)

Ein abgestuftes, Handlungsanleitungen vermittelndes Konzept muß bei wechselweiser Berücksichtigung politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, historischer, demographischer, psychologischer Faktoren etc. die Grundlage legen, die der Tatsache, daß Sprache einen Baustein gesellschaftlicher Realität darstellt, und daß ein Wechsel im Sprachgebrauch einer Gesellschaft Veränderungen in der sozialen Umwelt nach sich zieht, Rechnung trägt. Nur durch die Erarbeitung eines elaborierten, auch Details mit einbeziehenden Konzepts wird es den afrikanischen Staaten möglich sein, Sprache jene Funktionalität gewinnen zu lassen, die Kelman (1971, 21) veranlaßte, Sprache als ein "uniquely powerful instrument in unifying a diverse population and in involving individuals and subgroups in a national system", zu bezeichnen.

Zieht man in Betracht, welche eminent wichtige Rolle den innerstaatlichen Sprachproblemen und dem Versuch ihrer politisch-administrativen Bewältigung zukommt, so ist man erstaunt über die geringe Quantität

der dieses Problemfeld behandelnden Forschungsarbeiten. Zwar ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit Sprachplanungsvorhaben in den letzten Jahren immer stärker in den Mittelpunkt sozio-linguistischer Untersuchungen gerückt, doch häufig erfolgte die Beschreibung der Wirklichkeit anhand des Schattens, den sie wirft. Demgegenüber wurden die vielfältigen Gründe, die zum jeweiligen Scheitern staatlicher Sprachpolitik in Afrika beitrugen, nur selten mittels konkreter Studien aufgedeckt und erläutert. Stattdessen gibt es viele Versuche, das Problemfeld definitorisch beizulegen: "Language planning is focused on problem solving and is characterized by the formulation and evaluation of alternatives for solving language problems to find the best (or optimal, most efficient) decision." (Rubin/Jernudd 1971, XVI)

Selbst die seltenen Fälle, in denen sich eine komplexe sprachpolitische Konzeption nachweisen läßt, blieben weitestgehend unberücksichtigt, was Andrzejewski auf einem Symposium in Mogadishu 1979 dazu veranlaßte, in Bezug auf Somalia, das in UN-Statistiken zu den "least developed countries" gezählt wird, von einer "conspiracy of silence" zu sprechen. Denn mißt man die Erfolge der somalischen Sprachpolitik, so ist man über das dürre Angebot an publizierter, wissenschaftlicher Literatur zu diesem Thema überrascht. Ein Defizit an Informationen und mangelndes Problembewußtsein bezüglich der inneren Verhältnisse und Entwicklungen beließen wesentliche Aspekte dieses Prozesses außerhalb des Blickfeldes der internationalen Forschung. Diesen Mangel beseitigen zu helfen, ist eine wesentliche Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

Als zu atypisch, nicht den Gegebenheiten anderer Staaten entsprechend wurde die Ausgangssituation in Somalia allgemein angesehen. Eine, man muß wohl sagen, vermeintliche Homogenität soll kennzeichnend für die linguistische Situation und gleichzeitig Grundlage für die späteren Erfolge der Sprachpolitik gewesen sein. Eine dergestaltete Beschreibung ist jedoch nur ein Oberflächenausschnitt der Realität, die Gesamtsituation stellte sich weit vielschichtiger dar. Hussein Adam (1968, 2) beschrieb die vor 1972 herrschenden Verhältnisse wie folgt: "When it comes to the spoken language Somali is homogeneous, but when it is the question of the written language it becomes multilingual." Doch auch diese Feststellung ist irreführend, denn verfolgt man die Debatte um Sprache und Schrift, so stellt man fest, daß selbst die sprachliche Homogenität für geraume Zeit in Frage gestellt werden kann. Versucht man daher, das Knäuel der in ihren Intentionen unterschiedliche Ziele anstrebenden Personen und Gruppen zu entwirren, so wird offenbar, daß auf analytischer Ebene Somalia eine der Situation in anderen afrikanischen entsprechende Komplexität aufweist und keinerlei Sonderstatus einnimmt. So konnte auch erst eine drei Jahre nach der Machtübernahme durch die Militärs 1972 verkündete Entscheidung zugunsten des lateinischen Schriftsystems die Wirrnisse der vorhergehenden Periode beenden und die Grundlage schaffen für eine endoglossische Sprachpolitik, die dem Somali den Status als alleiniger, offizieller Sprache des Landes verlieh. Dadurch bekam die Regierung nicht nur die innerstaatlichen Kommunikationsprobleme in den Griff, sondern konnte in Verbindung mit

landesweiten Bildungskampagnen und dem Aufbau eines modernen Erziehungswesens einen Hebel zur Beseitigung des Analphabetentums ansetzen.

Es ist nicht die Tatsache, daß Somalia während der ersten zwölf Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit auf ausländische Sprachen und erst dann auf Somali als offiziellem Kommunikationsmittel zurückgriff, die dieser Studie besondere Exklusivität verleiht, denn eine konsequent betriebene exoglossische Sprachpolitik war Kennzeichen aller afrikanischer Staaten in den ersten Unabhängigkeitsjahren. Es ist auch nicht allein der Widerspruch, daß eines der ärmsten Länder Afrikas auf eine erfolgreich betriebene Sprachpolitik zurückblicken kann, während den materiell besser ausgestatteten Staaten dies nicht möglich ist, oder die Besonderheit, daß sowohl das Sprach- wie auch das Schriftproblem angesprochen werden müssen, um der spezifischen Situation gerecht zu werden, als vielmehr die Gesamtheit all dieser Faktoren, die eine detaillierte Beschreibung notwendig erscheinen läßt.

Auf die spärliche Materiallage war schon verwiesen worden. Sie hatte ihre Ursache in einer bis Ende des letzten Jahrzehnts währenden isolationistischen Haltung Somalias gegenüber dem Westen, die nicht nur politische, sondern in noch stärkerem Maße wissenschaftliche Kontakte betraf und jede ortsgebundene Forschung verhinderte. In den letzten drei Jahren haben sich jedoch verstärkte Beziehungen zum Ausland entwickelt, so daß die im Rahmen dieser Untersuchung notwendigen zwei Forschungsaufenthalte in der somalischen Hauptstadt durchgeführt werden

konnten. Dabei erstreckte sich der erste über eine viermonatige Zeitspanne von Februar bis Juni 1981, während der zweite den September des gleichen Jahres umfaßte. Während dieses Zeitraums von insgesamt fünf Monaten konnte Einsicht in die für die Themenstellung relevanten offiziellen Materialien und Unterlagen genommen werden (Sitzungs- und Tagungsprotokolle, ministerielle Arbeitspapiere etc.), erfolgte eine Auswertung der verfügbaren Zeitungen und Zeitschriften und wurden darüberhinaus Interviews und Befragungen mit den am Prozeß der Sprachpoliti/Sprachplanung direkt Beteiligten durchgeführt. Dieser letztgenannten Gruppe sind Mitglieder der National Language Commission, der im Vorfeld der 1972 getroffenen Entscheidung eine spezifische Gestaltungsfunktion zukam, sowie auf der politischen Ebene involvierte Personen zuzuzählen. Da es die Somalia eigene Verwaltungsstruktur mit sich bringt, daß sich die Entscheidungsfindung in fast allen Fragen auf die höchste Leitungsebene konzentriert, kamen als kompetente Gesprächspartner nur jene Personen in Betracht, die in den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Militärs Mitglieder des Supreme Revolutionary Councils waren oder ein Ministeramt bekleideten. In beiden Gremien konnten Gesprächspartner gefunden werden.¹

Da die Befragungen, die in freier Gesprächsführung erfolgten, übereinstimmende Aussagen erbrachten, scheinen die genannten Fakten den tatsächlichen Gegebenheiten entsprochen zu haben und nicht Ausdruck der persönlichen Einstellung der Auskunftspersonen zu sein.

Da der Funktionswert der Sprache nur durch die Einbindung in gesellschaftliche Strukturen seine volle Ausschöpfung erfährt, werden die ersten beiden Kapitel der Arbeit einige Aspekte des Verhältnisses von Sprache und Gesellschaft zu beleuchten versuchen. Sprachplanung und Sprachpolitik als wissenschaftliche Disziplinen, ihre gesellschaftliche Relevanz sowie Anmerkungen zum jetzigen Forschungsstand werden dabei speziell im zweiten Kapitel behandelt, das mit einer Betrachtung über den funktionalen Wert von Schrift abschließt. Im folgenden Abschnitt wird es um eine Übersicht über die geschichtliche Entwicklung Somalias sowie eine kurze Darstellung der heutigen Situation gehen. Auf Grundlage dieser Basisinformationen wird in Kapitel vier eine schematisch verkürzte, doch chronologische Darstellung des Ablaufs der Geschehnisse gegeben, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche des Bildungswesens und der Verwaltung gelegt wird, da diese in spezifischer Form den Sprachgebrauch in einem Lande widerspiegeln. Ein Verständnis für Informationsflüsse und Konzeptionalisierungsbemühungen als Teile eines Planungs- und Entscheidungsprozesses ist nur möglich bei Kenntnis des gesellschaftlichen Bezugsrahmens. Eine in Teilbereichen sehr detaillierte Ausführung, die der gesellschaftlichen Bedeutung der Sprachfrage als angemessen erscheint und durch die Vielzahl der gewonnenen Informationen ermöglicht wurde, ist daher vom Verfasser bewußt in Kauf genommen worden.

Unter Einbezug der in Kapitel drei und vier ausgebreiteten Informationen soll anschließend die Sprachdiskussion in Somalia mit all ihren

Implikationen einer umfassenden Analyse unterzogen werden. Vor dem chronologischen Hintergrund werden die den Gesamtprozeß konstituierenden Einzelelemente beleuchtet und Rückkoppelungsprozesse zwischen den einzelnen involvierten Bereichen dargestellt. Methodisch wird dabei auf systemtheoretische Ansätze zurückgegriffen.

Da sich der Staat als ein komplexes System aus ökonomischen, politischen und kulturellen Elementen zusammensetzt, wäre die Beschränkung dieses Themenbereiches auf rein linguistische Daten eine unzulässige Verkürzung der Wiedergabe. Es werden daher alle Teilbereiche - mit unterschiedlicher Gewichtung - in die Betrachtung einzubeziehen sein. Es ist jedoch nicht der Sinn der Arbeit, nachzuverfolgen, welche Auswirkungen die einmal getroffene Entscheidung auf einzelne Anwendungsbereiche der Sprache hatte; sie konzentriert sich vielmehr darauf zu evaluieren, in welcher besonderen Form die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche auf das politische System im Vorfeld einwirkten.

Da eine in oben beschriebenem Sinne auf Veränderung der sozialen Wirklichkeit abzielende Planung die Tendenz zu einem hohen Konfliktpotential aufweist, soll nicht nur die Frage der Bedarfsstruktur nach Planung erörtert werden, es gilt, zusätzlich zu eruieren, für wen, zu wessen Nutzen, mit welchem Ziel und auf wessen Kosten geplant wurde. (vgl. Ronge/Schmieg 1971, 120) Auf dieser Ebene wird es dann im Schlußkapitel möglich sein, strukturelle Übereinstimmungen mit konkreten Situationen in anderen afrikanischen Staaten herauszuarbeiten und eine Antwort auf die Frage zu liefern, ob die Behandlung des Sprachproblems in Somalia für andere afrikanische Staaten als Modell dienen könnte.

1. Sprache im sozialen Kontext

Unter einem sehr weiten Blickwinkel gewinnt die Behandlung der Sprachproblematik in afrikanischen Staaten ihre Bedeutung. Ethische Rivalitäten, organisatorische Ineffizienz, Probleme beim Staatsaufbau und mangelndes wirtschaftliches Wachstum sind jene Bereiche, die assoziativ dem afrikanischen Kontinent zugeordnet werden. Für alle Bereiche soll Sprache die Ressource sein, die bei entsprechender Nutzung zu einer Melioration der sozialpolitischen Zustände beitragen kann.

Für den Bestand und ein effektives Funktionieren als Gesamtsystem, aber auch in Teilbereichen, ist es für den Staat essentiell, daß die von ihm verfolgten Zielsetzungen weitgehend von der Bevölkerung akzeptiert werden. Akzeptanz beinhaltet, daß die Staatsautorität und damit einhergehend spezifische Ansprüche und Forderungen des politischen Systems als legitim anerkannt werden.

Auf sozio-psychologischer Ebene spiegelt sich die Legitimation in der seitens des Individuums gegenüber dem politischen System bestehenden Affinität wider, d. h. dem Maße, in dem sich der einzelne Bürger als Bestandteil des Gesamtsystems versteht und dessen Aktionen als persönlich intendiert betrachtet. Dabei ist zwischen zwei möglichen Quellen von integrativer Affinität zu unterscheiden (vgl. Kelman 1971, 23): einer emotionalen/affektuellen ("sentimental") und einer instrumentellen. Erfolgt der emotionale Einbezug durch die Anerkennung der grundlegenden Werte eines Staates, seien

sie nationalistischer, kultureller oder religiöser Art, so manifestiert sich eine instrumentelle Affinität dadurch, daß das politische System als angemessene Vertretung der eigenen Interessen verstanden wird, da es der Garant für die Realisierung des größtmöglichen persönlichen Nutzens und des Strebens nach Sicherheit ist. Ausdruck findet die Eingliederung des Individuums in der Akzeptanz der Systemregeln, das sind Gesetze, soziale Rollen und politische Partizipation. Bis zu einem gewissen Grade kann eine gegenseitige Substituierung der affektuellen und instrumentellen Affinität erfolgen. So kann z. B. überproportionales Wirtschaftswachstum mangelnde affektuelle Bindungen kompensieren. Ist andererseits die emotionale Bindung stark, so erhält das politische System auch dann Unterstützung, wenn es - vorübergehend - die erwarteten Funktionen nur unvollkommen wahrnimmt. Indem an das Nationalgefühl appelliert wird, ergeben sich Quellen der Unterstützung.

Vor diesem Hintergrund stellt sich Sprache als ein Mittel dar, das unter affektuellen wie instrumentellen Gesichtspunkten eine wirkungsvolle Anbindung der Bevölkerung an das politische System eines Staates garantieren kann.

Die Bedeutung von Sprache auf der affektuellen Ebene charakterisiert Kelman (1971, 31) wie folgt: "At the sentimental level, a national language serves as a major object and symbol of attachment by bridging immediate loyalties with transcendent ones. It is through his mother tongue that the child is exposed to the songs, the heroic tales, and

the traditional wisdoms of his people. The very language in which he communicates with his mother and with his immediate environment also serves to link him with a wider group, most of whose members are distant in time and place. Language thus provides a continuity and scope without which a sense of overarching nationality could not be constructed".

Eindeutiger, auch unter Zugrundelegung ökonomischer Kriterien, sind die Vorteile, die eine Nationalsprache auf instrumenteller Ebene erzeugt. Da die gesamte Bevölkerung eine linguistisch homogene Einheit darstellt, können politische, ökonomische und soziale Prozesse besser und mit erhöhter Effizienz geplant werden. Eine kostenimplizierende Verdoppelung bzw. Multiplikation von Planung kann vermieden werden. Überdies bieten sich Möglichkeiten zum Ausbau eines Erziehungswesens mit weitreichenden Mobilitätschancen. Demgegenüber: "If there are several separate language groups, it may be necessary to develop separate administrative units for each, both to avoid language difficulties and to minimize suspicions of discrimination: the resulting arrangement is likely to be more wasteful and less flexible than one that is possible in a linguistically unified population."

(Kelman 1971, 32)

So liegt der Verdacht nahe, daß sprachliche Vielfalt ein für die Entwicklung eines Landes retardierendes Element ist. Fishman (1968, 60) kommt jedenfalls zu diesem Ergebnis: "Linguistically homogeneous polities are usually economically more developed, educationally more

advanced, politically more modernized, and ideologically-politically more tranquil and stable." Ähnlich auch Pool (1972, 213): "A country that is linguistically highly heterogeneous is always underdeveloped, and a country that is developed always has considerable language uniformity." Die Ursachen dafür liegen seiner Meinung nach in der Tatsache begründet, daß "language diversity" politischen Sektionalismus erzeuge, "intergroup cooperation" und damit nationale Einheit vermindere, gleichzeitig aber zu einer Beschränkung der Partizipationsmöglichkeiten der Gesamtbevölkerung am politischen System führe und so Loyalität gegenüber und Unterstützung für staatliche Organe vermindere. Auswirkungen auf politische Effektivität und Stabilität des Staatswesens seien die direkte Folge. Überdies beeinträchtige linguistische Heterogenität das ökonomische Fortschrittstempo, da einer schnellen Verbreitung innovativer Techniken enge Grenzen gesetzt würden (vgl. Pool 1972).

Die Vielzahl der von Fishman verwendeten Daten scheint die oben beschriebene Korrelation zu belegen. Daher ist es ohne Zweifel ein erstrebenswertes Ziel einer jeden Regierung, die Voraussetzungen für linguistische Homogenität in ihrem Territorium zu schaffen, denn, so Pool (1972, 213): "Language uniformity is a necessary but not sufficient condition of economic development and economic development is a sufficient but not necessary condition of language uniformity." Eine Erklärung hierfür liefert Jernudd (1971, 272), wenn er schreibt: "Economic theory may offer an explanation of this correlation. It

seems natural that a nation aspiring for efficient use of resources and for self-definition would attempt to rationalize its linguistic resources in order to eliminate such heterogeneity that hinders communication and identification. It is obvious that translations (duplication of personnel or addition of personnel, of print, limited labor, and professional mobility, etc.) are inefficient from the point of view of production as compared with their absence." Zudem ist zu berücksichtigen, daß sich in einem auf die Mobilität seiner Mitglieder aufbauenden, modernen Wirtschaftsgefüge Sprachkenntnisse, wie sie in einem linguistisch heterogenen Lande gegeben sind, nachteilig auswirken.

Was bedeutet nun linguistische Heterogenität? Rekuriert dieser Begriff allein auf die Gesamtzahl der in einem Lande genutzten Sprachen oder schließt er gleichzeitig die Betrachtung der jeweiligen Stärke einzelner Sprachen mit ein? Gleichfalls denkbar ist eine Berücksichtigung der territorialen Verteilung und der genetischen Verwandtschaft einzelner Sprachen. Ist also die Existenz zweier genetisch eng miteinander verwandter Sprachen anders zu bewerten als die zweier genetisch unverwandter? Wie bemißt sich der Status, den innerhalb einer solchen Betrachtung offizielle oder Nationalsprachen im Gegensatz zu Regional- oder Vernakulärsprachen haben? Gleichwohl, welche Kriterien man auch anlegt, um linguistische Heterogenität zu messen, es ist offensichtlich, daß die Mehrzahl der sub-saharanischen Staaten Afrikas in diese Kategorie fällt (vgl. Anhang 1).¹ Ökonomische und soziale Unterentwicklung sind

ein weiteres hervorstechendes Merkmal dieser Ländergruppe. Stellt man die Richtigkeit von Pools These nicht in Frage, so erscheint eine sprachliche Vereinheitlichung, gemeint als Reduktion der im Staatsgebiet benutzten Sprachen, die notwendige Voraussetzung für eine erfolgsversprechende Zukunftsplanung zu sein. Fishman warnt jedoch auch vor der Hoffnung auf einen zwangsläufigen Automatismus, denn er ist sich wohl bewußt, daß sich die Komplexität der Entwicklungsländerproblematik nicht durch eine monokausale Erklärungskette aufbrechen läßt.

Für alle Formen gesellschaftlicher Organisation im vorkolonialen Afrika gab es keine Sprachprobleme, denn gleichgültig ob man der Dreiteilung Fortes/Evans-Pritchards² oder der Typologie Services³ folgt, nur im Falle der expansiven Reiche⁴ waren die territorialen und quantitativen Voraussetzungen des sozialen Zusammenschlusses dergestalt, daß sie verschiedene Ethnien und mithin verschiedene Sprachen eingeschlossen hatten. Bei diesen erwies sich die Vielsprachigkeit jedoch nie als Problem, da die öffentliche Verwaltung dieser Reiche sich im Regelfall lediglich als dezentralisierte Ordnungsagentur darstellte. Die systemerhaltende Effizienz der Verwaltung wurde gewährleistet, indem die Kommunikationsstrukturen einzig die Funktion "to utilize force to back up decisions taken at the center" (O'Barr 1976, 407) zu erfüllen hatten. Die Reiche waren keine Systeme, die gesellschaftliche Impulse aufnehmen mußten. Loyalitäten gegenüber dem Zentrum wurden nicht durch ein System

funktionierender Kommunikationswege gesichert, sondern basierten auf dem Machtmonopol staatlicher Autorität. Die gemeinschaftlichen Produktionsweisen⁵ befanden sich schon in einem Auflösungsprozeß in Richtung auf eine stärkere Differenzierung als die Koerziionsmaßnahmen der Europäer (Sklaverei und Zwangsarbeit) und die monopolistische Ausbeutung eine Entwicklung der Produktivkräfte behinderten und so ein den europäischen Verhältnissen entsprechendes Wachsen der sozio-politischen Systeme verhindert wurde. Den Übergang zur Moderne beschreibend bemerkten Almond/Powell (1966, 284): "In premobilized modern systems the trapping of political modernity - parties, interest groups, and mass media - have been imposed upon highly traditional societies. Mobilization and exposure to modernity have been confined to a small elite. Although political awareness may have been aroused through independence movements and through gradual diffusion of the idea of economic improvement, political attitudes remain for the most part caught up in a web of traditional family and community ties."

Sozialer Fragmentismus war somit das Kennzeichen aller Staaten Afrikas zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit. Doch erst in jenem Moment wurde sichtbar, welche komplexe Problemkonstellation die linguistische Heterogenität mit sich brachte. Sie erwies sich vor dem Hintergrund verbesserter Kommunikationsmöglichkeiten, bedingt durch den Ausbau des Verkehrsnetzes und das Erscheinen von Medien, als stete Bedrohung und stellte sich überdies im Zusammen-

hang mit verstärkt einsetzenden gesellschaftlichen Ausdifferenzierungsprozessen, steigender Komplexität der anstehenden Entscheidungsprobleme und der dem Staat übertragenen Gestaltungsfunktion als dysfunktional.

Vergleichbare Probleme stellten sich auch für die Territorialstaaten Europas im 16. Jahrhundert. Durch die Umwälzung des Produktionswesens sahen sich die Staatsgefüge veränderten Funktionszuschreibungen gegenüber, die in Zentralisierung und Bürokratisierung ihren Ausdruck fanden. Als augenfälligstes Beispiel kann dabei Frankreich dienen. Dort nahm der Zentralismus auch direkten Einfluß auf den Sprachgebrauch, denn mit der Verordnung von Villers-Cotterêts des Jahres 1539 wurde Französisch zur offiziellen Sprache erklärt und war damit direkt verantwortlich für den schwindenden Gebrauch verschiedener Regionalsprachen (z. B. Bretonisch und Provençalisch). Der politische Zentralismus war Grundlage für den linguistischen Zentralismus. Um seine Ansprüche endgültig durchzusetzen, schuf sich der Staat 1635 das notwendige Instrument zur Zentralisierung durch die Gründung der Académie Française.⁶

Doch die historischen Bedingungen der nachkolonialen Ära in Afrika lassen sich nicht mit denen Europas im ausgehenden Mittelalter vergleichen. Es mangelte den einzelnen Staaten an der notwendigen Legitimation, die sie vor inhärenter Instabilität bewahren konnte und gleichzeitig Dauerhaftigkeit hätte sichern helfen. Dabei erwies sich die Sprachfrage in fast allen Staaten, wenn auch in unter-

schiedlichen Ausformungen, als einer der virulentesten Problemfälle.

Über Wesen und Natur der Sprache sind schon über Jahrhunderte hinweg Bemerkungen gemacht, Essays geschrieben worden. Für Tocqueville war sie der stärkste und andauernde Zusammenhalt der Menschheit. Das ist sicherlich korrekt, doch mit gleichem Recht ließe sich auf anderer Ebene auch das Gegenteil behaupten, denn in dem Maße wie sie die Voraussetzungen für soziale Kontakte schafft, ist sie auch das Mittel, in dem Ethnozentrismus, Rassismus und Feindschaften ihren Ausdruck finden. Für Fichte bedurfte es keinerlei Diskussion, daß die Sprache das deutlichste Trennungsmerkmal zwischen Nationen sei. Diese Feststellung fand durch verschiedene ethno-linguistische Untersuchungen ihre Bestätigung. Sie belegen recht eindeutig, daß Sprachen als Symbol ethnischer Identität und als Träger kulturellen Erbes verstanden werden. Beides sind Funktionszuschreibungen, die auf eine deutliche Trennung von der Außenwelt abzielen.

Die Instrumentalisierung von Sprache im politischen Bereich - den Zusammenhalt des Staates fördernd bzw. stützend - läßt sich anhand der Verwendung bei so unterschiedlichen historischen Gegebenheiten wie der Französischen Revolution, dem Aufbau der Sowjetunion unter Stalin und im kolonialen Kontext nachweisen. Stellvertretend für die Nutzung im letztgenannten Bereich sei der Duc de Rovigo zitiert: "Ich betrachte die Verbreitung des Bildungssystems und

unserer Sprache als das wirksamste Mittel, um unserer Herrschaft in diesem Lande zum Fortschritt zu verhelfen." ⁷

Die Tatsache, daß Sprachen sowohl eine integrative wie auch eine segregative Wirkung haben können, stellt eines der grundlegenden Probleme der Staaten südlich der Sahara dar. Zumeist herrscht letztgenannte Funktion vor und findet ihren Stellenwert innerhalb sezeptionistischer Bestrebungen. Zurückführen läßt sich dieser Zustand auf die willkürliche Aufteilung der ethnischen, kulturellen und linguistischen Einheiten Afrikas durch die Kolonialmächte. ⁸

Im Übergang zur Unabhängigkeit wurden aus den Kolonialterritorien Staaten, jedoch nicht automatisch Nationen. Nationale Einheit blieb weitestgehend eine amorphe Größe. Meist ein Konglomerat aus vielerlei Sprachen und Kulturen mangelte es an einer einheitlichen Tradition und Geschichte, die als Zusammenhalt fungieren konnte, um interne Verteilungskonflikte überbrücken zu helfen. Die soziale Umbruchsituation, neue Werte und Bewußtseinsveränderungen in der Bevölkerung ließen eine Vielzahl heterogener sozialer Bewegungstendenzen entstehen. Eine Neutralisierung durch den Gebrauch einer gemeinsamen Sprache, die eine nationale Identität zum Ausdruck gebracht hätte, konnte nicht erfolgen.

Da auch andere strukturelle Mißstände einen schnellen wirtschaftlichen und sozialen Aufbau in den jungen Staaten behinderten, der internationale Demonstrationseffekt jedoch wachsende Erwartungen in der Bevölkerung geweckt hatte, deren Befriedigung mit dem

Produktionsapparat der Vergangeheit jedoch nicht zu erreichen war, wick die Euphorie der ersten Unabhängigkeitsjahre schon bald einer tiefgreifenden Zukunftsskepsis. Vor einem zunehmend krisenhaften Hintergrund gewannen interventionistische Maßnahmen – gedacht zur Kompensation systemgefährdender Dysfunktionalität – an Bedeutung. Doch dieses staatliche Handeln war von Beginn an einem Netz restriktiver Rahmenbedingungen unterworfen, das eine erhebliche Beeinträchtigung der Erfolgsaussichten bewirkte. Zu gering war der Zeitraum, der den politischen Systemen zur Entwicklung und Entfaltung steuerungstechnischer Mechanismen verfügbar gewesen war. Hatten sich die Funktionen des Staates in Mitteleuropa den veränderten sozio-ökonomischen Verhältnissen über Jahrhunderte hinweg anpassen können und hatten ein der Umweltkomplexität entsprechendes Rüstzeug in Form planerischer Kompetenz entwickelt, so standen den politischen Systemen der Dritt-Welt-Länder Afrikas zur Bewältigung ihrer Probleme nur absolut ungenügende Instrumentarien zur Verfügung. ⁹

Neben der durch den engen zeitlichen Rahmen begrenzten Lernfähigkeit erwies sich jedoch auch die Komplexität der Anforderungen, die der Staat zu erfüllen hatte, als negativ. Denn es waren nicht allein punktuelle Eingriffe, die in Hinblick auf eine Effizienzsteigerung in einzelnen Bereichen notwendig waren, sondern umfassende planerische Maßnahmen. So ging es nicht allein um die staatliche Steuerungskapazität im fiskalisch-ökonomischen Bereich, sondern gleichermaßen um die Grundstrukturierung des gesellschaftspolitischen

Bereiches als Voraussetzung für einen umfassenden Entwicklungsprozeß. Voraussetzung für eine dergestalt allseitige Steuerungskompetenz ist der Aufbau von Planungsinstanzen, die die Voraussetzungen für die Verwirklichung koordinierter Programme legen.

Die Diskussion um den Planungsbegriff soll hier nicht nachgezeichnet oder eine Definition desselben geliefert werden.¹⁰ Trotzdem müssen einige Anmerkungen über die Verwendung des Begriffes Planung im Rahmen dieser Arbeit gemacht werden. Der Planungsbegriff beschränkt sich nicht auf das Feld ökonomischer Wachstumspolitik, wird also nicht allein als Instrument für die gesellschaftliche Regulierung der Produktion verstanden, sondern als Mittel einer alle gesellschaftlichen Bereiche abdeckenden politischen Innovationskapazität im Sinne von Zukunftsbewältigung (vgl. Ellwein 1968, 10). Planung umschließt mithin Aspekte eines zielgerichteten Handelns, das sich an den Kriterien des Erfolgs zu messen hat. In diesem Sinne definieren Bendixen/Kemmler (1972, 14) Planung als den "politischen Entscheidungsprozeß zur Rationalisierung, Optimierung und Stabilisierung von Systemen." Eine solche Definition ist jedoch einseitig, umfaßt sie doch nur den funktionalen Aspekt von Planung. Planung vollzieht sich jedoch nicht in einem sozialen Vakuum, sondern ist als konflikthafter Prozeß, als Auseinandersetzung gesellschaftlicher Gruppen zu begreifen. Die Fähigkeit des politischen Systems gegen den gesellschaftlichen Status quo

vorzugehen, ist unabdingbare Voraussetzung für die aktive Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse.

Versteht man Sprache als gesellschaftlich verfügbare Ressource, die maßgeblich zu interner Strukturierung und zu externer Abgrenzung von Staaten beiträgt, so stellt sich die Frage, in welchem Umfange sie in den gesamtgesellschaftlichen Planungsprozeß einbezogen werden kann.

Übereinstimmend ist die Aussage, daß Sprache die Voraussetzung dafür schafft, daß Individuen und Gruppen kooperativ handeln und soziale Beziehungen zueinander eingehen können.¹¹ Sprache entscheidet nicht nur, ob die angestrebte Koordination gesellschaftlicher Aktivitäten erzielt werden kann, sondern sie entscheidet auch über Effektivität oder Ineffizienz derselben. Die funktionalen Anforderungen an sie wachsen in dem Maße wie sich Arbeitsprozesse und sozialer Bezugsrahmen verdichten.

Sie ist der Träger ökonomischer und kultureller Inhalte einer jeden Gesellschaft. Sprache und ihr Gebrauch ist ebenso wie die materielle Kultur untrennbar verbunden mit der sie nutzenden Gemeinschaft.¹²

In diesem Sinne reflektiert eine gemeinsame Sprache eine gemeinsame Herkunft und Tradition und kann zu einer Stärkung des nationalen Identitätsgefühls und zu Loyalitäten gegenüber dem Staat beitragen (vgl. Cohen 1961). Demgegenüber finden Unterschiede in der Sprache ihre Entsprechung in Religion, Bildung und häufig auch in den sozio-ökonomischen Verhältnissen.¹³

Alle bislang gemachten Ausführungen verweisen auf die brisante Rolle von Sprache, zeigen jedoch auch auf, welches Potential sie in Hinblick auf das vielbeschworene "nation-building" für die in der Entwicklung begriffenen Staaten Afrikas darstellen kann. Die Nutzung dieses Potentials wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten in vielen afrikanischen Staaten angestrebt, doch nur wenige waren in ihrem Vorhaben erfolgreich.

Neben der Verwendung von Sprache für innergesellschaftliche Strukturierungsversuche war ihr Funktionswert hinsichtlich externer Abgrenzung genannt worden. Während frühere, dergestaltete Bestrebungen als chauvinistisch deklariert wurden, wird einer solchen Strategie unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten für Länder der Dritten Welt ein veränderter Stellenwert beigemessen. Im Kontext einer allgemeinen Dissoziationsstrategie könnte die linguistische Dissoziation für die Verfolgung eines autozentrierten Entwicklungsweges ein produktives Element sein. Denn sie "will enable ... states to develop more autonomous international postures and thus be less dependent on the Western bloc." (Laitin 1979, 314) Eine Bestätigung dergestalt weitreichender Aussagen kann Laitin mit seiner Studie über die Konsequenzen differierender sprachpolitischer Konzeptionen in verschiedenen afrikanischen Staaten zwar nicht erbringen, doch deutet sie die tendenzielle Richtigkeit dieser Hypothese an. Laitin (1979, 314) schlußfolgert: "The thrust of the argument ... is that states which choose an indigenous

language as the language of official business of the state are more able to break from the strictures of dependency and to cultivate autonomy."

2. Sprache und Gesellschaft

"After a brief period of preparation, a writing system was developed for our language and immediately implemented in the schools and all official work. Today the whole world is a witness to the success of this step and has admitted that it can be a model for all the culturally dominated peoples. The writing of our language enabled us for the first time in our history to conduct a campaign for the elimination of illiteracy." Daß dieser Auszug einer Rede Siad Barres (Halgan 28, 7), gehalten vor den Delegierten eines außerordentlichen Parteitages der SRSP, am Anfang dieses Kapitels erscheint, hat seine Ursache darin, daß eine Vielzahl der diese Arbeit beherrschenden Gesichtspunkte in ihm Erwähnung finden. Planung und deren Viabilität, Schrift, Schulwesen und Administration, Kolonialismus und der Kampf gegen das Analphabetentum sind Elemente eines Interdependenzgeflechtes, das die Bedingungen für den Aufbau nationalstaatlicher Einheiten, aber auch für das Tempo und die Erfolgchancen von Entwicklungsprozessen im sub-saharanischen Afrika vorgibt.

Den Schwerpunkt dieser Arbeit bildet die somalische Diskussion um Sprache und Schrift. Beides sind Aspekte, die heutzutage in Europa nur von geringer Relevanz erscheinen. Doch auch in verschiedenen Ländern Europas standen die Debatten über offizielle Sprachen und standardisierte Orthographien für lange Zeit

nicht nur auf der Tagesordnung wissenschaftlicher Zirkel,¹ sondern waren Mittelpunkt lebhafter Erörterungen in der Öffentlichkeit. Waren die zugrundeliegenden Faktoren auch unterschiedlicher Natur, so fiel das Ende dieser Diskussionen meist zusammen mit dem Entstehen und der Zentralisierung nationalstaatlicher Kompetenzen. Ohne an dieser Stelle näher auf die Ursachen und die Probleme eingehen zu wollen, sei nur auf die Verschiedenheit der Problemlösungsstrategien hingewiesen: Während die Mehrzahl der Staaten Europas monolingual strukturiert wurde,² wird in Belgien ein Bi-, in der Schweiz gar ein Multilingualismus praktiziert. Auswirkungen eines solchen Tatbestandes rücken in das Bewußtsein der Öffentlichkeit meist nur dann, wenn es zu offensichtlichen Konflikten kommt. Diese können entbrennen zwischen statusmäßig gleichgestellten Sprachgruppen, wie z. B. in Belgien, oder zwischen einer Minoritätssprachgruppe und der zentralen Staatsgewalt, wie es das Beispiel der Basken belegt. Entsprechende Situationen gibt es in mehreren europäischen Staaten, wobei anzumerken ist, daß die Sprachenfrage meist nur ein Bestandteil umfassender, auf regionale Autonomie abzielender Bestrebungen ist. Während die nationalen Grenzen immer mehr an Bedeutung verlieren und die Staaten eine weltweite Zusammenarbeit anstreben, ist andererseits ein wachsender Regionalismus spürbar, der sich auch im Bewußtsein einzelner Provinzen hinsichtlich ihrer traditionellen, durch den Zentralstaat zum Teil über Jahrhunderte hinweg unterdrückten Sprachen

äußert. Guggenberger (1980, 271/272) versucht die Wurzeln dieses Phänomens zu erfassen, wenn er schreibt: "Kennzeichen der Neuorientierung sind u. a. auch die Wiederentdeckung der Mundart und das "Bekenntnis" zur Region ... Regionalismus folgerichtig als systematischer Widerstand gegen die Allmacht der Zentralen ... Regionalismus und Dialekt sind Ausdrucksmittel einer weitverbreiteten radikalen Opposition, - aber nicht nur dies: Sie vermitteln und aktualisieren auch einen verbindenden Erfahrungshorizont und beschaffen den vom sozialen Wandel besonders hart Betroffenen die unentbehrliche Solidaritätsvergewisserung."

Wird diesem Problem in den technologisch weit entwickelten Industriestaaten nur verhältnismäßig marginale Bedeutung beigemessen, so ist die Frage nach regionaler und sprachlicher Eigenständigkeit der einzelnen in ihrem Territorium lebenden Ethnien für die meisten der Staaten Schwarzafrikas unbeantwortet. Bezogen auf die Bevölkerungszahl gibt es in Afrika eine größere Zahl an Sprachen als in anderen Kontinenten. Insgesamt sind es über 1000 Sprachen, von denen etwa 400 allein in Nigeria vertreten sind. Ist die linguistische Situation in den einzelnen Staaten Afrikas auch heterogen, so sind die linguistischen Probleme, mit denen sie sich konfrontiert sehen, homogen.

Stellt sich in multilingualen Staaten die Frage, welche Sprache oder Sprachen zur bzw. zu offiziellen Sprachen ³ erklärt werden sollen, so ist es in monolingualen die Frage, welcher der Dialekte ausge-

wählt und zum Standard erhoben werden soll, da in einem solchen Fall die Auswahlkriterien gleich strukturiert sind wie bei der Selektion in einem multilingualen Kontext. Welch eminente Bedeutung Dialekte haben, sei exemplarisch an der Situation des Mid-West-Staates (heute Bendel) in Nigeria belegt, einer Region, die in der ansonsten zerklüfteten Sprachlandschaft Nigerias durch einen dominanten Anteil von Yoruba-Sprechern als homogen angesehen werden kann. Dort kam es Mitte der 60er Jahre zu größeren Krisen, "in which the people were divided on partly political or dialectical lines." (Bamgbose 1976, 5)

Doch sieht man einmal von der Tatsache ab, daß Sprache als der über-, Dialekt als der untergeordnete Begriff verwendet wird, gibt es wenig Übereinstimmung im Gebrauch dieser Termini. Bloomfield (1933, 54) spricht gar von "the purely relative nature of the distinction". Ist die Grenzziehung zwischen Sprache und Dialekt in der Forschung also immer noch umstritten, so wird die gegenseitige Verständlichkeit als ein Kriterium angesehen, das die Subsumierung verschiedener sprachlicher Manifestationen unter nur eine Sprache rechtfertigt. Diese gegenseitige Verständlichkeit läßt sich jedoch nicht wissenschaftlich bestimmen, sondern ist eher als Ausdruck einer dem Bewußtsein der jeweiligen Sprechergemeinschaft zugrundeliegenden, spezifischen, soziopsychologischen Faktorkonstellation zu betrachten. ⁴ So können es politische oder wirtschaftliche Gründe sein, die die Selbsteinschätzung bestimmen und für die

Betrachtung sprachlicher Gemeinsamkeiten oder Unterschiede verantwortlich ist. Es ist durchaus möglich, daß von einer Gruppe gegenseitige Verständlichkeit reklamiert, diese von der anderen jedoch bestritten wird. (vgl. Wolff 1967)

Doch selbst wenn man dem Problem der Dialekte keine übermäßige Bedeutung zukommen läßt, finden sich in Afrika nur wenige Staaten, die eine relativ hohe linguistische Homogenität aufweisen: Lesotho, Ruanda, Burundi, Botswana und Somalia. Desungeachtet war es jedoch auch in diesen Staaten nicht immer die dominante, autochthone Sprache, die Nationalsprache, die in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens Verwendung fand, vielmehr war es häufig - wie auch in den multilingualen Staaten - die Sprache der ehemaligen Kolonialherren, die zur offiziellen Sprache erhoben wurde.

In einem Kontext, in dem Zivilisation als Euphemismus für Kolonialismus diente, nimmt es nicht wunder, wenn der Sprachgebrauch ein Ausdruck von Machtverhältnissen war. Das läßt sich für alle Kolonien in Afrika nachweisen, gleichgültig, ob sie dem englischen, französischen, italienischen, belgischen, deutschen oder portugiesischen Machtbereich eingegliedert waren. Es gab jeweils eine herrschende, die europäische, und meist mehrere beherrschte, die einheimischen, Sprachen. Die herrschende Sprache wurde von jenen übernommen, die im Umkreis der Macht waren, sich mit ihr assoziierten oder direkt von ihr abhängig waren. Quantitativ gesehen war die Gruppe der Zweisprachigen klein; die Mehrheit der Bevölkerung blieb

einsprachig. Direktes Resultat war jedoch zumeist der Ausschluß der beherrschten Sprachen von den Sphären der Macht und der Ausschluß der Sprecher eben dieser Sprachen von eben diesen Sphären. Der linguistische Status reflektierte ein bestimmtes Kräfteverhältnis: "Zweisprachigkeit mit dem Gegensatz von beherrschter und herrschender Sprache, Vernichtung einer oder mehrerer Sprachen durch eine andere, exklusive Sprache." (Calvet 1978, 54)

Vollzog sich dieser Prozeß in vertikaler Richtung, so fand er seine horizontale Entsprechung in dem sich unterschiedlich entwickelnden Sprachgebrauch von Stadt und Land. Im Laufe der Zeit tritt ein weiterer, wesentlicher Wandel ein: "... die oberen Schichten, die die herrschende Sprache angenommen hatten, (tendieren) dazu, die beherrschte Sprache restlos aufzugeben ..., während in den Städten die unteren Schichten, die nur die beherrschte Sprache kannten, dazu neigen, sich die herrschende Sprache anzueignen. Kurz, wenn wir im ersten Stadium eine zweisprachige Klasse an der Macht und ein einsprachiges Volk haben, so haben wir in unserem zweiten Stadium eine einsprachige Klasse an der Macht, eine zweisprachige Stadtbevölkerung und eine einsprachige Landbevölkerung." (Calvet 1978, 61)

Im Bestreben die Grundlagen für eine sozio-kulturelle Integration aller Bürger, gleichzeitig aber auch die Voraussetzungen für den Aufbau und die Sicherung von öffentlicher Ordnung und wirtschaftlichem Fortschritt zu legen, entschieden sich die Regierungen fast aller Staaten für die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht, d. h.

es wurde eine exoglossische Sprachpolitik betrieben. Vielfach im Glauben, daß die Übernahme der Sprache der ehemaligen Metropole gleichbedeutend sei mit schnellem wirtschaftlichem Aufstieg, konnte sich hinsichtlich der Sprachenregelung nirgends jene Euphorie der ersten Jahre der Unabhängigkeit durchsetzen, der es um das Abstreifen kolonialer Fesseln ging. Kernstücke des antikolonialen Denkens waren die politische, ökonomische und soziale Emanzipation; linguistische Probleme waren in diesem Kontext nicht verankert. Dieses Faktum läßt sich vom 1945 in Manchester veranstalteten panafrikanischen Kongreß an bis in das Zeitalter der Entkolonisierung verfolgen.⁵ Die sprachpolitischen Entscheidungen jener Zeit waren eine Option für den linguistischen Status quo. Fast in ganz Afrika verblieben die gesellschaftlich relevanten Bereiche, Administration, Schul- und Justizwesen, eine Domäne europäischer Sprachen. So entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, daß die Sprachen der nationalen Selbstbestimmung identisch waren mit jenen der kolonialen Unterdrückung. Daß diese Entscheidungen diametral zu den Interessen der Staaten standen, erwies schon die Entwicklung der nächsten Jahre. Sie ist jedoch nicht verwunderlich, wenn man sich die politischen Verhältnisse in den gerade unabhängig gewordenen Staaten betrachtet. In der Regel waren es einheimische Beamte, die jetzt die Stellen der ehemaligen Kolonialbeamten, seien es Europäer oder Personen aus anderen kolonial besetzten Gebieten gewesen, in der Administration

einnahmen. Gleichzeitig damit übernahmen sie auch die kolonialen Gehaltsstrukturen und erzielten hohe Einkommen. Schon bald bildete sich in fast allen unabhängig gewordenen Staaten Afrikas das, was Fanon mit dem Begriff der Staatsbourgeoisie belegt. Es ist die Schicht der im Staatssektor mit den Privilegien hoher Einkommen und großer Entscheidungskompetenzen Angestellten.⁶

Zwar ist es gerade diese Gruppe, die als entscheidende Klammer zwischen der Vielzahl der verschiedenen Ethnien in den Staatsterritorien fungierte, doch zum Träger des Aufbaus von Nationen wurde sie nicht. Meist waren auch die wirtschaftlichen Erfolge zu gering, als daß sie den Funken von Hoffnung auf eine Verbesserung der materiellen Lage in der Bevölkerung nähren konnten. Und auch die Erwartung, daß sich Änderungen im sozio-politischen Bereich vollziehen würden, blieben unerfüllt.

Boumediène erklärte dazu: "Viele Länder Afrikas und Asiens sind unabhängig geworden, doch hat sich eine bourgeoise herrschende Klasse gebildet, die sich die Frucht der Arbeit des Volkes aneignet und sich als treuer Nachfolger der Kolonisatoren aufführt."⁷

Ganz in diesem Sinne waren letztlich auch alle die Wahl der offiziellen Sprachen betreffenden Entscheidungen zu verstehen. Im Sinne der "Selbstprivilegierung" (Elsenhans) entschied man sich für die ehemaligen europäischen Kolonialsprachen. Es wurde ignoriert, daß Sprache in einem Staat eine doppelte Funktion wahrnehmen kann. Zum einen ist sie die Grundlage für die Kommunikation innerhalb der Staatsgrenzen, erfüllt mithin eine funktionelle,

instrumentelle Aufgabe. Zum anderen kann sie als Symbol nationaler Einheit dienen. Auf die Bedeutung der Sprache als eines, von allen Teilen der Bevölkerung akzeptierten nationalen Symboles hatte Karl Deutsch schon 1953 hingewiesen. In diesem Sinne schreibt auch Fishman (1971, 40/41): "A common indigeneous language in the modern nation states is a powerful factor for unity. Cutting across tribal and ethnic lines, it promotes a feeling of single community. Additionally it makes possible the expression and development of social ideas, economic targets and cultural identity easily perceived by citizens. It is, in a word, a powerful factor for mobilization of people and resource for nationhood."

Man entschloß sich jedoch, die Anforderungen der "operational efficiency" höher zu gewichten als die einer "ethnic authenticity" (Fishman). Meist waren es mehrere Gründe, die als Erklärungsversuch seitens der Regierungen für diese Wahl herangezogen wurden. Stets wiederkehrend war das Argument, daß nur der Rückgriff auf Englisch bzw. Französisch der unabdingbaren Notwendigkeit einer umfassenden Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht würde. Ein solcher Prozeß wäre ohne die Hilfe und Unterstützung von außen nicht möglich. Die Wahl einer nationalen Sprache zum offiziellen Medium jedoch würde diese Brücken abbrechen. In diesem Zusammenhang wurde auch auf den nur ungenügend elaborierten Wortschatz verwiesen, der die Kommunikation in den modernen Sektoren der Gesellschaft, speziell im wirtschaftlichen und technologischen Bereich, blockieren

würde. Seltener im Gespräch war eine Begründung, die auf die schon existierenden, zahlreichen internen Probleme, wie z. B. den Aufbau eines Verwaltungswesens, die Gewinnung eines Verständnisses für die Mechanik des Regierungsapparates hinwies. Am bedeutsamsten war aber die Furcht, daß die Festlegung auf die Sprache einer einheimischen Ethnie die staatliche Einheit gefährden könnte, denn es war abzusehen, daß ein solches Vorgehen in verstärktem Maße eine Serie kumulativer Forderungen der verschiedenen Ethnien heraufbeschwören würde, da die linguistisch heterogenen Gesellschaften innewohnende Tendenz, daß jede Gruppe die eigenen Errungenschaften und Besitzstände mit denen der anderen Gruppen vergleicht, intensiviert werden würde. Doch zur Befriedigung einer solchen Anspruchsexplosion waren die zur Verfügung stehenden Mittel zu gering, so daß schon mittelfristig eine verstärkte ethnische Rivalität befürchtet werden mußte. Offiziell begründet wurde der Entscheid zugunsten einer Fremdsprache doch zumeist mit dem Hinweis auf deren Neutralität, da keine der einheimischen Ethnien sich mit ihr identifizieren könne. Es war jedoch nur eine vermeintliche Neutralität, die hier lediglich zur Verschleierung der realen Tatbestände herangezogen wurde. Denn diejenigen, die sich für diese Wahl aussprachen, war jene gesellschaftliche Elite, die Markovitz als "organizational bourgeoisie" bezeichnet. Es ist die Gruppe der Politiker, ziviler und militärischer Staatsfunktionäre, der Manager staatlicher und privater Unternehmen

und der Import-Export-Großhändler. Sie haben Vermögen, Stellung und Einfluß durch die Beherrschung der europäischen Sprache in Schrift und Wort gewonnen und ihr Interesse bestand in einer Perpetuierung dieses Zustandes, denn so konnte ungehindert von rivalisierenden Einflüssen die Durchsetzung eigener Belange verfolgt werden. So waren es partikuläre politische Sonderinteressen, die sich unter dem Deckmantel einer als neutral ausgegebenen Sprachentscheidung materielle Vorteile sichern wollten.⁸

Obwohl es sicherlich Vorstellungen gab, die europäischen Sprachen langfristig zu funktionalen innerstaatlichen Kommunikationsmitteln auszubauen, und trotz der zum Teil bedeutenden staatlichen Förderung (z. B. Senegal) haben sich die europäischen Sprachen nicht als nationale Kommunikationsmedien durchsetzen können. So klafften Anspruch und Wirklichkeit bei dem Konzept der "neutralen Sprache" weit auseinander. Zwar konnten ethnische Rivalitäten auf linguistischer Ebene vermieden werden, doch führte diese primär im Eigeninteresse vorgenommene Entscheidung zur Etablierung einer Klasse, die sich allein auf Grund sprachlicher Kenntnisse die Verfügungsgewalt über die neuen Staaten aneignete. "Die europäischen Sprachen funktionierten damit als Regulativ, durch das der Zugang zu einflußreichen Positionen gesteuert und die Herrschaft der bestehenden Eliten gesichert wurde." (Reh/Heine 1982) Der Prozeß der Entkolonisierung gedieh damit auf sprachlicher Ebene zu einem Zusammenspiel der Bourgeoisie der ehemaligen

Kolonialmächte und der kolonisierten, westlich geprägten Bourgeoisie/Staatsklasse der Neustaaten Afrikas. Ohne eine Kollision der jeweiligen Interessen heraufzubeschwören, konnte eine Strategie verfolgt werden, die viele Kritiker urteilen ließ, "that language was and still is a potent vehicle for cultural and political domination." (Jinadu 1976, 603) Damit war frühzeitig ein wesentliches Element aufgegeben, das die Basis für eine nationale Entwicklungskonzeption hätte darstellen können. Der Rückbesinnung auf nationale kulturelle Traditionen, der Beseitigung des Bildungsrückstandes, beides Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, war damit der Boden entzogen.

Fishman (1971, 33) rechtfertigt diese Strategie dergestalt, daß "both of these decisions - the selection of a usually Western language of wider communication and the continuation of a Western trained élite - are similarly justified by the basic need to obtain and retain as much tangible aid, as much trained personnel, and as much influence abroad as possible in order to meet the immediate operational demands of nationhood." Eine solche "operational efficiency" stellte sich jedoch in den seltensten Fällen ein, und wenn, dann beschränkte sie sich auf die neuen Metropolen und die wenigen städtischen Zentren, die zugleich Wohnsitz der staatlichen und regionalen Eliten waren. Dorthin flossen die finanziellen Mittel, Arbeitsplätze entstanden in Verwaltung und Gewerbe. Die Kommunikationsbarriere, die zwischen dem nationalen Zentrum und der lokalen

Peripherie entstand, blockierte den Einbezug der Peripherie in das nationale System auf wirtschaftlicher und politischer Ebene. "When there are regions or sections of every state where a significant percentage of the population cannot communicate in the official language of the state, it is likely that those citizens will not only have less influence on matters of state business but will be less often rewarded with the services of the state." (Laitin 1977, 12) Diese dichotome Entwicklung zog sichtbare Unterschiede in Einkommensmöglichkeiten, Lebensstandard und Partizipationsmöglichkeiten zwischen Stadt und Land nach sich. Fanon (1968, 112) erklärte, daß "the country people are suspicious of the townsmen. The latter dresses like a European; he speaks the European language, works with him, sometimes even lives in the same district." Sprache hatte direkte Auswirkungen auf das politische System, die Interdependenzen zwischen sprachlicher und sozialer Heterogenität waren unübersehbar. Sprachkompetenz war ein Indikator sozialen Status⁹ und zugleich wesentliches Kriterium sozialer Stratifikation. Normalhin waren Religion, Hautfarbe oder ethnische Zugehörigkeit als die in diesem Zusammenhang maßgeblichen Faktoren betrachtet worden. Alexandre (1972, 86) kommt hinsichtlich der Rolle dieser kleinen, fremdsprachlich ausgebildeten Elite zu folgender Schlußfolgerung: "Herein is one of the most remarkable sociological aspects of contemporary Africa: that the kind of class structure which seems to be emerging is based on linguistic factors ..."

This minority, although socially and ethnically as heterogeneous as the majority, is separated from the latter by that monopoly which gives it its class specificity: the use of a means of universal communication, French or English, whose acquisition represents truly a form of capital accumulation." Sprache war Mittel zum Zwecke politischer Machtabsicherung geworden, dessen sich eine kleine Gruppe, die zumeist auch im Besitz der Produktionsmittel war oder Zugriff auf das gesellschaftlich produzierte Mehrprodukt hatte, vorbehaltlos bediente, wodurch sich direkte Auswirkungen auf den Bestand des politischen Systems ergaben. Diese, den Notwendigkeit und letztlich auch den eigenen Bedürfnissen zuwiderlaufende Sprachpolitik manifestierte sich auf verschiedenen Ebenen. So zog die Tatsache, daß normalhin lediglich 10 - 15% der Bevölkerung in der Lage sind, sich des offiziellen Mediums zu bedienen, nicht nur sprachliche Kommunikationsprobleme nach sich. Die Entwicklung zu einer nicht primär an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel hervorwachsenden Klassengesellschaft und die Perpetuierung regionaler und ethnischer Segmentierung waren die Auswirkungen auf der politischen Ebene. Eine stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, verbunden mit dem Element der kulturellen Überfremdung, tat ein übriges, das Wachsen einer inneren Systemstabilität zu verhindern. Mobilisierung der Bevölkerung, notwendig für die Durchführung umfassender Programme im Wirtschaftssektor, und Partizipationsmöglichkeiten, notwendig

um den Staatsgebilden allgemeine Anerkennung seiner Bürger zuteil werden zu lassen, blieben auf der Strecke. Dagegen haben Inglehart und Woodward (1972) eine positive Korrelation zwischen linguistischer Homogenität und politischer Stabilität von Systemen belegen können.

An dieser Stelle sind einige Bemerkungen über die Entwicklung politischer Systeme notwendig. Es gibt zumindest zwei wesentliche Aspekte, in denen sich die Struktur politischer Systeme unterscheidet: Einerseits ist es der Grad der Differenzierung bzw. Spezialisierung politischer Rollen, Strukturen oder Subsysteme, andererseits die Autonomie bzw. gegenseitige Abhängigkeit dieser Rollen, Strukturen und Subsysteme. (vgl. Almond/Powell 1966, 42) In sehr einfach strukturierten gesellschaftlichen Systemen sind politische Aktionen zufällig, es gibt keine Rollen bzw. Strukturen, die speziell zur Erfüllung dieser Funktionen existieren. Das gilt für jagende und sammelnde Gemeinschaften wie auch in begrenztem Maße für nomadisierende Gesellschaften. Anstöße durch die Außenwelt, aber auch aus der Gesellschaft heraus können politische Veränderungen bewirken, die sich in intragesellschaftlichen Umstrukturierungsprozessen niederschlagen. Dabei stellen die Gründungen von Staaten ein relativ fortgeschrittenes Stadium gesellschaftlicher Organisation dar. Staatsgründungen erfolgen "when the political elite creates new structures and organizations designed to penetrate the society in order to regulate behaviour in it. State building is

regularly associated with significant increases in the regulative and extractive capabilities of the political system, with the development of a centralized and penetrative bureaucracy". (Almond/Powell 1966, 35) Neben diesen regulativen bzw. kontrollierenden Funktionen muß es der inneren Stabilität wegen Ziel eines jeden Staates sein, als Vertreter der Gesamtheit seiner Bürger zu erscheinen. Um die Loyalität aller Einwohner zu gewinnen, ist es notwendig, die verschiedenen Gruppenidentitäten auf den Staat zu übertragen. Diese Integrationsfunktion kennzeichnet den Prozeß eines "nation-building" und betont in starkem Maße kulturelle Aspekte politischer Entwicklung. "It refers to the process whereby people transfer their commitment and loyalty from smaller tribes, villages, or petty principalities to the larger central political system." (Almond/Powell 1966, 36) Beide Prozesse, der der Staats- und der der Nationenbildung, sind eng miteinander verknüpft. Der nächste Schritt in der Entwicklung politischer Strukturen ist das Entstehen einer spezialisierten politischen Infrastruktur, das sich in der Gründung von Parteien, Interessengruppen und Massenorganisationen wie dem Entstehen von Massenmedien ausdrücken kann. Folge dieser Differenzierungen sind erhöhte Ansprüche hinsichtlich des Einbezugs in den Entscheidungsprozeß des Systems sowie eine breite Skala von Forderungen und Wünschen, die insbesondere auch die distributive Funktion des Systems betreffen. Diese Interessenartikulation ist bedeutsam, da sie die Nahtstelle zwischen der

Gesellschaft und dem politischen System markiert. Eingaben (inputs) an das politische System von Seiten der verschiedenen sozialen Gruppen finden einen Reflex in den Leistungen (outputs), die das System erbringt. Dieser Interaktionsprozeß mit seinen starken Anforderungen bedingt Veränderungen im politischen System, wenn dieses nicht mehr in der Lage ist, "to cope with the problem of challenge without further structural differentiation." (Almond/Powell 1966, 34) Doch die Anforderungen, die der Übergang zur Neuzeit mit sich bringt, sind umfassend: "The new needs and aspirations confront the political system with a set of intense demands, for the other social systems are no longer capable of meeting the stresses placed on them. The family, if it exists, is not capable of training the young for their new life; the old ways of trade and of agriculture are not suitable for the urban industrial economy, and the old forms of community life cannot meet urban community needs. Because of this, there is great pressure on the political system to build schools, to create a modern economy, to provide community services, and to distribute food and shelter to the poor. The political system is confronted by an intense and cumulative load." (Almond/Powell 1966, 210) Die Regierung, als institutionalisierte Verkörperung des politischen Systems, sieht sich immer weitreichenderen Aufgabenstellungen gegenüber, was zur Prägung des Begriffes des "overloaded governments" führt. Versuchen wir vor diesem Hintergrund eine Einordnung der politischen

Systeme Schwarzafrikas vorzunehmen, so läßt sich zunächst feststellen, daß die existierenden Systeme nicht Ausfluß einer organischen Entwicklung, sondern durch die Auswirkungen des Kolonialismus geprägt sind. Ansätze einer differenzierten politischen Infrastruktur sind in Teilbereichen zwar vorhanden, doch haben sie die traditionellen Strukturen, insbesondere in den ländlichen Bereichen, noch nicht in effektiver Weise durchdrungen. Dieses Spannungsfeld erhält durch die Tatsache, daß der Prozeß der politischen Sozialisation in hohem Grade diskontinuierlich verläuft, eine zusätzliche Verschärfung. Unzufriedenheit, ein großes Potential an systemgefährdenden Problemstellungen und offene Konflikte sind die direkten Folgen.

Hatte man die Chance verspielt, Sprache als antikolonialistisches Integrationsmittel zu nutzen, so setzte seit 1970 ein Wandel ein. Zusammen mit veränderten politischen Rahmenbedingungen, die sich häufig in der Übernahme der Staatsgewalt durch das Militär ausdrückte¹⁰, fand auch eine Rückbesinnung auf die Vernakulärsprachen statt. Veränderte "Legitimationszwänge" (Elsenhans) der einzelnen staatlichen Eliten führten zu der Vorstellung, daß bei der Planung der Zukunft dem eigenen kulturellen Erbe eine wichtige Funktion zu übertragen sei. Mit der Förderung durch die UNESCO kam es zur Entwicklung von Programmen, die unter dem Stichwort "Authentizität" liefen. Sprache wurde zum Objekt nationalen Stolzes und wurde als planbares Mittel gesellschaftlicher Koordination

identifiziert und sollte auch in diesem Sinne eingesetzt werden. Sprachpolitik griff auch auf Afrika über. Die Zusammenhänge, die solche Funktionszuschreibung erst ermöglichen, erläutert Glück (1979, 205) folgendermaßen: "Sprache muß ideologisch, d. h. im Sprachbewußtsein zunächst der gesellschaftlich herrschenden Klassen, so weit objektiviert und von ihnen bislang als natürlich erfahrenen sozialen Verwendungszusammenhängen abgelöst sein, daß sie als Instrument verstanden werden kann, als Instrument zur Auslösung, Optimierung oder auch Absicherung geplanter ökonomischer, sozialer oder politischer Veränderungen. Sprache wird nicht nur zu etwas Veränderbarem und kollektiv Lernbarem, sondern zum Gegenstand politischer Praxis".

Zwar waren Sprachen auch in den zurückliegenden Jahrhunderten ständigen Veränderungen in Form und Gebrauch unterworfen gewesen, doch nur selten waren zentralistische Direktiven oder die Arbeit offizieller Organe in den Blickpunkt wissenschaftlicher Betrachtung gerückt. Sprachenrecht, das von einem Staat durch Gesetze verordnete Recht des Gebrauchs von Sprachen, fand kaum Beachtung und so beschränkte sich auch die sprachwissenschaftliche Forschung bis 1960 weitgehend auf die Beschreibung von Sprachen und Dialekten. Darüber hinaus gab es Versuche, genetische Klassifikationsmodelle zu erstellen; Sprachwandel hingegen wurde als weitgehend autonomer Prozeß verstanden. In Hinblick auf die Funktion der Linguistik in Bezug auf Afrika resümiert Calvet (1978, 7): "In gewisser Weise

war die Linguistik bis zum Anbruch unseres Jahrhunderts eine Methode zur Verneinung der Sprache anderer Völker, wobei diese Negation zusammen mit anderen die ideologische Rechtfertigung unserer "Überlegenheit" bildete, der Überlegenheit des christlichen Abendlandes über die "exotischen" Völkerschaften, die wir uns leichten Herzens unterwarfen. Auf diese Weise hat die Abhandlung des "Linguisten" über die Sprachen die Reden der annexiistischen Politiker, der Theoretiker des Kolonialismus vorbereitet."

Als die Notwendigkeit einer klar umrissenen, rigorosen Sprachpolitik auf Staatsebene als notwendig erkannt wurde, sollte die intrastaatliche Kommunikationslücke durch sprachplanerische Tätigkeit überbrückt werden. Die Intervention staatlicher Stellen war als ein zielgerichteter Versuch zu verstehen, das Kommunikationssystem in eine umfassende politisch-wirtschaftliche Entwicklungsstrategie einzugliedern. Als Gegenstand politischer Praxis sollte Sprachpolitik Ungleichheiten, deren Ursachen linguistischer Natur waren und die eine Herausforderung an die demokratischen Strukturen eines politischen Systems darstellten, beseitigen und somit Partizipationschancen für alle Bürger und Gruppen schaffen. In diesem Sinne stellt Gorman (1974, 397): "Decisions on language use in a particular society are almost invariably subordinate to, or a reflection of, underlying political and social values and goals." Diese Aussage kontrastiert deutlich zu jenen Ansprüchen

an Sprachpolitik, die als allgemeinverbindliche Zielsetzungen fordern, daß "die Sprachverbreitung in der Weise beeinflußt werden (soll), daß jeder Staatsbürger mit jedem kommunizieren kann." (Reh/Heine 1982). Oder: "Es soll ein Sprachgebrauch angestrebt werden, der einer national-staatlichen Entwicklung am meisten förderlich ist." (Reh/Heine 1982). Entsprechend unverbindlich ist auch Jernudd (1971, 269), wenn er schreibt: "In order for an official language decision to be of benefit to a nation, people would have to feel uniformly solidary with such a decision." In all diesen Fällen wird eine Interessenidentität zwischen den Akteuren des politischen Systems und den Belangen der Gesamtgesellschaft unterstellt. Eine solche wird jedoch erst auf der Basis der faktischen gesellschaftspolitischen Strukturierungen zu belegen sein.

Es sind insbesondere die drei relevanten gesellschaftlichen Bereiche der Administration, des Wirtschaftslebens und des Bildungssystems, in denen sich die Auswirkungen jedweder Sprachpolitik bzw. -planung eruieren lassen.

Insbesondere das Bildungswesen gewann nach Erlangung der Unabhängigkeit in den meisten afrikanischen Staaten einen neuen Stellenwert. War es während der Kolonialzeit an den Kriterien ökonomischer Rentabilität ausgerichtet, so wurde Erziehung jetzt nicht mehr als private Angelegenheit verstanden, sondern sollte eine Einordnung als dynamisches Mittel, das den gesellschaftlichen Wandel fördern

und beschleunigen sollte, finden. Dies sollte durch ambitionierte Pläne und die Bereitstellung reichlicher Mittel sichergestellt werden. Doch die Ausweitung des Schulwesens war nur möglich und sinnvoll, wenn sich die Effizienz der Ausbildung erhöhen würde.

Vor dem Hintergrund einer Kosten-Nutzen-Analyse ¹¹, in der Sprache ebenso als nationale Ressource verstanden werden kann wie z. B. die Gesamtzahl der Arbeitskräfte oder deren Qualifikation, war es unumgänglich, Vernakulärsprachen im Schulwesen einzuführen. Da diese Bereitschaft in den Gründungsjahren der jungen Staaten selten bestand, verblieb das Schulwesen jene Durchlaufstelle, die nicht allein mit Prestige beladen war, sondern die die Voraussetzung für den Eintritt in die Staatsklasse schuf, da in fast allen afrikanischen Staaten die formale Schulbildung zum Kriterium für eine Tätigkeit im öffentlichen Sektor erhoben wurde. Und da insbesondere in den ersten Jahren der Strukturierung der Verwaltung die Durchlässigkeit, d. h. die Aufstiegschancen in der administrativen Hierarchie sehr groß waren, gab es nicht wenige Belege, daß die Ausbildung eines Kindes durch ganze Familienverbände finanziert wurde, um so später direkten Einfluß auf einen Vertreter der Staatsklasse oder doch zumindest der dieser zugeordneten Klientel zu haben.

Doch einhergehend mit dem Konzept der Authentizität wurde das Verlangen nach dem Einsatz der einheimischen Sprachen im Schulunter-

richt stärker. Dabei hatte die Forderung, daß "the languages spoken by the African peoples have an irreplaceable and decisive part to play in the establishment of a system of education" (UNESCO 1970, 6) verschiedene Motive. Die Aufrechterhaltung eines nach europäischen Muster arbeitenden Schulwesens, allein reflektiert durch den Gebrauch europäischer Sprachen, war für Rodney Ursache dafür, daß keinerlei Erfolge hinsichtlich der Bewältigung der vielschichtigen Probleme des Staatsaufbaus erzielt wurden, denn: "Colonial schooling was education for subordination, exploitation, the creation of mental confusion and development of underdevelopment." ¹² Die Vorstellung, daß der Zwang zum Gebrauch einer Fremdsprache eine Ablehnung der eigenen Kultur oder Gefühle von Minderwertigkeit erweckten, knüpfte an die "linguistische Relativitätstheorie" von Whorf und Sapir an. Diese hatten behauptet, daß die Verschiedenheit der Sprachen zu einer unterschiedlichen Entwicklung in den Bereichen von Religion, sozialen Beziehungen, Verwandtschaft und Wissenschaft in den einzelnen Kulturen beigetragen habe. Daher war eine Furcht vor kultureller Über- bzw. Entfremdung ¹³ und daraus resultierenden Hemmnissen für die Entwicklung der eigenen Staaten bei vielen Afrikanern verbreitet: "The use of a European language as a medium of instruction in our schools and as a means of communication in all our national affairs will result in the Europeanization of our attitudes. This Europeanization of our attitudes will become an

obstacle in the developments of our cultures." (Mutahi 1979, 97) Überdies ist aus entwicklungspsychologischer Sicht die Unterweisung in der jeweiligen Muttersprache der Schüler geboten, da unter solchen Bedingungen höhere Lernerfolge erzielt werden als bei einem fremdsprachigen Unterricht. In diesem Sinne hatte das International African Institute schon vor dem zweiten Weltkrieg die folgende Feststellung getroffen: "It is a universally acknowledged principle in modern education that a child should receive instruction both in and through his mother-tongue", denn "the neglect of the vernacular involves the danger of crippling and destroying the productive powers by forcing him to express himself in a language foreign both to himself and the genius of his race." ¹⁴ Gleichlautend hieß es im UNESCO-Papier "The Use of Vernacular Languages in Education" (1953, 47/48): "On educational grounds we recommend that the use of the mother tongue be extended to as late a stage in education as possible. In particular, pupils should begin their schooling through the medium of the mother tongue because they understand it best and because to begin their school life in the mother tongue will make the break between home and the school as small as possible." Doch bevor dieses Postulat realisiert werden konnte, mußten erst die notwendigen Voraussetzungen erfüllt werden. Um im Unterricht Verwendung finden zu können, war es unerlässlich, die Voraussetzungen zur Schreibung der Sprachen zu schaffen. Zwar waren

während der gesamten Kolonialzeit verschiedene Versuche der "Graphisierung" (Ferguson) auf der Grundlage der lateinischen Schrift vorgenommen worden, doch erstreckten sich die Bemühungen in der Regel nur auf die dominanten Sprachen. Dabei wurden, da die 26 Buchstaben des lateinischen Alphabets oft nicht ausreichten, um alle Phoneme der einzelnen Sprachen wiederzugeben, häufig diakritische Zeichen benutzt. Diese fanden jedoch keine einheitliche Verwendung und auch den desbezüglichen Bemühungen des International African Institutes war nur in begrenztem Maße Erfolg beschieden. Standardisierte Verschriftung mußte daher der erste Schritt in Richtung eines umfassenden Einsatzes von Vernakulärsprachen sein.

Gerade am Problemkreis der Standardisierung kann eine Erläuterung der verschiedenartigen, in die Begriffe Sprachpolitik und Sprachplanung einfließenden Elemente vorgenommen werden. Wie Karam (1974) schon aufzeigte, werden beiden Begriffen von verschiedenen Autoren unterschiedliche Inhalte zugemessen. So ist für Fishman Sprachplanung die organisierte Suche nach Lösungen für Sprachprobleme, die sich normalerweise auf nationaler Ebene vollzieht. Methodisch enger ist Tauli, der Sprachplanung als Beitrag zur Regulierung und Verbesserung bestehender Sprachen versteht. Einigkeit besteht lediglich darüber, daß Sprachpolitik als ein eminent politisches Problemfeld zu begreifen ist. Desungeachtet wird häufig eine von den gesellschaftlichen Grundlagen losgelöste

Darstellung vorgenommen. Diese wenig ausdifferenzierte und weitgehend theorielos betriebene Beschreibung von Oberflächenphänomenen kontrastiert stark zu jenen Versuchen, in denen theoretische Konstrukte zu reinen Sandkastenspielen gerinnen, da eine totale Vernachlässigung der konkreten gesellschaftlichen Bezüge vorgenommen wird. Zumindest die in Afrika vorliegenden Verhältnisse können mit derlei losgelösten Theorien nicht adäquat beschrieben werden.

Die Interdependenzen von Recht und Staat, das Zusammenspiel von politischem und wirtschaftlichem System war seit altersher Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtungen. Demgegenüber gibt es keine detaillierten Ausführungen über das Verhältnis von Sprache und Staat. Und auch die sich erst in den letzten zwanzig Jahren als Teildisziplin der Soziolinguistik etablierende sprachplanerische Forschung rekurriert nur in geringem Maße auf diese Beziehung. So gibt es zwar Ausführungen über die Auswirkungen von Sprache auf das gesellschaftliche System hinsichtlich seiner Stabilität und seiner nationalen Kohärenz, doch meist sind dies nur Rückschlüsse auf Grund sozialer Indikatoren.

Es gibt jedoch keinerlei Theorie über die Frage, ob oder in welcher Form sich Sprache als politischer Verhandlungsgegenstand von anderen Themenbereichen unterscheidet oder in welcher Form sie als politisches Machtmittel Verwendung findet. Auch empirische Untersuchungen über staatlich konzipierten Sprachwandel und dessen

Rückwirkungen auf das System liegen nicht vor. In Abgrenzung zu sozio-linguistischen Fragestellungen hat O'Barr (1976, 1) für diesen Bereich den Begriff "Politico-linguistics" geprägt. Wenden wir uns noch einmal den Termini Sprachpolitik und Sprachplanung zu. Beide Bereiche sind zwar vielfach miteinander verknüpft, doch beileibe nicht kongruent. Trotzdem werden sie in der wissenschaftlichen Literatur zuweilen als Synonym verwendet. Das entbehrt jeglicher Berechtigung, da beide unterschiedlichen Ebenen zuzurechnen sind. Der Gebrauch von Sprachpolitik in dieser Arbeit bezeichnet Planung, Entscheidung und administrative Umsetzung einer Aufgabenstellung, die sich in Hinblick auf Status und Gebrauch von Sprache in einem Staate ergibt. Demgegenüber ist Sprachplanung der Bereich, der durch Bearbeitung des sprachlichen Materials die Voraussetzungen für eine rationale Entscheidungsfindung in den politischen oder administrativen Gremien schafft. In diesem Lichte sollen in Anlehnung an eine von Kloss vorgeschlagene Terminologie die Begriffe Status- und Korpusplanung in diese Arbeit eingeführt werden. Statusplanung soll dabei als die im Vorfeld einer die Sprache betreffenden Entscheidung stattfindende Anforderung von Informationen und die Diskussion derselben verstanden werden. Sie ist damit analytisch zu trennen von reinen Entscheidungsvorgängen, ist vielmehr für die Vorstrukturierung und das Setzen von Entscheidungsprämissen verantwortlich. Zusammen mit dem eigentlichen Entscheidungsprozeß

und der dieser Entscheidung Wirkung verschaffenden Implementierung macht sie den Bereich staatlicher Sprachpolitik aus. Korpusplanung hingegen umfaßt den weiten Bereich der Standardisierung in Orthographie, Lexikon und Grammatik. Der Gehalt von Sprachpolitik mit den Komponenten Statusplanung, Dezisionsvorgang und Implementierung ist also ausschließlich politischer Natur. Analog dazu beschränkt sich Sprachplanung auf rein linguistische Kriterien.

Da - wie oben definiert - Statusplanung als erste Stufe der staatlichen Sprachpolitik betrachtet werden soll, müssen einige grundlegende Bemerkungen vorangestellt werden. Allgemein formuliert, besteht das Ziel der Sprachpolitik darin, in spezifischer Form auf die sprachstrukturellen Gegebenheiten der Umwelt Einfluß zu nehmen. Die Fähigkeit, diese Funktion wahrzunehmen, ist wie die Durchführung jeglicher anderer staatlichen Planung von der Steuerungskapazität des politischen Systems abhängig. Die Steuerungskapazität ist aber keine konstante Größe, sondern von der Struktur des politischen Systems selbst sowie Planungs- und Implementierungskapazitäten abhängig.

Für uns relevant sind im Moment die Planungsfähigkeit und die Voraussetzungen, von denen sie abhängig ist. Eine der wichtigsten Aufgaben fällt der Informationsaufnahmekapazität zu, bei der es um die Datenerfassung und -auswertung geht. Der Erfolg von Planung wird davon abhängen, in welchem Maße es gelingt, die eingehenden

Informationen analytisch aufzuarbeiten und zur Disposition stehende Handlungsalternativen auszuarbeiten. Im konkreten Fall von Sprachpolitik heißt das, daß u. a. eine präzise Erhebung der bestehenden linguistischen Situation des Landes zu erfolgen hat.

Gleichermaßen gewichtig für die Realisierungsaussichten der planerischen Vorgaben ist eine Ausrichtung am Prinzip der Zweckrationalität, das eine deutliche Abwendung von "wertrationaler" Planung früherer Zeiten darstellt. Diese kann unbewußt aus der Tradition übernommene Werte beinhalten, sie kann "aus unreflektierten affektuellen Bindungen stammen oder ... durch den unbewußten Glauben an den ethischen, ästhetischen, religiösen usw. Eigenwert, jedoch unabhängig vom Erfolgsdenken, begründet sein". (Behrens 1980, 17) Die Zweckrationalität verlangt jedoch, "daß der Handelnde ein klares Wissen über die Zwecke, die Mittel und die Sekundäreffekte hat". (Dreitzel 1970, 17) Es ist also die Chance zu bestimmen, mit gegebenen Mitteln eine gewollte Wirkung zu erzielen. Doch rationale Planung geht über ein simples Maximierungsmodell hinaus, denn es sind die ungewollten Nebenwirkungen des eigenen Handelns ebenso ins Kalkül zu ziehen wie eine Gewichtung von Erfolg und Nebeneffekt vorzunehmen ist. Letztlich sind die Kosten der Realisierung, die als aufgewendete Mittel materieller wie immaterieller Art anderen Bereichen entzogen werden, in die Überlegungen mit einzubeziehen. Gesellschaftsplanung

geht mithin über die objekt-formale Handlungsrationalität der traditionellen Ökonomie hinaus. Was eben pauschal mit dem Begriff der Nebenwirkungen belegt wurde, ist eine gewichtige Planungsgröße, da diese das Risiko jeden Handelns ausmacht und in nicht unerheblichem Maße die realen Implementierungsmöglichkeiten der Planung bestimmt. Ebenso wie in anderen der staatlichen Planung unterworfenen Bereichen ist der Sektor der Statusplanung durch konkurrierende Zielsetzungen gekennzeichnet. Sei es, daß der instrumentelle oder symbolische Wert von Sprache die bestimmende Größe ist, sei es, daß die Zielprojektionen einzelner Größen auf die Maximierung politischer oder ökonomischer Einflüsse ausgerichtet ist, die konkreten Inhalte in Gegensatz zu allgemeinverbindlichen staatlichen Planungsalternativen ergeben sich als Resultat der unterschiedlichen Interessen gesellschaftlicher Gruppen. Einerseits wird Interessenberücksichtigung zu einer normativen Anforderung an das politische System, andererseits impliziert der Selektionsprozeß und der sich daraus ergebende Dissens die Notwendigkeit, spezifische Regularien der Konsensbildung zur Verfügung zu haben.

Zielsetzung einer reformorientierten Planung muß es sein, Entscheidungen so vorzubereiten, daß Probleme nicht nur kurzfristig gelöst werden. Das impliziert zugleich, daß sie sich nicht allein auf jene Ziele beschränken darf, die durch aktuellen Konsens abgestützt sind. Eng verbunden mit dem Widerstand gesellschaftlicher

Gruppen ist der zweite Aspekt der Zeitdimension, denn es gilt diese Widerstände frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und vor dem Hintergrund zeitlicher Vorgaben, Strategien zur Durchsetzung der Planungsziele zu entwickeln. In diesem Zusammenhang spielt die Herausbildung von Erwartungsdispositionen und deren Aggregation zu Konflikt- und Entscheidungsfeldern eine wesentliche Rolle.

Verlassen wir nun den Komplex der Statusplanung und wenden uns der Korpusplanung zu. Diese ist nicht als ein Versuch anzusehen, Sprache zu manipulieren. Vielmehr geht es um eine allseitige Anpassung der Sprache, um sie funktional für alle Bereiche der "Lebenswelt" (Schütz) zu machen. Dabei sind die Anforderungen an Korpusplanung sehr unterschiedlicher Art. Normalhin reflektiert Sprache den gegebenen Zustand eines sozialen Systems. Daher ist es einsichtig, daß an die kommunikative Kompetenz einzelner Mitglieder in einer nomadisch strukturierten Gesellschaft zwar gleiche Anforderungen gestellt werden wie an die sesshafter Bauern oder an die von Mitgliedern industrialisierter Staaten, daß diese jedoch jeweils unterschiedlichen Inhalts sind. So muß die Kompetenz in allen Fällen äquifunktional sein, doch diese Funktionalität manifestiert sich auf unterschiedliche Weise. Die Funktionalität unter sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen zu gewährleisten, ist Aufgabe der Korpusplanung. So obliegt es ihr, für einen Ausbau des Wortschatzes, eine Standardisierung in den

Bereichen von Orthographie und Grammatik Sorge zu tragen bzw. die notwendigen Bedingungen für derlei Standardisierung zu erfüllen, indem zum Beispiel eine Schrift entwickelt oder die Normen für die Übernahme einer schon existierenden festgelegt werden. Haugen (1971, 107) differenziert dabei zwischen Kodifizierung und Elaboration und bewertet die Aufgaben hinsichtlich einer Standardisierung von Sprache wie folgt: "Codification may be defined as minimal variation in form, elaboration as maximal variation in function." Viele der zuvor genannten Aufgaben entfallen bei Sprachen, die sich analog zum Wandel des jeweiligen Wirtschafts- und Sozialgefüges entwickelt haben. Dies war bei afrikanischen Sprachen jedoch nur bis zu Beginn der Kolonialepoche der Fall. Danach fand der rapide sozio-ökonomische Wandel nur unvollständig Niederschlag auf dem sprachlichen Sektor. Die Behebung dieses Defizits ist Aufgabe von Korpusplanung. Sie schafft über die beschriebenen Mittel die Voraussetzung für eine funktionsgerechte Verwendung der Sprachen im Regierungs- und Verwaltungswesen, in den Bereichen von Wirtschaft, Ausbildung und Wissenschaft.

Eine erste Aufgabe in diesem Kontext stellt die Graphisierung dar. Gemeinhin finden die lateinischen Schriftzeichen Verwendung und es handelt sich mithin um die Festlegung welche graphischen Symbole welchen Lauten entsprechen sollen. Ist eine ausreichende Repräsentation jedoch nicht durch die Buchstaben des lateinischen Alphabets

zu gewährleisten, so sind neue Zeichen zu entwickeln. Ziel muß es dabei sein, daß jedes Zeichen eine einfache Form hat und sich deutlich von den restlichen Buchstaben des Alphabets unterscheidet.

Standardisierung der Grammatik und ein orthographisches Regelwerk sind jedoch nicht ausreichend, um eine Anpassung an die Erfordernisse der Neuzeit vorzunehmen. Um dies zu erreichen, ist ein Ausbau des Wortschatzes in all jenen Bereichen notwendig, die den modernen Sektor einer Gesellschaft umfassen. Dabei wird der Ansicht, daß afrikanische Sprachen "inherently handicapped" und zu einer Entwicklung nicht fähig seien - eine im Übrigen auch von den Verfechtern einer exoglossischen Sprachpolitik in Afrika vertretenes Argument - widersprochen. Greenberg (1957, 65) schreibt dazu: "... it appears that natural languages are all very much on the same level as far as efficiency is concerned. A comparative measure of efficiency which includes all relevant phonological, grammatical, and semantic aspects has never been worked out, and, in view of the complexity of each aspect and the disparity among them, it does not appear very likely that one can be developed ... The evolution of language as such has never been demonstrated, and the inherent equality of all languages must be maintained on present evidence." Entsprechend hatte schon Lenneberg (1953, 467) resümiert: "A basic maxim in linguistics is that anything can be expressed in any language." 15

In diesem Zusammenhang stellt die Elaboration einen wesentlichen Bestandteil der Korpusplanung für afrikanische Sprachen dar, um so Ausdrucksmöglichkeiten für gesellschaftlich neu zu vermittelnde Phänomene in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu schaffen.

Neben einer ständigen Kontrolle der sich aus den in die Realität übertragenen Konzepten ergebenden Ergebnissen fällt der Korpusplanung eine weitere Aufgabe zu. Diese umfaßt die Schaffung von Wörterbüchern und Grammatiken sowie die Fertigung von Texten für den Einsatz von Massenmedien im Rahmen von Bildungsprogrammen. Heutzutage können Presse und Radio eine wesentliche Rolle im Rahmen des Implementierungsprozesses und der Verfestigung sprachplanerischer Normenvorgaben spielen, da sie eine schnelle, landesweite Verbreitung garantieren. Dieser Bereich der Verbreitung, von Neustupny als "cultivation" bezeichnet, markiert den Sektor, der Sprachpolitik und Korpusplanung verbindet, weil in ihm die sprachpolitischen Intentionen und sprachplanerischen Konzepte zusammenfließen.

Sprache ist die ursprünglichste und universalste menschliche Kommunikationsform und gleichzeitig entscheidende Grundlage jeglicher Kulturtätigkeit. Nicht so universal wie Sprache ist Schrift. 16 Lange Zeit meinte man, den Unterschied zwischen "Kultur Mensch" und "Kulturlosen" von der Beherrschung einer Schrift abhängig machen zu können. Und auch das "prälogische Denken der Wilden" (Levy-Brühl)

steht in direktem Zusammenhang mit der Nichtexistenz von Schriftsystemen. Diese Vorstellungen sind anerkannterweise falsch. Offensichtlich ist jedoch, daß bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen nicht ohne Schrift möglich gewesen wären, doch nicht nur das, von einer bestimmten Stufe gesellschaftlichen Daseins ergänzt sie nicht nur die sprachliche Ebene, sondern überlagert sie gewissermaßen.

"Der uns selbstverständlich gewordene Gedanke, das nur Hörbare mit nur sichtbaren Zeichen auszudrücken, ist im Grunde so paradox, daß er den Angehörigen schriftloser Völker auch dann noch unfaßbar bleibt, wenn sie seine Verwirklichung durch das "redende Blatt" als unzweifelhafte Tatsache erleben. Mit sichtbaren Zeichen, meinen sie, lasse sich nur Sichtbares darstellen." (Schmitt 1980, 324) Eine solche Abbildung des Realen, das Zeichen als Signifikat eines Umweltausschnittes, war der Grundgedanke, der jeder bild- oder zeichenhaften Fixierung innewohnte.

Ebenso vielfältig wie die im Laufe der Menschheitsgeschichte zur Schreibung benutzten Materialien sind die Regionen und die in diesen entwickelten Systeme des Schreibens. Alle weisen jedoch eine Gemeinsamkeit auf: Sie basieren auf den verschiedenen Einheiten der gesprochenen Sprache. Die Wortbildschriften (Ideographie) basierte auf Wörtern, die Silbenschrift auf Silben und die Wortlautschrift auf den einzelnen Phonemen. Während ideographische Systeme unabhängig voneinander in verschiedenen Teilen der Erde

entstanden, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu vermuten, daß das System der alphabetischen Schreibung nur einmal entwickelt wurde, nämlich zu jenem Zeitpunkt als erkannt wurde, daß ein Bild nicht nur als Zeichen für eine Sache zu verstehen ist, sondern auch für die Benennung dieser Sache. Dieser Übergang, daß nämlich der Sinn eines Zeichens nicht nur unmittelbar die Sache, sondern mit dem Wort für die Sache verbunden wird, daß also - wie Schmitt es nennt - eine "Phonetisierung" vorgenommen wird, markiert den Fortschritt in der Schriftgeschichte, der die Herausbildung eines Systems konventionsgebundener Buchstaben mit jeweils unterschiedlichen phonetischen Werten ermöglichte. Erst dieses System schuf die Grundlage, um mit einer sehr geringen Anzahl von Zeichen jedes beliebige Element eines beliebigen Sprachsystems graphisch darzustellen.

Es geht an dieser Stelle jedoch nicht darum, allgemeine Prinzipien im Gebrauch und der Entwicklung von Schriften nachzuweisen oder ein "Stufengesetz der Schriftentwicklung" (Gelb) zu formulieren. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die Voraussetzungen und den gesellschaftlichen Wert der Existenz graphischer Systeme zu skizzieren.

Die Frage kann nicht beantwortet werden, ohne daß auf die Unterschiedlichkeit von Sprache und Schrift, von phonischer und graphischer Substanz eingegangen wird. Der wichtigste Unterschied zwischen beiden ist, daß Sprache einerseits eine Gleichzeitigkeit der räumlichen Gegenwart von Sprecher und Hörer voraussetzt, andererseits

dem Moment der Kurzlebigkeit unterliegt, da die Lautsequenzen sofort dekodiert werden müssen. Schrift hingegen ist an die Verfügbarkeit eines Werkzeuges gebunden, setzt jedoch nicht die Gleichzeitigkeit in räumlicher und zeitlicher Präsenz von Sender und Empfänger voraus, bietet mithin die Möglichkeit der Übermittlung von Nachrichten über beträchtliche Entfernungen hinweg. Doch nicht allein darauf beschränkt sich die Zweckmäßigkeit des Einsatzes von Schrift. Sie gewinnt ihre besondere Bedeutung durch die Möglichkeit als Gedächtnisstütze.

Unklar ist, ob die Verwendung von Schrift an spezifische gesellschaftliche Voraussetzungen geknüpft ist. Friedrich (1966, 273) bemerkt dazu: "Der Drang nach Mitteilung war im Altertum wie heute überall selbständig da, und so wie heute die primitiven Schriftvorstufen überall selbständig entstehen, so wird es auch in der Vorzeit gewesen sein." Dergestalt unspezifisch läßt sich die Entwicklung der verschiedenen Schriftsysteme jedoch sicherlich nicht erklären, denn wäre es allein der "Drang nach Mitteilung", der ursächlich verantwortlich ist, dann bliebe ungeklärt wieso es schriftlose Gesellschaften gibt.

Schmitt (1980, 324) nimmt eine gesellschaftsbezogene Einbindung vor, wenn er schreibt: "Die Anlässe, Mitteilungen oder Notizen aufzuzeichnen, mehren sich, wenn die Gruppe eng beieinander lebender Menschen sich vergrößert und schließlich Städte entstehen mit vielseitig ausgeprägten Wirtschafts- und Rechtsverhältnissen." Somit

trägt Schrift zu einer Umgestaltung des sozialen Lebens bei. Sie ermöglicht u. a. die Vereinigung räumlich getrennter Gruppen. Nur wenig wissen wir über das Entstehen von Schriftsystemen, denn ihre Ursprünge liegen im Dunkeln. Aus einer Reihe von Funden im Gebiet zwischen Euphrat und Tigris läßt sich jetzt jedoch nachweisen, wie es zur Entwicklung der ältesten bekannten Schriften kam. Die allgemeine Vermutung, daß Schriftzeichen eine Weiterentwicklung einer einfachen Bilderschrift seien, erwies sich dabei als falsch. Vielmehr entwickelte sich die Schrift aus einem Dokumentationssystem, das zur Zeit der Wirtschaftsblüte des südlichen Mesopotamien, als die agrarisch strukturierte Gesellschaftsform sich in eine Handels- und Gewerbewirtschaft wandelte, existierte. Eine über die Subsistenzgrenzen hinausgehende landwirtschaftliche Produktion ermöglichte den Aufbau eines arbeitsteiligen Wirtschaftssystems. Es entstanden größere Wirtschafts- und Verwaltungszentren. Das Staatswesen und seine Verwaltung benötigten für Warenaustausch und Steuererhebung ein effektives System der Dokumentation und Archivierung. Anfangs waren es aus Ton gebrannte Zeichen, die der Darstellung von Objekten dienten. Die Ausweitung des Handelsvolumens, das Ansteigen der zu erfassenden Daten machten dieses System im Laufe der Zeit unfunktional, da zu zeitaufwendig. An die Stelle der plastischen, dreidimensionalen Tonzeichen traten flache, zweidimensionale Nachbildungen der Zeichen auf Ton. In diesem Augenblick vollzog sich der Übergang von einem Dokumentationssystem

zur Schrift.¹⁷

Es ist und kann kein Beweis sein, doch die Vermutung, daß eine positive Korrelation zwischen der Existenz von Schrift und gesellschaftlichen Grundstrukturierungen besteht, ist schwerlich von der Hand zu weisen. Die Selbsthaftigkeit, einhergehend mit der Herausbildung politischer Strukturen und einer arbeitsteiligen Produktionsform scheinen wenn auch nicht Voraussetzung, so doch Anlaß für die Entwicklung jedwedes Schriftsystems zu sein. Hochkulturen und Großreiche waren gleichzeitig stets Träger von Schriftkulturen. Bezugnehmend darauf schreibt Müller-Freienfels (1950, 309): "Eine feste Überlieferung ist nur möglich, wo auch feste Sozialgebilde bestehen. Erst durch schriftartige Symbole wird aus Zauberformeln und Mythologie "Religion", erst auf Grund der Schrift entsteht aus den Sagen der Völker "Literatur", erst wo geschrieben wird, erhebt sich Wissen zur "Wissenschaft", erst wo geschrieben wird, werden Gewohnheiten zu "Recht", erst durch die schriftliche Satzung wird aus einem Volk ein "Staatsgebilde"."

Betrachten wir zunächst die Sphäre der Religion. Dabei ist augenfällig, daß alle höheren Religionen ihre Fundierung in "Schriften" finden. Sei es das mosaische Gesetzeswerk der Juden, die Bibel der Christen oder der Koran der Mohammedaner, stets ist es das geschriebene Wort, das kodifizierende Wirkung hat.

Auch die Wirtschaft bedarf, sobald sie die Sphäre der reinen Austauschrelation verläßt, der Schrift. "Als "Geld" im engeren Sinne

gelten nur Tauschmittel, die durch Beschriftung oder Zeichen in ihrem Wert gekennzeichnet sind." (Müller-Freienfels 1950, 309/310)

Kreditwesen und die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise sind nur im Kontext von Buchführung und schriftlich fixierten Abmachungen und Verträgen vorstellbar.

Mit der Entstehung staatsähnlicher Gebilde findet eine - zumindest bedingte - Durchsetzung des Zweckrationalitätsprinzips statt, das in öffentlicher Vorrats- und Haushaltsführung seinen Ausdruck fand. Der Aufbau eines Verwaltungsapparates ist Ausdruck des Institutionalierungsaspekts dieses Phänomens. Zentralisierung und zunehmende Bürokratisierung sowie die Akkumulation des Wissens führen zu einer Stärkung der politischen Zentralgewalt, die wieder direkte Auswirkungen auf das Staatsgefüge hat.

Was hier nur angedeutet werden sollte, ist die Tatsache, daß die Einführung eines Schriftsystems und dessen Ausbau ein spezifischer Reflex auf Umweltbedingungen und -konstellationen ist. Die Kenntnis einer Schrift und ihre Verfügbarkeit waren also ein die Umweltbedrohung bzw. die Systemstabilität direkt beeinflussendes Mittel politischer Herrschaft.

Könnte die traditionelle Gesellschaft auch ohne allgemeine Schreibkenntnis ihrer Bevölkerung ihre Funktionen wahrnehmen, so ist der Analphabetismus der Massen heutzutage dysfunktional. Komplexität und Interdependenz des modernen Staates erfordern zwangsläufig, daß die schriftliche Form der Kommunikation weitestgehend ver-

breitet ist.¹⁸

Auf der Basis dieser theoretischen Erörterungen soll in den folgenden Kapiteln eine Darstellung des Sprach- und Schriftstreites und dessen Beilegung in Somalia erfolgen. Viele der bislang nur angeschnittenen Aspekte sollen am konkreten Beispiel vertieft und einer genauen Analyse unterzogen werden.

3. Grundzüge der Geschichte Somalias

Somalia zeichnet sich unter den Ländern des subsaharanischen Afrika durch die ethnisch-kulturelle Homogenität seiner Bevölkerung aus, die u. a. auch in einer gemeinsamen Sprache ihren Ausdruck findet. Es existiert in seinen heutigen Grenzen seit dem 1. Juli 1960. Es wurde durch den Zusammenschluß des Protektorats Britisch-Somaliland als nördlichem und des unter italienischer Verwaltung stehenden UN-Treuhandgebietes Somalia als südlichem Landesteil unter dem Namen Republik Somalia gegründet. Seit der Machtübernahme der Militärs unter Generalmajor Siad Barre am 21. Oktober 1969 heißt der Staat Demokratische Republik Somalia. Das Land nimmt den größten Teil des Horns von Afrika ein und erstreckt sich zwischen 12^o nördlicher Breite und 2^o südlicher Breite als ein 300 bis 500 km breiter Küstenstreifen am Indischen Ozean und am Golf von Aden.

Über die Geschichte Somalias während der letzten zweitausend Jahre gibt es nur wenige gesicherte Erkenntnisse; als "Land von Punt" wird es jedoch schon in vorchristlichen Texten erwähnt. Die dürftige Quellenlage resultiert aus der Tatsache, daß es bis 1972 keine standardisierte Schrift für das Somali gab und die Verbreitung anderer im Umlauf befindlicher Schriften sehr begrenzt war. Lokale Quellen über die Geschichte des Landes gibt es daher kaum. Fast alle diesbezüglichen Chroniken und Aufzeichnungen sind ausländischer Herkunft.

Wenn es über den Ursprung der Somalis auch nur Mutmaßungen gibt, so ist jedoch gesichert, daß sie ethnisch den Kuschiten zurechnen und mit den benachbarten Ethnien der Oromo, Beja, Saho und Afar verwandt sind. Ihre ethnisch-kulturelle Homogenität wurde jedoch nur zu Zeiten äußerer Bedrohung evident (vgl. Lewis 1980, 18 - 32). Nach innen bildeten sie nie eine festgefügte politische Einheit. Vielmehr waren sie in Clan-Familien, Clans und Lineages zersplittert. Die grundlegende Unterscheidung erfolgt dabei zwischen den nomadischen Samaal mit ihren Clan-Familien Dir, Isaq, Darod und Hawiye und den sesshaften Dab, denen die Clan-Familien der Digil und Rahanweyn zuzurechnen sind. Die Clan-Familien sind die wesentlichen sozialen Einheiten. Doch sie waren zu groß und zu weit verstreut, als daß sie als effiziente soziale Einheiten fungieren konnten. Daher ist jede Clan-Familie in mehrere Clans unterteilt. Durch eine weitere Aufgliederung in Lineages entwickelte sich ein Netz vielfältiger Gruppenzugehörigkeiten, das jedoch keine Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Funktionen mit sich brachte. Traditionellerweise definiert die Zugehörigkeit zu einer Lineage den jeweiligen sozialen Bezugsrahmen eines Individuums. Die Frage: Tol ma tahay? (What is your lineage?) spielt seit altersher eine wesentliche Rolle im Leben eines jeden Somali.

Als Nomaden stets auf der Suche nach neuen Weidegebieten setzte vom 11. Jahrhundert an eine Wanderbewegung von Nordosten nach Süden ein. Aufgegliedert in eine Vielzahl von Bewegungen von Familienverbänden

war diese Migration nicht kontinuierlich, sondern vollzog sich in vielen Schüben. Diese Ausdehnung setzte sich bis in das 20. Jahrhundert fort. In ihrem Verlaufe kam es zu einer Verschmelzung mit der sesshaften negroiden Urbevölkerung im Süden des Landes. Der Süden, zwischen den beiden ganzjährig wasserführenden Flüssen Shebelle und Juba gelegen, stellt mit seinen fruchtbaren Böden das ackerbauliche Potential des Landes dar.

Akephale Familienverbände mit egalitär-demokratischen Formen der Willensbildung stellen selbst heute noch die Organisationseinheit bei den Nomaden des Nordens dar. Salzman (1967) führt das Fehlen signifikanter politischer Strukturen auf die Marginalität der ökologischen Situation und die dadurch erschwerte Möglichkeit zur Erzeugung eines permanenten gesellschaftlichen Mehrwerts zurück.

Demgegenüber ist bei den sesshaften Sab eine stärkere soziale Stratifikation feststellbar. Die Dichotomie des Nord-Süd-Gegensatzes in Somalia manifestiert sich neben der unterschiedlichen sozialen und politischen Organisationsform auch in Sitten und Gebräuchen und wird überdies durch die Sprache reflektiert.

Zwar ist schon mehrfach auf die Sonderstellung, die Somalia durch seine Monolingualität in Afrika einnimmt, verwiesen worden, doch es ist anzumerken, daß verschiedene Dialekte in den verschiedenen Landesteilen auftreten. Dabei konstituieren Akzentverschiebungen und Vokabularinkongruenzen, die zwischen verschiedenen Clans und nicht so sehr unter

regionalen Gesichtspunkten auftreten (vgl. Andrzejewski 1956), noch keine verschiedenen Dialekte. Dieser Status wird jedoch drei Sprachgruppen, dem Common, dem Central und dem Coastal Somali zuerkannt.¹ Es ist ebenfalls schon erwähnt worden, daß normalhin die gegenseitige Verständlichkeit eine Subsumierung verschiedener sprachlicher Manifestationen unter eine Sprache rechtfertigt. Diese gegenseitige Verständlichkeit ist in Somalia gegeben, wenn auch mit Abstufungen. Andrzejewski/Lewis (1964, 38) führen dazu aus: "Even the dialect differentiation is not a serious obstacle, since one dialect type, Common Somali, has been used, probably for several centuries, all over the Somali-speaking territories as a means of wider communication." Daher seien Common und Central Somali "mutually intelligible if their speakers are in close contact for a few months" und "the speakers of Common and Coastal Somali can normally understand each other with only occasional difficulties in communication."² Dabei sieht die regionale Verteilung der Dialekte folgendermaßen aus:

1. Common Somali wird von der nomadischen Bevölkerung in den Küstengebieten und Hochlandflächen des Nordens wie auch in den sich nach Süden anschließenden savannenähnlichen Landstrichen Zentral-Somalias gesprochen. Nach Angaben Galaals (1977, 335) bedienen sich etwa 80% aller Somalis dieses Dialekts.
2. Central Somali trägt diesen Namen irreführenderweise, denn es wird im Süden des Landes unter den sesshaften Digil und Rahanweyn

gesprochen. Es weist im Gegensatz zum Common Somali drei zusätzliche Phoneme auf: den palatalen Nasal [ɲ], den velaren Nasal [ŋ] und die alveolar-palatale Affricata [dz].

3. Das Coastal Somali wird an der Benadir-Küste gesprochen. Gegenüber dem Common Somali verfügt es über ein zusätzliches Phonem, den palatalen Nasal [ɲ], und unterscheidet sich gegenüber den beiden anderen Dialekten durch einfachere grammatische Strukturen.

Die dominante Rolle bzw. allgemeine Akzeptanz des Common Somali läßt sich durch zwei Faktoren erklären:³ Die Nomaden stellen seit Urzeiten die Mehrheit der Bevölkerung. Ihre Mobilität, die sie häufig in Kontakt zur sesshaften ländlichen und städtischen Bevölkerung brachte, hinterließ nachhaltige sprachliche Spuren, zumal die nomadische Lebensform auch unter der sesshaften Bevölkerung hohe Wertschätzung erfuhr. Doch ein zweiter, ebenso wichtiger Faktor ist zu berücksichtigen. Seit Beginn des Rundfunks in Somalia 1943 werden alle Programme über die beiden Sender in Hargeisa und Mogadishu im Dialekt des Common Somali ausgestrahlt. Aber auch alle anderen in Somalia zu empfangenden Radio-Sendungen, die der BBC und die des äthiopischen Rundfunks in Addis Abeba, bedienen sich des Common Somali.

Der Vollständigkeit halber seien jene Sprachen aufgelistet, die von nur 3% der Bevölkerung gesprochen werden (vgl. Galaal 1977, 336). Doch auch bei diesen ist eine Beherrschung des Somali ge-

geben. Im Gebiet des Lower Juba sind es die Warday-Oromo, die Oromo, das ebenso wie das Somali zur kuschitischen Sprachfamilie zählt, benutzen. Eine der Struktur nach archaische kuschitische Sprache sprechen die Boni. Diese beiden Gruppen umfassen jeweils lediglich 3000 Mitglieder.

Zahlenmäßig weitaus stärker (ca. 75000 - 100000) sind jene Gemeinschaften, deren Kommunikation sich in einem Swahili-Dialekt vollzieht. Sie sind in Brava, im Gebiet des Lower Juba sowie auf den Bajuni-Inseln anzutreffen.

Ein starker Zuzug von Somalis, die in Kenia, Uganda oder Tanzania aufgewachsen sind und Swahili als lingua franca gelernt haben, bringt es in den letzten Jahren mit sich, daß in Mogadishu und Kismayu häufig in Swahili geführte Gespräche zu hören sind.

Die Geschichte Somalias bis Ende des letzten Jahrhunderts läßt sich in wenigen Absätzen zusammenfassen. Eine karge, wenig verheißende Landschaft hatte über Jahrhunderte hinweg ausländische Mächte vom Inland ferngehalten. Lediglich die Küstenregionen mit den in diesen befindlichen Städten gerieten unter wechselnden politischen Einfluß. Türken, Portugiesen, Araber und Zanzibari waren die sich einander ablösenden Herren. Ihre Interessen beschränkten sich auf das Einziehen von Tributzahlungen sowie den Ausbau von Handelsstützpunkten, in denen in der Hauptsache Sklaven und Gewürze, in geringerem Maße auch Vieh umgeschlagen wurde.

Ein Einfluß auf die materielle Kultur oder das politische System

des Hinterlandes gab es nie. Nur hinsichtlich der arabischen Einflüsse wird diese Bemerkung im nächsten Kapitel noch zu präzisieren sein. Seit dem 8. Jahrhundert ist ein permanenter Austausch mit der arabischen Halbinsel belegt; im Gefolge dieser Handelsbeziehungen siedelten sich viele arabische Kaufleute und Händler in Somalia an. Mit sich brachten sie den Islam, der schon bald die autochthonen Naturreligionen der Somalis verdrängen konnte und eine tiefe Verwurzelung in der Glaubenswelt der Nomaden fand. Im Gegensatz dazu waren die arabischen Einflüsse in anderen Bereichen wie Wirtschaft, Handel und Kultur nur überlagernder Natur und fanden fast ausnahmslos nur in den Städten Verbreitung. Nach außen hin erscheinen diese Einflüsse sehr weitgehend zu sein, doch kann ohne weiteres davon gesprochen werden, daß lediglich eine Übernahme der Form, aber nicht des Inhalts erfolgte. Dieses ambivalente Verhältnis findet auch im somalischen Selbstverständnis seinen Ausdruck: Man zählt sich weder Afrika noch der arabischen Welt zugehörig, anders ausgedrückt: man versteht sich als einzigartige Synthese aus arabischen und afrikanischen Elementen.

Soziales Handeln wurde durch ein System religiöser Vorschriften und tradierter Sitten bestimmt. Zweckrationales Handeln beschränkte sich auf die Aneignung der äußeren Natur.

Die Gleichartigkeit der Bräuche auf der Grundlage einer pastoralen Kultur und eine tiefverwurzelte Hingabe an den Islam waren die Kennzeichen einer Homogenität, die die Somalis deutlich von benachbarten

Gruppen in Nordost-Afrika abhob. Doch auch die kulturelle Identität konnte nicht verhindern, daß clan- und lineage-bezogene Fehden und Kriege das Leben in den sonnenverbrannten Ebenen prägten. Hier war es insbesondere die islamische Geistlichkeit, die als Schlichter in diesen Auseinandersetzungen fungierte und ihren Einfluß auch durch diese Tätigkeit sicherte. Lewis (1980, 43) führt dazu aus: "Despite their sense of cultural identity, they did not constitute a single political unit. Foreign aggression thus encountered not a nation-state, but a congeries of disunited and often hostile clans which themselves were regularly divided by bitter internecine feuds." Fast alle Autoren schließen aus der kulturellen und sprachlichen Homogenität der Somalis auf ein Nationalbewußtsein. Das ist zum heutigen Zeitpunkt sicherlich richtig, doch in Hinblick auf zurückliegende Perioden erscheint eine dergestaltete Aussage als zu weitreichend und zweifelhaft. Es soll daher auf die inkonsistente Verwendung der Begriffe "Nation", "nationalistisch" etc. selbst bei Kennern der somalischen Verhältnisse hingewiesen werden, eine Inkonsistenz, die sich fast in der gesamten Literatur wiederfindet. Dieser Zwiespalt ist auch bei Lewis nachweisbar. Einerseits (1980, IV) die Existenz einer Nation betonend, bemerkte er andererseits (1965, 166 - 168), daß das "nation-building" Somalias im Widerspruch mit den "segmentary lineage interests" stets unterlegen gewesen sei.

Auch das Auftreten der rivalisierenden europäischen Mächte am Horn

von Afrika brachte ab Mitte des 19. Jahrhunderts kaum strukturelle Änderungen mit sich. Ihnen ging es nach der Eröffnung des Suez-Kanals um die Gewinnung strategisch wichtiger Positionen und der Landerwerb war mithin mehr militärischer denn ökonomischer Natur. Eine Transformation der traditionellen Strukturen war somit nicht notwendig. Großbritannien, insbesondere an der Versorgung und Sicherung der Nachschubwege für seine Kolonie Aden gelegen, gewann Kontrolle über die nördlichen Gebiete Somalias durch verschiedene Abkommen, die mit einzelnen Clans abgeschlossen wurden. Als Gegengewicht zum britischen Einfluß beanspruchte Frankreich den nördlichen Küstenstreifen um Djibouti als Kolonie. Italien als dritte europäische Macht an der Aufteilung somalischer Territorien beteiligt, sicherte sich Einfluß auf die Benadir-Küste durch mehrere Schutzabkommen. Dieses Gebiet wurde 1905 dem Sultan von Zanzibar abgekauft und ging damit endgültig in italienischen Besitz über.

Waren die Motive, die die europäischen Mächte zur Besitzergreifung trieben, auch nicht absolut identisch, so gibt es ein übereinstimmendes Kennzeichen in den ersten Jahrzehnten ihrer Herrschaft. Ebenso wie den fremden Machthabern in den vorherigen Jahrhunderten gelang es auch den Europäern nicht, machtpolitisch Einfluß auf das Hinterland zu nehmen. Die administrative Penetration dieser Gebiete blieb gering. Seitens der Italiener gab es bis 1920 keinerlei Pläne und Versuche, tiefgreifende ökonomische oder soziale Transformationsprozesse zu initiieren. Hess (1966, 177) charakterisierte

daher den italienischen Kolonialismus als durch "confusion, uncertainty, hesitancy, and inner contradiction" getragen.

Die Politik der Briten war konsistenter. Sie war primär auf eine Absicherung ihrer Handels- und Versorgungswege ausgerichtet. Diese Zielsetzung konnte ohne eine Umgestaltung der traditionellen Wirtschafts- und Sozialstrukturen gesichert werden. Mithin war das Hauptaugenmerk einzig auf eine Marginalisierung der Ausgaben im administrativen Bereich ausgerichtet. Das entsprach der allgemeinen Kolonialpraxis: Mit einem minimalen Aufwand an Personal und Sachmitteln eine effiziente Verwaltung zu garantieren, die eigene Herrschaft zu sichern und den größtmöglichen ökonomischen/strategischen Nutzen zu erzielen.

Die Entwicklung in Djibouti nahm einen anderen Verlauf. Durch die Eisenbahnanbindung an das äthiopische Hochland gewann es innerhalb kürzester Zeit als Hafenstadt eine bedeutende wirtschaftliche Position, die durch vielfältige Investitionen aus dem Mutterland Frankreich abgesichert wurde. Damit war eine gewisse Abkoppelung vom Geschehen in den übrigen somalischen Territorien, bedingt auch durch die geographische Lage, gegeben und ein separater Status erzielt, der bis zur Erlangung der Unabhängigkeit 1977 beibehalten wurde. Aus diesem Grunde wird im Verlaufe der weiteren Ausführungen auf eine Darstellung der Geschehnisse in diesem Territorium verzichtet.⁴

Gab es in den zurückliegenden Zeiten auch schon vereinzelte lokale Übergriffe auf vorgeschobene Posten und Niederlassungen der Kolonial-

mächte, so kam es in den ersten zwanzig Jahren dieses Jahrhunderts zu einer Insurrektion, von der insbesondere die nördliche Landeshälfte, das britische Kolonialgebiet, betroffen wurde. Es war die sich auf die islamische Bruderschaft Salihiya⁵ stützende religiöse Bewegung des Sayid Muhammed Abdille Hassan, in der Literatur unter dem Namen "Mad Mullah" bekannt, die in fortwährenden Gefechten den bewaffneten Kampf gegen Kolonialherrschaft und kulturelle Überfremdung führte. Vorübergehende Erfolge wurden durch bittere Niederlagen abgelöst. Obwohl heute als Nationalheld gefeiert, muß man festhalten, daß sein religiös inspirierter Kampf gegen die Fremdherrschaft der europäischen Mächte nur bedingte und wechselnde Unterstützung bei seinen Landsleuten fand. Nach dem Tode des Sayid Muhammed Abdille Hassan im Jahre 1920 konnte eine vorübergehende Befriedung erreicht werden.

Erst Mitte der dreißiger Jahre entstand ein antikolonialistisch geprägter Somali-Nationalismus. Bedingt durch die Konfrontation mit den ausländischen Mächten, durch Repression und soziale Diskriminierung bildete sich das Nationalbewußtsein der Somalis und ließ kleinere politische Zusammenschlüsse entstehen, die jedoch im italienischen Herrschaftsgebiet einer allseitigen Verfolgung ausgesetzt waren. Erst nach der Niederlage der Italiener in Ostafrika während des 2. Weltkrieges (1941/42) und der Übernahme aller Gebiete durch die Briten, wurden die Beschränkungen, die während der faschistischen Herrschaft hinsichtlich politischer Betätigung bestanden

hatten, aufgehoben.

Auf Grundlage der früheren Keimzellen kam es am 15. Mai 1943 zur Gründung des Somali Youth Club, der sich vier Jahre später in Somali Youth League (SYL) umbenannte. Seine Mitgliedschaft rekrutierte der Club aus einer langsam anwachsenden Gruppe von westlich unterrichteten, in der Verwaltung und der Polizei tätigen Somalis. Es waren nicht etwa politische, auf den zukünftigen Status ihres Heimatlandes ausgerichtete Ziele, sondern soziale, die in den vier Programmpunkten des Statuts niedergelegt wurden. Es wurde gefordert:

- "1. To unite all Somalis, particularly the youth, and to eradicate harmful prejudices which cause communal and tribal friction.
2. To educate the youth in modern ideas and a civilisation by schools and cultural circles.
3. To eliminate by constitutional means any situation prejudicial to Somali interests.
4. To develop the Somali language and to put into use the existing script known as "Osmaniya"."

Die ebenfalls diskutierte Vereinigung der somalischen Siedlungsgebiete blieb ein Traum. 1946 als "Bevin-Plan" in der politischen Diskussion, gab es keinerlei Aussichten auf Realisierung und der somalische Wunsch wurde großmachtpolitischen Interessen hintangestellt. Schließlich wurde eine Einigung auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners, der die alte Teilung in eine nördliche und

eine südliche Landeshälfte vorsah, erzielt (vgl. Pankhurst 1951, Lewis 1980). Dabei übernahmen die Briten ihr altes Protektoratsgebiet, während die Südhälfte des Landes als UN-Treuhandgebiet den Italienern zur Verwaltung überantwortet wurde. Zwar wurde diese Übertragung auf den Zeitraum von 1950 bis 1960 befristet, zwar gab es langwierige Verhandlungen und detaillierte Bestimmungen die Entwicklung des Territorium betreffend, daß eine grundlegende Änderung der sozialen und politischen Verhältnisse eintreten würde, war jedoch nicht zu gewärtigen.

Somalia war immer noch ein Land, in dem alle Funktionen, die für das "Überleben" der Gesellschaft notwendig waren, in ein nur wenig komplexes Netz von Strukturen eingebettet waren.

Das der Unabhängigkeit vorangehende Jahrzehnt war gekennzeichnet durch eine langsam wachsende Beteiligung der Somalis an politischen Institutionen und Entscheidungen. Es entwickelte sich, insbesondere im italienischen Treuhandgebiet, eine vielfältige Parteienlandschaft, in der die SYL stets dominant war. Entwicklungsimpulse fehlten während dieses Zeitraums, so daß Somalia hinsichtlich infrastruktureller und sozialer Einrichtungen am 1. Juli 1960 weitgehend unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassen wurde; nicht einmal eine Telefonverbindung zwischen Mogadishu und Hargeisa, den beiden größten Städten des Landes, existierte.

Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit war Somalias Situation durch eine allseitige Abhängigkeit gekennzeichnet. Es bedurfte externer Hilfe

in finanzieller wie personeller Hinsicht, im öffentlichen wie im privaten Sektor. Größere Industriebetriebe gab es nicht, handwerkliche Kleinstbetriebe waren das Kernstück der heimischen Wirtschaft. Im Landwirtschaftsbereich war es die als Plantagenkultur betriebene Bananenzucht, die mit ihren Exporterträgen - durch Präferenzpreise auf dem italienischen Markt abgesichert - das Handelsbilanzdefizit zu verringern half. Nach der Unabhängigkeit verstärkte sich der Prozeß der Kommerzialisierung des Viehsektors und innerhalb weniger Jahre entwickelte sich der Viehexport auf die arabische Halbinsel zum wichtigsten Devisenbringer.⁶ Der mit Dhaus betriebene Handel nahm ein Ende, Frachtschiffe übernahmen deren Funktion, was zu einem Niedergang vieler kleiner Küstenstädte beitrug. Durch die Monopolisierung des gesamten Viehhandels zugunsten weniger seßhafter Händler fand eine Konzentration auf nur wenige Städte (Buraq, Hargeisa und Berbera) statt.

Währenddessen verfolgte die Regierung ein Programm der Industrialisierung, ein Vorhaben, das auf Grund der fehlenden Voraussetzungen von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Die vom Staat praktizierte Mittelallokation, für städtische Projekte und zum Ausbau der Administration eingesetzt, wobei insbesondere Mogadishu begünstigt wurde, hatte Folgen. Die Städte wuchsen unaufhaltsam.⁷

Doch während es in den meisten Staaten der 3. Welt zu Slumbildung kommt, blieb Somalia weitgehend davon verschont. Nicht etwa, weil das vom Staat gesponnene soziale Netz ausreichend gewesen wäre,

sondern weil noch intakte Strukturen der Clanzugehörigkeit einen Prozeß der Marginalisierung verhinderten. So blieben die clanbedingten Beziehungen im Bewußtsein der Somalis die Voraussetzung für den persönlichen Schutz und die soziale Sicherung. Derweil wurden die regionalen Disparitäten jedoch immer größer, denn durch das Entstehen der Republik verschlechterte sich die Position der nördlichen Regionen beträchtlich. Der Süden wurde zum Zentrum des politischen und wirtschaftlichen Geschehens. Der moderne Sektor mit Arbeitsplätzen und Verdienstchancen konzentrierte sich ebenso wie Wohlstand und politischer Einfluß auf die wenigen städtischen Zentren, während das Gesicht der ländlichen Regionen gegenüber früheren Jahrzehnten kaum eine Änderung erfuhr. So waren Kämpfe zwischen einzelnen Lineages auch weiterhin in den ruralen Landstrichen üblich, ohne daß staatliche Autorität hätte dies verhindern können. Und auch in den städtischen Regionen wurde die Clan-Bindung staatlichen Belangen vorangestellt. "The principle that, regardless of education or ability, kinship ties should be recognized and honored permeated all aspects of Somali life. It affected the competition and working of parties and intruded forcibly into every government office department and private enterprise." (Lewis 1975, 290) Von einem funktionstüchtigen Staatswesen konnte keine Rede sein. Ständige Konflikte zwischen den traditionellen Clan-Gebräuchen und der Staatsautorität waren Ausdruck dieser Dichotomie. So war es auch üblich, daß die Nomaden die Grenzen zu Äthiopien und Kenia

passierten, um der Besteuerung ihres Viehs zu entgehen.

Das Netz staatlicher Institutionen wurde dichter, doch nur in den urbanen Zentren, und machte Mitte der 60er Jahre die Beschäftigung von 12000 Staatsbediensteten notwendig. Gleichzeitig kam es jedoch nicht zur Bildung einer unabhängigen politischen Öffentlichkeit, obwohl Somalias System mit seiner weitgehenden Liberalität durchaus die Möglichkeit dazu gegeben hätte. Fehlende Verantwortung und mangelnde Kontrolle begünstigten eine Politik der Ineffizienz, die mit der Unabhängigkeit verknüpfte Hoffnung auf Fortschritt blieb unerfüllt.

Politisch unfähig, sich den dringenden Problemen zu stellen, durch Gruppenpartikularismus und die Verknüpfung von Politik und Geschäft gebranntmarkt, verlor die politische Führung schon bald das Vertrauen der Bevölkerung. Das Parlament war pervertiert und bankrott und nicht länger Repräsentant der Bevölkerung. Lewis (1975, 298) bezeichnet diese Zustände als "kommerzialiserte Anarchie".

Zwar stellte Somalia in verfassungsrechtlicher Hinsicht einen Sonderfall in Afrika dar. Nie kam es zu Unterdrückung oder Verbot der parlamentarischen Opposition, nie zu Zensur im Pressewesen. Die Verfassung wurde durchweg respektiert, doch dieser Fundamentalkonsens konnte nur durch eine Ausgewogenheit, basierend auf den Clanbindungen, bei der Besetzung von Ämtern erreicht werden. Eine kleine Minderheit profitierte von der Institution Parlament und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel. Doch ausgehend von den verfassungsmäßig garan-

tierten Rechten gibt Mohamoud Hassan (1980, 3) eine kritische Einschätzung der damaligen Situation: "All these rights, however, were essentially theoretical freedoms. And the illusion was apparently gained by default. It was well known to astute observers that this "freedom" was due to the absence of effective administration, slothfulness and general absent-mindedness rather than any desire or commitment to democratic values on the part of the governing elite. Corruption, nepotism and injustice were rife. It was the epoch of neo-colonialism per excellence, for the inherited colonial state structure was merely Somalized and an alliance between the commercial, bureaucratic and military/police alliances went about plundering the poor nation."

Somit hatte Somalia nicht den erhofften Sprung nach vorn getan und zählte auch weiterhin zu den ärmsten Staaten der Welt. Als das Militär, das sich in signifikantem Unterschied zu anderen afrikanischen Staaten zuvor aus den innenpolitischen Machtkämpfen herausgehalten hatte, nach einem unblutigen Staatsstreich am 21. Oktober 1969 die Macht übernahm, waren kaum mehr liquide Mittel vorhanden. Das sich unter Führung von Generalmajor Siad Barre konstituierende Supreme Revolutionary Council (SRC) begründete seinen Schritt mit dem Vorwurf des Tribalismus, der Korruption, der im Lande herrschenden Ungerechtigkeit und Mißwirtschaft und traf auf die mehrheitliche Zustimmung der Bevölkerung, denn längst hatten die nach der Unabhängigkeit aufblühenden Träume ihren Platz in den

Regalen der Illusion gefunden. Insbesondere in den Städten konnten die Militärs ihre Herrschaft etablieren, wobei sie die stärkste Unterstützung "from those sections of the population that had least benefited from previous civilian governments" (Lewis 1975, 302) erhielten.

Die Verfassung wurde suspendiert, das Parlament aufgelöst, Parteien und andere politische und soziale Organisationen verboten. Laitin (1977, 129) gibt folgende Einschätzung der damaligen Situation: "... while it is true that the military coup of 1969 did abolish all the democratic institutions of the Somali Republic, it is also true that the new rulers stopped the process by which Somali social and regional egalitarianism was being eroded." Die Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Systems wurde erklärtes Ziel der neuen Machthaber, niedergelegt in der ersten Charta der Revolution:

- "1. To constitute a Society based on the right of work and on principle of social justice considering the environments and social life of the Somali people;
2. To prepare and orientate the development of economic, social and cultural programme to reach a rapid progress of the country;
3. Liquidation of illiteracy and to develop an enlightened patrimonial and cultural heritage of the Somali people;
4. To constitute, with appropriate and adequate measures the basic development of the writing of the Somali language;
5. Liquidation of all kinds of corruption, all forms of anarchy,

the malicious system of tribalism in every form and every other phenomena of bad customs in State activities;

6. To abolish all Political parties, and
 7. To conduct at appropriate time free and impartial election."
- (Halgan 28, 7)

Die Entwicklungsstrategie fußte auf sozialistischen Vorstellungen. Dabei sollte nicht nur die Produktions- und Distributionssphäre, sondern der gesamte gesellschaftliche Raum einem vollständigen Wandel unterzogen werden. Dies sollte einen umfassenden Entwicklungsprozeß einleiten, der jedoch nur bei Mitwirkung der gesamten Bevölkerung Erfolgchancen besitzen würde. Um die Möglichkeit für eine sinnvolle Partizipation der Bürger zu schaffen, mußte die Voraussetzung für eine Ausbildung gelegt werden, die alle Schichten und Regionen erfassen sollte. Denn "education is a tool for concrete solutions, producing citizens to engage in the revolutionary transformation of the country." ⁸

Unter dem Stichwort "Transformation" lief in den Jahren nach 1969 so gut wie alles, was an staatlichen Aktivitäten zu verzeichnen war. Grundlage sollte eine verstärkte Kommunikationsfähigkeit der politischen Organe mit der Bevölkerung sein. Zu diesem Zwecke wurden umfangreiche Dezentralisierungsmaßnahmen eingeleitet, die ihren Ausdruck darin fanden, daß die Zahl der Regionen von acht auf sechzehn und die der Distrikte von 47 auf 81 erhöht wurde. ⁹ Barre führte dazu aus (Halgan 4, 6): "This same collective spirit was exhibited

by the numerous laws promulgated to realize the effective participation of the masses in the political and administrative life; the creation of new regions and districts so as to extend the administrative services to all sections of the people, especially the nomads." Untergliederungen des SRC wurden auf allen Organisationsebenen aufgebaut. Im ganzen Lande wurden "Orientation Centres" gebaut. Auch sie sollten die Möglichkeit direkter Kommunikation zwischen den Massen und der politischen Führung schaffen, darüberhinaus aber auch der Ort sein, an dem eine politische wie ideologische Schulung vorgenommen werden sollte. All diese Maßnahmen stellten das organisatorische Gerüst bereit, das dann später inhaltlich durch verschiedene Massenkampagnen gefüllt wurde. Die erste dieser Kampagnen richtete sich gegen Tribalismus, Nepotismus und Korruption, und konnte gewisse Erfolge erzielen. Eine zweite lief unter dem Stichwort "dignity of work" und betonte den Stellenwert von harter, körperlicher Arbeit und von Selbsthilfeprojekten im Rahmen einer autozentrierten Entwicklungsplanung, die die ökonomische Zukunft des Landes bestimmen sollte. In einer weiteren ging es darum, Begriff und Inhalt des "wissenschaftlichen Sozialismus" ¹⁰, der zwischenzeitlich zur Staatsdoktrin erhoben worden war, und seine mit dem islamischen Glauben "kongruenten Zielsetzungen" darzulegen. Mobilisierung und Partizipation breiter Schichten konnten erreicht werden. Daß es nicht allein die Kampagnen waren, die dem Regime eine weitreichende Unterstützung sicherten, macht Lewis (1975, 301) deutlich, wenn er unter Hinweis auf die

autoritären Verhältnisse in der ersten Hälfte der siebziger Jahre schreibt ¹¹, daß die Meinungsfreiheit dergestalt eingeschränkt war, daß Äußerungen jeder Art "are ... best kept secret, because the airing of any opinion that can be construed as hostile to the regime is a serious offense. The inveterate tea-shop gossip ... - so much a feature of the urban scene in the "bad old days" of civilian rule - has disappeared."

Die Einführung eines Arbeitsrechts, der Aufbau von staatlich unterstützten Kooperativen im landwirtschaftlichen und gewerblichen Bereich sowie eine Konsolidierung der ökonomischen Verhältnisse bewirkte eine Stabilisierung des Regimes in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Am 1. Juli 1976 erfolgte die Gründung der Somali Revolutionary Socialist Party (SRSP). Im folgenden Jahr kam es zur Gründung weiterer gesellschaftlich relevanter Organisationen: Gewerkschaften, Jugend- und Frauenbewegung.

Ab Ende 1977 unterstützte Somalia verschiedene Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf um die Unabhängigkeit des von den Somalis beanspruchten Ogaden. Nach anfänglichen Erfolgen kam es im März 1978 zu einer den Krieg beendenden Niederlage gegen die von Sowjets und Kubanern unterstützten äthiopischen Einheiten. Ein im Laufe der Jahre die Millionengrenze übersteigendes Heer von Flüchtlingen war die Folge und zog wirtschaftliche Schwierigkeiten nach sich. Trotzdem war das Jahr 1979 durch weitere Schritte in Richtung Liberali-

sierung gekennzeichnet. In der durch ein Referendum bestätigten neuen Verfassung wurden u. a. folgende Prinzipien verankert:

Somalia ist eine sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem. Soziale Organisationen haben eine tragende Rolle bei der Entwicklung des Landes zu spielen. Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf freie Ausbildung und auf Privateigentum werden garantiert. Die Justiz ist unabhängig. Ende 1979 fanden erstmals wieder Parlamentswahlen statt. Einfluß- und Entscheidungsmöglichkeiten des Parlaments wurden jedoch schon bald durch die Verkündung des Ausnahmezustandes drastisch eingeschränkt. Dieser wird erst Anfang März 1982 wieder aufgehoben.

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Rahmenbedingungen vollzog sich die Diskussion um Sprache und Schrift, die im nächsten Kapitel wiedergegeben werden soll.

4. Das Sprach- und Schriftproblem in Somalia

4.1. Arabische Einflüsse

Von altersher bestehen wechselseitige Kontakte mit der arabischen Halbinsel. Schon immer hatten sich arabische Kaufleute an der Nordküste Somalias niedergelassen, die hauptsächlich mit Gewürzen, Elfenbein, aber auch mit Vieh handelten. Dieser arabische Zuzug verstärkte sich im 9. Jahrhundert und führte zur Gründung einer Reihe von Städten, von denen sich Zeila schon bald zu einem wichtigen Handelszentrum entwickelte.

Die Islamisierung Somalias brachte prägende sprachliche Einflüsse nicht nur im religiösen, sondern auch im sozialen Bereich. Am stärksten ist dieser Einfluß im Wortschatz zu spüren. Eine Vielzahl von Worten speziell aus dem kommerziellen, städtisch-zivilisatorischen und religiösen Bereich sind arabischen Ursprungs (Andrzejewski/Lewis 1964, 36/37):

marhab	Schiff
kitaab	Buch
soon	Fasten

Dieser arabische Einfluß hat auch in Entlehnungen der jüngsten Vergangenheit noch seinen Niederschlag gefunden:

jaridad	Zeitung
saud	wählen
shun'i	Kommunist

Trotzdem erfuhr das Arabische keine tiefgreifende Verankerung in der Gesamtbevölkerung und konnte sich nicht als Umgangssprache durchsetzen.

Für die Tatsache, daß Gruppen von Menschen, Ethnien oder gar ganze Reiche ihre Sprache wechseln, gibt es vielerlei Beispiele, und so war es gerade das Arabische, das einhergehend mit den Eroberungen des 7. und 8. Jahrhunderts die ursprünglichen Sprachen Nordafrikas zurück- bzw. verdrängte. Ausgehend von den Städten und deren Umgebung kam es zu einer Verbreitung entlang der Küste Nordafrikas, um dann später auch andere, unwegsame Gebiete des Maghreb zu arabisieren. Letztlich blieben selbst die Oasen der Sahara und die Gebirgszüge im Inneren des Landes nicht ausgespart von dieser Entwicklung.

Ähnliches vollzog sich in Somalia nie, denn der arabische Einfluß im Norden blieb auf die Städte, speziell an der Küste, beschränkt. Ein entsprechender Ablauf war im 9. Jahrhundert auch an der Benadir-Küste im Süden des Landes zu beobachten. Zwar erhielten die arabischen Sultanate Tributzahlungen von den Küstenstädten, doch gab es keinerlei Versuche, Einfluß auf die Gebiete im Landesinneren zu nehmen, da es den Arabern vornehmlich um die Sicherung der Handelsmöglichkeiten und -wege und um Tributzahlungen ging.

In der religiösen Sphäre erfüllte das Arabische etwa die gleiche Funktion wie das Latein im mittelalterlichen Europa. Gesprochen lediglich im religiösen Kontext fand es zwar Niederschlag in offi-

ziellen und religiösen Dokumenten, doch war es die spezifisch islamische Religionspraxis, die einer stärkeren Ausdehnung der arabischen Sprache Grenzen setzte. Da von einem Gläubigen zwar die Kenntnis des Korans verlangt wurde, war der Besuch der *dugsi*, der Koranschule, praktisch obligatorisch, doch beschränkten sich die Instruktionen häufig auf ein Auswendiglernen einiger Textstellen und trugen nicht zu einer Verfestigung der Arabischkenntnisse bei. Entsprechende Beobachtungen konnte auch Luling (1971, 161/162) machen, als sie Untersuchungen in verschiedenen Koranschulen in Afgoy, 30 km südlich von Mogadishu, durchführte. So läßt sich feststellen, daß zwar die gesamte Bevölkerung ein Grundwissen an Arabisch besitzt (durch die täglich zu verrichtenden Gebete), daß aber lediglich eine kleine Minderheit, die sich aus den Reihen der *wadaads* und *sheikhs*, der religiösen Würdenträger, der Kaufleute und Händler rekrutierte, des Lesens und Schreibens der arabischen Sprache mächtig ist.

Die Kontakte zur arabischen Halbinsel blieben über die Jahrhunderte hinweg konstant. Indiz dafür sind die somalischen Saisonarbeiter, die in früheren Zeiten während der Weihrauchernte im Sultanat Oman beschäftigt waren, die starke somalische Kolonie in Aden und in letzter Zeit die über 100000 somalischen Gastarbeiter, die in Saudi-Arabien beschäftigt sind. Doch nach wie vor wird das Verhältnis von Somalis gegenüber Arabern von Ambivalenz geprägt. Zwar verweist die Mehrzahl der Somalis voller Stolz auf eine arabische Abstammung,

andererseits lehnt man jede weitergehende Identifizierung ab und legt Wert auf nationale Eigenständigkeit und kulturelle Eigenheiten.

Ein wesentliches Element für das Bewußtsein, eine Nation zu bilden, stellt heutzutage der Besitz einer gemeinsamen, gegen äußere Einflüsse bewahrten Sprache dar. Dabei lassen die jahrhundertealten oralen Traditionen jeden Somali mit Stolz auf seine Muttersprache schauen. Doch bis 1972 gab es keine standardisierte Schrift für das Somali. So wird aus der Zeit vor dem Eintreffen der europäischen Kolonialmächte auch nur von wenigen Versuchen, den Zustand der Schriftlosigkeit zu verändern, berichtet.

Bei dem ersten Versuch auf Massenbasis Schriftkenntnisse zu verbreiten, ging es nicht um die Schreibung des Somali als vielmehr um die Verbreitung der arabischen Schrift. Es war Sheikh Yusuf al Kawneyn, unter dem Namen Aw Barkhadleh in Somalia überaus bekannt, der als eifriger Verfechter des islamischen Glaubens im 13. Jahrhundert missionierend im Horn von Afrika umherzog. Er, als Mann des Glaubens bestens mit dem Arabischen und dessen Schrift vertraut, war von der Idee beseelt, die Kenntnis des Schreibens unter den Somalis zu verbreiten, um so die Grundlage für eine totale Übernahme der arabischen Sprache zu schaffen. Nur so war es nach seiner Vorstellung möglich, ein tieferes Verständnis für die Ideen des Korans unter den Somalis zu wecken. Dabei stützte sich seine Unterweisung in die Feinheiten des arabischen Alphabets auf eine Liste

von "mnemonic phrases in Somali which account for the relationship between the basic shape of Arabic letters and all the diacritical signs used with them." (Andrzejewski o. J., 2)

Waren seine Versuche auch nicht vom erhofften Erfolg gekrönt, so haben sie doch in zweierlei Hinsicht Auswirkungen auf die weitere Entwicklung gehabt. Dieses von Aw Barkhadleh verwendete System der Schreibung findet auch heute noch, etwa 700 Jahre nach seiner Einführung, Anwendung in den Koranschulen (nur dadurch läßt sich im übrigen die gute Quellenlage erklären). Die von Sheikh Yusuf al Kawneyn vorgenommene Verknüpfung von arabischer Schrift und dem Somali fand in den folgenden Jahrhunderten ihren Niederschlag in einem Schrifttypus, der nie standardisiert wurde und gemeinhin unter dem Begriff "wadaads writing" bekannt ist. Lewis (1958, 136) bezeichnet ihn als "an ungrammatical Arabic writing with some Somali words, the proportion of Somali naturally varying with the context. The calligraphy is usually also inexpert and often obscure." Ursprünglich lediglich für die religiöse Unterweisung gebraucht, fand die Schrift bald auch unter Kaufleuten Gebrauch. Doch die von Lewis erwähnten Obskuritäten der einzelnen Benutzer machten sie in der Regel nur für den jeweiligen Schreiber lesbar.

Im Gegensatz zu anderen afrikanischen Regionen ist nichts bekannt über Versuche zwischen dem 14. und 18. Jahrhundert¹, die auf eine Einführung einer Schrift in Somalia hienzielten.

Die Vermutung, daß das Ausmaß der Schriftverbreitung den sozio-

politischen Notwendigkeiten zu entsprechen schien, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß erst aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts die ersten Versuche belegt sind, das Somali unter Verwendung der arabischen Schriftzeichen zu schreiben. Es war Sheikh Uways Haji Mohamed, der seine religiösen Gedichte in dieser Form niederschrieb.²

Da Arabisch allen Somalis in dem schon erwähnten Ausmaße bekannt war, erscheint es natürlich, daß sich die anfänglichen Bemühungen um eine Einführung von Schrift direkt oder indirekt auf die arabische Schrift bezogen. Ein zusätzlicher Impuls in dieser Hinsicht ging durch die ägyptische Herrschaft im Norden Somalias während des Zeitraumes von 1870 - 1884 aus. Konnten die Ägypter ihren machtpolitischen Anspruch gegenüber den verschiedenen einheimischen Clans auch nie durchsetzen, so führte ihre Präsenz doch zu einer verstärkten Vertrautheit mit dem Arabischen, zumal der islamische Glaube durch den Bau vieler Moscheen eine noch intensivere Ausweitung erfuhr. Darüberhinaus wurden in Berbera und Zeila Schulen errichtet, in denen Arabisch in Sprache und Schrift unterrichtet wurde.

Sayid Muhammed Abdille Hassan, bekannt als Dichter und als Führer der zwanzig Jahre währenden Revolte gegen Briten und kulturelle Überfremdung, unternahm geraume Zeit Versuche, seine Gedichte in schriftlicher Form zu hinterlassen. Doch er scheiterte in seinem Bemühen, die arabische Schrift in funktioneller Weise für die Fixierung des Somali anzuwenden, so daß sein Werk lediglich durch die orale

Tradierung seiner Gefolgsleute der Nachwelt erhalten geblieben ist.

1919 verwendete Sheikh Uways ibn Mahamed die in Brava für das Swahili gebräuchliche arabische Schrift zur Publizierung seiner religiösen Gedichte.

In den folgenden Jahren war es Sheikh Mohamed Mayal aus Berbera (ein Beweis dafür, daß es das Land überspannende Versuche gab), der sich um die Standardisierung der "wadaads writing" bemühte. Ebenfalls auf einer Adaption von "wadaads writing" basierte die von Sheikh Mahamed Abdi Makaahil in seinem Buch "The Institution of Modern Correspondence in the Somali language" propagierte standardisierte Orthographie. Ihm gelang es, eine überaus genaue Transkription zu liefern, indem er neue Lesekonventionen für die bestehenden arabischen Diakritika einführte. Darüberhinaus war er der erste, der mit Hilfe der Schrift eine Aufzeichnung alter, oraler Quellen vornahm.

Alle genannten Bestrebungen blieben auf ein enges Verbreitungsgebiet beschränkt und waren letztlich nicht erfolgreich, weil sie die Komplikationen, die die Schreibung des Somali in arabischer Schrift mit sich bringt, nicht überwinden konnten.

Soll eine Schrift funktionalen Anforderungen entsprechen, so ist anzustreben, daß jedes Phonem durch ein Zeichen repräsentiert wird, um so eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem phonologischen und dem orthographischen System zu schaffen.³ Bedingung

für eine erfolgreiche Übertragung ist daher eine exakte Analyse des Phonembestandes der jeweiligen Sprache.

Erfordert die Transkription der 22 konsonantischen Phoneme des Somali mit arabischen Buchstaben nur geringe Anpassungen (vgl. UNESCO-Report 66, 13), so ergeben sich die Komplikationen, wenn es die Schreibung der zehn Vokalphoneme betrifft. Zum Verständnis der Problematik seien die in diesem Zusammenhang relevanten Charakteristika der arabischen Schrift dargestellt: "In the arabic script normally only three long vowels, i, a and u, are fully represented. The short vowels, i, a and u are omitted altogether, with the exception of the initial short vowels which are marked by the letter ' (alif). This letter, unless marked with a diacritic, may represent any of the three existing short vowels. Moreover, no distinction in writing is made between the long vowel u and the short vowel a followed by [w], and between the long vowel i and the short vowel a followed by [j].

That such a system of writing can be read accurately is only due to the structure of the Arabic language, which frequently makes it possible to predict the quality of the short vowels from their consonantal structure and the grammatical context of the sentence.

... In sacred and theological writings and in school books the short vowels are shown throughout by means of three vowel points (the ḥarakāt) and the diacritic called sukūn which makes it possible to distinguish the sequences a + [w] and a + [j] from the long

vowels u and i respectively. When all these additional marks are added, no ambiguity can arise as to the vocalization of the text.

... The system which only marks long vowels and the system which uses the ḥarakāt and the sukūn only occasionally are both totally inadequate for Somali. Even the system which uses the ḥarakāt and the sukūn throughout is still incapable of representing four Somali vowels, namely the short e and o, and the long e and o." (UNESCO-Report 1966, 13/14) Eine Übertragung der arabischen Schrift wäre also nur unter Verwendung zusätzlicher, neuer Zeichen möglich gewesen.

4.2. Bemühungen um somalische Schriftsysteme

Daher gab es auch Bemühungen, eigenständige somalische Schriftsysteme zu entwickeln. Am bekanntesten wurde dabei die Osmania, benannt nach dem Begründer Osman Yusuf Keenadiid. Eigentlich zum Zwecke privater Korrespondenz entwickelt, fand sie ab 1922 eine zwar zahlenmäßig begrenzte, doch weite Teile des Landes umfassende Verbreitung. Diese in Verhältnis zu den anderen nationalen Schriftinnovationen große Popularität entsprang dem Umstand, daß Osman Yusuf Keenadiid als Sohn des Sultans von Obbia einer der einflußreichsten Familien des Clans der Majertejn entstammte. So waren es besonders die Angehörigen der Darod-Clanfamilie, die zu einer landesweiten Verbreitung dieser Schrift, von der nur die südlichen

Regionen ausgespart blieben, beitrugen (vgl. Lewis 1980, 115) Osman war des Arabischen mächtig und experimentierte geraume Zeit mit der arabischen Schrift, stieß jedoch wie all die anderen auf die durch die mangelnde Vokalrepräsentation bedingten Grenzen. Dies soll ihn, Überlieferungen zufolge, zur Frage: "Ich bin Somali, ich spreche Somali, warum habe ich keine somalische Schrift?" veranlaßt haben.

Eine Einschätzung seines Schrifttyps nimmt Gelb (1963, 209) vor, wenn er ausführt: "The forms of the signs were borrowed neither from Arabic nor Italian but seem to be freely invented ...". Beginnend mit einem Bestand von zehn Zeichen für Vokale und neunzehn für Konsonanten erfuhr die zweite Gruppe im Verlaufe seiner Studien eine Erweiterung auf zweiundzwanzig. Damit war eine weitgehende Annäherung an die phonetischen Grundlagen des Somali gelungen. So stellte Moreno (1955, 290) denn auch fest, daß Osmania ein "excellent alphabet" sei, "because it is phonetic, with accurate distinction of all the sounds - consonants and vowels, both long and short."

Im Gegensatz zur arabischen Schriftweise von links nach rechts geschrieben, lag ein wesentlicher Mangel der Osmania darin begründet, daß sie über keinerlei kursive Form verfügte. Weit weniger bekannt als die Osmania, die schon bald nach ihrer Einführung in den Publikationen von Orano, Cerulli, Maino und Moreno Erwähnung fand, ist ein zweites autochthones System der

Schreibung. Es entstand unabhängig von Osmania und wurde 1933 durch Sheikh Abdurahman Nuur eingeführt und fand unter dem Namen des Clans des Begründers als Gadabuursi Eingang in die wissenschaftliche Literatur (vgl. Lewis 1958). Außerhalb von Borama, dem Wohnort von Sheikh Abdurahman Nuur bedienten sich nur wenige der Schrift, und außerhalb des Siedlungsgebietes der Gadabuursi, dem westlichen Teil von Nord-Somalia und der Nordhälfte der Provinz Harar in Äthiopien, war die Schrift gänzlich unbekannt, so daß sie auch zu späteren Zeiten nie jene Protagonisten auf ihrer Seite wußte, die für eine Somali-Schrift plädierten.

Eine generelle Beurteilung dieser Schriftsysteme nimmt der UNESCO-Report (1966, 7) vor; so ist dort zu lesen: "The efforts of the inventors of Somali scripts to move as far away as possible from the scripts known to them, has had two very grave technical consequences. Firstly, while striving to get away from the existing scripts they nevertheless doomed themselves to follow in their new scripts the confusion and complications present in the old ones (while the advantage of a new script should lie in a simple and scientific systematization of signs). Secondly, in order to differentiate their signs from those of other scripts, they were led to use signs whose features are overloaded, or which resemble one another, or which are not suited to the direction of writing and consequently not fitted for cursive writing."

4.3. Europäische Einflüsse

Fraglos sind die verstärkten Bemühungen von Somalis um die Adaption einer Schrift für ihre Muttersprache eine direkte Folge des Auftretens der europäischen Mächte in der nordöstlichen Ecke des afrikanischen Kontinents. In diesem Zusammenhang spielte das Erziehungswesen eine bedeutsame Rolle. Zwar gab es seitens der Italiener und Briten - entsprechend der nur rudimentär ausgebildeten Verwaltungsstrukturen - nur geringe Bestrebungen in diesem Bereich, doch trugen diese entscheidend dazu bei, das Problem der Schriftlosigkeit im Bewußtsein, zumindest bei einem geringen Teil der Somalis, zu verankern.

Im britischen Protektoratsgebiet wurden 1905 kleine Grundschulen in den Ansiedlungen Berbera, Bulhar und Zeila gegründet, in denen insgesamt 150 Schüler unterrichtet wurden. Doch bedingt durch den Aufstieg von Djibouti war die Bevölkerungszahl von Zeila und Bulhar stark rückläufig, so daß die Schulen schon bald geschlossen wurden (vgl. Lewis 1980, 103). Daneben gab es Versuche, christliche Missionsschulen in Berbera und Daimole zu etablieren. Dieses führte jedoch zu Unruhen unter der Bevölkerung und begünstigte das Anwachsen der Derwisch-Revolte unter Sayid Muhammed Abdille Hassan. Daher wurden die Schulen 1910 geschlossen; im gleichen Jahr erfolgte auch ein Verbot jeglicher christlicher Missionstätigkeit in Britisch-Somaliland.

Systematische Ansätze zum Aufbau eines Schulwesens wurden erst nach der Niederschlagung der Derwisch-Revolte im Jahre 1920 präsentiert. Diese sahen den Bau von sechs Grundschulen und einer weiterführenden Schule vor. Da aus Kostengründen jedoch nicht die ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt wurden, plante man, das notwendige Geld durch die Erhebung direkter Steuern auf Vieh zu beschaffen. Als daraufhin Unruhen um sich griffen, in deren Verlauf der Distriktskommissar sein Leben verlor, wurde dieses Vorhaben umgehend fallengelassen.

1924 untersuchte die Phelps-Stokes-Kommission die Schulverhältnisse in den britischen Kolonien Ostafrikas. Im Abschlußbericht wurde die bisherige Kolonialpraxis, daß in allen relevanten Bereichen lediglich Englisch und nicht die Landessprachen Verwendung fanden, gerügt und es wurde ein Unterricht in den Vernakulärsprachen - auf jeden Fall während der ersten Schuljahre - angeregt. Als direkte Folge auf diesen Bericht wurde vom Kolonialminister ein Ausschuß eingesetzt, dessen Aufgabe in der Ausarbeitung praktikabler Lösungsvorschläge für den Aufbau des Schulwesens in den Kolonien bestand. Unterstrich dieser Ausschuß in seinem ersten Bericht noch einmal die Vorschläge der Phelps-Stokes-Kommission, so war im zweiten schon eine Hinwendung zu den alten Traditionen feststellbar. Dort wurde ausgeführt, daß eine zu späte Einführung der englischen Sprache in den Unterricht von Seiten der Afrikaner als "an attempt of Government to held back the Africans from legitimate advance in civilization" aufgefaßt.

werden könnte. Diese Ausführungen dienten jedoch lediglich einer Verschleierung der ideologisch zugrundeliegenden Motive.

Die direkten Auswirkungen auf Somalia blieben allemal gering, denn gering war das Interesse, das an dieser Kolonie bestand und dementsprechend gering war der Zufluß der finanziellen Mittel aus dem Mutterland, auch wenn im Jahre 1929 unter der Bedingung, daß neben der Unterrichtung der arabischen Sprache und Schrift auch eine Unterweisung in Mathematik zu erfolgen habe, Subsidien für von Sheikhs geleitete Privatschulen bereitgestellt wurden.

Erst weitere sechs Jahre später, im Jahre 1935, gab es neue Vorschläge, die eine umfassende Neugestaltung des Erziehungswesens zum Inhalt hatten. Begonnen wurde mit dem Bau einer Schule in Berbera; doch als ein Jahr später der erste Director of Education der Kolonie bei einem Besuch mit einem Steinhagel seitens der Bevölkerung empfangen wurde, begrub man auch diesen Plan.

Diesmal währte es jedoch nur ein Jahr bis die Briten einen erneuten Versuch unternahmen, der nicht nur den Bau einer Grundschule in Burao, sondern auch die Einführung der lateinischen Schrift vorsah. Demonstrationen, in deren Verlauf drei Somalis getötet wurden, waren die Folge, denn der Bevölkerung erschien dies wiederum als ein Vorhaben, das den Einfluß des Islam schwächen sollte. So läßt sich abschließend feststellen, daß bei Ausbruch des 2. Weltkrieges keinerlei säkulares Erziehungswesen in Britisch-Somaliland existent war.

Die ersten Bemühungen im italienischen Kolonialgebiet datieren auf das Jahr 1907. In jenem Jahr baute die Dante Alighieri Society eine Schule in Mogadishu, deren Ziel die Unterweisung somalischer Kinder in italienischer Sprache sein sollte. Doch die Schule wurde schon bald wieder geschlossen und bis 1922 gab es keinerlei Bestrebungen, ein Schulsystem aufzubauen. Dieses wurde dann in der Folgezeit insbesondere durch katholische Orden getragen, die 1929 Grundschulen in Merca, Gelib, Brava, Afgoy, Villagio, Baidoa, Kismayu und im entlegenen Ras Hafun⁴ unterhielten. Daneben gab es noch durch die Regierung getragene Schulen in Mogadishu. Bis 1929 war es üblich, somalische und italienische Kinder in gemeinsamen Klassen zu unterrichten. Dann jedoch verfügte Gouverneur Guido Corni eine Änderung dieses Zustandes, da ihm diese Praxis als unvereinbar mit der naturgegebenen Rangordnung zwischen "Herren" und "Untertanen" erschien. Somalische und italienische Kinder wurden in der Folgezeit getrennt unterrichtet. Dies entsprach exakt der von der faschistischen Regierung betriebenen Politik, die in der Publikation "La Civilisation Fasciste en Afrique Orientale Italienne" ihre publizistische Aufbereitung fand und in der es über die Rolle der für Einheimische bestimmten Schulen hieß: "It (the school, T. L.) must not abstract itself from necessities, but must afford a practical elementary instruction to mould the young native for work required in the locality, whether manual or agricultural."⁵ Eben dieser Politik entsprach auch die Tatsache, daß es keinerlei Ausbildungs-

möglichkeiten für Somalis auf höherer Ebene gab. Nicht nur die pseudo-psychologischen bzw. -anthropologischen Meinungen jener Zeit waren die Ursache für eine solche Politik. Man war sich sehr wohl der unliebsamen Entwicklungen und Gefahren bewußt, die eine fundierte Ausbildung hätte mit sich bringen können.

Ähnliche Gründe lagen auch dem Verbot des Gebrauchs der Osmania zugrunde, denn die Italiener sahen diese Schrift nicht nur als Vehikel für Kommunikations- und Wissenstransfer, sondern auch für mögliche Identifikationsprozesse hinsichtlich eines aufkeimenden Nationalismus an. Da ein solcher diametral zu ihren Interessen gestanden hätte, verboten die Italiener den Gebrauch der Osmania unter Androhung von Haftstrafen.

Von den für italienische Kolonien bereitgestellten Mitteln erhielt Somalia die geringste Summe, was auch durch die Ausbildungskapazitäten dokumentiert wurde. Diese erhöhte sich von 1930 bis 1939 nur geringfügig: Zu Beginn des Jahrzehnts besuchten 1390 somalische Kinder italienische Schulen, 1934 waren es 1265 und 1939 soll ihre Zahl 1776 betragen haben. Sinn und Ziel des Erziehungswesens wurden in einem Telegramm erläutert, das vom Sitz der Zentralregierung für die italienischen Kolonien in Afrika (Addis Abeba) in die einzelnen Regionen geschickt wurde: "... that the schools of all kinds established for the subject peoples of Italian East Africa ought above all to aim at this goal: to train the pupils in the cultivation of the soil or to become qualified workers (not specialised)

in order to create gradually native skilled craftsmen for all fields of labour where, for reasons of climate, surroundings or race prestige, the use of Italian labour is not admissible or convenient, and for the purpose of reduction the cost of labour and production in general by making use of native labour.

It is also understood that, with the exception of the schools for agricultural instruction, where the greater the number of pupils is, the greater will be the economic and social advantages derived from these schools, for all the others, vocational schools and the "cultural schools" reserved for the sons of native notabilities, the number of students should be decided, year by year, with regard to the employment possibilities in the industries and local occupations that can be held out to the students leaving each school." ⁶

Noch deutlicher und ungeschminkter kommt der italienische Standpunkt in einem Schreiben des Gouverneurs der Provinz Harar an untergeordnete Dienststellen zum Ausdruck: "... I continue to notice that Commissars and Residents have above all an ambition to extend elementary school education for natives, and to teach our language to as many children as possible.

This is a fundamental political mistake that tends to put individuals out of their class who, solely because they possess a veneer of education, will refuse to work in the fields, as we know by our own colonial experience and by that of other countries. They are attracted to the towns, ask for Government employment, compete with

the nationals in trade that should be reserved for the latter, forming a class of discontented, or even worse, of rebellious people.

As I have already said on other occasions, we should reserve the strictly necessary education for the sons of chiefs and more important notabilities only, because these can later on succeed to the duties of their fathers, serve us as interpreters and hold modest positions in offices." (Pankhurst 1951, 214)

Der 2. Weltkrieg, in dessen Verlauf die Italiener anfänglich die Herrschaft über das gesamte somalische Siedlungsgebiet gewannen, endete in Ostafrika 1941/42 letztendlich mit der Übernahme aller Territorien durch die Engländer. Unmittelbar nach Besetzung der ehemaligen italienischen Gebiete durch die Briten wurden zwei Schulen eröffnet, eine arabische und eine somalische.

Ursache für diese schnelle Maßnahme war, wie in dem von den Briten herausgegebenen Report "The First to be Freed", der die Bedingungen in Somalia nach Kriegsende wiedergab, nachzulesen ist, daß nicht eine einzige Schule für die einheimische Bevölkerung existierte, ein Tatbestand, der auch von Abdulla Isse, dem Generalsekretär des Somali Youth Club, bestätigt wurde: "We had no elementary education in the time of the Italians." (Pankhurst 1951, 229) ⁷

Jahre später, vor einer Untersuchungskommission der vier Siegermächte reklamierten die Italiener jedoch die Existenz von nicht weniger als zwölf Schulen, an denen 21 Nonnen unterrichtet haben

sollen. Der Lehrstoff war mithin zweifellos überwiegend religiöser Natur (vgl. Pankhurst 1951, 211)

4.4. Einsetzende Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen

Nach Kriegsende begann eine Phase, die eine langsame, doch stetige Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen mit sich brachte. Der Somali Youth Club wurde gegründet, und Ausbildung im allgemeinen sowie die Einführung einer Schrift, der Osmania, waren zwei der Säulen, auf denen seine programmatischen Zielsetzungen aufbauten. Lord Renell von der britischen Militär-Administration stellte denn auch fest: "The Somalis had a real desire for educational facilities." (Pankhurst 1951, 168)

Ideelle Unterstützung der Briten wurde ihnen zwar zuteil, materiell war die Hilfestellung jedoch weit geringer und so hatten 1944 lediglich 399 Kinder die Möglichkeit, eine von Großbritannien finanzierte Schule zu besuchen. In der Folgezeit wurden weitere Schulen gebaut, so daß die Untersuchungskommission der Vier-Mächte 1947 17 Grundschulen mit einer Gesamtzahl von 1040 Schülern, davon 54 Mädchen, vorfand. Entsprechend der geringen Qualifikation des Lehrstabes und des Mangels festumrissener Curricula war das Unterrichtsniveau jedoch sehr niedrig. Im Bericht der Kommission hieß es: "There was little here to satisfy the Somali yearning for an efficient modern education which would fit the native people of the territory

to administer a progressive democratic state." (Pankhurst 1951, 169) Doch eben darum ging es den Begründern des Somali Youth Club. In diesem Zusammenhang ist auch die besondere Betonung der Notwendigkeit eine Schrift einzuführen, zu sehen. War noch im vorherigen Jahrzehnt das Desinteresse für und die Indifferenz gegenüber den bestehenden Schriftformen in weiten Teilen der Bevölkerung groß gewesen, so führte das aufblühende nationale Bewußtsein zu einer Wende. Die Befürwortung einer wahrhaft eigenständigen somalischen Schrift entsprach dem damaligen von der SYL getragenen Patriotismus. Die Schrift sollte ebenso wie die Flagge ein Symbol staatlicher Eigenständigkeit sein und so war es die Osmania, die eine uneingeschränkte Unterstützung der frühen Nationalisten fand. Ausschlaggebend für die Wahl der Osmania war der Umstand, daß diese die bekannteste der Somali-Schriften war. Darüberhinaus dürfte der Tatbestand, daß die Clanfamilie der Darod, insbesondere der Clan der Majerteyn, zu dem auch der Begründer der Osmania, Osman Yusuf Keenadiid zählte, nicht nur zahlreich in der frühen Organisationsphase in der SYL vertreten war, sondern auch einflußreiche Spitzenpositionen innehatte, eine Rolle gespielt haben. Letztlich sei erwähnt, daß Osman Yusuf Keenadiid selbst Gründungsmitglied des Somali Youth Club war.

Die bildungspolitischen Intentionen der SYL fanden ihren Niederschlag in der Erstellung und Unterhaltung von zahlreichen Schulen in Mogadishu und der südlichen Landeshälfte. In all diesen Schulen wurde

die Schreibung der Osmania unterrichtet. Der starke Rückhalt, den die SYL in der Bevölkerung fand, die signifikanten Mitgliederzuwächse, Anfang 1948 soll die Zahl der Mitglieder bei 93000 gelegen haben, legen den Schluß nahe, daß die Kenntnis und Beherrschung der Osmania zum Ende des vierten Jahrzehnts eine beträchtliche Ausweitung erfahren hatte.

Weit geringer waren die Interessen, die von Seiten der Kolonial- und Siegermächte dem Ausbildungswesen in Somalia entgegengebracht wurden, und die Hoffnung auf einen raschen Ausbau in diesem Bereich zerbrachen sich schnell. Nichts beschreibt und charakterisiert dieses deutlicher als die zähen Debatten und Verhandlungen, die sich betreffs des zukünftigen Erziehungswesens entspannen. Gerade dieser Sektor hätte den Nachweis erbringen können, daß wirksame Maßnahmen getroffen wurden, die den Somalis im Rahmen einer mittelfristigen Perspektive die Möglichkeit geboten hätten, die Geschicke ihres Landes selbständig zu bestimmen. Doch davon war wenig zu spüren. So wurden in den Verhandlungen mit dem zuständigen UN-Komitee von italienischer Seite Warnungen vorgetragen, die sich gegen eine zu "weitreichende legislative Festlegung" in diesem Bereich richteten. So sollte das Komitee jegliche Empfehlung in Hinsicht auf die Bekämpfung von "illiteracy" vermeiden, da es Schwierigkeiten bezüglich der zu verwendenden Unterrichtssprache gäbe. Daß dieses Problem während der gesamten italienischen Kolonialzeit keiner zufriedenstellenden Lösung zugeführt worden war, daß es nicht einmal weiter-

reichende Versuche gegeben hatte, blieb in den Erörterungen allerdings unerwähnt. Da - wie die italienische Seite ausführte - Schulzeitdauer, Unterrichtssprache und auch die in Anwendung zu kommende Schrift "zu technische Probleme" für das Komitee seien (vgl. Pankhurst 1951, 381) wurden diese Komplexe vollständig ausgeklammert, so daß im Draft Trusteeship Agreement als Artikel 4 folgende Ausführungen zu finden sind:

"Education

The Administering Authority, recognising the fact that education in its broadest sense is the only sure foundation on which any moral, social, political and economic advancement of the inhabitants of the Territory can be based, and believing that national independence with due respect for freedom and democracy can only be established on this basis, undertakes to establish a sound and effective system of education, with due regard for Islamic culture and religion.

Elementary, Secondary, Vocational, Technical Education

"As Rapidly as Possible"

The Administering Authority therefore undertakes to promote the educational advancement of the inhabitants, and to this end undertakes to establish as rapidly as possible a system of public education which shall include elementary, secondary, vocational ... and technical schools, to provide free of charge at least elementary education, and to facilitate higher and professional education and cultural advancement in every possible way.

University Education

In particular, the Administering Authority shall take all appropriate steps:

- a) to provide that an adequate number of qualified students from among the indigenous population receive university or professional education outside the Territory, so as to ensure that sufficient qualified personnel will be available when the Territory becomes a sovereign independent state;
- b) to combat illiteracy by all possible means; and
- c) to ensure that instruction is given in schools and other educational institutions ... (Pankhurst 1951, 399/400)

Diese Aussagen, so richtungsweisend sie auch sein mochten, konnten schwerlich überdecken, daß es zum Zeitpunkt ihrer Niederschrift ein nennenswertes Bildungssystem in Somalia nicht gab. Beide Kolonialmächte hatten es unterlassen, entsprechende Schritte in diese Richtung zu vollziehen. Die Ursachen lagen, wie schon ausgeführt, im Unwillen und der Inkompetenz der Kolonialverwaltungen, rassistischem Überheblichkeitsdenken und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Nur wenige, in England oder Italien unterrichtete Somalis hatten demzufolge eine umfassende Ausbildung genossen. Zusätzlich gab es einige Schüler, die von den Engländern zu Ausbildungszwecken in den Sudan geschickt worden waren.

Das traditionelle, festgefügte Gesellschaftssystem hatte die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts noch ohne weitreichende Veränderungen

überstanden. Dies ist durch den geringen Druck der äußeren Verhältnisse zu erklären. Anpassungen an die Neuzeit waren nur in geringem Maße notwendig, denn Umwälzungen sozio-ökonomischer Natur hatte es nicht gegeben, Impulse von städtischen Zentren gingen nur in geringem Maße aus, da die Urbanisierungsrate immer noch gering war.

So war Somalia zu einem Zeitpunkt als am Horizont schon der Silberstreif der Unabhängigkeit heraufzog, noch immer ein Land, das mit seinem Bildungswesen die Stufen vorheriger Jahrhunderte nicht überwunden hatte.

4.5. Der Vorabend der Unabhängigkeit

Eine sich in vielerlei Hinsicht erhöhende Komplexität kennzeichnet das Jahrzehnt von 1950 bis 1960. Bis zum 2. Weltkrieg lagen beide somalischen Territorien mehr oder minder isoliert in der Einflusssphäre der jeweiligen Kolonialmacht. Danach trat eine allmähliche Veränderung ein. Nicht daß eine vollständige Einbindung in Weltzusammenhänge eingetreten wäre, das geschah weder in politischer noch ökonomischer Hinsicht, denn einerseits konzentrierte sich die Auseinandersetzung der Blöcke in jenem Zeitabschnitt auf Europa und Südostasien, andererseits war das rohstoffarme, infrastrukturell vollständig unerschlossene Land nicht attraktiv genug, dennoch vollzieht sich durch die verkehrstechnische Anbindung eine Öffnung gegenüber europäischen Einflüssen. Massenmedien, Rundfunk und Print-

medien, Übernahmen und verstärkten gleichzeitig die Funktion politischer Debatten. Die Migration stieg, verstärkte Urbanisierungstendenzen waren die Folge. Der Staat gewann, wenn auch erst in den Städten und größeren Ansiedlungen, an Kontur und mit ihm, unweigerlich, die Administration. Vor dem Hintergrund dieser Aufbruchstimmung gewann auch die Debatte um die Einführung einer Schrift festere Umrise. Der Bezugsrahmen blieb der gleiche, auch die im Spiel befindlichen Positionen, doch die Zahl der Akteure und mithin die Vielschichtigkeit der Strukturen verstärkte sich. Das halbe Jahrhundert zuvor war durch vereinzelte, unsystematische Versuche, Handlungen und Verlautbarungen zur Schriftfrage gekennzeichnet, die jedoch meist ohne direkten Bezug blieben. Jetzt aber stieg der Anspruch an die Kompetenz der Informationsaufnahme und -verarbeitung. - Vor die Aufgabe gestellt, beratend tätig zu sein, sah sich auch das UN-Advisory-Council mit dem Problem der Schrift konfrontiert. Anfänglich zeigte es - insbesondere durch den Einfluß, den Ägypten in diesem Gremium geltend machte - eine Neigung zugunsten der arabischen Schrift, vermerkte jedoch schon bald "that its attitude in this matter was to await the crystallization of public opinion and to encourage public discussion." (UN 1954, 616) Ganz in diesem Sinne war es, als am 13. April 1950 eine Befragung betreffs der zukünftig Verwendung findenden offiziellen Sprache und Schrift durchgeführt wurde. Die Ergebnisse können jedoch nicht als sehr aussagekräftig bezeichnet werden und spiegeln wohl

kaum die Meinung der gesamten somalischen Bevölkerung wider, da die Frage: "Quale dialetto somalo dovesse essere scelto come lingua nazionale, quale grafia usare nello scriverlo?"⁸ sich lediglich an Funktionsträger richtete. Trotzallem lieferten die Ergebnisse sicherlich gewisse Fingerzeige hinsichtlich der damals vorherrschenden Meinung. In jeweils drei Regionen votierte die Mehrheit für Arabisch (Merca, Benadir, Alto Juba) bzw. Somali (Mudugh, Basso Juba und Mijertina) als offizieller Sprache. Dabei waren die Stimmenverhältnisse zugunsten des Arabischen günstiger. Vor diesem Hintergrund trat die Frage bezüglich der einzuführenden Schrift zurück und blieb fast gänzlich unbeantwortet.

Dieses Ergebnis zur Sprachenfrage war eines der ersten Anzeichen für eine spürbare Auseinandersetzung innerhalb der SYL, denn es mußte jedermann klar sein, daß die Einführung der arabischen Sprache eine Etablierung der arabischen Schrift zur Folge haben würde, eine Entwicklung, die der im Parteistatut niedergelegten Propagierung der Osmania diametral entgegengestanden hätte. Doch Anfang der fünfziger Jahre waren es pro-arabische Kreise um die Person von Haji Mahamed Hussein, der 1949 Präsident der SYL geworden war, die nach dem Abklingen der ersten Phase nationaler Begeisterung, in der die Osmania als Ausdruck des Nationalstolzes und als Mittel im Prozeß der Dekolonisierung betrachtet wurde, eine solche Politik betrieben.

Die Präferenz für das Arabische kam auch in einem Memorandum von Repräsentanten der SYL an den italienischen Botschafter Fornari zum Ausdruck, wiewohl die Intentionen nicht ganz eindeutig zu erschließen waren. So hieß es zu Beginn des Schreibens: "Noi raccomandiamo l'introduzione della lingua araba come lingua internazionale della Somalia ..." (Somaliya 1968, 24) Daß aber an die Einführung des Arabischen als offizieller, erster Sprache gedacht war, läßt die folgende Ausführung schließen: "La lingua araba è uniforme ed è compresa da tutti i paesi mussulmani mentre la lingua somala non è uniforme e consiste di vari dialetti." Im weiteren Verlauf wurden dann noch weitere Gründe genannt, die für das Arabische sprächen: "La lingua araba è molto diffusa ed è una lingua ricca sia per il suo vocabolario che per la sua letteratura ... Si può considerare la lingua araba come lingua "internazionale"... La lingua araba è già largamente conosciuta in Somalia perchè i Somali sono tutti mussulmani..."

La lingua araba è necessaria per congiungere culturalmente e politicamente la Somalia con tutti i paesi mussulmani..."⁹ (Somaliya 1968, 25)

In einem weiteren, an die Personalität Somale all' AFIS gerichteten Brief wurden als weitere Motive für ein solches Plädoyer genannt, daß Arabisch eben nicht nur die Sprache der Religion und des Heiligen Korans, sondern auch der Justiz und des Handels sei.

Gleichwohl war im Jahr zuvor (1949) die "Society for Somali Language

and Literature" durch den Sohn des Begründers der Osmania, Yaasiin C. Keenadiid, als Sektion der SYL gegründet worden. Ihre Ziele waren weitgehend identisch mit späteren in der sprachplanerischen Diskussion befindlichen Schwerpunkten.¹⁰ Die Mitglieder der "Society" schrieben alte Überlieferungen und Sprichwörter nieder, wobei sie vorzugsweise als Schriftsystem die Osmania benutzten.¹¹ Die Frage einer Sprach- und Schriftregelung wurde jedoch nicht nur innerparteilich diskutiert. Erstmals kam zu jener Zeit eine Diskussion dieses Problems auf einer Basis zustande, die über die eines Meinungsaustausches einzelner Individuen hinausging. Nicht daß die Teestubendiskussionen beendet gewesen wären, doch die Herausgabe gedruckter Medien bot den sich fester formierenden Gruppen eine Plattform für die Darlegung ihrer Meinungen. Mit einer Auflage von 1500 Exemplaren erschien ab September 1944 der "Somali Courier", eine Tageszeitung, die von der britischen Militärverwaltung herausgegeben wurde. Gleichwohl war die Mehrzahl der vier Seiten jeweils in Italienisch gedruckt. Ende 1946, als noch etwa 3000 Italiener in Somalia lebten, erschien auch die erste italienische Zeitung: "Il Popolo", herausgegeben von der Democrazia Christiana (2000 Exemplare), der bald "L'Italiano", das Organ der Neo-Faschisten (1000 Exemplare) und das "Bollettino del Movimento Sociale Italiano" der italienischen Sozialisten (500 Exemplare) folgten. Die Belange der einheimischen Bevölkerung fanden in diesen Gazetten keinerlei Erwähnung. Das änderte sich ab 1949. Von jenem

Zeitpunkt an unterlag zumindest das Sprachproblem einer kontinuierlichen Behandlung in "Il Nuovo Giornale", das ab 1956 unter dem Titel "Il Corriere della Somalia" herausgegeben wurde. Eine weitgehende Offenheit gegenüber den somalischen Vorstellungen hinsichtlich der Sprachenfrage kennzeichnete die offizielle italienische Haltung und so gab es keinerlei Schwierigkeiten als am 15. Dezember 1949 der Artikel "Il problema della lingua somala" erschien. Darin fordert der Autor von der italienischen Verwaltung, daß die Behandlung und Entscheidung dieses Problemkomplexes einzig den Somalis überlassen bleiben müsse. Damit war eine lebhaftere, öffentliche Debatte in der bildungspolitische, soziale und kulturelle Aspekte eine Rolle spielten, entfacht.

Es ist interessant, den Verlauf dieser Diskussion über die folgenden Jahrgänge hinweg zu verfolgen, da alle wesentlichen Gruppen und Personen das Wort ergriffen, um ihren Vorstellungen Ausdruck zu verleihen.¹²

Bis Mitte der fünfziger Jahre kreisten die Zuschriften stets um die gleichen Punkte und es waren namentlich zwei Gruppen, die bis zu jenem Zeitpunkt die Diskussion beherrschten. Das Anliegen der einen war es, die Einführung einer Schrift unter Anwendung des Osmania-Systems in die Wege zu leiten, während die andere vom Willen getragen war, Arabisch als offizielle Sprache einzuführen. Doch dieser Rückgriff auf das Arabische war für viele Somalis gleichbedeutend mit der Aufgabe ihres Identifikationsgefühls und National-

bewußtseins. Daher verwiesen sie stets darauf, daß Arabisch zwar die Sprache des Korans, für sie jedoch nicht die Muttersprache sei, was zwangsläufig eine Einschränkung der sprachlichen Kompetenz zur Folge haben würde. Dieser Standpunkt fand Ausdruck in dem Slogan: La Somalia ai Somali, il somalo ai Somali.¹³

Nichtsdestotrotz war die Gruppe jener Personen, die so weit gingen, "as to reject the idea of written Somali and would prefer to establish Arabic as the national language and to reduce Somali to the role of a "vernacular" second language" (Andrzejewski/Lewis 1964, 38/39) nicht klein. Sechs Gründe sprachen ihrer Meinung nach für den Gebrauch des Arabischen als offizieller Sprache:

1. Somalis sind Moslems;
2. die Schreibung des Somali in arabischer Schrift würde die religiösen Bande stärken;
3. Arabisch sei durch die Koranschulen schon weit verbreitet;
4. die somalische und die arabische Kultur seien eng miteinander verknüpft;
5. es gäbe im Gegensatz zum Somali keinerlei Probleme mit verschiedenen Dialekten;
6. auch andere, nicht arabische Staaten (Iran, Afganisthan) würden sich der arabischen Schrift bedienen.

Außerdem wurde auf die Entscheidung des Territorial Councils verwiesen, daß Arabisch als Unterrichtssprache in den Schulen Verwendung finden sollte.

Es ist offenkundig, daß die Kontroverse sich auf zwei Ebenen abspielte. Für die Vertreter der einen Richtung ging es ausschließlich um die Einführung einer Schrift. Sie waren in mehrere, untereinander zerstrittene Fraktionen aufgegliedert. Der Ansatz der zweiten Gruppe hatte jedoch eine unterschiedliche, weitreichendere Zielsetzung. Ihr bot die Diskussion um die Schrift eine ideale Plattform, um mit einem Plädoyer für die arabische Schrift auch die Einführung der arabischen Sprache als erster, offizieller Sprache des Landes zu fordern. Diese Propagierung des Arabischen verlor jedoch seinen angestammten Kontext und führte losgelöst von dem Bezug einer Schriftadaption zu einer Konfusion der Argumente. Die Tatsache, daß die somalische und arabische Kultur, und dabei war insbesondere an die Sprache gedacht, ähnlich seien, spielte in den Erörterungen eine wesentliche Rolle. Die von vielen Protagonisten des Arabischen propagierte Tatsache, daß es sich um eine direkte genetische Beziehung zwischen beiden Sprachen handele, Somali eine Schwester- oder Tochtersprache des Arabischen sei, entbehrt jeglicher wissenschaftlicher Fundierung. Wirft man einen Blick auf den Stammbaum der Sprachen, so stellt man fest, daß beide Sprachen, Arabisch und Somali, der Familie der "Afroasiatischen Sprachen" angehören, doch während das Arabische der semitischen Linie zuzurechnen ist, zählt das Somali zum kuschitischen Zweig.¹⁴ Eine gewisse strukturelle Ähnlichkeit und das hohe Maß an Lehnwörtern ließ die These der direkten Verwandtschaft in Somalia jedoch eine

genügend große Popularität gewinnen, daß selbst heute noch auf sie Bezug genommen wird.

Mit den zuvor genannten Argumenten versuchte die pro-arabische Gruppe, den Anwürfen eines mangelnden somalischen Bewußtseins zu begegnen. Gewinn zog man auch aus der Tatsache, daß religiöse Gedichte fast ausschließlich in Arabisch niedergeschrieben worden waren, wobei insbesondere eine Sammlung von Gedichten des Sayid Muhammed Abdille Hassan, der zwischenzeitlich als Volksheld Verehrung erfuhr, die um 1950 durch Sheikh Jama Omar Ise niedergeschrieben worden war, eine Rolle spielte.

Einflußmäßig stand diese pro-arabische Gruppe auf einem breiten Fundament. Sie konnte mit Unterstützung aus den Reihen der religiösen Führer, maßgeblicher Politiker und der Kaufmanns- und Händler-schicht rechnen. Da der Warenaustausch Somalias mit dem Ausland sich in starkem Maße auf die arabische Halbinsel konzentrierte, ist nicht auszuschließen, daß für letztere Gruppe kommerzielle Interessen von Gewicht waren.

Als Organisation war es die Muslim League, die sich für das Arabische einsetzte. Dies kam auch in einem Artikel des Präsidenten der Liga in Somalia, Sherif Mohammed Abdurahman, am 6. November 1950 im "Nuovo Giornale" zum Ausdruck. Er schrieb: "... noi abbiamo preferito la lingua araba come lingua ufficiale per queste regioni ..."¹⁵

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß ab 1952 die Komplexität der Diskussion durch eine weitere, von einem Somali entworfene Schrift

angereichert wurde. Es war Hussein Sheikh Ahmed Kaddareh vom Clan der Hawiye, der diese Schrift in Umlauf brachte. Sie erlangte zwar nie die Popularität der Osmania, doch durch die Tatsache, daß der Hawiye-Flügel innerhalb der SYL stark an Einfluß gewonnen hatte, erfuhr sie eine gewisse institutionelle Absicherung. Die Grundlage für eine weitere Verbreitung und größere Publizität sollte durch eine von Kaddareh gegründete "Associazione Linguistica Somala" gelegt werden. Ihre Zielsetzung entsprach derjenigen der "Society for Somali Language and Literature": es ging um eine verstärkte Bemühung zum Zwecke der Sicherung und Sammlung somalischen Volksgutes. Als pro-lateinisches Äquivalent zu diesen beiden genannten Zusammenschlüssen wurde 1955 das "Somali Language Meeting" (Kulanka Afka Somaliyed) gegründet.

Währenddessen hatten die seit Anfang des Jahrzehnts bestehenden Spannungen in der SYL ihren Fortgang genommen. Obwohl der Passus: "La lingua araba è la lingua ufficiale della SYL e di tutta la popolazione, la lingua araba è quello che Dio ha donato e questo popolo somalo che è parte integrale del mondo islamico"¹⁶ 1952 offiziell verabschiedet wurde und als Leitfaden für die zukünftige Politik gelten sollte, war es in der Folgezeit zu scharfen internen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf den Verfechtern einer "Arabisierung" der Vorwurf von Unwissenheit und Ignoranz gemacht wurde, da eine dergestaltete Politik notwendige Innovationen behindern würde. Den Befürwortern der Osmania hielt man entgegen,

ob nicht die Reklamierung, daß durch diese Schrift die Somalis "feel superior to foreigners", die Gefahr in sich berge, daß Angehörige des dem Begründer zugehörigen Clans "feel superior to other clans". Trotz des früheren Enthusiasmus für die Osmania konnte der Dissens nicht beigelegt werden. Dies war u. a. dadurch bedingt, daß die SYL ihrem Entscheidungsmuster nach nie eine Partei im mitteleuropäischen Sinne war, ein Tatbestand, der vollends nach Gewinnung der Unabhängigkeit deutlich wurde, standen ihr doch keine Problemlösungsmittel zur Verfügung, die eine zweckrationale Lösung der Probleme ermöglicht hätte. Daher war sie immer wieder gezwungen, unüberbrückbare Widersprüche, die die verschiedenen, divergierenden, häufig die Clanstruktur der Gesellschaft widerspiegelnden Interessen darstellten, in ihre Positionen aufzunehmen. Ein sichtbares Zeichen dafür ist der in der aktualisierten Fassung des Parteistatuts von 1957 die Sprach- und Schriftfrage betreffende Passus: "Alimentare nella gioventù la cultura sociale, il concetto nazionale ed il debellamento dell' analfabetismo per mezzo dei reunioni propagandistiche e della creazione die scuole, tenendo nella dovuta considerazione il rispetto dei dettami della Religione Islamica dando preponderante importanza all' insegnamento dell' arabo lingua ufficiale, e tenendo nel contempo presente l'approvazione dell' Assemblea Generale che la Lingua Somala venga scritta con caratteri somali, scelti e adottati dal Governo Somalo, secondo la volontà del Popolo in qualsiasi momento lo riterrà opportuno, rimanendo

comunque vietato ai membri del Partito di scrivere la lingua somala con caratteri stranieri." ¹⁷

Dies war ein zwitterhafter Kompromiß. Nicht anders ist ein Tatbestand zu benennen, der gleichermaßen die Betonung auf arabische Sprache und somalische Schrift legte. Er ist im Lichte eines Rückblicks als umso folgenschwerer zu bewerten als er die Richtung aller weiteren Bemühungen vorgab und die Entwicklung des kommenden Jahrzehnts in gewissem Sinne vorwegnahm. Dabei hätte gerade jener Zeitpunkt die Möglichkeit für tiefgreifende Einschnitte geboten, denn ein Teil der politischen Machtbefugnisse war auf die Somalis übergegangen, denn im Vorjahr (1956) war die Umformung des seit 1950 mit beratender Funktion tätigen Territory Council in eine legislative Versammlung vollzogen worden.

Ebensowenig wie durch die parteiinternen Zwistigkeiten ein Fortschritt in der Behandlung dieses Problems erzielt wurde, konnten Anstöße durch die anderen involvierten Gruppen geliefert werden. Auch die kohärent erscheinende Fraktion derer, die sich für die Einführung des Arabischen aussprachen, war in sich gespalten. Neben jenen, die sowohl für die Übernahme der arabischen Sprache wie auch der Schrift plädierten, gab es jene, denen die Übernahme der arabischen Schrift das Hauptanliegen darstellte. Zu diesen zählte auch Musa Galaal, einer der wenigen Somalis, die zu jenem Zeitpunkt eine wissenschaftliche linguistische Ausbildung erfahren hatten. Er, der in den Debatten der sechziger Jahre noch eine wesentliche Rolle

spielen sollte, publizierte 1954 im Islamic Quarterly einige Gedichte in einer drastisch veränderten Version der arabischen Schrift, die, um den Schwierigkeiten der vokalischen Repräsentation zu entgehen, gänzlich neue Symbole für die Vokale einführte. Unter den Puristen fand er jedoch, ebenso wie alle anderen, die sich um Modifikation und Anpassung an die Phonologie des Somali bemühten, wenig Freunde, da diese sich gegen grundlegende Veränderungen wehrten.

Während all dieser Jahre blieben die britische und italienische Verwaltung von dieser heiklen Problematik weitgehend unberührt. Der Norden, weit traditioneller strukturiert und den Großteil der nomadischen Bevölkerung stellend, unterlag statischen Entwicklungstendenzen. In diesem Kontext spielten Ausbildung und Schrift eine nur untergeordnete Rolle. Ein drei Jahre währendes Forschungsprogramm, das von der Universität London unter Leitung des Linguisten B. W. Andrzejewski durchgeführt wurde, kann als einziger relevanter Beitrag hinsichtlich der Sprach- und Schriftfrage angesehen werden. Im Abschlußbericht dieses Projekts wurde die Verwendung der kleinen Modifikationen unterworfenen lateinischen Schrift empfohlen. Gewarnt durch ihre früheren Erfahrungen legten die Briten jedoch nicht übermäßig Nachdruck auf die Behandlung dieses strittigen Punktes, zumal der Vorschlag in keiner Weise den Vorstellungen der Einheimischen entsprach.

Das aber auch weit weniger heikle Aufgaben unberührt blieben, ver-

deutlich ein Blick auf die Schulstatistiken. 1951 erhielten 1200 Schüler eine Ausbildung. 1953 gab es 19 Grund- und 3 weiterführende Schulen sowie 1 Sekundar- und 1 Berufsschule, die von insgesamt 1450 Schülern besucht wurden. Deren Anzahl stieg bis 1957 auf 2750 an. Unterrichtssprache in allen Schulen war Englisch und Arabisch.

Unterschiedlicher Natur war die Situation in der südlichen Landeshälfte. Eigentlich an den kulturellen Problemen des Landes ebenso desinteressiert wie die Briten hatten die Italiener verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, waren sie doch verpflichtet, "to foster the development of free political institutions and promote the development of the inhabitants of the territory toward independence." (Pankhurst 1951, 399) Dieser Verpflichtung, in deren Rahmen das Ausbildungswesen und alle damit zusammenhängenden Fragen eine wesentliche Rolle hätten spielen müssen, entledigte man sich halbherzig, doch gänzlich zu ignorieren waren sie nicht. Auch die Urbanisierungstendenzen, die im Süden eine weit stärkere Form annahmen, machten im administrativen Bereich Maßnahmen notwendig, von denen der Norden weitestgehend verschont blieb. Doch um das leidige Thema der Sprach- und Schriftfrage voranzutreiben und einer endgültigen Lösung zuzuführen, mangelte es am notwendigen Impetus. Nach allgemeiner Ansicht kam nur die Einführung der lateinischen Schrift in Betracht, doch war man nicht bereit, dieses mit Emotionen behaftete Thema gegen den Willen der Somalis voranzutreiben, da ein derartiges Vorgehen Demonstrationen und landesweite Unruhen hätte nach sich ziehen können. Diese Scheu,

sich überhaupt mit diesem Komplex zu befassen, kam auch in den Worten des Botschafters Fornari zum Ausdruck als er am 4. Oktober 1951 in seiner Eröffnungsansprache zur dritten Sitzung des Territorialrates erklärte: "Was die offizielle Sprache eines zukünftigen somalischen Staates anbelangt, so wird es an der Gesetzgebenden Versammlung liegen, darüber zu entscheiden, entweder für die Somalischsprache zu votieren oder auch nicht, dann, wenn die Studie, die in Zusammenarbeit zwischen der Administration und der UNESCO entsteht, alle damit zusammenhängenden Probleme untersucht hat, die ihnen allen sehr gut bekannt sind." (Omar Osman 1977, 791)

Daher wurde in Absprache mit dem Territorialrat die Frage, welche Sprache neben dem Italienischen in den Schulen Verwendung finden sollte, dahingehend entschieden, daß man sich für das Arabische und dessen Schrift entschied. In manchen arabischen Schulen des italienischen Treuhandgebietes wurde allerdings auch Englisch unterrichtet. Diese Politik führte dazu, daß der Einfluß der italienischen Sprache signifikant wurde und ihre Kenntnis eine beträchtliche Verbreitung erfuhr, insbesondere in Mogadishu, da dort eine Konzentration von Schulen gegeben war. Im Schuljahr 1954/55 gab es 96 Grund-, 6 weiterführende und 2 Sekundarschulen mit einer Gesamtschülerzahl von 6400. Dabei betrug der Mädchenanteil 12% und lag beträchtlich höher als die entsprechende Quote im Norden. Im Verlaufe der nächsten drei Jahre erfolgte eine kontinuierliche Ausweitung dieses Sektors auf 14000 Schüler, davon allein 4000 in Mogadishu.

1955 unternahm beide europäischen Mächte gemeinsam einen Versuch, ihr Bewußtsein bezüglich der ihnen obliegenden Aufgaben und Verpflichtungen der Öffentlichkeit gegenüber zu demonstrieren. Unter organisatorischer Leitung der italienischen Treuhandverwaltung fand in Mogadishu eine Konferenz statt, die die Behandlung kultureller Fragen, insbesondere des Sprach- und Schriftproblems zum Inhalt hatte. Teilnehmer waren Delegationen aus Britisch-Somaliland und aus dem italienischen Treuhandgebiet, die beide unter der Leitung des jeweiligen Director of Education standen und auch Somalis als Mitglieder sahen. Zusätzlich wohnten drei unabhängige somalische Wissenschaftler den Beratungen bei. In Voraussicht dessen, was geschehen würde, boykottierte die "Society for Somali Language and Literature" dieses Treffen. Während sich Musa Galaal, der als Berater des englischen Director of Education teilnahm, als einziger für die Verwendung der Osmania, aus "nationalistic reasons" wie er darlegte, aussprach, verabschiedeten die Konferenzteilnehmer eine Resolution, in der sie ausführten, daß aus "praktischen und pragmatischen Gründen" der lateinischen Schrift der Vorzug zu geben sei. Dieser Beschluß war jedoch in keiner Form bindend und blieb daher auch ohne praktische Auswirkungen.

Zum gleichen Zeitpunkt setzte jedoch eine Entwicklung ein, die dem Geschehen neue Impulse verlieh. Die schrittweise Somalisierung des Verwaltungsapparates, d. h. die Besetzung relevanter Stellen mit Einheimischen, war seit langem Ziel der für die Unabhängigkeit

kämpfenden nationalistischen Gruppen. Jeder Verzug in dieser Angelegenheit wurde als ein Versuch betrachtet, koloniale Herrschaft zu perpetuieren. Die Antwort der englischen Kolonialverwaltung, die im Gegensatz zur italienischen Treuhandverwaltung keinerlei zeitliche Begrenzung ihrer Tätigkeit sah, verwies jedoch darauf, daß die Anzahl qualifizierter Somalis, die in der Lage wären, entsprechende Positionen zu bekleiden, limitiert wäre, was angesichts der nur in beschränktem Maße angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten auch nicht verwunderlich war. So waren 1958 auch nur 30 Somalis innerhalb der 350 ranghöchsten Funktionen im englischen Verwaltungsapparat tätig. Die restlichen Posten waren mit britischen und indischen Beamten besetzt (Omar Osman 1977, 799).

Gab es auch im italienischen Territorium keinerlei angemessene, auf eine Tätigkeit in der Verwaltung vorbereitende Ausbildung, so ging die Somalisierung der Verwaltung dennoch kontinuierlich vonstatten. Aus den Reihen der in der Treuhandverwaltung tätigen Somalis rekrutierten sich dann die ersten organisierten Gruppen, die sich offen zu einer Einführung der lateinischen Schrift bekannten. Obwohl sie anfangs zahlenmäßig nur eine geringe Stärke vorwiesen, blieb ihre Stimme nicht ungehört, da sie einflußreiche Positionen bekleideten. Unterstützung fand diese Gruppe in den Reihen jener Städter, deren religiöse Bindungen im Schwinden begriffen waren und die daher weniger anfällig für die Eingebungen der islamischen Führung waren, die den wirkungsvollen Slogan: Laatin waa Laa Diin, was soviel heißt

wie: Latein ist ohne Gott, prägte. Religiöse Kontemplation und ein Rückbezug auf islamische Glaubensinhalte wurde synonym mit Aberglaube, Unwissenheit und Rückständigkeit für die die arabische Sprache ablehnende Gruppe. Zwei Zuschriften an den "Corriere della Somalia", die am 4. und 16. März 1957 veröffentlicht wurden, kennzeichnen die Argumentationslinie jener Gruppe: "Perciò concludo pregando gli ... di non trasformare il popolo somalo africano in un popolo arabo che lui discute non essere."¹⁸ Die gegen eine Arabisierung betonte nationale Eigenständigkeit nahm Bezug auf die hohe Wertschätzung gegenüber der Muttersprache und den eigenen kulturellen Gebräuchen. Vor der Überschätzung der eigenen Position und einer Verkehrung der Realitäten warnte Shirre Jama Ahmed in einem Brief an seine Landsleute: "Ripeto: noi non dobbiamo odiare l'occidente, la sua cultura ed i suoi popoli in generale, ed in particolare, non dobbiamo odiare la grafia latina. Questa grafia, anche se risulta essere stata creata in Occidente, essa ci guida verso la luce nel futuro. Oggi l'Occidente è il padre della civiltà moderna e di ciò il merito della grafia latina. L'uso dei caratteri latini costituisce eresia e politeismo? No, fratello Musulmano, la grafia è una creazione degli uomini, non di Dio."¹⁹ Diese Propagierung der lateinischen Schrift für das Somali knüpfte nicht allein an die fehlgeschlagenen Versuche der Kolonialmächte an. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts waren es in lateinischer Schrift gedruckte Publikationen gewesen, die nicht nur zur Erhaltung und

Überlieferung der oralen Traditionen ihren Beitrag geliefert hatten, sondern für eine wissenschaftliche, linguistische Analyse des Somali die notwendigen Materialien bereitgestellt hatten. Dabei war die Forschung in starkem Maße durch die Publikationen deutschsprachiger Gelehrter und Forschungsreisender beeinflusst worden,²⁰ doch auch britische Beiträge, vielfach von Angehörigen der Armee verfaßt²¹ und die Belange der Kolonialadministration ins Auge fassend, waren bedeutsam.

Doch all diese Publikationen konnten die Verbreitung der lateinischen Schrift in Somalia nicht vorantreiben, denn die Zirkulation der Bücher blieb auf Europa beschränkt. Zudem gab es kaum Übersetzungen europäischer Bücher und Schriften, lediglich einige Teile der Bibel sowie anderer religiöser Werke waren übersetzt und in lateinischer Schrift gedruckt worden, fanden jedoch keine weite Verbreitung. Überdies beschränkte sich durch das Verbot missionarischer Tätigkeit im britischen Protektoratsgebiet die Verbreitung der Schriften auf einen kurzen Zeitraum.

Ab 1930 waren es die Publikationen italienischer Linguisten (Moreno, Cerulli, Maino etc.), die neue Materialien lieferten, aber ohne große Relevanz für die Erörterung der Sprach- und Schriftfrage zum damaligen Zeitpunkt blieben.

Bis 1934 war die Transkription des Somali durch erheblich Inkonsistenzen gekennzeichnet. Von jenem Jahr an jedoch konnte Armstrongs "The Phonetic Structure of Somali", das sich durch die Genauigkeit

der phonetischen Beschreibung auszeichnete, als Vorlage für weitere Publikationen dienen. Und so basierten die Veröffentlichungen von B. W. Andrzejewski, dem fundiertesten Kenner und Sammler somalischer Sprachzeugnisse nach dem 2. Weltkrieg, weitgehend auf jener von Armstrong praktizierten Zuordnung von Laut und Zeichen. Waren all diese Veröffentlichungen zu jenem Zeitpunkt in Somalia auch weitgehend unbekannt, so boten sie doch in der Folgezeit die Möglichkeit, die Praktikabilität einer Schreibung des Somali in lateinischer Schrift zu demonstrieren.

Der ewigen Diskussionen überdrüssig, trat eine weitere Gruppe in Erscheinung, die ohne jegliche Präferenz sich lediglich für die Einführung eines der möglichen Schreibsysteme einsetzte. Der Standpunkt dieser Gruppe wurde durch folgenden Satz umrissen: "The most urgent and necessary thing is to begin."²²

Damit war endgültig das duale System von Befürwortern des Somali bzw. des Arabischen aufgebrochen und das Spektrum der Interessen hatte sich erheblich erweitert.

Die Verfahrenheit der Gesamtsituation zu jenem Zeitpunkt bewies ein Vorfall, der sich 1957 ereignete. Nach den Wahlen des Jahres 1956 war Abdilahi Isse zum ersten Premierminister einer sich ausschließlich aus Somalis zusammensetzenden Regierung ernannt worden. Die Italiener behielten zwar die maßgeblichen Kompetenzen, doch wurden verstärkte Anstrengungen unternommen, Schritte in Richtung nationaler Selbstbestimmung zu vollziehen. Dabei war es Isse, der sich ebenso

wie der damalige Vorsitzende der SYL, Aden Abdulle Isman, um eine auf Kooperation mit den Italienern bauende Politik bemühte, um so größtmöglichen Handlungsspielraum zu gewinnen. Dieses Vorgehen sicherte ihm das Wohlwollen der italienischen Bürokratie. Diese guten Kontakte nutzte Isse als er im März 1957, auf eine Absprache mit einflußreichen politischen Kräften verzichtend, unter dem Titel "Wargeyska Somaliyed" (Der somalische Bote) eine Seite mit Berichten in Somali, geschrieben in lateinischer Schrift, in den "Corriere della Somalia" einrücken ließ. Die eigene Machtposition über-, die inner- und außerparteilichen Widerstände jedoch unterschätzend, mußte Isse das Projekt stoppen, da ihm die Vehemenz des öffentlichen Protestes die Basis für eine Fortsetzung nahm. Der Versuch blieb jedoch nicht folgenlos. Innerparteilich waren es die Befürworter des Arabischen und die der Osmania, die gemeinsam Front gegen derlei Unterfangen machten, so daß Isse angetragen wurde, auf weitere Publikationen dieser Art zu verzichten. In entsprechendem Sinne wurde die Angelegenheit auch im Territorialrat behandelt, in dem wegen der politischen Implikationen des Falles eine Vertagung beschlossen wurde. Erörterungen zu diesem Thema sollten erst wieder aufgenommen werden, wenn "it could be resolved without pressure or interference from the outside". (Hussein Adam 1968, 137)

Damit hatte sich am Vorabend der Unabhängigkeit die Sprach- und Schriftfrage zu einer Komplexität entwickelt, die mit den gängigen Konfliktbewältigungsmustern nicht gelöst werden konnte. Die Be-

handlung der Frage in der maßgeblichen Partei war blockiert, ein tiefgreifender Konflikt kennzeichnete das Meinungsbild der Funktionsträger. Es gab Nationalisten und "Arabophile", deren Kennzeichen jedoch auch nur eine umfassende Zersplitterung war. Ging es den einen um die Einführung der arabischen Sprache, so gab es in der Gruppe jener, die sich auf die Einführung der arabischen Schrift beschränken wollten, "Orthodoxe", die eine unveränderte Übernahme forderten, und "Progressive", die eine Anpassung an die phonetischen Gegebenheiten des Somali befürworteten. Die letztgenannte Fraktion hatte auch Sympathisanten in den Reihen der Nationalisten, denn von jenen war nicht allen an einer Einführung der Osmania gelegen. Andererseits gab es in der Gruppe der Nationalisten aber auch Personen, die als Voraussetzung für eine umfassende Umgestaltung ihres Landes und die Initiierung eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses einzig die Adaption der lateinischen Schrift ansahen. Fortschritt war auch für jene der Übergeordnete Gesichtspunkt, die gegenüber der Frage der Schrift eine indifferente Haltung einnahmen und nur eine baldige Überwindung des ambivalenten Zustandes forderten.

Man darf aus der gegebenen Darstellung jedoch keine falschen Schlüsse ziehen. Zwar war anfänglich erwähnt worden, daß die Massenmedien der Ausweitung der Diskussion dienlich waren, trotzdem wäre der Eindruck, daß breite Bevölkerungskreise diese Diskussion verfolgt hätten und in sie eingeschlossen wären, falsch. Zu gering war der Verbreitungsraum des "Corriere della Somalia", als daß er in

Kleinstädten oder gar in den ländlichen Regionen hätte Diskussionsanstöße geben können. Zu gering war auch die Zahl der des Lesens Mächtigen, als daß eine breite Partizipation möglich gewesen wäre. So blieb die Erörterung im wesentlichen auf die hauptstädtische Bevölkerung beschränkt, gefördert durch die Struktur des Verwaltungswesens, das einer Zentralisierung Vorschub leistete.

In dieser Situation blieben richtungsweisende, unterstützende Impulse seitens Großbritanniens und Italiens aus. Ihr Desinteresse war allgemein und offenkundig. Beispielsweise war das Wirtschaftsgefüge des Nordteils Somalias bis 1960 unverändert geblieben gegenüber den Zuständen zu Beginn des Jahrhunderts. Und auch die Innovationen, die im Bereich von Administration, Justiz und Ausbildungswesen durchgeführt worden waren, entsprachen eher den eigenen Bedürfnissen als der Vorbereitung auf ein selbständiges Staatsgefüge.

Die somalischen Hoffnungen beruhten jedoch auf der Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit. Wirtschaftswachstum, Modernisierung aller Lebensbereiche sollten die Entwicklung des Landes bestimmen. Und es war weitverbreitete Ansicht, daß es in diesem Rahmen auch zu einer Klärung des Streites um die offizielle Sprache und die einzu-führende Schrift kommen würde. Bei diesem Optimismus verkannte man jedoch, daß durch die Verfestigung der Verhältnisse eine dem gordischen Knoten ähnelnde Situation entstanden war, und daß sich nur durch die fundamentale Änderung der Einstellung dem Problem gegenüber Fortschritte in Richtung auf eine endgültige Lösung erzielen lassen würden.

4.6. Zaudernde Behandlung der Schriftproblematik nach der Unabhängigkeit

Als Somalia am 1. Juli 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, waren die parlamentarischen Strukturen in sich noch nicht gefestigt (vgl. Lewis 1980, Nuscheler 1978). Für eine Umformung bzw. einen schrittweisen Anpassungsprozeß verblieb der politischen Führung jedoch keine Zeit. Zu drängend und kontrovers waren die Probleme, deren Behandlung anstand. Die hohen Erwartungen, die hinsichtlich eines wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes bestanden, mußten erfüllt werden. Das hieß nichts anderes, als die infrastrukturelle Erschließung, einen Aufbau der heimischen Wirtschaft und letztendlich die Einleitung eines die gesamte Gesellschaft einschließenden Transformationsprozesses, denn noch zogen 85% der Bevölkerung auf einer die Subsistenzsicherung kaum übersteigenden Basis als Nomaden durch das Land, zu betreiben. Das war eine, für einen rohstoffarmen, über keinerlei Ressourcen verfügenden Staat eine beachtliche Zielsetzung. Zwar gab es jährliche Beihilfen seitens der ehemaligen Kolonialmächte England und Italien, doch reichten diese bei weitem nicht aus, derlei ambitionierte Vorhaben zu finanzieren. Eine realistische Einschätzung der Situation war bereits 1957 erfolgt, als in einem Bericht der Weltbank vermerkt wurde, daß zur Entwicklung des Landes zumindest zwanzig Jahre intensiver Hilfeleistung vonnöten sein

würden. Diese auf finanzielle, ökonomische Aspekte abhebende Betrachtung ließ Hypotheken in anderen Bereichen außer acht. Eine zusätzliche Bürde stellte die Organisationsform und die fehlende Ausbildung der Verwaltung dar; und schließlich gab es ja auch noch die Frage nach Sprache und Schrift, über die noch keinerlei Entscheidung gefallen war.

Anfänglich traten all diese Probleme jedoch in den Hintergrund gegenüber der Frage der nationalen Einheit. Zwar waren mit dem unter italienischer Verwaltung stehenden Treuhandsgebiet und dem Protektorat Britisch-Somaliland zwei der somalischen Siedlungsgebiete unabhängig geworden. Den gleichen Status galt es jedoch auch für die, entsprechend somalischer Terminologie, unter "kolonialer Oppression" stehenden Territorien von Französisch-Somaliland, des Ogadens und des Northern Frontier Districts in der britischen Kolonie Kenia zu erkämpfen. Dieses nationalistische Anliegen überdeckte im Gründungsjahr der Republik alle anderen Probleme, obgleich man sich der Schwierigkeiten, die durch das Sprach- und Schriftproblem aufgeworfen wurden, bewußt war.

Die heterogenen Einflüsse, die die Kolonialmächte auf den Sprachgebrauch im Nord- und Südteil Somalias genommen hatten, waren die Ursache für erhebliche politische Spannungen, ging es doch um die Festlegung der offiziellen Sprache des Landes. Die Unfähigkeit, sich auf eine Schrift für das Somali zu einigen, führte zu der, angesichts der linguistischen Homogenität Somalias unhaltbaren Situation, daß

ein Rückgriff auf eine Fremdsprache zu erfolgen hatte. Dabei boten sich Italienisch und Englisch, als Sprachen der ehemaligen Kolonialmächte, und Arabisch an. Doch während im Norden kein Italienisch gesprochen wurde, waren die Englisch-Kenntnisse im Süden nur gering. Überdies war das Verbreitungsgebiet beider Sprachen auf die Städte im jeweiligen Kolonialgebiet beschränkt. Da jedoch auch die Verankerung des Arabischen über alle Regionen - Nord und Süd, Stadt und Land - zu gering war, verständigte man sich darauf, sowohl Italienisch, wie auch Englisch und Arabisch offiziellen Status einzuräumen. Daß eine baldige Änderung notwendig sein würde, war jedermann klar und so führte Premierminister Abdirashid Shermake in seiner ersten Regierungserklärung auch unwidersprochen aus "that the development of our mother tongue which is common to all Somalis, will afford an easier solution to all the problems connected with the struggle against ignorance and illiteracy."

Diese Absichten wurden auch von der Mehrheit der Abgeordneten geteilt und es war eine parlamentarische Anfrage am 16. August 1960, in der die Benennung eines Komitees gefordert wurde, dessen Aufgabe die Untersuchung des Schriftproblems und die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen sein sollte. Die Einsetzung eines solchen Gremiums wurde am 18. Oktober von der Ministerrunde beschlossen und noch im gleichen Monat berief der Erziehungsminister Ali Garad Jama, ein Befürworter der arabischen Schrift, ein neunköpfiges Gremium, dessen Vorgabe es war "to investigate the best way of writing Somali,

considering all the aspects of the language, with a special eye on the technical side, and submit a report to the Government by March 1961, showing the merits of all the scripts submitted to you for consideration, and if possible will recommend the best one for adoption in Somali." (Ling. Report 1961, 2) Kriterien, die der Nominierung der Mitglieder zugrundegelegt worden waren, betrafen eine Repräsentation der verschiedenen Interessen und Dialekte sowie linguistische Kenntnisse. Doch gerade diese Zusammensetzung erwies sich als hinderlich für eine erfolgversprechende Arbeit, da die bestehenden Gegensätze mit in die Arbeit eingebracht wurden und eine gedeihliche Kooperation von Beginn an erschwerten. Yaasiin C. Keenadiid, Mitglied dieser Kommission, beschrieb die Arbeit später und führte aus, daß die Teilnehmer "never succeeded to agree in any point discussed. Some disagreed because of lack of good faith, others on grounds of fanaticism or simply because they could not follow well the argument presented." ²³

Die Schwierigkeiten, denen sich die Regierung bei der Besetzung gegenüber sah, müssen jedoch auch aufgezeigt werden, demonstrieren sie doch, welche enge Grenzen hinsichtlich der personellen Basis bestanden: "It is true that the Committee consisted of men who for various reasons, acutely opposed one another on the choice of a national script, e. g. two were supporters of Osmania, two were supporters of Arabic, two of Latin and two supported the other miscellaneous Somali orthographies. But who else should have been appointed, since

these were the only people who had any academic knowledge of written Somali?" (Ling. Report 1961, 5)

Dauerhaft ließen sich die Gegensätze jedoch nicht überbrücken. Drei Mitglieder, darunter auch Yaasiin C. Keenadiid, kündigten die Mitarbeit auf. Daraufhin wurde die Kommission aufgelöst und unter Austausch dreier Mitglieder eine neue berufen, so daß lediglich Musa Galaal, Shirre Jama Ahmed und Hussein Sheikh Ahmed Kaddareh an den Beratungen beider Kommissionen teilnahmen. ²⁴

Die Resonanz, die die Arbeit der Kommission fand, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß nicht weniger als 18 Schriftsysteme eingereicht wurden und zur Beratschlagung vorlagen. Von diesen waren elf somalische Entwicklungen, darunter Osmania und Kaddaria, während vier bzw. drei Modifikationen der arabischen bzw. lateinischen Schrift darstellten. Das Schwergewicht der Untersuchungskriterien lag eindeutig auf den praktischen Aspekten der Anwendung dieser Schriften ²⁵, was dazu führte, daß der Vorwurf einer Überbetonung der "technischen Seite" des Problems erhoben wurde. Dadurch sei automatisch eine Bevorzugung der lateinischen Schrift sichergestellt worden. Die Einengung der Fragestellung war der Kommission bewußt; sie erläuterte jedoch: "The political, the religious and the social aspects of the problem have been left for the Government, the Parliament and the public to decide." (Ling. Report 1961, 4) Unter Anlegung der selbstgewählten Kriterien kam die Kommission in ihrem Abschlußbericht dann zu folgender Einschätzung: "According to

the answer shown against the queries set in the 17 guiding principles the most advantageous script has made itself crystal clear. It is the form of Latin script ... submitted by Shirre Jama Ahmed and later on improved by the Committee ...

In short, it is the script that offers the best prospects to us, as a growing nation, and as a Committee of men who, not only know about their language but who understand the difference between their emotion and personal pride from their real needs, we recommend it for adoption as a matter of first choice and the Somali script devised by Hussein Sheikh Ahmed Kaddareh as No. 2 in the list. This Committee could not recommend any other of the scripts." (Ling. Report 1961, 72/73) ²⁶

Die Gründe sind nicht bekannt, doch fest steht, daß dieser Bericht nie dem Parlament oder der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Und selbst in der Ministerrunde kam es zu keinerlei Diskussion. Vielmehr verschwand das Papier, versehen mit dem Vermerk "Vertraulich" in den Ablagen des Erziehungsministeriums. Ein solches Verfahren konnte angewendet werden, da der von der Öffentlichkeit ausgehende Druck zu gering war, als daß er eine Gefahr für das politische System darstellen konnte. Es liegt die Vermutung nahe, daß diese Entscheidung von Erziehungsminister Ali Garad Jama und Premierminister Shermake, die einer Ablehnung der Vorschläge gleichkam, durch anderweitige, persönliche Präferenzen bedingt war. Von Ali Garad war schon erwähnt worden, daß er das arabische Schriftsystem favorisierte; Premier-

minister Shermake wird folgender Ausspruch zugeschrieben: "As long as I am in power I shall ever permit the adoption of Latin characters for Somali." (Hussein Adam 1968, 37)

Somit blieb alles unverändert, was besonders die Verwaltung vor Probleme stellte, die ein effizientes Arbeiten unmöglich machten. Lewis (1961, 282) beschreibt die Verwaltung als ein "consortium of rival lineages and clan interests which people regard in terms of the number of kinsmen they can count in its ranks." Jedes Ministerium gliederte sich daher einem, von einem Clan beherrschten Imperium. Die Verwaltung war ein Spiegelbild des traditionellen Sozialgefüges und konnte wenig zu einer schnellen gesellschaftlichen Transformation beitragen. Dies hatte um so schwerwiegendere Folgen als die beschriebene Praxis der Stellenvergabe einen Rückgriff auf wenig qualifizierte Kräfte notwendig machte. Notwendige Voraussetzung für eine Einstellung war lediglich die Beherrschung einer der offiziellen Sprachen. In wenigen Ministerien kam es zu einer vorzugsweisen Nutzung nur einer Sprache, wie z. B. im Ministerium für Justiz und religiöse Angelegenheiten, in dem der Gebrauch des Arabischen vorherrschte. Da nur wenige Somalis bilingual in Fremdsprachen waren, kam es zu chaotischen Zuständen. Um diese Verhältnisse zu ändern, gab es seitens der Regierung Überlegungen, eine allgemeine Zweisprachigkeit in Fremdsprachen für Verwaltungsangestellte zu fordern, doch mußte der Plan schon bald wieder fallengelassen werden, da er, ebenso wie das Vorhaben, Italienisch oder Englisch als Verwaltungssprache zu eliminieren,

mittelfristig eine personelle Auszehrung zur Folge gehabt hätte. So blieb eine Situation, die Kritiker von einem "Tower of Babel" (Hussein Adam) sprechen ließ, Kennzeichen der somalischen Verwaltungsverhältnisse, wobei die geringe Effizienz nur eine der Negativerscheinungen war. Doch gerade eine hohe Leistungsfähigkeit war nötig, um schnelle Erfolge in Richtung Entwicklung zu erzielen. Dafür wäre auch eine augenblickliche Angleichung der - resultierend aus dem kolonialen Erbe - unterschiedlichen Verwaltungssystemen des Nordens und des Südens die Voraussetzung gewesen (vgl. Lewis 1980, 170). Doch all dies wurde entscheidend durch die in den Ministerien vorherrschende Zwei- bzw. Dreisprachigkeit behindert. Korrekterweise wäre sogar von einer Drei- bzw. Viersprachigkeit zu reden, denn die mündliche Kommunikation vollzog sich durchweg in Somali, während die schriftliche Fixierung in Englisch oder Italienisch, in geringerem Maße auch in Arabisch erfolgte, so daß sich die kuriose, doch ökonomisch einen hohen Preis fordernde Situation ergab, daß auf der Basis einer die ganze Bevölkerung umfassenden sprachlichen Homogenität sich eine behördliche, fremdsprachige Kakophonie aufbaute. Gesetze gab es in englischer, italienischer und arabischer Fassung. Um Unstimmigkeiten, unterschiedliche Auslegungen und Zeitverluste zu vermeiden, wurde jedes Gesetz mit dem Zusatz versehen, welcher der Texte der verbindliche sei.²⁷ Welch erheblichen Aufwand dieses System erforderte, sei am signifi-

kanten Beispiel von Parlamentsprotokollen dargestellt. Wiewohl sämtliche Reden im Parlament in Somali gehalten wurden, mußten die Sitzungsprotokolle ins Englische, Italienische und Arabische übersetzt werden. Diese Aufgabe konnte nur durch hochbezahlte Übersetzer vorgenommen werden. Da diese überdies am Abfassen von Vorlagen, an der Bearbeitung von Unterlagen in den einzelnen Ressorts mitzuwirken hatten, ergab sich für den Staatshaushalt eine erhebliche finanzielle Bürde. Ihr Mitwirken an fast allen Verwaltungsvorgängen wurde durch den Umstand bedingt, daß die mit der gleichen Sache befaßten Beamten sich in der Regel nicht auf eine schriftliche Form einigen konnten. Gab es bei der mündlichen Erörterung keinerlei Schwierigkeiten, so ergaben sich diese notgedrungen, wenn die schriftliche Abfassung von Dokumenten anstand und die Beherrschung verschiedener Fremdsprachen gegeben war. Nicht selten konnte man hören: "Sorry, it's written in Italian, I cannot read it" oder als Äquivalent: "Mi dispiace, è scritto in Inglese, non posso leggere" oder: "Waan ka xumahay af ingriis oo kudhigan yahay, ma aan akhrikaro". Neben den finanziellen kam es mithin auch zu zeitlichen Verlusten. Daher ging man zusehends dazu über, Verwaltungsangelegenheiten per Telefon zu regeln, was sich gleichermaßen als nachteilig erwies, da jetzt häufig Unterlagen fehlten. Damit war die Überprüfbarkeit vieler Vorgänge nicht mehr gegeben und der Korruption Tür und Tor geöffnet.

Sich der Problematik wohl bewußt, ergab sich für die somalischen

Staatsbediensteten ein Interessenkonflikt, den sie für sich dadurch lösten, daß sie derjenigen Sprache den Vorzug gaben, in der sie arbeiteten.

Haben wir uns bei der Betrachtung bislang auf verwaltungsinterne Aspekte beschränkt, so kann unter Verweis auf die öffentlichkeitsbezogene Funktion der Verwaltung eine Betrachtung des Verhältnisses zwischen Administration und Bürger nicht unterbleiben.

War der interne Kreislauf durch die mangelnde Möglichkeit der schriftlichen Fixierung des Somali gestört, so führte dieser Tatbestand auch zu einer Kommunikationsbarriere zwischen Bürgern und Beamten.

Dieser Aspekt war schon im Leitartikel des "Giornale Nuovo" am 14. August 1952 angesprochen worden: "Das Ergebnis ist, daß man in dem Fall, wenn man einen Brief oder irgendeine andere Eingabe an ein Regierungsbüro richten will, sich an einen öffentlichen Schreiber wenden muß; ... Es ist ein Risiko, daß diese Diskrepanz zwischen der Sprache der Verwaltung und unserer Muttersprache sich zu einem Schisma zwischen Staat und Volk entwickeln kann, zwischen den "gesetzlichen" und den tatsächlichen Realitäten unseres Landes." (Omar Osman 1977, 790) Unter quantitativen Gesichtspunkten war dieser Dualismus bereits Mitte der 60er Jahre erreicht: 90% der Bevölkerung waren Analphabeten, über 80% nur in der Lage, Somali zu sprechen (National Review, Juli 1964).

Dieses Schisma zwischen Volk und einem die gesellschaftlichen Belange immer weniger reflektierenden Staatsapparat war jedoch nur einer der

Negativfaktoren, die durch die schleppende Behandlung der Schriftfrage erzeugt wurden.

Verhängnisvolle Auswirkungen ergaben sich auch für die Schulsituation. Auf die somalische Kultusbürokratie nahmen derlei Überlegungen jedoch keinerlei Einfluß. Die Hoffnung, daß eingedenk der oben beschriebenen Zusammenhänge, sich das Erziehungsministerium zum Vorreiter hinsichtlich der Schriftfrage entwickeln würde, war unbegründet. Lediglich eine für Schulwesen und Schüler geringfügige Kurskorrektur wurde Ende 1961 veranlaßt. Waren bislang Englisch und Arabisch im Norden, Italienisch und Arabisch im Süden die Unterrichtssprachen gewesen, so verfügte das Erziehungsministerium nun, daß innerhalb einer sechs bis sieben Jahre währenden Periode der Gebrauch des Italienischen schrittweise eingeschränkt werden sollte. Ziel war es, daß am Ende der Übergangsphase "English will be the medium of instruction in all our schools except the elementary in which Arabic will remain the main language."²⁸ Diese Entscheidung, die ohne Absprache mit dem Parlament gefällt wurde, nahm Bezug auf einen UNESCO-Report des Jahres 1961. In diesem wurde eine verminderte Unterweisung in Italienisch nahegelegt, da Englisch die lingua franca internationaler Kommunikation sei. Das Hauptgewicht der Aussagen lag jedoch eindeutig auf einer Empfehlung, die sich für die Einführung des Somali als Unterrichtssprache aussprach, da nur so ein ständig auf den Schülern lastender psychologischer Druck genommen werden könnte. Zusätzlich würden sich erhebliche ökonomische Vorteile ergeben.

Doch mit der Entscheidung des Erziehungsministeriums war Somali auch weiterhin vom Gebrauch als Unterrichtssprache ausgeschlossen, selbst in der Eingangsstufe. Lediglich als mündliche Unterrichtshilfe fand es Verwendung. Den Lehrern oblag daher die Aufgabe, den Schülern so schnell wie möglich Fremdsprachenkenntnisse zu vermitteln. Der Leistungsfähigkeit eines solchen Systems waren enge Grenzen gesetzt; es mangelte dementsprechend an Effizienz mit entsprechenden Auswirkungen auf Entwicklungsmöglichkeiten.

Ebenso wie viele Übersetzer im Verwaltungsapparat das Budget belasteten, war der Unterricht in und mittels Fremdsprachen nur durch Anstellung ausländischen Lehrpersonals möglich und daher sehr kostspielig.

War also nicht darauf zu hoffen, daß Initiativen zur Lösung der Schriftfrage durch Verwaltung oder Bildungssystem ausgehen würden, so lag die Verantwortung einzig bei Parlament und Regierung. Zwar erklärte der neue Erziehungsminister Yusuf Ismail Samatar 1963 (Somali News, 11. Oktober) noch einmal: "It is necessary that an early decision is taken about the script for the Somali language", doch konkrete Vorschläge blieben aus. Politisches Taktieren bestimmte das Geschehen. Mit Ausnahme der Somali National Congress Party, die sich offen für die lateinische Schrift aussprach, nahm keine der Parteien offen und eindeutig Stellung. Der größte parteipolitische Zusammenschluß, die SYL, verabschiedete auf ihren Kongressen zwar fortlaufend Resolutionen, in denen die Lösung des Problems gefordert

wurde, Handlungsanleitungen an Parlament und Regierung ergingen jedoch nicht. In privaten Gesprächen gaben sich viele der politischen Führungskräfte als die lateinische Schrift bejahend aus, vermieden jedoch jegliche öffentliche Stellungnahme zu diesem Thema, da sie Massenkundgebungen und Demonstrationen des religiös eingestellten Bevölkerungsteils und einen Verlust an Wählerstimmen befürchteten.

Zu jenen Demonstrationen kam es dann tatsächlich im März 1965. Ursache dafür war der Besuch einer UNESCO-Delegation, deren Aufgabe darin bestand, eingehende Untersuchungen über das Schriftproblem vorzunehmen. Die Kommission, bestehend aus den Linguisten Andrzejewski, Tubiana und Strelszyn, war auf Einladung des Premierministers Abdirazak Haji Hussein angereist. Dieser hatte sein Amt ein Jahr zuvor angetreten und einen schnellen Fortschritt anstrebend, sah er die Grundlage dafür in einer Neuorganisation des öffentlichen Dienstes. Der Schlüssel zum Erfolg sollte die Einführung einer Schrift sein. Jahre später umriß er seine persönliche Meinung mit den folgenden Worten: "In practical terms, I think we may never be able to teach all the Somali nomads today to read and write Somali, but we could save their children. Universal literacy should not weight as heavily in our deliberations for a script as the practical and immediate needs of the administrators and the educators ... I can see how easy it is for those who do not have to take lecture notes, draft memos, type letters, write reports and so on - at least

not every day in their lives - I can see how easy it is for them to advocate Osmania or Arabic for chauvinistic or pseudo-religious reasons. But we have to be pragmatic. We have to look from the angle of the man who is forced to use the written language almost daily in his life. To such a man, a script is not like an ornament, like the Somali rugs we hang in our houses for decoration ..." (Hussein Adam 1968, 95).

Tatsächlich sprach sich die UNESCO-Kommission in einem knappen, nur neunzehn Seiten umfassenden Abschlußbericht für die Annahme der lateinischen Schrift aus, da dies die praktikabelste Lösung darstellen würde. So hieß es: "During our inquiries, we found no valid objections to the Latin script on technical or scientific grounds. The Latin script for Somali would have numerous advantages. It is easy to write and its shapes lend themselves readily to cursive writing. If it is adopted it could be easily printed and typed with the machines used for Italian or English with only minor adjustments ..." (UNESCO-Report 1966, 12)

Die Kommission verband diesen Vorschlag jedoch mit dem Hinweis, daß sie "could not presume to give advice on the political and social aspects of such a choice" und sich daher lediglich bemühe "to show the technical advantages and disadvantages of the systems of writing which can be seriously considered as possible national orthographies." (UNESCO-Report 1966, 2)

Zu den anderen zur Wahl stehenden Schriftsystemen führte sie aus,

daß - die entsprechende Anzahl von Modifikationen vorausgesetzt - auch die Verwendung finden könnten. So wurden insbesondere für das arabische Schriftsystem dergestalt Transkriptionsvorschläge gemacht, daß "being virtually the same as the ordinary, fully vocalized Arabic script it could be learnt with ease by all those who have even an elementary knowledge of the Arabic language." Dem standen jedoch gravierende Nachteile gegenüber, die wie folgt umrissen wurden: "Under the influence of Arabic its users would tend to leave out the *ḥarakāt* and the *sukūn* and thus render it almost totally useless. An element of subjective choice as to what to put in and what to leave out would thus be introduced and might lead to orthographic chaos. Much effort would be required on the part of teachers and the authorities entrusted with the matters of the language to suppress such a tendency." (UNESCO-Report 1966, 15)

Zu den Nachteilen, die sich durch die Wahl eines autochthonen Systems ergeben würden, führte man aus: "Nevertheless, every script which is peculiar and unique to its own language (Greek, Armenian, Hebrew, Ethiopian etc.) creates a barrier around the language difficult to cross and isolates it and the people who speak it. Those among the speakers of such a language, who want to learn a foreign language, are compelled also to learn a new script at the same time." (UNESCO-Report 1966, 6)

Verfechter der Osmania und der arabischen Schrift sahen in der Einsetzung der Kommission einen einseitigen Versuch, den Weg für die

Einführung der lateinischen Schrift zu bereiten. Organisiert von religiösen Zusammenschlüssen fanden die Demonstrationen breite, öffentliche Unterstützung. In Mogadishu wurden sogar Flugblätter gegen ein Verbleiben der Kommission im Lande verteilt.

Gegen eine Forcierung der lateinischen Schrift durch die Regierung richtete sich auch ein Schreiben des Assistant General Director des Erziehungsministeriums. Er erinnerte daran, daß die Einführung der lateinischen Schrift in der Schule von Berbera einer der Anlässe für den Derwischkrieg zu Beginn des Jahrhunderts gewesen war, und er sagte einen ähnlichen Krieg für den Fall voraus, daß die Regierung von diesem mißliebigen Vorhaben nicht Abstand nehmen würde (vgl. Somaliya 1968, 202 - 206).

All diese Attacken erwiesen sich im Lichte der späteren Geschehnisse jedoch als überflüssig. Als nämlich der Kommissionsbericht veröffentlicht wurde, war Abdirazak Haji Hussein schon nicht mehr im Amt. Er, der durchaus die Einführung der lateinischen Schrift auch gegen Widerstände in die Wege geleitet hätte, war abgelöst worden durch Mohamed Ibrahim Egal, der sich zu einer Strategie der Untätigkeit entschloß.

Nach über sechs Jahren Unabhängigkeit, nach der Arbeit zweier Kommissionen waren also noch keinerlei greifbare Ergebnisse erzielt worden und eine immer stärker werdende heterogene Entwicklung des Landes zeichnete sich ab.

Im modernen Sektor des Landes fand die lateinische Schrift Verwendung.

Das betraf neben der Verwaltung auch die Polizei und das Militär. Offiziell dagegen bewegte sich nichts mehr. Immer seltener wurden Verlautbarungen amtlicher Stellen.

Andrzejewski (1964, 177) beschrieb die Situation: "Private and business correspondence, legal documents, newspapers, government notices, street signs, stamps, passports, banknotes, are never written in Somali, but always in one, sometimes two, or even all, of the three foreign languages in use. When a road accident occurs, for instance, the police will question witnesses in Somali, but write their report in Italian in the South, or English in the North of the Republic. A shopkeeper talks to his customers in Somali but keeps his accounts in Arabic, Italian or English."

Im Gefolge der Veröffentlichungen des UNESCO-Reports kam es noch einmal zu verstärkten Aktivitäten der Anhänger der Osmania, doch es wurde deutlich, daß diese kaum mehr eine Chance zur Adaption besaß. Obwohl zu jenem Zeitpunkt annähernd 40000 Personen (vgl. Andrzejewski 1979, 60) in der Lage gewesen sein sollen, sie zu schreiben, verfügte sie über keinerlei zukünftige Verbreitungsbasis und blieb auf private Zirkel beschränkt. Zwar gab es Bestrebungen, getragen von Hirsi Magan Isse, dem Sekretär der "Society for Somali Language and Literature", eine Renaissance herbeizuführen, doch auch seine Äußerungen, daß "the Somali script possesses indispensable national values other than simple practicability. Undoubtedly it is the most outstanding symbol in our culture ..."²⁹ fand nicht die gewünschte Resonanz. In einem am 28. Februar 1968

an die Funktionsträger der SYL gerichteten Brief legte er unter Verweis auf die für ihn offensichtlichen Vorteile der Osmania noch einmal die entwicklungspolitischen Zusammenhänge dar: "It is not an exaggeration that Somalia is an under-developed country. One of the evil characteristics of the underdeveloped countries is a large scale of illiteracy. Only a successful attack against illiteracy is a precondition for significant growth and development. It is a truism that the Somali illiteracy rate cannot be effectively attacked without writing down their language." (Somaliya 1968, 224)

Der Appell zur Aktion blieb ohne Widerhall und so stellte dieses Schreiben eher einen Abgesang auf die Osmania dar. Gleichwohl war einer der wesentlichen Gründe für die Einführung einer Schrift noch einmal genannt worden, denn gegen die Alternativmöglichkeit einer Unterweisung der gesamten Bevölkerung in einer Fremdsprache sprachen nicht allein Praktikabilitäts-, sondern auch Kostengründe. Beschränkte sich Isses Brief auf die wirtschaftlichen Aspekte, so ging der Schreiber eines Leserbriefes (Somali News, 3. Juli 1964) auf die sozialen Bezugspunkte ein als er schrieb: "Unless the mother tongue is taught in adult classes, our masses will continue to swim in an ocean of illiteracy which of course, breeds apathy, prejudice, ignorance, disease, poverty, tribalism, laziness, inferiority complex and all other evils which hinder the progress of human society."

Doch wie schon erwähnt kennzeichnete Stagnation die Behandlung dieser für nationale Belange so wichtigen Frage, eine Tatsache, die

ihre Ursachen in dem dem somalischen Parlamentarismus zugrundeliegenden Mechanismus hatte. Nichts hätte die allgemeine Ausgewogenheit mehr beeinträchtigen können als die Behandlung eines solch kontroversen Themas. So geschah es dann 1967 auch, daß erstmals bei der Darlegung eines Programms die Regierung egal die Erwähnung des Schriftproblems unterließ, und das, obwohl sie breiter Zustimmung im Parlament sicher sein konnte.

Unverändert standen sich zwei Blöcke unversöhnlich gegenüber: Befürworter der lateinischen und Anhänger der arabischen Schrift. Die Argumente und Vorurteile waren die gleichen wie ein Jahrzehnt zuvor. War für die eine Gruppe die lateinische Schrift gleichbedeutend mit Kolonialismus und christlichem Glauben, so war für die andere die arabische Schrift ein Hemmnis auf dem Entwicklungsweg. Außerdem wurde von Musa Galaal, der sich zwischenzeitlich zu einem der prominenten Verfechter für die Übernahme der lateinischen Schrift entwickelt hatte, der Vorwurf ausländischer Einmischung erhoben. Er gab der Vermutung Ausdruck, daß Ägypten über seine Kulturprogramme Einfluß auf die innenpolitischen Geschehnisse Somalias und eine Position als Hegemonialmacht gewinnen wollte. Er beschuldigte Ägypten, mittels der in Kairo ausgestrahlten Sendungen eine Entscheidung zugunsten der arabischen Schrift präjudizieren zu wollen und eine finanzielle Unterstützung ultrakonservativer Religionsvereinigungen zu betreiben (vgl. Hussein Adam 1968, 57), doch konnten derlei Verquickungen nie nachgewiesen werden und veranlaßten die somalische Regierung

zu einer offiziellen Stellungnahme, in der der Vorwurf einer versuchten Einflußnahme zurückgewiesen wurde.

Ebenso wie die Erwartungen bezüglich eines schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs geschwunden waren und Desillusionierung und Unmut um sich griffen, war die Stimmung der die Diskussion um die Schrift tragenden Personen durch ein Schwanken zwischen Hoffen und Verzagt-heit bestimmt. Wohl wissend, welche immense, auch langfristig noch nachwirkende Folgen durch den permanenten Aufschub heraufbeschworen wurden, forderte man eine unverzügliche Entscheidung.

Mehrere Konzepte zur Beilegung des Konflikts waren alternativ im Gespräch, doch da eine Mehrheitsfindung im Parlament trotz der eindeutigen Stimmenverhältnisse als unwahrscheinlich ausgeschlossen werden konnte, die Regierung jedoch ebenfalls nicht gewillt war, ihre Position durch eine von ihr erlassene Verfügung zu gefährden, gewann die mögliche Durchführung eines Referendums immer mehr Freunde. Diese Feststellung wurde auch durch die Ergebnisse einer von Hussein Adam (vgl. 1968) in der zweiten Jahreshälfte 1967 durchgeführten Umfrage unterstrichen, die unter der meinungsbildenden Schicht der höchsten Kategorie von Staatsbediensteten, Studenten und Sekundarschülern in Mogadishu gemacht wurde.³⁰ Dabei votierten 34% für ein Referendum, 30,5% wollten die Diskussion durch einen Parlamentsbescheid geklärt sehen. Das gleiche Recht billigten der Regierung nur 18% zu, während 9% der Befragten erklärten, daß die Zeit zu einer Lösung des Problems beitragen werde.

Statistisch abgesicherte Umfragen zu diesem Themenkomplex hatte es in Somalia bis zu jenem Zeitpunkt nicht gegeben und da auch die Hussein-Untersuchung auf Zufallsbefragungen beruhte, ist der Aussagewert - verstärkt durch fehlende Vergleichswerte - ein wenig eingeschränkt. Zwei weitere Polls, jeweils unter 1% der Bevölkerung von Mogadishu und Afgoy durchgeführt³¹, offenbarten erstaunliche Resultate. Befragt bezüglich ihrer Präferenz hinsichtlich einer einzuführenden Schrift gab es unterschiedliche, doch letztlich konsistente Aussagen:

Tabelle 1

	Staatsbedienstete et al.	Mogadishu	Afgoy
Arabic	20	33	34
Latin	59	55	13,5
Osmania/Somali script	17	9	45,5
keine Präferenz	4	3	7

Quelle: Hussein Adam 1968, 100 + 101 - Alle Angaben in Prozent

Die Tabelle verdeutlicht, daß der Verankerungsgrad der Osmania in der Bevölkerung zu gering war, um berechtigte Hoffnungen im Rahmen des Entscheidungsprozesses um die Einführung zu haben. Noch leidlich bekannt und bevorzugt unter der gebildeten, hauptstädtischen Schicht, sank der Popularitätsgrad auf die Hälfte bei der übrigen Bevölkerung Mogadishus. Vollends unbekannt war sie in der im ländlichen Siedlungsraum liegenden Stadt Afgoy. Die in der Tabelle ausgewiesene hohe Prozentzahl basiert darauf, daß in den Befragungen

dort, "Osmania" - weil unbekannt - durch den allgemeineren, keinerlei Spezifikation implizierenden Terminus "Somalische Schrift" ersetzt wurde, und sind daher eher als Ausdruck des nationalen Bewußtseins zu verstehen. Dadurch war die Unterstützung für die arabische Schrift in diesem Gebiet geringer als vermutet. Hatte man im allgemeinen erwartet, daß sich ein 80% - Anteil der ländlichen Bevölkerung für die arabische Schrift aussprechen würde, so erwies sich diese Prognose als falsch. Auch bei der hauptstädtischen Bevölkerung genoß die arabische Schrift keinerlei Priorität mehr, wobei allerdings der klare Abstand zu den Fürsprechern der lateinischen Schrift überraschend war. Noch deutlicher wurde der Abstand zwischen beiden Schriftsystemen bei der Gruppe der öffentlich Bediensteten, Studenten und Schüler. Diese hohen Scores sind aus der sozio-politischen Sonderstellung Mogadishus zu erklären, dürften gleichzeitig aber auch kennzeichnend für einen Stadt - Land - Gegensatz, der auch die allgemeinen Entwicklungstendenzen reflektierte, in der Schriftfrage gewesen sein.

Die Ergebnisse seiner Umfrage ließen Hussein Adam mit dem Gedanken eines dualen Systems spielen (vgl. 1968, 155 - 161). Da er keine Aussichten sah, auf breiter Basis Massenalphabetisierungskampagnen im ländlichen Raum ohne die Verwendung der arabischen Schrift durchführen zu können, andererseits aber auch um die Vorteile der lateinischen Schrift wußte, kam er zu folgender Schlußfolgerung: "An immediate way out of the dilemma could be achieved if the government were to adopt both Arabic and Latin characters for the transcription of

Somali." (Hussein 1968, 155) Entsprechend hatte auch schon Yaasiin C. Keenadiid (La Tribuna, 15. Juni 1967) vorgeschlagen, daß eine Lösung "would be the adoption of a system of two scripts for the Somali language for a determined period of time; in order to adopt definitely the script that will result to be the best and most suitable one for Somali from the technical and social point of view."

Doch Somalias formal-demokratische Institutionen blieben unfähig, ein Problem solcher Tragweite angemessen zu behandeln. Hinter ihrer Fassade blieben bei dem Handel um die zu verteilenden Pfründe die demokratischen Inhalte auf der Strecke.³² Noch einmal sichtbar wurde dieses Verhalten als nach den Wahlen 1969 Premierminister Egal in seinem Regierungsprogramm dem Thema der Schrift nur wenige, inhaltsleere Zeilen widmete. Ohne konkrete Perspektive führte er aus: "Last but not least, my Government will devote its utmost attention to the most important task of tackling the difficult problem posed by the lack of a script for the Somali language." (Somali News, 20. Juni 1969)

Damit war nach neun Jahren der Unabhängigkeit, einer zu Beginn mit ungeheuren Erwartungen und Hoffnungen verknüpften Periode, noch zu keinerlei Änderung gekommen. Die Zukunft war ungewiß, doch es zeichnete sich ab, daß man sich daran gewöhnte, mit diesem Zustand der Schriftlosigkeit für die Muttersprache zu leben. Nichts kennzeichnet die damalige Situation besser als ein altes somalisches Sprichwort: Nur wenn die Führer untereinander einig sind, kann die Herde zum Wasser geführt werden.

4.7. Schriftentscheid im Rahmen eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses

Als Präsident Shermake am 15. Oktober 1969 einem Attentat zum Opfer fiel, übernahm die Armee vor der Benennung eines Nachfolgers am 21. Oktober die Macht. Die Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Systems war erklärtes Ziel der neuen Machthaber, niedergelegt in der ersten Charta der Revolution. Doch die Militärs standen zu Beginn des Jahres 1970 vor dem gleichen Problem wie während des Jahrzehnts zuvor sämtliche zivile Regierungen. Das Somali besaß weder offizielle Orthographie noch einen offiziellen Status im öffentlichen Leben. Die dadurch bedingte Diversität der in der Administration Verwendung findenden Sprachen verminderte die Effizienz und hatte damit direkte Auswirkungen auf das Entwicklungstempo. Personelle Ressourcen konnten nur insoweit genutzt werden als durch die Sprachkompetenz der Bevölkerung enge Grenzen gesetzt wurden. Nur knapp 10% beherrschten Fremdsprachen in einem Maße, das für die Ausübung einer Verwaltungstätigkeit vonnöten war. Ein zukünftiger Rückgriff allein auf jene Sprachen hätte - neben den schon erwähnten Nachteilen - die Basis für eine sich stets selbst perpetuierende linguistische Elite gelegt, die ob dieser Fähigkeit Möglichkeiten der Monopolisierung staatlicher Entscheidungsvorgänge besessen hätte.

Wohl wissend um diese Zusammenhänge gingen die ersten regierungs-

amtlichen Äußerungen jedoch an keiner Stelle über die in der ersten Charta gemachten Ankündigungen hinaus. Dort hatte es unter Punkt drei und vier geheißen:

"To liquidate illiteracy and to develop an enlightened patrimonial and cultural heritage of the Somali people.

To constitute, with appropriate and adequate measures the basic development of the writing of the Somali language."

Doch bis Ende 1970 blieb es bei unverbindlichen Bemerkungen: "The lack of a written Somali script at the present time ... presents very real difficulties which might be responsible for impeding the progress of our nation." (Somalia Today 1970, 63) In der Neuauflage der gleichen Publikation (Somalia Today 1971, 67) hieß es auch ein Jahr später noch: "The SRC, however attaches great importance to the introduction of a national orthography for the language as soon as possible."

Diese Passivität im Bereich der Statusplanung hieß jedoch nicht, daß keinerlei Sprachpolitik betrieben wurde. Mittels von Verboten einzelner Worte und Begriffe, z. B. clangebundener Titel, versuchte man, Quellen nichtstaatlicher Autorität aus dem Wortschatz zu verbannen.

Ende 1971 wurden die Ausführungen seitens des SRC auch hinsichtlich der Statusplanung konkreter. Während einer Konferenz der ost- und zentralafrikanischen Staaten führte Siad Barre (1979, 41) am 18. Oktober aus, daß "we must within this year device a suitable orthography for our language."

Daß diese Äußerung konkrete Bezüge hatte, kann aus den Entwicklungen und Geschehnissen der zurückliegenden zwei Jahre abgelesen werden. Nur kurze Zeit nach der Machtübernahme durch die Militärs hatte es Befragungen einzelner, in die Schriftproblematik involvierter Somalis durch das SRC und das Kabinett gegeben, doch schon bald hatte es den Anschein, daß trotz der anfänglichen Ankündigungen in der Behandlung der Schriftfrage keine Änderung gegenüber früheren Zeiten eingetreten war. Zu selten waren Hinweise, die etwas anderes hätten vermuten lassen.

So wurden am 20. März 1970 Erwachsenenbildungsprogramme angekündigt, ein Hinweis auf die damit verbundene Schriftproblematik gab es jedoch nicht. Auch bei einer Ansprache anlässlich des Unabhängigkeitstages am 1. Juli 1970 findet die Schrift bei Barre keine übermäßige Erwähnung, um so stärker ist jedoch die Betonung, daß verstärkte Anstrengungen beim Ausbau des Schulwesens gemacht werden sollten. Einerseits sollten über Selbsthilfeprogramme die räumlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung des Unterrichts geschaffen werden, andererseits sei der Ausbildungsstandard von Lehrern und Schülern zu haben, denn "moral, both among students and teachers, is at a very low ebb, and the people lack confidence in the state organizations." (Dawn, 7. August 1970) Verfügbarmachung und Einsatz aller Kräfte waren die politischen Zielvorgaben jener ersten nachrevolutionären Jahre. In welchem beschränkten Rahmen sich diese Bemühungen bewegen konnten, verdeutlichen die folgenden Zahlen. Wie schon im Jahrzehnt zuvor

war die Mehrheit der im Ausland studierenden Universitätsabsolventen nicht in Italienisch oder Englisch ausgebildet worden. 1965 waren es lediglich 400 von 1460, die in Italien, den USA oder Großbritannien unterrichtet worden waren.³³ Bis 1971 hatte sich wenig an dieser Situation geändert. Noch immer waren es nur 40%, die in Italien oder englischsprachigen Ländern studiert hatten. Die restlichen Absolventen hatten in zwanzig Ländern fünfzehn verschiedene Sprachen gelernt. Diese Sprachkonfusion bewirkte, daß qualifizierte Kräfte nicht in der Verwaltung eingesetzt werden konnten. An diesem Tatbestand scheiterte z. B. auch das Vorhaben der Militärs, 41 beschäftigungslosen Universitätsabsolventen eine Stelle in der Administration zu geben, weil ein sinnvoller Einsatz dort selbst nach dem Durchlaufen eines Sprachintensivkurses nicht möglich war.³⁴

So schien dem Anspruch, einen gesellschaftlichen Transformationsprozeß initiieren zu wollen, von vornherein die Basis zu fehlen. Und die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Zustand durch die Einführung einer Schrift bald geändert würde, war gering. Über Punkt vier der "Revolutionary Charta", unverbindlich wie eh und jeh, ging das Maß der Gemeinsamkeiten im SRC nicht hinaus. Welche Schrift letztendlich den Vorrang erhalten sollte, war bei Verkündung des Programms noch nicht entschieden, wiewohl eine starke Fraktion, besonders in den Reihen der Minister, Präferenzen für die Osmania zeigte.³⁵

Die Behandlung dieser Frage blieb vorläufig ohne ausgearbeitetes Konzept. Priorität wurde anderen Gebieten zugewiesen. Nach Aussagen

eines damaligen Regierungsmitgliedes waren es die Erarbeitung eines Entwicklungsprogrammes, die Verstärkung der außenpolitischen Kontakte und eine organisatorische Umstrukturierung des administrativen Bereiches, die im Mittelpunkt der Erörterungen standen.

Parallellaufend zu diesen Aktionen gewann die Beschäftigung der politischen Organe mit der Schriftproblematik jedoch eine gewisse Stetigkeit. Fünfzehn Monate nach der Machtübernahme unternahmen die Militärs dann auch die ersten konkreten Schritte hinsichtlich einer Lösung des Problems. Unter dem Namen "National Language Commission" (NLC) kam es am 2. Januar 1971 zur Berufung von 21 Personen. Es waren Linguisten, Geschichtswissenschaftler und Dichter, die z. T. schon Mitglieder der ersten Sprachkommission 1961 gewesen waren oder sich für die Einführung einer Schrift während des Zeitraums der parlamentarischen Demokratie eingesetzt hatten. Die Mehrzahl von ihnen war im Kulturressort des Erziehungsministeriums beschäftigt.

Als die Kommission am 14. Februar 1971 ihre Arbeit aufnahm, war noch ungewiß, ob der revolutionäre Impetus der neuen Machthaber ausreichen würde, das angestrebte Ziel zu erreichen. Die eigene Rolle würdigend und die bisherigen Fehlschläge beschreibend, stellte die Regierung fest: "The question of the language being written only came up in the last decade, whenever the so called parliamentarians wanted to shake up the previous Government as an individual or grouping attitudinal interest, arise and the Government in order to quell the flame had to pay for the cost ...

In this way the fate of the language became a game of contest between the Parliament and the Government and the nation was given the position of a referee ... To fulfill its obligations (die der Reg., Th. L.) a body known as a National Language Commission was set up in early January 1971." (NLC-Report 1972, 1/2)

In ähnlichem Sinne sprach der Erziehungsminister Abdirazak Mohamed Abokor im Februar 1971 zu den Kommissionsmitgliedern: "I need not to emphasize the importance that the SRC attaches to this national effort which you agreed to undertake ... It is logical to treat the question of developing the National Language this time, in a different approach - and devote our energy in providing instructional materials ... before the issue of the "Script" comes up. This is different and it merits its own time." (NLC-Report 1972)

Entgegen dieser Aussage gab es vor dem eigentlichen Beginn der Arbeiten eine gemeinsame Sitzung der Kommissionsmitglieder, bei der offen die Frage nach der einzuführenden Schrift erörtert wurde (vgl. NLC-Report 1972). Die Diskussion war kontrovers, da einige Teilnehmer mit der Regierungsanweisung übereinstimmten, andere jedoch erst die oben erwähnte Frage geklärt wissen wollten.

Um weitere Kontroversen zu vermeiden, wurde den Mitgliedern fortan offiziell die Erörterung dieses Themas untersagt, da die endgültige Entscheidung einzig beim SRC ruhen würde.³⁶ Daß diese Anweisung des SRC strikt befolgt wurde, kam in sämtlichen Gesprächen mit Kommissionsmitgliedern zum Ausdruck. Eines erklärte: "It has been clearly under-

stood that the finalisation of the script to be adopted rests entirely with the SRC and so members of the commission particularly script supporters were cautioned to refrain from any activity that may arouse suspicion in propagation an orthography against another in public classes or elsewhere."

Um jedoch Unmut und mangelnde Leistungsbereitschaft bei der Mitarbeit zu verhindern, wurde jedem Teilnehmer der Kommission gestattet, die von ihm favorisierte Schrift zu benutzen.

Aufgabe der Kommission war es "text books and other reading materials for schools and adult education programmes" zu erstellen. Darüberhinaus sollte an einer Grammatik und einem Wörterbuch gearbeitet werden. Eine weitere Vorgabe bestand darin, daß bei der Abfassung der Texte der im Radio benutzte Dialekt des Common Somali als Maßstab zu gelten habe. Über diese beiden Vorgaben hinaus, versuchte das SRC oder das Ministerium jedoch nicht, Einfluß auf die internen Arbeiten der Kommission zu nehmen.

Ein Blick auf die weitere Behandlung dieses Komplexes offenbart eine Ungleichgewichtigkeit, wenn man die faktischen Regierungsaktivitäten mit ihren öffentlichen Verlautbarungen, in denen der Eindruck erweckt wurde, als ob die Einführung der Schrift unmittelbar bevorstände, vergleicht. So meldete "Dawn" am 2. April 1971: "The President of the SRC Major General Moh. Siyad Barre who led last week a team of SRC members and State Secretaries to work on the Crash Program in Shalambod was so moved by Somali songs and poems

recited for his entourage that he declared "the Somali language will be written in near future so that we can preserve and promote our culture."

Derweil herrschte im SRC noch keine Einigkeit, welcher Schrift der Vorrang eingeräumt werden sollte. "Heating debates" wurden nach Aussagen eines Teilnehmers geführt, in deren Verlauf sich Siad Barre zurückhielt mit seinen Meinungsäußerungen. Die Ablehner der lateinischen Schrift gaben ihrer Befürchtung dahingehend Ausdruck, daß für sie die Einführung dieses Schriftsystems ein langsames, aber sicheres Ausscheren Somalias aus dem arabischen Block bewirken würde. Eine Abstimmung zu diesem Punkt gab es aber nie, und im Laufe der Zeit beschränkte sich die Erörterung auf private Zirkel innerhalb des SRC. Nie gab es eine Sitzung auf der die Schriftfrage der einzige Tagesordnungspunkt gewesen wäre; die Kontakte zur NLC beschränkten sich auf ein Minimum. Lediglich zweimal nahmen SRC-Mitglieder an Sitzungen der Kommission teil, ansonsten liefen die Informationsstränge über den Erziehungsminister, der wöchentlich Bericht im Kreise seiner SRC-Kollegen erstattete.

Bestand seitens der Kommissionsmitglieder anfangs die Befürchtung, daß ihre Arbeit lediglich Alibifunktion besäße, so wurde diese durch eine Einladung Siad Barres zerstreut. "Dawn" (18. April 1971) berichtete über dieses Treffen: "Barre stated that "it is imperative for the Somali language to be written".

The address was to a 21 men committee appointed last January to prepare elementary text-books by August this year. The President told

the committee that the revolution wanted to carry out mass education and this task could not be accomplished without a script for the Somali language. He further said that the script should be chosen as soon as the text-books were made ready, and no political consideration should enter into the choice of the script of the Somali language ... He further said that different scripts of the language in use in the country should not influence the choice of a script for the Somali language. "You should have the Somali interests in mind and nothing else" he added."

Diese Interessenbekundung seitens des Staatspräsidenten hob die Moral der Kommissionsmitglieder, denn bislang hatten sie unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Eine dementsprechende Andeutung läßt sich im "Vertraulich" klassifizierten "Report on Somali Text Books" finden: "... of the numerous difficulties and obstacles that the Commission has encountered in the beginning ...". Konkreter sind die Ausführungen von Kommissionsmitgliedern, die nach ihren Arbeitsbedingungen befragt wurden: Insbesondere die Bereitstellung von Transportmitteln, die für Recherchen außerhalb Mogadishus notwendig gewesen wären, und die technische Ausstattung stellten Engpässe dar. Nicht einmal eine Schreibmaschine oder ein Telefon waren eine Selbstverständlichkeit. Die Sitzungen hatten unter unzureichenden räumlichen Bedingungen zu leiden. Negative Auswirkungen ergaben sich schließlich dadurch, daß ein Teil der Mitglieder nur auf Teilzeitbasis mitarbeitete. Diese schlechten Voraussetzungen hatten ihre

Ursache im Fehlen eines "special funds"; finanzielle Unterstützung wurde allein durch die laufenden Mittel der Kulturabteilung im Erziehungsministerium gewährt.³⁷ Trotz dieser äußeren Restriktionen konnte die inhaltliche Arbeit innerhalb des vorgegebenen Zeitraums beendet und mit der Übergabe von zwölf Büchern für die Elementarstufe an den Erziehungsminister im Juli 1971 abgeschlossen werden. Nach dem Verlauf dieser Halbjahrestätigkeit befragt, gaben die Teilnehmer recht einheitlich zu Protokoll, daß es keinerlei private Erörterungen gegeben hätte, die um die Frage kreisten, welcher Schrift der Vorzug zu geben sei. Damit erwies sich die Vorgabe der Regierung als ein geschickter Schachzug, da die Arbeit nicht durch interne Unstimmigkeiten - wie etwa 1961 - blockiert wurde. Zusätzlich war äußerer Einflußnahme auf die Kommission der Sinn genommen worden.

Die Freigabe der bei der Kommissionsarbeit in Anwendung kommenden Schriften zeitigte schon bald Folgen. Nach einer anfänglichen Vorlage der Papiere in drei Schriftsystemen (Arabisch, Osmania und Lateinisch) entfielen die Unterlagen in arabischer Schrift schon bald, da deren Vertreter den zeitlichen Anforderungen nicht nachkamen. Aus entsprechenden Gründen gab es später auch keine Darstellungen in Osmania mehr. Dadurch wurde in der Kommission die Erwartung geprägt, daß dies eine Entscheidung zugunsten der lateinischen Schrift beeinflussen könnte. Ob die Verwendungsfreigabe einzelner Schriftsysteme eine wohlkalkulierte Absicht des SRC war oder die Aussage des nachstehenden Zitats nur der Verbrämung einer bereits getroffenen Ent-

scheidung dienen sollte, ist unklar: "The SRC wanted to practically demonstrate the suitability of each of the three scripts proposed for the writing of Somali. In performing its duties the Language Commission had no choice but to use the Latin typewriter because of much of crucial considerations." (Somali Today 1975, 276/277)

Widersprüchlich waren auch die Aussagen, die hinsichtlich einer Verankerung der Kommissionsarbeit im öffentlichen Bewußtsein gemacht wurden. Zwar gab es einen Aufruf im Radio, daß sich jeder Somali am Zusammentragen alter Gedichte, Lieder und Sprichworte beteiligen sollte, doch im weiteren Verlaufe der Kommissionsarbeit schienen die Treffen einer gewissen Geheimhaltung zu unterliegen. Ursache war, wie Shirre Jama Ahmed, bei dem als Sekretär der Kommission die Fäden zusammenliefen, ausführte, daß man "die Lehre aus der Vergangenheit gezogen hätte" und bemüht gewesen sei, "jegliche Einflußnahme von außen zu vermeiden", denn "no publicity" hätte die Gewähr für "no interference" geboten.

Da sich die Erwähnung der Kommissionsarbeit auch in der vom Ministry of Information and National Guidance herausgegebenen Wochenzeitung "Dawn" auf ein Minimum beschränkte, liegt die Vermutung nahe, daß unter allen Umständen eine Diskussion über die Schriftfrage im Lande unterbleiben sollte. Vielmehr waren es spärlich gestreute Äußerungen von Barre oder anderen prominenten Politikern, die andeuteten, daß ein regierungsseitliches Interesse an dieser Frage noch nicht erloschen war.

Eine Möglichkeit hierfür bot sich anlässlich einer Rede vor öffentlich Bediensteten, Angehörigen der Streitkräfte und Studenten am 14. November 1971. Barre schloß mit dem Versprechen: "... that the Somali script will be written soon and that preparations are at a growing stage." (Dawn, 19. November 1971)

Zuvor, am 9. September 1971, war es zu einer erneuten Einberufung der Kommission gekommen. Diesmal oblag ihr die Aufgabe,

- "a) to commence writing new Somali books suitably designed for Adult Education Institutions.
- b) to revise thoroughly the Somali text-books.
- c) the continuation of the work on the Somali Dictionary which was half-way completed." (NLC-Report 1972, 7)

Die Arbeit sollte bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Die Verzögerung von einer Woche wurde mit organisatorisch-technischen Mängeln erklärt, deren Behebung außerhalb der Reichweite der Kommission gelegen hätte, denn "the facilities extended to the functioning of the Commission particularly in the Secretary Office as to typing machines, clerical staff, office equipment to maintain safety of documents and manuscripts have been inadequate and mostly ineffective." (NLC-Report 1972, 8)

Waren die prinzipiellen Voraussetzungen für die Einführung einer Schrift jetzt gegeben, so mußten noch einige Hindernisse, die einer unverzüglichen Bekanntgabe im Wege standen, beseitigt werden. Es war schon erwähnt worden, daß es keinerlei Beeinflussungsversuche

auf die Kommission gab. Anders war die Situation im politischen Bereich. Das SRC, das sich die alleinige Entscheidung vorbehalten hatte, war ebenso wie die Ministerriege steten Einwirkungsversuchen ausländischer Staaten ausgesetzt gewesen. Dies war Andeutungen in Gesprächen mit Politikern zu entnehmen. Dabei wurde auch kein Zweifel daran gelassen, daß es sich um arabische Staaten handelte, die in dieser Hinsicht tätig waren. Doch habe es keinen direkten politischen Druck gegeben, vielmehr sei es in informellen Gesprächen zu einem Austausch von Informationen und Standpunkten gekommen und letztendlich sei in absoluter Souveränität die abschließende Entscheidung vorgenommen worden.

Gekennzeichnet durch zahlreiche Hinweise in den Medien war Anfang 1972 absehbar, daß eine Entscheidung unmittelbar bevorstände. Am 17. März 1972 war als Überschrift in "Dawn" gar zu lesen "Jalle Siad Promises Written Somali in near future".³⁸ Im Verlaufe des Artikels, der den Inhalt einer Rede Barres vor SRC-Mitgliedern, Ministern, Diplomaten und hochgestellten Regierungsangestellten wiedergab, fand sich folgende aufschlußreiche Passage: "We decided that the Somali language must be written. But there is an enormous work to be done before a language can be effectively written. The Commission set up to compile the Somali vocabulary is doing well, and I hope that the problem will not drag into next year." Es scheint wahrscheinlich, daß in jenem Augenblick nicht nur der Zeitpunkt der Bekanntgabe fixiert, sondern auch schon die Entscheidung

über die Wahl des einzuführenden Schriftsystems getroffen worden war. Nicht anders ist zu erklären, daß in jenem Jahr die Koranschulen, Hort religiöser Orthodoxie, verstärkt unter säkulare Kontrolle gerieten. So ist der Besuch von Mitgliedern des SRC in Koranschulen nachweislich. Worum der Inhalt der Gespräche kreiste, enthüllte ein Artikel in "Dawn" am 7. April 1972. Dort war zu lesen, daß Major Ismail Mohammed Jelle, Extra-Commissioner von Mogadishu, vor einer Gruppe religiöser Lehrer und Würdenträger gedroht hatte, das den Schulen zur freien Nutzung überlassene Land zu konfiszieren, wenn diese nicht bereit wären "(to) modernize and change the face of the Koranic schools and adjust it to the state of affairs." Ohne in diesem Zusammenhang Erwähnung zu finden, lag das Hauptmotiv dieser Androhung in der Erstellung einer Situation, die sicherstellen sollte, daß sich bei der Bekanntgabe der Entscheidung zugunsten der lateinischen Schrift keinerlei innenpolitische Widerstände regen würden. Da die freie Meinungsäußerung stark eingeschränkt war, hätten sich allein die islamischen Zentren und Bruderschaften zum Kern oppositioneller Kräfte entwickeln können. Daß diese Gefahr durch diesen Druck gebannt worden war, bewiesen die späteren Geschehnisse. Zum gleichen Zeitpunkt kam es zu einer nochmaligen Einberufung der NLC.³⁹ Die Arbeiten am Wörterbuch sollten beendet, eine Fachterminilliste zusammengestellt und die Konzeption für nach der Schrifteinführung auszustrahlende Rundfunksendungen entworfen werden. Mit Ausnahme der Fachterminilliste⁴⁰, deren Bearbeitung sich noch bis

Oktober hinzog, wurden die Aufgaben im Juli abgeschlossen. Konkrete Hinweise, daß eine endgültige Entscheidung bzw. deren Verkündung unmittelbar bevorstände, hatten die Kommissionsmitglieder nach übereinstimmenden Angaben nicht. Doch die politischen Organe drangen darauf, daß die Fachterminilliste bis zum Revolutionsfeiertag fertiggestellt würde, so daß allgemein die Vermutung keimte, daß der 21. Oktober der Tag sein würde, an dem die Bekanntgabe erfolgen würde. Diese Vorahnung fand auch in den internen Ausschußprotokollen⁴¹ ihren Niederschlag. Dort ist zu lesen, daß die "Eray bixinta" durch den Zeitdruck nur unter Schwierigkeiten bis zum gewünschten Termin fertiggestellt werden könnte und daß eine spätere Überarbeitung - nach der Präsentierung - unerlässlich sei.

Die Vermutung, daß die Verkündung unmittelbar bevorstände, besaß eine gewisse Plausibilität, denn auch in den Jahren zuvor war der Revolutionsfeiertag stets zu publikumswirksamen Ankündigungen genutzt worden.

Nach Angaben einiger Mitglieder der damaligen Ministerrunde waren auch sie über die bevorstehende Verkündung nicht informiert. Vielmehr wurde kurzfristig eine Sitzung zum 20. Oktober einberufen, an der das SRC und sämtliche Minister teilnahmen. Einziger Punkt der Tagesordnung war die Behandlung der Schriftfrage. Für jedermann war offensichtlich, daß die eigentliche Entscheidung schon gefallen war. Diskussionen, die in kleinen Gruppen in den Monaten zuvor stattfanden, hatten dies angedeutet. Zudem liegt die Vermutung nahe, daß schon

zu Beginn des Jahres 1972 in einem engeren Kreis von SRC-Mitgliedern die definitive Festlegung getroffen wurde und es in den folgenden Monaten nur noch um eine optimale Vorbereitung ging.

Der Rückgriff auf die lateinische Schrift war sicherlich unter einem doppelten Aspekt erfolgt. Einerseits standen nach Verkündung der Entscheidung unmittelbar all jene Geräte bereit, die eine augenblickliche, umfassende Publizität sichern helfen würden. Andererseits, und das ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, bot gerade diese Schrift durch ihre Bekanntheit bei Militär und Polizei die Chance, jene Organisationen in den Massenkampagnen einzusetzen und sie so als Träger von Entwicklungsprozessen auftreten zu lassen.

Die Abstimmung am 20. Oktober hatte somit nur noch deklamatorischen Charakter und da auch von den Befürwortern anderer Systeme, die pragmatischen Vorteile dieses Schrittes anerkannt wurden, erfolgte sie einstimmig zugunsten der lateinischen Schrift. Es waren insbesondere drei Gründe, die während der Sitzung für die Einführung der lateinischen Schrift ins Feld geführt wurden: der gesamte Regierungsapparat sei mit dem Schriftsystem bereits vertraut; der sofortigen Nutzung von technischen Maschinen (Druck, Schreibmaschine) stände nichts im Wege; letztlich böte die lateinische Schrift bessere Möglichkeiten für Kontakte mit westlichen Staaten.

Mit der Entscheidung waren auch die Voraussetzungen geschaffen, um im nächsten Atemzug Somali den Status als einziger offizieller Sprache des Landes zu geben.

War der erste Teil der Nachtsitzung schnell erledigt, so gab es langanhaltende Diskussionen über die Durchführungsmodalitäten, so z. B. innerhalb welchen Zeitraums die Umstellung des Schul- und Verwaltungssystems erfolgen sollte. Es wurde festgelegt, daß sämtliche Staatsbediensteten nach drei Monaten ihre Fähigkeit, Somali zu schreiben, nachzuweisen hätten. Der Wandel im Schulwesen sollte innerhalb von drei Jahren vollzogen werden. Nach dieser Zeitspanne sollte Somali die einzige in den Schulen Verwendung findende Sprache sein. ⁴²

Vor dem Hintergrund dieser Entscheidung erklärte Siad Barre in seiner Rede vor den Massen am folgenden Tag: "I also want to impress on the Somali people today that a unanimous decision has been reached to write the Somali script: to write in our mother tongue from today and to use it in matters of administration. A modified Latin script has been chosen for economic reasons as well as convenience. The resources of this nation cannot shoulder the burden of innovating a new alphabet (for matters of printing etc.) and there is also the inconvenience of having to wait for a long time before we realize this goal. If I may tell you of what this involves, it will make our educational system uniform. All the world is interrelated or linked by certain things like trade, sharing of knowledge and know-how: no country can afford to isolate itself. Most of the world uses the Latin alphabet. Every society wants its language to develop and be learnt by many people. If we use a totally new script, it would have

become an isolated one. At the same time it has a particular value or importance in that it was seen as an easy alphabet which can be taught and spread quickly, and the letters would comprise 32 which would be easy to learn since everybody can speak the mother tongue. Having looked at it that way, we also considered the promise of the Revolution (in its White Paper) to the Somali People, that is, to write a script, to fight illiteracy which would always mean that our people would not be able to read or write." (Yaasiin Keenadiid 1976, 483) ⁴³

Während die Bevölkerung noch den Worten Barres lauschte, wurden von Hubschraubern Flugblätter mit einem in lateinischer Schrift geschriebenen somalischen Text abgeworfen. Beifalls- und Freudenkundgebungen sollen die Folge gewesen sein. Viele Somalis sahen in jenem Moment erstmals ihre Muttersprache geschrieben vor sich. In "Dawn" findet sich am nächsten Tag in lyrischer Verklärung die folgende Beschreibung der Vorgänge: "People who were accustomed to grab the printed speech of the President quickly scrambled to snatch the leaflets, but they soon frowned when they immediately realized that this was not Arabic, nor Italian, and nor English. They began to fight with their tongues to read the new writing. Few might have given up hope to make sense out of the thing but many managed to read and got the key to the thing."

Als Law No. 60 traten die Bestimmung noch am gleichen Tage in Kraft. ⁴⁴

Die von Barre angesprochenen ökonomischen Vorteile waren durch die Möglichkeit des weiteren Gebrauchs von vorhandenen Schreibmaschinen und Druckpressen gegeben, denn man hatte auf eine Einführung diakritischer Zeichen verzichtet. Auch die Markierung von Tönen unterblieb, da deren Verwendung kontextgebunden und daher vorhersagbar ist. Die internationalen Interpunktionskonventionen wurden übernommen. Vokallänge sollte durch die Doppelschreibung des jeweiligen Vokals gekennzeichnet werden. Die Modifikationen gegenüber der lateinischen Schrift betrafen den Gebrauch der Buchstaben c, x und q. Diese Buchstaben, deren ursprüngliche Lautwerte im phonologischen System des Somali nicht existent sind, wurden anderen Phonemen zugeordnet, um die Verwendung von Zeichen zu verhindern, die nicht Teil des lateinischen Schriftsystems sind. So steht [c] für den stimmhaften pharyngalen Frikativ, [x] für das stimmlose Gegenstück und [q] repräsentiert den uvularen Plosiv.

Dichter verfaßten Gedichte, in denen die Entscheidung erklärt und begründet wurde. Nationaler Stolz und Wertschätzung waren ebenfalls beliebte Themen solcher Werke, die über das Radio Verbreitung im ganzen Lande fanden. Eine umfangreiche Propagandakampagne lief an. Massenveranstaltungen wurden allerorten organisiert, einerseits um Begeisterung für die Entscheidung zu wecken, andererseits jedoch um mögliche oppositionelle Bewegungen zu unterbinden. Auch in den ländlichen Regionen fand die Entscheidung Zustimmung: "Although it is difficult to gauge Somali public opinion, there seems little

doubt that the reform enjoys the full support of the majority, including the agricultural and nomadic population." (Andrzejewski 1979, 59) Die zu erwartenden Unruhen blieben aus. Einschätzungen ausländischer Beobachter, daß die Bevölkerung durch die herrschenden polizeistaatlichen Methoden eingeschüchtert gewesen war, dürften in jenem Moment nur bedingt der Realität entsprochen haben. Sicherlich trugen die damaligen Verhältnisse dazu bei, den Widerspruch religiöser Kreise zu unterdrücken. Bejahung und Unterstützung durch die Bevölkerung lassen sich jedoch nicht dergestalt erklären. Faktoren, die diese hervorriefen, sind eher in der von den Militärs betriebenen Politik zu suchen.

Natürlich fehlte es nicht an Kritikern, die insbesondere im Kreise der Verwaltung zu finden waren, doch bezogen sich deren Anwürfe in den seltensten Fällen auf die grundsätzliche Entscheidung als vielmehr auf die ihrer Meinung nach zu kurzen Übergangszeiten in Verwaltung und Schule. Sie forderten eine gemäßigtere und langsamere Einführung des geschriebenen Somali. (vgl. Omar Osman 1977, 795; Laitin 1977, 120) Barre wies dies zurück: "Some elements thought that English and Italian would also be used for a while side by side with Somali, but our pragmatic policy to eliminate all foreign correspondence from official use forced everyone to implement the Somali script. This brought quick returns of success. The practice of using foreign language had made it impossible in many African countries to fully implement their own language." ⁴⁵ Dieser, erst durch die

Lösung des Schriftproblems mögliche, vollständige Bezug auf die Muttersprache führte zu den erhofften Veränderungen. Die den phonetischen Charakteristika des Somali durch Modifikationen angepaßte Form der lateinischen Schrift bot endlich die Voraussetzung für die Verwendung der Muttersprache. Da die nur dreimonatige Übergangsfrist den Angestellten keinerlei Option bot, entwickelte sich in der Verwaltung nach anfänglichen Schwierigkeiten eine einheitliche Terminologie, die, da auf ihre Muttersprache zurückgreifend, auch bald von der breiten Öffentlichkeit benutzt wurde. Da Verordnungen, Dokumente, Akten etc. jetzt für jedermann lesbar waren, ergaben sich hinsichtlich der Effizienz der Verwaltung positive Effekte. Es erfolgte die vollständige Ablösung der Fremdsprachen in sämtlichen Unterlagen und im Schriftverkehr staatlicher Stellen. An sämtlichen Institutionen, Behörden, Ministerien prangten Hinweisschilder mit somalischen Namen.⁴⁶

Doch man beschränkte sich nicht auf diese mehr oder minder automatisch auftretenden Veränderungen. In starkem Maße wurde versucht, eine allseitige Verankerung der Schrift zu erreichen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Herausgabe der ersten, vollständig in Somali gedruckten Tageszeitung, die unter dem Namen "Xiddigta Oktoobar" (Oktoberstern) am 21. Januar 1973 erschien.

Um die Relevanz dieser Maßnahme abschätzen zu können, soll vorweg ein Bild der damaligen Presselandschaft entworfen werden. Der mit einer Auflage von 2000 Exemplaren in italienischer Sprache erscheinende

"Corriere della Somalia" war die bekannteste Publikation des Landes zu Zeiten des parlamentarischen Regierungssystems. Ebenfalls von der Regierung herausgegeben wurde die auf Englisch erscheinende Wochenzeitschrift "Somali News". Neben dem unabhängigen Magazin "La Tribuna" mit einer monatlichen Auflage von 1500 Exemplaren (1968) erschienen noch die Journale "National Review" und "Dalka" mit einer weit geringeren Auflagenhöhe. Die Zirkulation aller Blätter beschränkte sich auf den kleinen Kreis der Gebildeten und Ausländer; Informationsver- bzw. Informationsübermittlung an breite Kreise der Bevölkerung erfolgte nicht.

Doch auch nach 1969 änderte sich nichts Grundsätzliches. Zwar wurde vorübergehend die Herausgabe aller Zeitungen und Zeitschriften eingestellt, doch die später unter Kontrolle des Ministry of Information and National Guidance herausgegebenen Neuerscheinungen fanden auf Grund der Tatsache, daß sie auf Italienisch, Arabisch oder Englisch zurückgreifen mußten, ebenfalls keine massenhafte Verbreitung. Die Tageszeitungen "Stella d'Ottobre" (italienisch) und "Najmat" (arabisch) hatten 1972 eine Auflage von 6000 Exemplaren. Daneben gab es die englischsprachige Wochenzeitung "Dawn".

Das Erscheinen all dieser Publikationen wurde jedoch am 21. Januar 1973 eingestellt und der "Xiddigta Oktoobar" trat mit einer Anfangsauflage von 10000 Exemplaren an ihre Stelle. Später wurde dann zusätzlich das Selbstdarstellungsjournal "New Era" in Somali, Arabisch, Italienisch und Englisch herausgegeben. 1976 wurde das Erscheinen

dieser Zeitschrift jedoch zugunsten von "Halgan", dem offiziellen Parteiblatt der in jenem Jahr gegründeten SRSP, eingestellt. Die Aufgabe aller Publikationen wird in einer offiziellen somalischen Selbstdarstellungsschrift wie folgt beschrieben: "The official newspaper are not circulated on commercial basis, and no profit is made by the Government. The main object of this ... is to orientate and educate the people and to maintain proper contact with the masses in all parts of the country." (Ministry of Information 1979, 42)

In diesen Rahmen passen auch die zielgruppenspezifischen Publikationen wie "Codka Macallmika" (Teacher's Voice) oder das Organ der Gewerkschaften "Hawl iyo Hantiwadaag" (Socialism). Doch insbesondere der "Xiddigta Oktoobar" spielte eine wichtige Rolle, da er lange Zeit auch die Funktion einer Fibel bzw. eines Lesebuches für Anfänger übernahm.⁴⁷

Wichtig waren auch die Radiosendungen, die selbst die entferntesten Ecken des Landes, in die keinerlei bedrucktes Papier gelangte, erreichten. Die Sendung "Learn Somali through the Radio" wurde fast zwei Jahre ausgestrahlt und war ein großer Erfolg.

Um eine dauernde Verankerung zu erreichen, wurden vom Political Office des SRC eine große Anzahl von in Somali gedruckten Büchern, Broschüren und Journalen heraus- und kostenlos abgegeben. "Moral training", Erläuterungen zum Sozialismus sowie die Darstellung des Kooperativsystems waren die Themenschwerpunkte dieser Veröffentlichungen. Doch eine Verteilung von Printmedien ist nur dann sinnvoll, wenn eine genügend große Zahl von Lesern vorhanden ist. Dies war

jedoch nicht der Fall. Zu gering war die Zahl der Schulabsolventen. Eine kurze Darstellung der Schulsituation vor der Unabhängigkeit und der von den europäischen Mächten betriebenen Schulpolitik ist schon an anderer Stelle erfolgt. War mithin die Situation 1960 schon nicht erfreulich, so war es weitverbreitete Ansicht, daß eine weitere Verschlechterung nach der Erlangung der Unabhängigkeit eingetreten war. So besuchten 1969, im letzten Jahr einer parlamentarischen Regierung, lediglich 8% der Kinder private oder staatliche Schulen.⁴⁸

Die Situation war gekennzeichnet durch mehrere Negativfaktoren:

1. Es gab eine Konzentration der Schulen auf die Städte. Die ländlichen, nomadisch bevölkerten Gebiete blieben vom Ausbildungsangebot gänzlich ausgeschlossen.
2. Es gab keine einheitlichen Lehrpläne; die Schulen wurden durch vielerlei private und internationale Organisationen und Institutionen geleitet.
3. Der Unterricht erfolgte in drei Sprachen.

Nach Übernahme der Macht bestand die Zielsetzung der Regierung primär darin, die räumlichen Voraussetzungen für die Unterrichtung einer größeren Zahl von Kindern zu schaffen, wobei insbesondere die ruralen Gebiete Beachtung fanden. Neben dieser quantitativen Ausweitung ging es aber auch um eine Demokratisierung der Zugangsmöglichkeiten. Entsprechend der Pläne sollten kostenfreie Unterrichtsplätze für Kinder aller Schichten in allen Regionen des Landes bereitgestellt werden. Als letzter, wesentlicher Punkt wurde eine Somalisierung des Unter-

richtsstoffes angestrebt. Wurde die Erfüllung der beiden erstgenannten Punkte schon in den Jahren 1970 und 1971 in Angriff genommen, so bot sich erst mit der Einführung des geschriebenen Somali die Möglichkeit, eine der eigenen Kultur spezifische Form des Unterrichts durchzuführen, da von jenem Zeitpunkt an die in den Schulen Verwendung findenden Bücher einen starken Bezug zur eigenen Geschichte und Tradition aufwiesen.

Am 21. Oktober 1972 wurden sämtliche Schulen, von denen 24% unter privater Kontrolle waren, nationalisiert, um die Möglichkeit der Vereinheitlichung der Curricula zu schaffen. Diese Somalisierung stieß auf allseitige Zustimmung in der Bevölkerung.

Kann diese grundlegende Änderung der Unterrichtsinhalte und der Erhöhung der Schülerzahlen, die nach der Einführung der allgemeinen Schulpflicht für Kinder von 6 - 14 Jahren 1975/76 explosionsartig anstieg, auch nicht unterbewertet werden, so ist einer anderen Kampagne eine entsprechende Relevanz zuzumessen. Es war eine in zwei Phasen durchgeführte, Stadt und Land umfassende Alphabetisierungskampagne.

1957 war mit UNESCO-Mitteln der erste Versuch eines umfassenden Alphabetisierungs- bzw. Erwachsenenbildungsprogrammes unternommen worden. Er scheiterte ebenso wie alle späteren Bemühungen. So lag die Analphabetenquote 1973 bei 90%. Daß ein spürbares Interesse an solchen Programmen bestand, belegen die Zahlen des ersten nachrevolutionären Jahres 1969/70 als sich 18000 Personen an den von der Regierung durchgeführten Programmen beteiligten. Die Erfolge waren gering, da die fehlende Schriftlichkeit für das Somali ein unüberwindliches Hindernis darstellte. Über die sozialen Implikationen und den

Stellenwert von "mass education" gab schon ein Leserbrief in "La Tribuna" (15. Juni 1967) Auskunft: "Mass education depends on the use of the language of the masses. In Somalia, we depend on foreign languages even in our elementary stages of education. Our education is excessively elitist. It is elitist. It is anti-democratic to educate only an elite. Literature (and culture in general) tends to become monopolized by a privileged group. This trend is bound to reflect on our political system, leading, I believe, to a dictatorial regime. I think the recent trend of dictatorship in Africa and Asia has been facilitated by the lack of mass education contributing to a lack of mass participation and sophistication." ⁴⁹

Die durch die Einführung der lateinischen Schrift gegebene Chance, auf breiter Basis ein Volksbildungsprogramm durchzuführen, nutzte die Militärregierung unverzüglich. Am 8. März 1973 lief eine "National Literature Campaign" an, in deren Verlauf 400000 Personen lesen und schreiben lernten. Die Kampagne beschränkte sich auf die urbanen Zentren.

Noch ambitionierter war dann die zweite Phase, ein ab 1974 anlaufendes Vorhaben. Unter dem Begriff "Rural Development Campaign" wurde ein Unternehmen gestartet, das entsprechend einer Äußerung Barres als "ambitious, perhaps unrealizable" erscheinen konnte. Doch "the key ... is to give everybody the opportunity to learn reading and writing ... It is imperative that we give our people modern revolutionary education ... to restructure their social existence ... It will be the

weapon to eradicate social balkanization and fragmentation into tribes and sects. It will bring about an absolute unity and there will be no room for any negative foreign culturale influence." (Lewis 1980, 217) Erklärtes Ziel war es, den Analphabetismus gänzlich auszu-rotten, selbst in den ländlichen Gebieten. Daneben sollten medizinische Untersuchungen bei Mensch und Tier durchgeführt werden. Ist der Wert der letzteren Maßnahme auch unumstritten und wird von niemandem in Zweifel gezogen, so geschieht es nicht selten, daß man mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit von Alphabetisierungskampagnen für Nomaden konfrontiert wird. Ein wesentlicher Aspekt der Beantwortung ist das in entwicklungspsychologischen Untersuchungen gewonnene Ergebnis, "that the literacy ... is more than just a mechanical ability to read and write. It is a dynamic dimension in the life of the individual who acquires it. It is a force which opens the way for more complex activity." (Rogers 1969, 72) Ignoriert man diesen subjektiven Bezug, so läßt sich unabhängig davon feststellen, daß die Vermittlung von funktionellen Lese- und Schreibkenntnissen für Nomaden gesellschaftlich nicht irrelevant ist, und das unter mannigfaltigen Gesichtspunkten. Großstädte, Massenmedien, Transportsysteme, mechanisierte Anbaumethoden, veränderte Methoden der medizinischen Versorgung, all das verliert seinen mystischen Charakter, läßt ihn sich nicht länger als Überbleibsel archaischer Vorzeiten sehen. Im Sinne kybernetischen Systemverständnisses heißt das auch, daß über die Abfolge von erhöhten Kommunikationsmöglichkeiten

und der Einbindung - im spezifischen Falle Somalias - eines wesentlichen Subsystems die Funktionalität und damit die Überlebenschance des Gesamtsystems erhöht wird.

Tragen im agrarischen Sektor Lese- und Mathematikkenntnisse zu verbesserten Anbau- und Erntemethoden, veränderten Praktiken der Aussaat, Bewässerung, Düngung und Schädlingsbekämpfung bei und garantieren höhere Erträge, so ermöglichen besagte Kenntnisse nicht nur eine vorzeitige Berechnung späterer Erlöse oder eine Stärkung gegenüber dem Aufkäufer, sondern erleichtern einen schnellen Transfer relevanten Wissens in den nomadischen Sektor. Dies ist für Somalia von besonderer Bedeutung, da auf absehbare Zeit der Viehsektor eine entscheidende Rolle in der Volkswirtschaft spielen wird.

Nur 13% der Gesamtfläche des Landes sind landwirtschaftlich nutzbar ⁵⁰, hingegen sind 45,1% als Weideflächen ausgewiesen, auf denen - bedingt durch das semi-aride Klima - keine andere Nutzungsform als Viehwirtschaft möglich ist. Doch läßt sich der Zeitpunkt absehen, an dem die beschäftigungsmäßige Aufnahmekapazität dieses Subsektors der Volkswirtschaft erreicht sein wird. Schon heute sind in manchen Teilen Somalias Qualitätsminderungen der Weideflächen durch Überweidung sichtbar. Ökologische Schäden wie Erosion werden schon mittelfristig die zwangsläufige Folge sein. Vor diesem Hintergrund sind die Inhalte einer funktionellen Lese- und Schreibvermittlung festzulegen: Weidetechniken, Seuchenbekämpfung und Produktionserhöhung.

Doch es geht nicht nur um eine produktionsmittelbezogene Optimierung

der Ressourcen. Die Kommerzialisierung des Viehsektors zog eine beträchtliche Aufstockung des Viehbestandes nach sich ⁵¹, so daß eine weitere Ausweitung der Bestände auf Grundlage eines pastoralen Nomadismus ohne die Gefahr ökologischer Schäden kaum mehr möglich ist. Das setzt der personellen Aufnahmekapazität dieses Sektors schon mittelfristig enge Grenzen. ⁵² Berücksichtigt man die Bevölkerungsprojektion, so ist damit zu rechnen, daß Ende der 80er Jahre und im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zumindest eine Million Nomadenkinder nicht mehr der Tätigkeit ihrer Väter nachgehen können wird.

Alphabetisierungskampagnen stellen vor diesem konkreten Hintergrund nichts anderes dar als eine beizeiten vorgenommene Anpassung an sich verändernde sozio-ökonomische Verhältnisse und haben einen integrativen Stellenwert.

Im März 1974 angekündigt, liefen die ein halbes Jahr währenden Vorbereitungen über das Political Office des SRC. Eine Vielzahl von Komitees wurde etabliert, um die Vorbereitungen in den verschiedenen Regionen zu kontrollieren. Am 8. August 1974 begann die Kampagne, deren Dauer auf ein Jahr projiziert worden war. Für jenen Zeitraum wurden alle Schulen des Landes geschlossen, denn das annähernd 22000 Mann starke Heer der Unterrichtenden rekrutierte sich aus Lehrern und Sekundarschülern. Daneben waren auch Angehörige der Armee und der Polizei sowie in der Verwaltung Beschäftigte tätig. Den Hauptanteil des Kontingents stellten die Schüler, denn es waren nur

1120 Lehrer sowie rund 3700 Staatsbedienstete mit der Kampagne befaßt. Die Kampagne stand unter dem Motto: Haddaad Taqaan bar, haddaanad oqoon baro (Was du weißt, lehre; was du nicht weißt, lerne).

Eine optimale Durchführung wurde durch fehlerhafte Organisation beeinträchtigt, die häufig allerdings auch nur ein Ausdruck fehlender Ressourcenausstattung darstellte. Zuweilen gab es nicht genügend Bücher, mal fehlte es an Schreibmaterial. Stärkere negative Auswirkungen auf die Kampagne gingen jedoch durch eine langanhaltende Dürre aus. Menschen und Tiere wurden in Mitleidenschaft gezogen, so daß die Unterweisung häufig einer Unterstützung und Hilfsprogrammen Platz machen mußte. ⁵³ Daher wurde die Kampagne vorzeitig nach nur sieben Monaten im Februar 1975 abgebrochen. Trotzdem kann sie nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn gerade die kritische Situation jener Zeit entwickelte ein Gefühl der Gemeinsamkeit, ein Verständnis für die Stadt-Land-Unterschiede bei allen Beteiligten.

Ohne näher auf das statistische Material dieser Aktion eingehen zu wollen - kein anderes Somalia betreffendes Thema ist so gut dokumentiert wie diese Kampagne ⁵⁴ - sei folgendes als Einschätzung zitiert: "The Rural Development Campaign in Somalia will for long be remembered not in terms of how many thousands passed the final exams, but more importantly in the supreme endeavour of the Somali nation to fight against one of the greatest enemies of humanity "ignorance". In the process we fought against the other two: hunger and disease, as

well. To do this has become inescapable for the whole nation to attack where that great enemy was strongest that is in the Somali countryside." (Halgan 30/31, 10)

Doch die Regierung beließ es nicht bei dieser einen Aktion, für die ihr 1976 von der UNESCO der Nadeshda Krupskaya Literacy Prize zuerkannt wurde. Um einen Rückfall in das Analphabetentum zu verhindern, wurde das Land mit einem Netz von lokalen Gremien überzogen, deren Aufgabe die Organisation von Erwachsenenbildungskursen war. So wurde auf dem außerordentlichen Kongreß der SRSP im Februar 1979 Nachdruck auf folgende Resolution gelegt: "The Congress of the SRSP decides ... that the Ministry for Local Governments, in cooperation with the Ministry of Education, Health and Regional and District Authorities give special care to the expansion of the programme for the continuation of Literature Campaigns for Rural Communities and the strengthening of its directing committees." (Halgan 28, 21)

Die allseitigen Bildungsbemühungen finden ihren Niederschlag auch in den über dreißig Flüchtlingslagern des Landes. In fast allen zählte der Aufbau von schulischen Unterweisungsmöglichkeiten für die Kinder zu den ersten sozialen Infrastrukturmaßnahmen.

1975 wurde Arabisch wieder als zweite offizielle Sprache des Landes eingeführt, was allerdings in Zusammenhang mit dem Beitritt Somalias zur Arabischen Liga zu sehen ist. Im Vorfeld dieses Beitritts hatte Major Osman Jelle, Mitglied des SRC, in einem Interview mit der libyschen Zeitung "Al-Jihad" sogar erklärt, daß Ziel der "official

policy was ultimately to make Arabic the national language." ⁵⁵

Nach Auskunft aller Befragten stand ein solcher Beschluß jedoch nie zur Diskussion.

Betrachtet man 1982 die Situation in den verschiedenen Sektoren, so lassen sich folgende Anmerkungen machen. Durch den Gebrauch in Verwaltung und Schule hat die lateinische Schrift eine landesweite Verankerung erfahren. Es muß jedoch betont werden, daß in den ländlichen Gebieten auch weiterhin der Zugriff auf Lesematerialien äußerst beschwerlich ist, denn das Einzugsgebiet von Printmedien umfaßt lediglich die städtischen Regionen und der Ausstoß an anderen Druckerzeugnissen ist geringfügig. ⁵⁶

Kritik oder gar Bestrebungen, eine Änderung im Schriftgebrauch herbeizuführen, gibt es von keiner Seite. Nichtsdestotrotz scheint die Regierung allen Eventualitäten vorbeugen zu wollen und jeglicher, unkontrollierter Propagierung des Arabischen und seiner Schrift die mögliche Basis entziehen zu wollen. In diesem Kontext läßt sich die Verabschiedung einer die Koran-Schulen betreffenden Resolution auf dem außerordentlichen Kongreß der SRSP 1979 erklären, auch wenn zusätzlich noch andere Gründe mitspielen dürften. Dort heißt es: "The Congress of the SRSP decides ... that teaching of the Quran starts in the kindergardens and continue as part of school curricula in the elementary, intermediate and secondary stages, so as to obviate or reduce the need for private Quranic institutions for children with all their inherent limitations and problems." (Halgan 28, 21)

5. Sprachpolitik zwischen strukturellen Restriktionen und gesellschaftlicher Transformation

Lag dem vorhergehenden Kapitel eine chronologische Darstellung der Geschehnisse zugrunde, so ist es Aufgabe dieses Abschnittes, Ursachen und Zusammenhänge wesentlicher Bezugspunkte herauszuarbeiten. Dabei setzt die Beantwortung der Frage, warum das Somali im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Sprachen bis in das letzte Jahrzehnt ungeschrieben blieb, eine Analyse der vorkolonialen, der kolonialen und der nachkolonialen Zeiträume voraus.

Die spezifische Situation erscheint dafür verantwortlich, daß es nie zu einer Verbreitung eines Schriftsystems kam. Selbst die in jeder Hinsicht begünstigte arabische Schrift hatte keinerlei Ausbreitungschancen, da der Nutzen des Erwerbs der Schreibfähigkeit in keiner Relation zum Zeitaufwand des Erlernens stand und es darüberhinaus keine staatliche Institution gab, die von dieser Fähigkeit abhängig gewesen wäre und sie qua Machteinsatz hätte durchsetzen können.

Die nomadische Lebensweise prägte den sozio-kulturellen Kontext der Somalis in den zurückliegenden Jahrhunderten. In Familienverbänden durch das Land streifend, auf der Suche nach Weidegründen und Wasser gab es - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Notwendigkeit für das Individuum, sich schriftlicher Fixierungen in irgendeiner Form zu bedienen. So ist es sicherlich richtig was Ibrahim Hashi Mahamud in diesem Zusammenhang anführt: "Perhaps the

learning by Somalis of the Arabic language, because it is the language of their religion and the language to the understanding of the meaning of the Holy Koran and the Islamic Sharia, it is also used for commercial and social (marriage) transactions; all this may have convinced the Somalis that they did not need to write their own language." ¹ Doch eine dergestalt idealistisch-subjektivistische Betrachtungsweise ist monokausal und irreführend, denn sie läßt maßgebliche Faktoren unberücksichtigt und verkürzt daher wesentliche Zusammenhänge. Führen wir uns vor Augen, welche Folgen die Nichtexistenz der Schrift im privaten Bereich nach sich zog, so beschränkt sich die Betrachtung auf jenen Fall, in dem eine des Arabischen unkundige Person einen Brief zu schreiben gedachte. In dieser Situation mußte der Betreffende einen Schriftkundigen, in der Regel einen wadaad oder sheikh, aufsuchen, der die Mitteilung dann übersetzte und auf Arabisch niederschrieb. War der Empfänger des Briefes ebenfalls des Lesens unkundig, so konnte eine Dekodierung nur mit Hilfe eines Vertreters des Personenkreises erfolgen, der auch schon für die Niederschrift zuständig war. Da beide, Versender wie Empfänger der Botschaft, den jeweiligen Übersetzer und Schreiber zu entlohnen hatten, war eine derartige Korrespondenz eine kostspielige Angelegenheit (vgl. Andrzejewski/Galaal 1966). Und so war es die mündliche Berichterstattung, die die wichtigste Form der Nachrichtenübermittlung darstellte. Wie in vielen Gesellschaften, in denen Schriftlichkeit noch keine dominante Rolle spielt, entwickelte sich das Bardentum und mit ihm die Dichtung in Somalia zu höchster

Blüte. Anders als das Minnesängertum, das im ausgehenden Mittelalter den sich wandelnden sozio-kulturellen Verhältnissen in Europa zum Opfer fiel, hat das Bardentum in Somalia bis in die jüngste Vergangenheit wichtige gesellschaftliche Funktionen wahrgenommen,² ein Indiz dafür, daß die politischen und sozialen Verhältnisse über viele Jahrhunderte hinweg stabil und einem System der Beharrung unterworfen waren. Wie in allen vorangegangenen Generationen nahmen Dichtung, Singsprüche und Lieder stets einen hohen Stellenwert in der somalischen Gesellschaft ein und fanden Verwendung bei der Kommentierung der neuesten Nachrichten, in politischen Debatten und bei Clanauseinandersetzungen (vgl. Johnson 1974, 1). Daß sich bis in die jüngste Vergangenheit, speziell in den ruralen Regionen, kaum eine Änderung in dieser Hinsicht vollzogen hat, stellte Lewis fest (1965, 5): "Poetry ... plays a vital part in Somali culture, and the extensive use of radio broadcasting has enhanced rather than diminished its significance. Often a poem is not merely the private voice of the author, but frequently the collective tongue of a clan or other group, and propaganda either for peace or for war is more effectively spread through poetry than by other means."

Dabei ist festzustellen, daß, obwohl die Literatursprache in hohem Maße stilisiert wurde und sich beträchtlich von der Umgangssprache unterschied, sie zur landesweiten Kenntnis des Common Somali beitrug, da Gedichte fast ausschließlich in jenem Dialekt verfaßt wurden. Überdies, als Träger von Geschichte und Überlieferung, bediente sie sich häufig

archaischer Begriffe, die ansonsten keinerlei Verwendung mehr fanden. So nimmt es nicht wunder, wenn die Fähigkeit verbaler Kunstfertigkeit eine hohe Wertschätzung erfuhr und Dichtern ein hoher sozialer Status zugesprochen wurde, so daß sie in einer ansonsten weitgehend egalitären Gesellschaft eine meritokratische Klasse bildeten.

Doch die hohe Wertschätzung für Sprache war nicht einziger Ausfluß dieser auf verbaler Kommunikation aufbauenden Gesellschaft. Die Wurzeln eines gegenüber Europäern verschiedenartigen, kulturellen Grundverständnisses lassen sich auf dieser Ebene ebenfalls freilegen. So ist Laitin (1977, 41) unumschränkt zuzustimmen, wenn er schreibt: "A common error that Westerners make in attempting to understand Somali society is to dichotomize speech and action. For Somalis, speech and action are not dichotomous and are in fact complementary."

Diese kompensatorische Wirkung der verbalen Kommunikation erklärt jedoch nur teilweise die Ursachen für das Fehlen einer Schrift. Gleichmaßen wichtig war, daß es nie ein zentralisiertes, organisiertes Gemeinwesen in Somalia gab, für dessen Existenz die Nutzung eines Schriftsystems unabdingbar gewesen wäre.

Nach der Etablierung der europäischen Mächte in somalischen Gebieten gab es zwei Voraussetzungen, die eine Einführung einer Schrift hätten begünstigen sollen. Quantitativ gesehen wies das Somali eine große Sprecherzahl³ auf und war überdies Nationalsprache, Bedingungen, die in vielen Fällen nach dem ersten intensiven Kontakt mit den europäischen Kolonialmächten die Adaption der lateinischen Schrift nach sich zogen.

Doch zumindest zwei Faktoren verhinderten solch einen Prozeß. Ursächlich war dabei die Zerteilung des somalischen Gebietes in zwei Hälften und die Zuordnung zu Staaten, die eine unterschiedliche Art von Kolonialpolitik betrieben. Zwar gab es das übereinstimmende Interesse, eine dünne Schicht ausgebildeter Einheimischer heranzuziehen, doch die Methoden, deren man sich bediente, waren unterschiedlicher Natur und wurden durch die Begriffe "Assimilation" bzw. "indirect rule" gekennzeichnet.

Wesentlicher Bestandteil für eine erfolgreiche Umsetzung der angestrebten Ziele war in beiden Fällen das Ausbildungswesen. Im italienischen Kolonialgebiet lag das Ausbildungswesen in den Händen von staatlich unterstützten Missionsgesellschaften. Entsprechend wurde normalhin auch in den britischen Kolonien verfahren. Doch nach dem Verbot jeglicher Missionsarbeit im Jahre 1910, das seine Ursache in den religiös motivierten Befreiungskämpfen des Sayid Muhammed Abdille Hassan hatte, war dies nicht mehr möglich. Doch auch die Kolonialverwaltung sprang nicht subsidiär ein, zumal Fragen der Religion und Erziehung als Belange der Einheimischen klassifiziert wurden. So nahmen die Briten in Somalia - wie auch in anderen Regionen Afrikas (vgl. Cyffer 1977) - eine indifferente Haltung gegenüber der Sprachenfrage bzw. dem Schriftproblem ein, zumal die geringe administrative Durchdringung des Landes keine weitreichende Kommunikation mit der einheimischen Bevölkerung notwendig machte.

Die Impulse, die z. B. in Westafrika seit Beginn des 19. Jahrhunderts

hinsichtlich der Schreibung der Vernakulärsprachen durch die Missionsgesellschaften ausgingen,⁴ entfielen im Norden Somalias durch das Verbot des Jahres 1910 gänzlich. Doch auch im Süden ging keinerlei Initialwirkung durch die Missionare aus, denn ebenso wie in den Schulen der katholischen Missionare, die strikt dem Konzept der Assimilation folgten, vollzog sich die Unterrichtung in den protestantischen Missionswerken in einer Fremdsprache.⁵

Die Auswirkungen des Fehlens beider Faktoren, blieben bis Mitte dieses Jahrhunderts fast unbemerkt, denn zu gering war der Bedarf an geschriebenen, gedruckten Wort, eine Tatsache, die - neben den nicht adäquaten Übertragungsmöglichkeiten - sicherlich dazu beigetragen hat, daß auch das arabische Schriftsystem sich nicht verankern konnte. Und der Versuch, ein autochthones System einzuführen, war durch die Repression der Italiener unterbunden worden.

So blieb es dem ersten nationalistisch gesinnten Zusammenschluß von Somalis vorbehalten, sich auch zum Verfechter einer Schrifteinführung zu machen. Diese Koppelung von nationalem Bewußtsein und Schrift ist eine zwingende Verknüpfung, nicht allein weil nur die Einführung einer Schrift die Voraussetzung für eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung bieten konnte, oder weil auf eine schon existente nationale Schrift, die Osmania, zurückgegriffen werden konnte, sondern weil erst über eine gemeinsame Schrift, das die Nation festigende Element der Sprache in vollem Umfange eingesetzt werden konnte. So erscheint es im Lichte der nach dem 2. Weltkrieg beginnenden und sich bis zur Unabhängigkeit

hinziehenden Debatte über Sprache und Schrift auch nicht übertrieben zu sein, wenn Ablauf und Inhalt dieser als das Fehlen eines umfassenden Nationalbewußtseins gedeutet werden. Zwar war ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden, das sich insbesondere im Wunsch nach einem "Groß-Somalia" und der damit verbundenen Politik des Irredentismus niederschlug, doch im innergesellschaftlichen Bereich gab es keine entsprechende Kohärenz.

Schon an anderer Stelle ist darauf verwiesen worden, daß die Somalis vor und während der Kolonialzeit keine geschlossene politische Einheit darstellten, sondern unter dem Dach eines gemeinsamen Glaubens in viele, häufig untereinander verfeindete Lineages zersplittert waren. Zwar war man sich der ethnischen Identität bewußt, doch scheint es überzogen zu sein, wenn daraus ein übergreifendes nationales Bewußtsein abgeleitet wird. Gegebenenfalls wäre dieses bei einer permanenten äußeren Bedrohung entstanden. Diese lag jedoch nicht vor. Das Entstehen eines ersten nationalen Bewußtseins ist daher an das Auftreten der europäischen Kolonialmächte gekoppelt, beschränkte sich jedoch auf die Orte und Regionen direkter Konfrontation. So kam es zu keiner umfassenden, durch einen landesweiten Nationalismus getragenen Erhebung, sieht man von der Derwisch-Revolution des Sayid Muhammed Abdille Hassan ab. Doch diese zog ihre Kraft und Unterstützung eher aus der religiösen Sphäre denn aus dem Nationalbewußtsein.

Und es war wohl die Religion, die die Formung eines Nationalbewußtseins in der Phase nach dem 2. Weltkrieg beeinträchtigte. Denn während der

nationalistische Flügel der SYL auf den Symbolwert einer gemeinsamen Sprache aufbauend als weiteres nationales Kennzeichen eine eigenständige somalische Schrift etablieren wollte, gab es relevante Kräfte in der somalischen Gesellschaft und der Partei, denen es als Befürwortern pan-islamischer Vorstellungen um andere Zielsetzungen ging. Dabei handelte es sich um keinen monolithischen Block. Es gab eine Gruppe, deren Ziel in der Übernahme der arabischen Schrift für das Somali bestand. Daneben gab es die Gruppe jener Fundamentalisten, der die Übernahme allein der arabischen Schrift nicht weitgehend genug war. Sie verlangte die Übernahme des Arabischen als offiziellem Kommunikationsmittel. Für diese Gruppe stellte das Arabische weniger ein Instrument menschlicher Kommunikation dar, als vielmehr ein Symbol eines islamischen Internationalismus. Und so war es auch nicht verwunderlich, daß von ihnen nicht die ethnischen Gemeinsamkeiten der Somalis in Form der gemeinsamen Sprache betont wurden, sondern Unterschiede, die sich in den verschiedenen Dialekten ausdrückten. Offenkundige Zielsetzung war es, Somali auf den Status einer Vernakulärsprache hinabzudrücken, die im täglichen, jedoch nicht im offiziellen Gebrauch hätte Verwendung finden dürfen.⁶

Bemerkenswert ist in diesem Kontext die Definition, die von der UNESCO für eine Vernakulärsprache geliefert wird. Diese wird beschrieben als "a language which is the mother tongue of a group which is socially or politically dominated by another group speaking a different language." Es ist schwer, die

spezifischen Interessen und Motive, die dem Bestreben, die arabische Sprache einzuführen, zugrundelagen, auszumachen; ebenso unmöglich ist es, eine genaue Gewichtung des Einflusses dieser pan-islamischen Gruppe anhand der vorliegenden Daten vorzunehmen. Stellt man jedoch den Verlauf der Diskussion um Sprache und Schrift bis 1960 und die Daten der Befragung von 1950 (wobei einschränkend darauf hingewiesen werden muß, daß diese nur in der südlichen Landeshälfte stattfand; es kann jedoch mit gewisser Berechtigung vermutet werden, daß entsprechende Aussagen auch für das britische Protektoratsgebiet gegolten hätten) in Rechnung, so drängt sich folgende Annahme auf: Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Forderung nach Einführung der arabischen Schrift sich auf die städtischen Regionen beschränkte. Doch es war nicht die Gesamtheit der städtischen Bevölkerung, die diese Forderung stützte, vielmehr ist sie schichtenspezifisch zu orten. Es war die Gruppe der am politischen System Partizipierenden, deren Einfluß Almond (1966, 53) wie folgt beschreibt: "Participants are those individuals who are oriented to the input structures and processes, and engage in ... the articulation of demands and the making of decisions." Dieser Gruppe gehörten neben den eigentlichen politischen Funktionsträgern auch einige angesehenen und einflußreiche Kaufleute und Händler an, deren materielle Basis der Handel mit den arabischen Staaten darstellte. Besonderer Unterstützung erfreute sich diese Gruppe von Seiten der islamischen Geistlichkeit. Eine Schätzung der quantitativen Stärke dieser "Interessengruppe" ist nicht möglich. Man muß jedoch festhalten, daß ihr Ein-

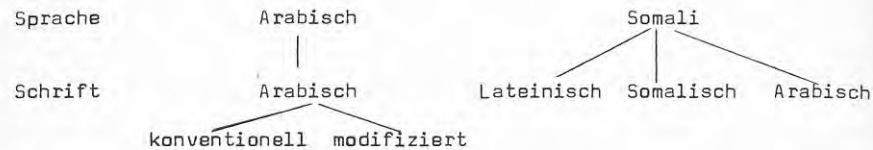
fluß und ihre gesellschaftliche Macht so weitreichend war, daß sie zu jener Zeit nicht nur eine Entscheidung blockieren, sondern 1957 bei der Programmabfassung der SYL, der maßgeblichen politischen Kraft des Landes, ihre Position vorrangig niederlegen konnten. Und noch lange nach der Erlangung der Unabhängigkeit fanden sich gesellschaftlich einflußreiche Personen, die diese Position vertraten. So erklärte der Kommandant der somalischen Polizei, Mohamed Abshir, 1967 anlässlich einer Diskussion um die Schrift: "How can you differentiate between the Muslim identity from the Somali identity? To me, being a Somali and being Islamic are one and the same thing. The terms "Somali" and "Islam" are synonymous in my mind. Islam provides our code of life. It is our state religion. Hence the question of a script for our language puts our basic cultural and spiritual values at stake ..."⁷

Es muß jedoch noch einmal betont werden, daß sich die gesamte Diskussion um Sprache und Schrift auf eine dünne Schicht ausgebildeter Somalis beschränkte, die aber auf Grund ihrer Möglichkeit der Artikulation nicht automatisch als Vertreter einer öffentlichen Meinung anzusehen sind. Vielmehr ist davon auszugehen, daß sich zum damaligen Zeitpunkt eine öffentliche Meinung noch nicht entwickelt hatte und den vorfindbaren Strukturen des politischen Systems nicht entsprach. Zeichnet sich die Position der pan-islamischen Fraktion durch eine Ausrichtung nach wertrationalen Prinzipien aus, religiös-symbolische Argumente wurden zur Erklärung der eigenen Position herangezogen,⁸ so trifft eine solche Charakterisierung nur halbwegs für die Befürworter

der Osmania zu. Wohl waren es auch chauvinistische Motive, die die Einführung einer eigenen, somalischen Schrift fordern ließen, doch es wurde kein Zweifel daran gelassen, daß dieser Symbolgehalt instrumentell umgesetzt werden sollte, indem er den Aufbau starker Identifikationsbezüge mit dem sich entwickelnden Staatswesen hervorgerufen sollte, um so letztlich Grundlage für einen schnellen wirtschaftlichen Aufbau und Fortschritt zu sein. Doch diese "progressive Position" konnte nur vorübergehend ein so genügend breites Fundament aufbauen, daß die Durchsetzung dieser Vorstellungen im Bereich des Möglichen gelegen hätte. Mit dem Abkühlen der ersten nationalistischen Phase war die Chance unwiderruflich verspielt, zumal es in den folgenden Jahren nur noch eine schwache institutionelle Basis gab, von der aus eine Verfolgung dieser Ziele möglich gewesen wäre und die eine Präponderanz gegenüber der pro-arabischen Gruppe hätte bewirken können. Letztlich scheiterte man jedoch an der Inadäquanz der Strukturen, die das politische System zur Lösung dieser Fragen bereitstellen konnte. Zwar war es schon zu einer gewissen Differenzierung innerhalb des politischen Systems durch die Gründung von Parteien gekommen, doch innerhalb dieser neuen Strukturen dominierten noch immer die traditionellen Verhaltensmuster. Das Clan-Denken, Ausdruck vor-nationaler affektiver Bindungen, beherrschte auch die Parteien und führte zu einer Neutralisierung aller relevanten Fragen. Das wurde insbesondere an der Behandlung dieses Themas innerhalb der dominanten SYL deutlich. Der doppelte Dualismus zwischen Somali und Arabisch auf der sprachlichen,

und zwischen der arabischen Schrift und der Osmania auf der Ebene der Schriftsysteme sind Ausdruck dessen. Anstöße aus dem gesellschaftlichen Umfeld waren auf Grund des schwach strukturierten Kommunikationsnetzes nicht zu erwarten. Eine solche Konstellation erforderte keine hohe Konsensbildungskapazität. Und auch die sich durch das Auftreten von Protagonisten der lateinischen Schrift ergebende andersartige Konfiguration erbrachte keine Änderung, da die Lernkapazität des politischen Systems beschränkt war: Dabei wäre gerade diese besonders notwendig gewesen, um die Vielzahl der drängenden Probleme in Angriff nehmen zu können. Stattdessen wurden dort, wo es keine natürlichen linguistischen Barrieren gab, durch den Rückgriff auf Fremdsprachen künstlich welche errichtet. Dadurch wurde einer der Eckpfeiler der sozialen Strukturen, der Egalitarismus, die Basis in einem Tempo entzogen, daß disruptive, systemgefährdende Ausbrüche sich als logische Folge ankündigten. So war das zukünftige Staatswesen durch das Fehlverhalten der es etablierenden politischen Elite starken Erosionsgefährdungen ausgesetzt bevor es überhaupt entstanden war.

Die Problemausformung hinsichtlich einer Sprach- und Schriftentscheidung war absolut unstrukturiert. Dies wird deutlich, wenn man bedenkt, daß selbst in die Diskussion Involvierte die beiden Ebenen von Sprach- und Schriftentscheid willkürlich miteinander vermischten. Die Situation in den letzten Jahren vor Erlangung der Unabhängigkeit sei durch folgende schematische Darstellung verdeutlicht:



Es wäre Aufgabe des politischen Systems gewesen, die zur Beilegung des Problems notwendigen Muster zu entwickeln. Das wäre umso einfacher gewesen als sich die Differenzierung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwelt, die die vom politischen System zu verarbeitenden Probleme hervorbringt, noch langsam und sukzessive vollzog und die Erwartungen in bezug auf staatliche Aktivitäten äußerst gering waren. Um jedoch auf die inputs in angemessener Form reagieren zu können, bedarf auch das politische System einer entsprechenden Differenzierung, um adäquate Entscheidungsregeln zu kreieren bzw. dysfunktionale Folgen zu verhindern. Im konkreten Fall war zwar die notwendige strukturelle Differenzierung des politischen Systems gegeben, doch mußte das Problem mangels wirksamer Entscheidungsregeln zu einem "non-issue" erklärt werden.

Doch der Versuch, die anstehenden und notwendigen Entscheidungen so weit wie möglich in die Zukunft zu verschieben, stellte nur eine Quasi-Lösung dar, denn in einem System wechselseitiger Rollenerwartungen bewirkte eine solche Reduktionsstrategie zwar eine zeitliche Entlastung, verhinderte jedoch die Aufnahme und Verarbeitung konsistenterer Entscheidungskriterien. Widersprüche blieben ungelöst bestehen. Somalia stellte sich als ein System dar, in dem die Reflexe des gesellschaft-

lichen Bereiches auf die sich anbahnenden Umwälzungen noch gering waren, das politische System zwar schon strukturelle Differenzierungen aufwies, aber überfordert war, da man den Erfordernissen der Neuzeit mit tradierten Mitteln zu begegnen suchte.

Die Auswirkungen waren in allen gesellschaftlichen Bereichen spürbar, doch speziell die Handhabung der Schriftproblematik bewirkte, durch die ausbleibenden Impulse, negative Folgen für den gesamten Entwicklungsprozeß, denn: "There are definite limits to what can be accomplished within an illiterate population. In a country envisaging a rapid transition from a subsistence economy to an exchange economy where money earning activities become a normal feature of life, literacy comes into its own as a possible policy instrument to raise incomes and productivity." (Blaug 1966, 401)

Wenden wir uns nun der Situation nach 1960 zu. Die administrativen Probleme, die sich aus dem Zusammenschluß beider Landesteile ergaben, sind schon beschrieben worden. Was in diesem Kontext jedoch von Relevanz ist, ist die sich verändernde Situation im Rahmen der Sprach- und Schriftdiskussion. Zwar sah man sich genötigt, mit Englisch, Italienisch und Arabisch gleich drei Fremdsprachen zu den offiziellen Kommunikationsmitteln zu erklären, doch auffällig war, daß der starke Impetus, mit dem Befürworter der arabischen Sprache noch zu Kolonial- bzw. Treuhandszeiten aufgetreten waren, geringer geworden bzw. verschwunden war. Dadurch kam es zu einer Verengung des Diskussionspektrums; die Frage nach der zukünftigen offiziellen Sprache war kein Diskussions-

thema mehr, niemand stellte in Frage, daß es Somali sein würde. Doch wie war das Abrücken von der arabischen Sprache zu erklären? Wohl nicht zufällig fallen der Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit und das Schwinden der Stärke der arabischen Fraktion zusammen, vielmehr ist die Aufgabe der Forderung nach Einführung der arabischen Sprache ein eindeutiger Reflex auf einen Prozeß des endgültigen "nation-building" bzw. eines um sich greifenden Nationalismus. Der latente Nationalismus der Somalis fand durch die Staatsgründung 1960 eine Form, die automatisch Forderungen wie die nach Einführung der arabischen Sprache als antinational eingestuft und dadurch gleichzeitig jeglicher Realisierungschancen beraubt hätte. Insbesondere die erstgenannte Tatsache hätte zu Beginn der 60er Jahre für jede politisch einflußreiche Person nachhaltige Folgen gehabt. Ein Ausscheiden aus den Reihen der politischen Entscheidungsträger wäre die zwangsläufige Folge gewesen. Das politische Klima jener Zeit war geprägt durch einen weitreichenden Konsens zwischen den Trägern des politischen Systems und den Massen. Es bestand eine Interessenidentität, die in der beidseitigen Forderung nach Unabhängigkeit auch für die restlichen somalischen Siedlungsgebiete und damit einhergehend in territorialen Ansprüchen gegenüber den Nachbarstaaten Äthiopien und Kenia seinen Ausdruck fand (vgl. Matthies 1977). In wie weit der Nationalismus in den folgenden Jahren das gesamte Land durchzog, davon zeugen auch die Befragungsergebnisse Hussein Adams 1967 in Afgoy. Eine funktionelle Kanalisierung jenes Volkswillens war relativ leicht

durch das politische System zu erreichen, forderte es doch vorläufig keinen hohen Mitteleinsatz. Direkte Folge war allerdings, daß alle anderen Problembereiche hinter dieses nationalistische Anliegen zurücktraten. Doch man war sich der Tragweite der Schriftproblematik wohl bewußt, und so gab es um die Realisierung dieses Vorhabens heiße Debatten. Zur Einführung des Somali als offizieller Sprache war eine Schrift vonnöten und da standen immer noch die drei Alternativen des arabischen, des lateinischen und eines somalischen Schriftsystems zur Auswahl.

Ein Staatsvolk und ein Staatsgebiet als unerläßliche Requisiten voraussetzend, hatte Somalia 1960 alle Voraussetzungen erfüllt, als Staat betrachtet zu werden. Begnügt man sich jedoch nicht mit diesen formalen Kriterien, sondern verlangt nach inhaltlichen, die das Wesen einer staatlichen Existenz ausmachen, so manifestiert sich dieses in der Fähigkeit der Machtausübung und -durchsetzung. Dies als Maßstab voraussetzend, kann man feststellen, daß es einen Staat Somalia 1960 - und auch in der Folgezeit - noch nicht gab.

Die schon erwähnten mangelnden Steuereinzugsmöglichkeiten sind nur eine Facette im breiten Spektrum inadäquater Kompetenz und staatlicher Ohnmacht. Sie manifestierte sich ebenso in den anhaltenden Fehden zwischen einzelnen Clans und der Tatsache, daß Straf- und Zivilrecht nicht gegen die tradierten Normen durchgesetzt werden konnten, daß also Kompensationszahlungen für Mord und andere Delikte gebräuchliche Mittel blieben. Da der Staat mit Übernahme regulativer Funktionen

nicht in der Lage war, in kompensatorischer Weise für den Verlust individueller oder clangebundener Freiheiten und Sicherheiten aufzukommen, um so seine Schutzfunktion gegenüber den einzelnen Bürgern wahrzunehmen, dringt er im innerstaatlichen Bereich nicht in das Bewußtsein der Bürger, sondern muß sich mit punktuellen Aktionen zufriedengeben, die "seiner Zuständigkeit, seiner Durchsetzungskraft und der allgemeinen Struktur der Interessenlandschaft entsprechen." (Jochimsen 1972, 1182) Der Staat ist lediglich Repräsentant eines nationalen Bewußtseins.

Dieser Sachverhalt hat eine Reihe wichtiger Folgen, denn betrachtet man den durch die gesellschaftlichen Strukturentwicklungen bedingten Abbildungsprozeß im politisch-administrativen System, so stellt man eine nur ungenügende inhaltliche Umsetzung fest. Die Fähigkeit des politischen Systems zur Entwicklung "umweltverändernder" Probleminhalte unterliegt zwei miteinander verknüpften Voraussetzungen. Einerseits ist sie abhängig von einer gewissen Autonomie gegenüber der gesellschaftlichen Umwelt, andererseits vom Grad der internen Konfliktregelungskapazität. Wie gering eine solche zukunftsorientierte Kompetenz in Somalia ausgeprägt war, läßt sich beispielhaft an der Behandlung der Schriftfrage während der Jahre bis 1969 ablesen. Daß während dieser Zeitspanne nicht die entsprechenden Schritte zur Einführung eines Schriftsystems durchgeführt wurden, zeugt - entsprechend kybernetischer Modelle⁹ - von einer nur gering ausgebildeten Lernfähigkeit des politischen Systems. Dabei gab es zwei Aspekte, die eine schnelle Behandlung

nicht nur gerechtfertigt, sondern erfordert hätten. Ein Gesichtspunkt lag in der Erhöhung der Effizienz innerhalb der Gesamtgesellschaft, der andere war durch die Anforderungen nach wirtschaftlicher Entwicklung gegeben.

Daß normative Anforderungen seitens jenes Teils der Bevölkerung bestanden, der direkte Kontakte mit dem politischen System hatte, wurde durch Eingabe von nicht weniger als achtzehn Vorschlägen von Schriftsystemen an die Kommission des Jahres 1961 unterstrichen. Es war also nicht ein Mangel an Enthusiasmus oder gar Desinteresse in der Bevölkerung, die als Rechtfertigung für die schleppende Behandlung hätten herangezogen werden können. Der Sprachgebrauch symbolisierte deutlich die mangelnden Bezüge, die zwischen dem politischen System und seiner Umwelt bestanden. Das politische System war jedoch nicht in der Lage, den Widerspruch zwischen den objektiven gesellschaftlichen Bedürfnissen und seinen, ihm zur Verfügung stehenden Regelungsmechanismen aufzulösen, was ein Hemmnis für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung des Landes darstellte.

Um den qualitativen Anforderungen einer zukunftsorientierten politischen Planung zu entsprechen, wäre die Fähigkeit zur Entwicklung langfristiger konzipierter Programme, die konkrete Veränderungsvorschläge beinhaltet hätten, eine wichtige Voraussetzung gewesen. Dies wurde in den ersten Jahren der Republik systematisch unterbunden. Zwar gingen Initiativen hinsichtlich einer Regelung der Schriftfrage schon nach ein paar Monaten der Unabhängigkeit vom Parlament aus, doch von Seiten

der Exekutive bestand wenig Wille, dieses konfliktgeladene Thema in öffentlicher Debatte zu diskutieren. Eine effektive Behandlung des Problembereiches und damit ein Aufschub der notwendigen Entscheidung konnten durch das Einsetzen eines Ausschusses erzielt werden. Das Abschieben auf die Ebene einer Kommission stellte jedoch nichts anderes dar als ein probates Mittel, eine öffentliche Behandlung zu unterdrücken, denn es hatte wenig Sinn, die Informationsmenge zu erhöhen, wenn nicht gleichzeitig die entsprechenden Verarbeitungs- und Konfliktregelungskapazitäten erweitert werden sollten.

Da eine Entscheidung unweigerlich zu einer Umverteilung von Ressourcen beigetragen hätte, entschied sich die politische Führung dazu, das Problem durch eine Nichtentscheidung zu entscheiden. So scheiterte die Parlamentsinitiative nach Vorlage des Kommissionsabschlußberichtes nicht am politischen Widerstand der Betroffenen, sondern am Unwillen des politischen Systems. Das wird deutlich, wenn man sich den Umstand ins Gedächtnis ruft, daß eine vollständige Informationstransparenz bewußt durch die Regierung verhindert wurde, indem der Kommissionsbericht der interessierten Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Die sukzessive Ausklammerung dieses problemträchtigen Bereiches wurde Methode in den folgenden Jahren, lediglich unterbrochen durch die während der Amtszeit von Abdirazak Haji Hussein einsetzenden Aktivitäten.

Kann man davon ausgehen, daß sich der Entscheidungsträger bei kritischen Fragen im Sinne der "bounded rationality" (H. Simon) mit einer

Vereinfachung der Problemstellung behilft, vom Maximalwert abrückt, aber noch ein der jeweiligen Situation angemessenes "Anspruchsniveau" anstrebt, so konnte dies in Somalia nicht festgestellt werden. Dort war es die Strategie des "muddling through" (Ch. Lindblom), die die Szene beherrschte und zu einer Verfestigung des Status quo mit allen nachteiligen Folgeerscheinungen beitrug. Die Frage nach der Möglichkeit von Planung wird daher irrelevant, denn die Bereitschaft zur Konzipierung und Durchführung einer zukunftssträchtigen Politik bestand kaum bzw. beschränkte sich auf einzelne Akteure, die jedoch durch das sie stützende Geflecht von Abhängigkeiten gehindert wurden. Es war schon erwähnt worden, daß die Problemstellen politischer Planung auf dem Gebiet redistributiver Fragen liegen, da ihre Komplexität häufig die der zur Verfügung stehenden Lösungsmechanismen übersteigt. Zur Abwendung von Krisensituationen werden daher Integrationslösungen angestrebt, in deren Rahmen es die politischen Parteien und die Staatsbürokratie sind, denen gewichtige Rollen im Spiel um einen Interessenausgleich zufallen, da beide das direkte Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Interessengruppen und den politischen Entscheidungsträgern sind und daher Funktionen im Rahmen der Interessenaggregation und -artikulation wahrnehmen können. Die Struktur der Verwaltung war in Somalia einer solchen Aufgabenbewältigung nicht angemessen. Daß sich manches Ministerium als "Clan-Fürstentum" darstellte, verhinderte eine adäquate Umsetzung gesamtgesellschaftlicher Interessen. Ähnlich sah die Situation bezüglich der Parteien aus. Viele rekrutierten ihre Mit-

gliedschaft aus nur einem Clan und obgleich "the mass political party may have a great potential for mobilization and unification" (Almond 1966, 291) wurde dieses Potential nicht ausgeschöpft. Vielmehr stellte sich Parteipolitik in machiavellischem Sinne als Kunst der Strategie zur Durchsetzung eigener Interessen dar. Vor diesem Hintergrund hatte die zusätzlich mit Emotionen behaftete Schriftfrage keine Aussicht, in zufriedenstellender Weise geregelt zu werden. Vor dem Hintergrund dieser Aporie schien schon bald das gesellschaftliche Interesse an der Behandlung dieser Frage zu erlöschen. Darüber kann auch die Tatsache, daß es 1965 noch einmal zu Demonstrationen anlässlich des Besuches der UNESCO-Experten kam, nicht hinwegtäuschen. Es waren speziell die auf religiöse Gläubigkeit aufbauenden Mobilisierungsmöglichkeiten der islamischen Geistlichkeit, die eine rationale Lösung blockieren konnten.

Gerade die Geschehnisse jener Tage verdeutlichen den tiefen Graben, der die Gesellschaft durchzog. Es war ein signifikantes Kennzeichen der strukturellen Schwäche des politischen Systems, daß es nicht in der Lage war, in angemessener, eine eigene Programmrealisierung ins Auge fassender Weise auf die Herausforderung der organisierten, konfliktfähigen gesellschaftlichen Interessengruppen zu reagieren (in diesem Fall: islamische Geistlichkeit). So bestand nicht einmal die Möglichkeit, durch "bargaining" oder Kompromiß eine Konfliktregelung zu erzielen, vielmehr vollzog sich eine dergestaltete Verschiebung, daß das politische System nicht mehr aktiver Pol der Auseinandersetzung sein

konnte, sondern zum reaktiven Partner degenerierte.

Die Tatsache, daß unterschiedliche Handlungsattitüden der gesellschaftlichen Handlungssubjekte wie auch des politischen Systems sich trotz der gemeinsamen Kenntnis der Ausgangsbedingungen und der daraus resultierenden Folgen nicht mehr rational über Entscheidungen verständigen konnten, entzog einem rationalen Handeln letztlich die Basis und führte zu einem "ontologischen Pluralismus" (C. Churchman). Vor einem nicht nur in diesem Zusammenhang die Erwartungen seiner Bürger enttäuschenden Staat, einer immer stärkeren Diskrepanz des Entwicklungsprozesses in Stadt und Land, manifesten regionalen Disparitäten und einer sich herausbildenden klassenspezifischen Schichtung der Gesellschaft erhebt sich die Frage, welche die innenpolitische Stabilität sichernde Struktur für die Lebenschance des Systems maßgeblich war. Es war schon darauf hingewiesen worden, daß weder Parteien, Staatsbürokratie noch Massenmedien diese systemsichernde Funktion zu sichern imstande waren. Dafür gab es andere Faktoren, die dieser Aufgabe gerecht wurden. Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Staaten vollzog sich der Prozeß der Urbanisierung, ohne daß eine grundlegende Änderung der Weltsicht der Neu-Städter vonnöten gewesen wäre. Waren die Zugezogenen in anderen afrikanischen Städten häufig gezwungen, einen neuen, ungewohnten Lebensstil zu adaptieren, für den die alten Gebräuche nur wenig Vorbereitung gewesen waren, so war das in Somalia in weit geringerem Maße der Fall. Hier war die Einbindung in den Clan auch weiterhin das maßgebliche Element, das auch die An-

sprüche gegenüber den staatlichen Institutionen beschränkte, zumal über die verschiedenen Clanbindungen eine Einbeziehungen in das politische System gegeben war, denn selbst reiche, politisch einflußreiche Personen konnten der Einbindung in den Clan nicht entsagen (vgl. Lewis 1975). "Direct formal and informal relationship with the specific elites in the political system are inevitably a powerful force in shaping orientation of individuals to the system." (Almond 1966, 69) So war es auch in Somalia. Der sich an tradierten Normen ausrichtende Bezug des Individuums stellte das systemstabilisierende Element dar, da durch ihn nicht nur eine weitgehende Interessenidentität zwischen der politischen Führung und den gesellschaftlich dominanten Gruppen, sondern auf einer niederen Ebene der Stufenleiter auch zwischen dem einzelnen Individuum und den Vertretern des politischen Systems gesichert werden konnte. Doch dadurch entwickelte sich schon mittelfristig ein nur geringe Bezüge aufweisender Parallellauf zwischen politischem und gesellschaftlichem System, ein Zustand, der nicht nur in der Behandlung des Schriftproblems seinen Ausdruck fand. Wichtige und unwichtige Dinge, politische und wirtschaftliche Aktionen wurden unter der Hand ausgehandelt. Diese Funktionsweise des Systems wurde von allen bald begriffen und alle, die die Möglichkeit hatten, versuchten sich ihr anzupassen. So schickten Nomaden ihre Söhne in die Stadt zu Verwandten, um ihnen auf diese Weise über eine formale, staatliche Schulausbildung die Möglichkeit des Eintritts in die Staatsklasse oder deren Klientel zu geben.

Das politische System operierte formal nach den Strukturen westlicher Vorbilder, es gab ein Parlament, Parteien, Wahlen und eine freie Presse, doch nie gelang die Verankerung im Bewußtsein der Bevölkerung. So nimmt es auch nicht wunder, wenn bei der Hussein-Umfrage bezüglich bestehender Lösungsmöglichkeiten in der Schriftfrage, popularistische Tendenzen zum Ausdruck kamen. Doch diese Fundamentalkritik fand keinen Eingang in das abgeschottete politische System. Eine Kanalisierung der Kritik seitens der einzig relevanten politischen Kräfte des Landes, der Parteien, gab es auch nicht. Ein auf die Partizipation der Massen verzichtendes System kann jedoch nicht demokratische Inhalte für sich reklamieren. Es führt sich selbst ad absurdum und entzieht sich die legitimatorische Basis.

Eine tiefgreifende Verdrossenheit war die zwangsläufige Folge. Das politische System hatte während der ersten neun Jahre der Unabhängigkeit die für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich günstige Gelegenheit verstreichen lassen, das existente Nationalbewußtsein als Basis für einen Staatsaufbau zu nutzen. Dieser blieb Illusion. Vielmehr war dieser Zeitraum durch eine Entwicklung gekennzeichnet, die Lewis (1975, 304) mit folgenden Worten charakterisierte: "... Somalia's shift from multi-party democracy to one-party rule ... coincides with a general movement from wide-ranging national solidarity to extreme lineage particularism."

Die Übernahme der Regierungsgewalt durch ein autoritäres Regime, das die formal liberal-demokratischen Grundlagen des Landes außer Kraft

setzte, war die absehbare Folge. Doch es war klar, daß eine grundlegende Änderung der Verhältnisse nur durch die Schaffung eines funktionstüchtigen Staatswesens möglich sein würde. Ausdruck der Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems würde die Fähigkeit sein, autonom agieren zu können. Die Realisierung dieses Zieles konnte nur durch Stärkung der Staatsgewalt erfolgen. Dabei setzte das Militärregime sein physisches Machtmonopol vorbehaltlos ein, was die Ausschaltung innenpolitischer Gegner zur Folge hatte. Doch auch inhaltlich versuchte man, das Schlagwort des gesellschaftlichen Wandels zu füllen: Eine Umorientierung der Massen sollte über Mobilisierung und Partizipation vollzogen werden. Ein solcher Populismus war Voraussetzung, wollte man auf eine Unterstützung durch die Bevölkerung bei der Bewältigung der bestehenden Konfliktmuster hoffen.

Die Annahme, daß wirtschaftliches Wachstum lediglich innerhalb enger Grenzen möglich sein würde, war Ausgangspunkt der politischen Überlegungen. Die lang gehegte Hoffnung, daß auf dieser Ebene eine Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse möglich wäre, wurde als unrealistisch erkannt. Die Misperzeptionsmechanismen des politischen Systems während der Zeit der Zivilregierungen mußten einer Umformulierung der Problemstellung, einer veränderten Prioritätensetzung und Mittelauswahl weichen. Rapoport (1970) definiert eine solche Situation durch die Unterscheidung von Problem und Dilemma. Für die Lösung eines Problems ist der Rückgriff auf bekannte Lösungsmechanismen ausreichend. Demgegenüber erfordert ein Dilemma eine Reformulierung, die sich in

veränderten Selektionskriterien und Entscheidungsprämissen ausdrückt und nach einer erheblichen Anpassung des agierenden Systems verlangt. Konsequenterweise erfolgte in Somalia eine Neubewertung der möglichen Handlungsalternativen und die Erstellung einer neuen Wertordnung. Dabei wurde das Nationalbewußtsein erstmals als materielle Ressource eingesetzt, denn die Verfolgung eines autozentrierten Entwicklungsweges rückte nicht nur von der bisherigen Politik ab, sondern stellte auf das ganzheitliche Bewußtsein der Bevölkerung um ihre ethnische Homogenität ab. Um jedoch die gewünschten Erfolge erzielen zu können, mußten jene gesellschaftlichen Strukturen eliminiert werden, die dieser Zielvorgabe diametral entgegenstanden. Das erklärt die Rigorosität der verschiedenen Maßnahmen, die sich gegen Clan-Denken, Nepotismus und Korruption wendeten.

War bis 1969 ein Auffangen des Konfliktpotentials durch das Patronagesystem geglückt, so hatte man sich danach dieser Rückversicherung beraubt. Erhöhte Loyalität, die kompensatorisch für mangelnde Erfolge in Teilbereichen notwendig war, mußte auf anderer Ebene gewonnen werden. Die Methode, der man sich dazu bediente, war einfach: Man setzte sich Ziele, zeitlich indifferent, und konnte, bei Erreichung, auf die erzielten Erfolge verweisen. Dies kennzeichnet ein gegenüber den Zeiten der Zivilregierungen verändertes Legitimationsverständnis der politischen Führungsspitze. Es war nicht mehr die clanbezogene Ein- oder Anbindung, die die Unterstützung sichern sollte, sondern ein leistungsbezogener Katalog verschiedener Kriterien. Elsenhans spricht

von einem Legitimationszwang, dem sich die Staatsklassen ausgesetzt sehen. Dieser hat in Somalia sicherlich auch eine Rolle gespielt, doch es ist bemerkenswert, daß die Militärs mehr oder minder freiwillig sich solch umfassenden Zwängen aussetzen, wobei der sprachpolitische Anspruch nur einen Baustein innerhalb der Gesamtstrategie darstellte.

Rationale Planung eines politischen Systems setzt die Fähigkeit zu einer autonomen, d. h. nicht extern bestimmten Programmentwicklung voraus. Diese Autonomie hatte sich das Militärregime gesichert, indem es alle gesellschaftlich relevanten Interessengruppen suspendiert hatte. Und obwohl man stets die Hinwendung zum Islam betonte, wurde eine Säkularisierung aller gesellschaftlichen Bereiche angestrebt und betrieben (vgl. Dilger 1979).

Es war eine riskante Strategie. Hatten die Zivilregierungen sich ihre Überlebenschance dadurch gesichert, daß sie die alten Strukturen unangetastet ließen, so konnte das Militärregime zwar auf anfängliche Unterstützung durch die Bevölkerung bauen, sah sich aber hinsichtlich der gesellschaftlichen Umgestaltung einem steten Erfolgsdruck unterworfen. Die Gewinnung von Loyalitäten bei gleichzeitiger Abschaffung traditioneller Bezugsmuster, der Austausch der den Individuen zugehörigen Bezugsmuster konnte nur gelingen, wenn die staatlichen Strukturen als Träger der individuellen Interessen akzeptiert werden würden. Daß diese Politik letztlich erfolgreich war, fußte auf zwei Faktoren. Einerseits kann die zeitliche Abfolge, gekennzeichnet durch

anfängliche Mobilisierungsbemühungen und sukzessive Erweiterung der politischen Teilhabe an gesellschaftlichen Teilbereichen, als Garant für die Erfolge angesehen werden. Daneben ist es aber auch der charismatischen Persönlichkeit Siad Barres zuzuschreiben, daß sich das Regime die Unterstützung weiter Kreise der Bevölkerung sichern konnte.

Worauf basierte jedoch die Strategie, die 1972 zur letztlich unproblematischen Einführung der lateinischen Schrift beitrug? Übereinstimmend äußerten alle befragten Politiker, daß man sich der Tragweite dieses Komplexes bewußt war. Eine langfristige psychologische Vorbereitung und Einwirkung auf die Bevölkerung sollte daher die notwendige Prädisposition für die Entscheidung schaffen. Die Schriftfrage wurde in die Reihe der anderen nationalen Anliegen wie Aufbau eines sozialistischen Staates, Ausbau des landwirtschaftlichen Sektors und Produktionssteigerungen, Verbesserung im Schulwesen etc. eingereiht. Da man sich jedoch bewußt war, daß das Konfliktniveau gesenkt und die Konsensbildungskapazität gesteigert werden mußte, wenn überhaupt noch Handeln möglich sein sollte, entzog man die Diskussion um die Schrift dem öffentlichen Forum. Zwar fanden sich in allen relevanten Reden der politischen Führung Hinweise zu diesem Thema, doch eine erneute Entfaltung der Diskussion in der Bevölkerung wurde vermieden. Die Äußerungen, die zu diesem Thema fielen, waren notwendig, das Interesse am Leben zu erhalten, denn es galt, bei einer späteren Einführung Pluspunkte zu verbuchen. Dies konnte jedoch nur in Bereichen gelingen,

die einen hohen Stellenwert besaßen. Diese zu benennen, eine Ressourcenallokation auf veränderter Basis vorzunehmen (die ihre Umsetzung im Drei-Jahres-Plan 1970 - 1972 fand) und gleichzeitig die Aufrechterhaltung und Steuerung der Produktion zu sichern, waren daher die damaligen Planungsinhalte. Planung diente in zunehmendem Maße der Legitimation des politischen Systems selbst, sollte und mußte den Staat als Sachwalter öffentlichen Interesses erscheinen lassen. Doch die ständige Berufung auf das allgemeine Wohl verursachte hochgesteckte Erwartungen, und es war ein allseitiger Erfolgsdruck, dem sich die Militärs ausgesetzt sahen. In diesem Zusammenhang wurde die Wahl einer Schrift zu einem kritischen Testpunkt der Effektivität der politischen Führung. Ebenso wie an wirtschaftlichen Leistungen würden die Militärs an den Erfolgen auf dem Gebiet der Schrifteinführung gemessen und mit den früheren zivilen Machthabern verglichen werden. Doch man ließ sich Zeit mit der Behandlung dieser Frage. Auf der Prioritätenliste stand dieses Thema nicht an erster Stelle. Es gab drängernde Probleme und zudem ließen sich kurzfristige Erfolge auf anderen, weniger kontroversen Gebieten leichter erzielen. Außerdem erwies sich die Betonung stets nur eines Komplexes (vgl. die Abfolge der einzelnen Kampagnen) als vorteilhaft, da dadurch die Leistungsfähigkeit des politischen Systems nicht überfordert wurde, zusätzlich jedoch der Funke revolutionärer Begeisterung am Glimmen erhalten und zum Übersprung auf andere Bereiche präpariert wurde. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß auch die militärischen Machthaber mit Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen hatten.

So dauerte es ein Jahr bis mit einer effektiven Behandlung des Themenkomplexes "Schrift" begonnen wurde. Um negative Beeinträchtigungen auf den Planungsprozeß zu vermeiden, erfolgte der Einbezug der Öffentlichkeit nur unter taktischen Gesichtspunkten. Wie wenig die Meinung des Volkes für die abschließende Entscheidung relevant war, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß es im Vorfeld der Entscheidung keinerlei dieses Thema betreffende Umfrage gab. Nachdem dieses Thema jedoch in den Blickpunkt der politischen Organe gerückt war, ging es um eine sachgerechte Behandlung. Das betraf nicht allein die eigenen Beratungen, sondern auch die Arbeit der involvierten Gruppen. Da jedoch allein die National Language Commission mit einbezogen wurde, spielten die Vorgaben, die den Rahmen für die Arbeit dieser Kommission setzten, eine besonders wichtige Rolle. Sie erwiesen sich insofern als optimal, als sie die Nutzbarmachung aller verfügbaren Ressourcen ermöglichte, denn alle kompetenten Somalis konnten mit in die Arbeit einbezogen werden. Indem man die Kontroverse von der Bestimmung von Zielen, d. h. einer Entscheidung über die zur Wahl stehenden Schriftsysteme, auf mehr "technische" Fragen, d. h. auf Bereiche, die relativ wenig Emotionen stimulierten, verlagerte, konnte man sich sogar einen gewissen Interessenproporz bei der Besetzung der Kommission leisten, ohne daß die Gefahr einer Paralyse wie bei der Kommission 1961 bestanden hätte. Darüberhinaus spiegelte die Freigabe der von den einzelnen Mitgliedern in Anwendung kommenden Schriften Chancengleichheit vor, wodurch das Entstehen von unnötigen.

Ressentiments und ein daraus resultierender, verminderter Einsatz bei der Kommissionsarbeit unterbunden werden konnte. So ging es allein darum, daß die zeitlichen Vorgaben eingehalten wurden und die geforderte Anzahl von Materialien rechtzeitig zur Verfügung stand, denn Leerlauf mußte unter allen Umständen vermieden werden, um so die Kontinuität der Entwicklungsbemühungen dokumentieren zu können. Doch jene Punkte, die Anlaß zu langwierigen Diskussionen hätten werden können, wurden aus der faktischen Kommissionsarbeit herausgehalten: Die Erörterung der Schriftfrage wurde bei Strafe verboten, die zu benutzende Dialektform normierend vorgegeben.

Ein wesentlicher Faktor, der den gesamten Prozeß der Statusplanung sehr erleichterte, muß bei dieser abschließenden Betrachtung noch einmal angesprochen werden, es handelt sich um die Auswahl der der späteren Standardform zugrundeliegenden Dialektform. Anfangs war betont worden, daß in monolingual strukturierten Staaten die Auswahl eines Dialektes als Vorgabe für die Standardisierung eine große Gefahrenquelle darstellt und daß eine spezifische soziopsychologische Faktorkonstellation unerläßliche Voraussetzung für eine Anerkennung einer Sprache als offiziellem Kommunikationsmedium von Seiten der Sprecher anderer Dialekte sei. Eine solche lag in Somalia in Form der allgemeinen Wertschätzung des Common Somali vor und dies erleichterte den Entscheidungsträgern sicherlich nicht nur die Auswahl, sondern bot ihnen die Garantie, damit den Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung zu entsprechen.

Bleibt die Frage zu beantworten, warum es - wenn auch mit unterschiedlichen Aufgabenzuschreibungen - zu einer dreimaligen Berufung der Kommission kam. Es scheint sich nicht um ein "Rationalitätsdefizit" gehandelt zu haben; vielmehr ist dieser Ablauf als eine Stufenfolge von Vorentscheidungen zu betrachten, die gegenüber der Öffentlichkeit die Aufgabe der Mitteilung von Zwischenergebnissen zu erfüllen hatte. Zusätzlich wurde dadurch eine zeitliche Flexibilität gesichert, die insbesondere 1972 zur Ausschaltung innerstaatlicher Opponenten genutzt wurde. Gerade diese Langfristigkeit planerischen Handelns legt die Vermutung nahe, daß es sich bei der entscheidenden Sitzung am Vorabend des dritten Jahrestages der Revolution nur um einen pro-forma-Akt handelte, der für die Verwertung in Geschichtsbüchern inszeniert wurde. Die endgültige Entscheidung dürfte schon knapp ein Jahr zuvor gefallen sein. Im November 1971 nämlich berief Siad Barre ein "personal advisory board", dem lediglich drei führende Mitglieder des SRC angehörten, ein. Innerhalb dieses kleinen Gremiums wurden Vorstrukturierungen problemträchtiger Felder und sicherlich auch Entscheidungen getroffen, so auch jene, die Schrift betreffende. Nicht zufälligerweise begann in direktem Gefolge der Einberufung dieses Gremiums jene Kampagne, mit der die islamische Geistlichkeit unter Druck gesetzt wurde.

In diesen Gesamt Ablauf lassen sich auch jene Aussagen einreihen, die eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Befürwortern der Osmania und der arabischen Schrift in Reihen des SRC und der Minister erwähnten.

So waren SRC und Kabinett - ebenso wie die Gesamtbevölkerung - in drei Fraktionen gespalten. Das Erstaunliche war lediglich, daß gerade in den Reihen der jungen Minister, der Technokraten, eine nicht unbedeutende Anzahl von Osmania-Anhängern zu finden war. Doch Anzeichen dieser Segmentierung drangen ebenso wie die Gesamtbehandlung dieses Themenbereiches nicht an die Öffentlichkeit, wie es im Übrigen als Kennzeichen des politischen Systems Somalias angesehen werden kann, daß Konflikte innerhalb der politischen Führung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Stattdessen wird nach außen Solidarität geübt. Nur selten sind Fälle öffentlichen Dissenses nachweisbar. Doch es ist interessant, daß der Rücktritt dreier Minister im Jahre 1970 in Zusammenhang mit Fragen des Ausbildungswesens stand. Es war die in Anschluß an einen Besuch des italienischen Außenministers seitens des SRC getroffene Entscheidung, daß Italienisch wieder in somalischen Schulen als Unterrichtssprache Verwendung finden sollte, die den Erziehungs-, Landwirtschafts- und Industrieminister zu diesem Schritt veranlaßte. Inwieweit bei der Entscheidung des Erziehungsministers Hassan Ali Mirreh, der als Verfechter der Einführung der Osmania bekannt war, eine Andeutung Barres, daß bei der Behandlung der Schriftfrage eine Lösung unter Verwendung des lateinischen Schriftsystems angestrebt werden sollte, eine Rolle spielte, konnte nicht ermittelt werden. ¹¹

Die Befragungen legen jedoch das Urteil nahe, daß es nicht zu einer konsistenten Behandlung dieses Themas im SRC und im Kabinett kam;

deutlich wurde auch, daß es nicht in einer offenen Diskussion zu einem Austausch der verschiedenen Ansichten kam, vielmehr waren es "persönliche Gespräche", die das Einschwenken aller SRC-Mitglieder und aller Minister bewirkten. Dabei war der Erfolgsdruck, der auf dem politischen System lastete und keinen zu langen Aufschub dieser Frage zuließ, ein Druckmittel, das verbunden mit der Vielzahl von pragmatischen Aspekten eine zum Einschwenken bereite Einheit bewirkte. An dieser Stelle erscheint es wesentlich, noch einmal auf Interviewaussagen einzelner Beteiligter einzugehen, denn wie Mosaiksteinchen, jedes zwar mit einer subjektiven Färbung, doch in ihrer Zusammensetzung ein Höchstmaß an Objektivität vermittelnd, geben sie ein Bild über die Stimmungslage in den maßgeblichen Gremien.

Der Problemdruck der damaligen Zeit veranlaßte alle Befragten dazu, in Einschätzung der Gegebenheiten der Vergangenheit davon zu sprechen, daß erstmals nach der Revolution die Möglichkeit bestanden hätte, den weitreichenden Schritt der Schrifteinführung erfolgreich zu vollziehen. Direkt befragt hinsichtlich der nur sechs Jahre vor der Entscheidung herrschenden Verhältnisse - 1966 nach dem Besuch der UNESCO-Delegation - wurde die Möglichkeit einer Einführung der lateinischen Schrift durchweg verneint. Daß die mit dem Hinweis auf die revolutionäre Situation gemachte Aussage, daß "the population was more mature in 1972" nur einen Aspekt der Gesamtsituation erfaßt, war den meisten klar. So hieß es denn auch vielfach, daß "1966 the government was not strong enough to impose its will". Und die daraus abzuleitende

Aussage, daß das physische Machtmonopol der Regierung eine nicht unmaßgebliche Rolle spielte, wurde gleichfalls gemacht. Hinsichtlich der Einstimmigkeit bei der Abstimmung am 20. Oktober 1972 befragt, wurde erklärt, daß allen bewußt war, daß ein wesentliches Element der Rückständigkeit des Landes durch das Fehlen einer Schrift bedingt gewesen sei. So konnte Siad Barre davon ausgehen, daß alle Mitglieder des SRC und des Kabinetts die pragmatischen Vorteile einer Einführung des lateinischen Schriftsystems anerkennen würden, doch wohlwissend, daß die politischen Führungsgremien hinsichtlich der Präferenzen ihrer einzelnen Mitglieder in dieser Frage keinen kohärenten Block darstellten, war es ein Zeichen der taktischen Versiertheit Siad Barres, daß zwar die Entscheidung zugunsten der lateinischen Schrift präjudiziert wurde, daß aber über die konkreten Implementationsmodi gemeinsam diskutiert und entschieden wurde. Damit ist jedoch nur der Informationsfluß und die Entscheidungsstruktur innerhalb des politischen Systems nachgezeichnet. Wie jedoch gelang die Umsetzung im gesamtgesellschaftlichen Bereich? Andrzejewski (1980, 1) umreißt die Situation wie folgt: "... and the decision to introduce the Latin script was taken in 1972 by a government which felt itself strong enough to override objections." Diese Feststellung erhellt jedoch nur wenig die damaligen Zusammenhänge. Seitens des politischen Systems ging man davon aus, daß zu einer problemlosen Durchsetzung der getroffenen Entscheidung die Unterstützung bzw. Neutralisierung dreier, mit unterschiedlichen Präferenzen ausge-

statteten Gruppen notwendig sein würde. Da war zum einen die Gruppe derjenigen, die sich nach wie vor für die arabische Schrift aussprachen. Daneben gab es die Gruppe der Nationalisten, die eine wahre Somalia-Identität erst durch die Verwendung einer eigenen Schrift ausgedrückt sahen. Und letztlich gab es die große Schar jener, denen es einzig um die Einführung einer Schrift ging. Es galt, ein Ausschieren, das sich in offener Opposition ausgedrückt hätte, zu verhindern bzw. eine Einbindung zu erzielen. Dabei bediente man sich unterschiedlicher Strategien. Als Gruppe, von der die größte Gefahr ausgehen könnte, war auf Grund der historischen Erfahrungen die der Verfechter einer arabischen Schrift ausgewiesen. Schon an anderer Stelle war darauf verwiesen worden, daß die Träger dieser Bewegung die islamische Geistlichkeit und eine durch merkantile Interessen mit der arabischen Halbinsel verbundene Händlerschicht waren. Zwar hatte staatliches Handeln schon viele gesellschaftliche Bereiche durchdrungen, die zuvor Domäne der Geistlichkeit waren, zwar war der Säkularisierungsprozeß insbesondere in den Städten schon weit vorgeschritten, so daß die Gefahr einer weitreichenden Mobilisierung mittels des Glaubens kaum noch in dem Ausmaß wie zu früheren Zeiten zu befürchten war, trotzdem entschloß man sich, die Ausschaltung der islamischen Geistlichkeit durch die Androhung von Zwangsmaßnahmen der Konfizierung ihres Besitzes zu betreiben. Dies lag auch im Rahmen der gesamtpolitischen Linie.

Demgegenüber ging es nicht um eine Ausschaltung als vielmehr um eine

Einbindung der Händlerschicht in die Politik der Führungsschicht. Bislang liegen noch keine Analysen zur politischen Ökonomie Somalias vor, offensichtlich ist jedoch, daß das Militär keine Kompradorenmentalität besitzt, sondern seine Politik durch "its active collaboration with the private livestock traders who are transforming the operation of the pastoral democracy" (Aronson 1980, 14) absichern läßt. Diese seit jeher existente, "bourgeoise" Händlerschicht konnte ihren Einfluß auf den Staat durch die seit Ende der 60er Jahre sich für die gesamte Volkswirtschaft steigende Bedeutung des Viehexports erhöhen. Dem Zusammenspiel zwischen dem politischen System und den privaten Kapitalinteressen der Händlerschicht waren keine Grenzen gesetzt, da das Militärregime bessere Verwertungsbedingungen des investierten Kapitals garantieren konnte als die Zivilregierungen zuvor. Und so dürfte die Schriftfrage im Vorwege zwischen beiden Gruppen auf kompensatorischem Wege entschieden worden sein.

Weit geringere Vorsorgemaßnahmen mußte das politische System in Hinblick auf die beiden restlichen Gruppen aufbringen. Die Stilisierung, daß die Schrifteinführung ein antikoloniales Anliegen sei, war ausreichend, um sich breiter Unterstützung sicher sein zu können. In diese Richtung zielte daher die Schwerpunktverlagerung, die nicht so sehr die Entscheidung über die Schrift in den Mittelpunkt der Darstellung rückte, sondern Bezug nahm auf die Sprache. So konnte die Entscheidung als Ausdruck des antikolonialistischen Kampfes dargestellt werden: "The revolutionary government of Somalia has also once for all

solved the problem of foreign languages, Europe's last stronghold in Africa, when in October 1972 Somali was made the sole official language of the nation and the Latin characters with slight modifications were chosen for writing the language." (Ministry of Information 1976, 31) Doch man ging noch weiter. Eine Glorifizierung der Entscheidung konnte im nachhinein vorgenommen werden, indem die Interessenidentität zwischen dem politischen System und den Massen und deren spezifischer Rolle herausgestrichen wurde. "It was surely a progressive step but the counter-revolutionaries, i. e. the elite who knew how to read and write in foreign languages, serving for international imperialism, resisted the implementation of this step. But the masses played the greatest role in defending their own historical achievement which they fought for centuries." (Ahmed Farah 1977, 43) Ausdruck findet diese Glorifizierung auch noch auf einer anderen Ebene, denn es ist eine in diesem Sinne vereinheitlichte Sprachregelung in Somalia feststellbar. So wird von jedermann bekundet, daß "die Entscheidung der Regierung in der Schriftfrage als die vielleicht wichtigste seit der Revolution anzusehen sei." - Und noch ein letzter Gesichtspunkt muß erwähnt werden: Die Kenntnis, daß sich auch die Westsomalische Befreiungsfront der lateinischen Schrift in ihren offiziellen Dokumenten bediente, hatte innerhalb der Reaktivierung nationalistischer Bezüge eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Der Hinweis, daß auch dies Ausdruck einer Verbundenheit mit den kämpfenden Landsleuten sei, blieb nicht ohne Wiederhall. Diese Zusammenhänge be-

schreibend stellte Lewis (1975, 304) denn auch fest: "... it was already apparent that the introduction of written Somali in the towns has led to a quickening of nationalist sentiment."

Das politische System erhielt neue Impulse, die in neuen Kampagnen ihren Niederschlag fanden, gleichzeitig aber auch das Maß innerer Systemstabilität erhöhten. So wurden nur ein halbes Jahr nach der Schrifteinführung, bis auf wenige Ausnahmen, all jene Politiker auf freien Fuß gesetzt, die nach dem Umsturz 1969 arrestiert worden waren.

Das Planwerkzeug Sprachpolitik hatte also offensichtlich die angestrebten Ziele erreicht: Zum einen war das Bewußtsein nationaler Einheit, das für weitere, das System mittel- und langfristig stärkende Aufbauprojekte notwendig sein würde, gestärkt worden; andererseits konnte kurzfristig eine systemstabilisierende Umsetzung erreicht werden, indem erstmals in größerem Maße Plakate und Printmedien zur politischen Sozialisation eingesetzt werden konnten.

Doch auch, oder gerade die rasche Umsetzung der getroffenen Entscheidung in die Alltagspraxis, die in der sprachlichen Somalisierung der Verwaltung ihren Ausdruck fand, brachte Erfolge. Diese konnten durch die harten Regularien, die nicht selten den Unmut der Vollzugsträger nach sich zogen (vgl. Omar Osman 1977) gesichert werden, denn wohlwissend, daß die Wirksamkeit von Reformen durch Widerstand im Personalbereich beeinträchtigt werden könnte, unterband man jegliche Gelegenheit zum abweichenden Durchführungshandeln. Dabei stellte insbesondere das Verbot, nach der Umstellungsphase von drei Monaten eine

Fremdsprache im offiziellen Amtsgebrauch zu benutzen, eine entscheidende Rolle. War damit der Widerstand im administrativen Bereich gebrochen, so entzog man möglicher Kritik aus anderen Bereichen durch direkte Anschlußaktionen den Boden. Die landesweite Mobilisierungskampagne für die Alphabetisierungsbemühungen in den Städten und den ländlichen Regionen wurden dabei in bemerkenswert kurzer Zeit durchgeführt, die Bemühungen um den Ausbau des Ausbildungswesens verstärkt vorangetrieben. Die Voraussetzung in beiden Fällen schuf die Exekutive durch die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel. Für den Erfolg entscheidend war jedoch, daß die Planung der Kampagne in zentralisierter Form ablief und einer ständigen Kontrolle seitens der politischen Führungsspitze unterlag. Barre (1979, 216) führte dazu aus: "All phases of this education campaign were pre-planned. There was nothing haphazard about it; it had no stop-gap-operations." Das Erziehungswesen spielt eine Schlüsselrolle in der Umsetzung sprachpolitischer Zielsetzungen. Whiteley (1971, 4) bezeichnet es als die einflußreichste Instanz, um eine bestimmte Sprachpolitik durchzusetzen. Welch eminent wichtige Rolle daher die Kampagnen für die Systemstabilität in Somalia spielten, wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß zwei der wichtigsten Mittel im Rahmen der politischen Sozialisation dem politischen System vor der Schrifteinführung und -verbreitung nicht bzw. nur in begrenztem Maße zur Verfügung standen: Es sind dies das Schulwesen und die Massenmedien. Durch beide wird die Hinwendung und Affinität des Individuums gegenüber dem Staat im

wesentlichen bestimmt, denn es besteht ein "Wechselbezug zwischen der Internalisierung gesellschaftlicher Normen seitens des Individuums und der Objektivierung individueller Interessen in den gesellschaftlichen Institutionen. Diese Herausbildung einer gesellschaftlichen Ethik steigert das Selbstregulierungspotential der Gesellschaft und reduziert die Regierungsprobleme: Der Staat wird in dem Maße von Normensetzung und -durchsetzung entlastet wie das Individuum die gesellschaftlichen Normen im Verlaufe seiner Sozialisation internalisiert." (Nonnenmacher 1980, 574)

Zur spezifischen Funktion von Massenmedien ¹² in Afrika führen Neher/Condon (1975, 222) aus, daß ihre Aufgabe darin bestehe, "to contribute to a feeling of "nationness", to act as the "national voice of planning", to teach new skills, to extend markets, and to help prepare people to play new roles as economic development proceeds." ¹³

So versuchte man in Somalia den Mangel an finanziellen Ressourcen und ausgebildetem Personal in den Bereichen von Presse und Bildungswesen durch ein erhöhtes Maß an Einsatz zu kompensieren. Daß man dabei erfolgreich war, fand seinen Ausdruck in der verstärkten Partizipation der Bevölkerung am Staatsgeschehen. Laitin (1981, 26) beschreibt einen Tatbestand, dessen Validität nicht zu überprüfen ist, jedoch in mehreren Gesprächen mir gegenüber bestätigt wurde: "In an interview with a Somali official, I learned that the volume of petitions of the government from nomadic group grew enormously in the wake of a general literacy drive after the adaption of Somali." Der Staat, das politische

System konnte in Kontakt treten mit seinen Bürgern. Omar Osman (1977, 804) gibt die Eindrücke eines jungen somalischen Distriktangestellten wieder: "Ich erinnere mich, damals war das Somali noch keine Schriftsprache, daß ich einmal ein Rundschreiben ... erhielt. Ich versammelte die Bevölkerung des Distrikts und erklärte ihr den Inhalt des Rundschreibens, das in Italienisch geschrieben war. Die Bevölkerung war enttäuscht. Sie fand keine Beziehung zum Inhalt des Schreibens. Da stand ein Mann auf und riet mir, ... den Inhalt mit eigenen Worten wiederzugeben. Ich nahm den Vorschlag an. Meine Erklärung war nicht sehr lang. Ich beschränkte mich genau auf den Inhalt des Rundschreibens. ... Die Leute waren nicht nur befriedigt, sondern begeistert. Ich begann die Bedeutung des geschriebenen Wortes zu unterschätzen. Aber die Einführung der somalischen Literatursprache machte mir dessen Bedeutung wieder bewußt. ... (Es) war nach der Einführung des Somali als Sprache der Verwaltung. Ich erhielt ein Rundschreiben ... Ich ließ die Leute des Distrikts rufen und erzählte ihnen von diesem Rundschreiben. Dann begann ich, den Inhalt mit eigenen Worten wiederzugeben. Da stand ein Mann auf und bat mich höflich, das Rundschreiben zu verlesen, statt es zu erklären. Ich tat dies. Die Leute waren glücklich und begeistert. Da entdeckte ich, daß die Sprache den Inhalt ausmacht. Gewiß sind Englisch und Italienisch entwickelte Sprachen, aber wir können uns durch sie nicht ausdrücken, wir können die Entwicklung, die wir anstreben, die Gedanken und Informationen, die wir dem Volke und anderen Regierungsbehörden mitteilen wollen, nicht ausdrücken."

Ist die Beschreibung der Situation gegebenenfalls auch überzeichnet, so sind die Implikationen und Auswirkungen der Schrifteinführung treffend beschrieben und man kann sicherlich vorbehaltlos feststellen, daß die Gesamtheit der nach der Entscheidung durchgeführten Aktionen dazu beigetragen hat, daß die intendierten Erfolge erzielt werden konnten.

Die entsprechenden Hinweise, welche Maßnahmen eine Schrifteinführung zu begleiten hätten, lagen schon seit geraumer Zeit vor, denn unter der Überschrift "Practical Recommendations" war als Abschlußkapitel des UNESCO-Reports (1966, 17) jener Handlungskatalog erschienen, den sich die Militärs schließlich zu eigen machten:

"Once the Somali Government has decided which script to adopt, some positive steps will be necessary to implement their decision without any unnecessary delay. Training courses for teachers will have to be organized and graded textbooks will have to be prepared for schools. ... The use of special radio programmes, accompanied by a well-illustrated booklet might also be of assistance ...

A permanent linguistic committee should be set up and entrusted with the task of producing a monolingual dictionary and later on bilingual dictionaries for Arabic, English, Italian, Russian etc.

A newspaper in Somali should be started as soon as possible after the decision on the script is taken. Periodicals and cheaply printed books (paperbacks) should be published, since a constant flow of reading materials is necessary to maintain literacy in the country."

Da es den Militärs jedoch nicht allein um eine Verankerung des eingeführten Schriftsystems ging, sondern diese nur Teil eines umfassenden Entwicklungskonzeptes war, überstiegen Zahl und Ausmaß der Anschlußaktionen die vorgegebenen Richtwerte. Eine Bewertung all dieser Maßnahmen muß dabei stets unter Berücksichtigung der Tatsache geschehen, daß die personelle und materielle Mittelausstattung des Landes ausgesprochen gering war. Es gab und gibt nicht genügend Linguisten, Planer etc., um allen Entwicklungsansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden.¹⁴ Auf die Schwierigkeiten der Kommissionsbesetzung 1961 war schon früher verwiesen worden, ebenso auf die fehlenden finanziellen Ressourcen bei der Rural Development Campaign. Und wenn von den Unzulänglichkeiten, die die Arbeit der National Language Commission begleiteten, gesprochen wurde, so nicht der Lächerlichkeit wegen, die das Fehlen eines Telefons oder einer Schreibmaschine in entwickelten Ländern hervorruft, sondern weil sie Ausdruck real existierender Engpässe sind, die die Möglichkeiten und den Zeitraum von Entwicklungsbedingungen und -maßnahmen bestimmen.

Eine Beurteilung der in Somalia betriebenen Sprachpolitik kann nur unter Berücksichtigung der weitreichenden Verzahnung des Schriftproblems mit anderen Bereichen des polit-ökonomischen Systems erfolgen. Es war einleitend schon ausgeführt worden, daß ein veränderter Sprachgebrauch Auswirkungen auf die gesellschaftliche Realität hat, gleichgültig wann oder wo ein solcher Wandel sich vollzieht. Zur Bestimmung der genauen Dimension dieses Prozesses in Somalia bedürfte es jedoch

einer differenzierteren Analyse des Gesellschaftssystems als sie innerhalb dieser Arbeit geliefert werden kann. Stellvertretend für die unterschiedlichen Bereiche, die tangiert wurden, sei darauf verwiesen, daß im instrumentellen Bereich, ein weiteres Auseinanderklaffen des Stadt-Land-Gegensatzes vermieden werden konnte, daß die kostenimplizierende Verdoppelung von Arbeiten (durch Übersetzen) abgeschafft und daß die Grundlage für eine erhöhte Effizienz politischer und ökonomischer Prozesse gelegt wurde. Darüberhinaus ist zu erwähnen, daß der Wechsel der offiziellen Sprachen sich nicht negativ auf Umfang und Form der internationalen Hilfeleistungen ausgewirkt hat. - Auch im symbolischen Bereich konnten die angestrebten Ziele erreicht werden. Die intendierte Verstärkung des Nationalgefühls war Ausgangspunkt für vielerlei Aktionen, die den Staatsaufbau vorantrieben. In diesem Sinne erwies sich die Sprachpolitik nicht als Erfüllungsorgan singulärer Interessen, sondern als die Ansprüche der Gesamtbevölkerung abdeckend.

Wendet man sich jetzt dem Feld von Planung, Entscheidung und administrativer Umsetzung als Einzelbereichen von Sprachpolitik zu, so kann man davon ausgehen, daß das Problem von Seiten der neuen Machthaber 1969 zumindest in der der Komplexität angemessenen Weise formuliert und analysiert wurde. Dann jedoch ist ein inkonsistenter Verlauf der Planungsphase spürbar. Eine Transformationseuphorie, die sicherlich im Rahmen der Setzung von hehren Ansprüchen ihren Wert und auch ihre Berechtigung hatte, die andererseits jedoch das politisch Mögliche

mitunter weit hinter sich ließ, band einen beträchtlichen Teil der zur Verfügung stehenden Kapazitäten, dies umso mehr als die Behandlung substantieller Bereiche nur in der obersten Führungsschicht vorgenommen wurde. Diese Struktur, verstärkt durch einen fehlenden administrativen Unterbau, machte nur eine sukzessive Behandlung kritischer Bereiche möglich. Die Zurückstellung anderer, wichtiger Themen war die zwangsläufige Folge. Dies erklärt auch den nur zögernden Beginn bei der Behandlung der Schriftproblematik. Nachdem man dieser jedoch Priorität auf der Liste der Entwicklungsaufgaben eingeräumt hatte, scheint eine intensive Erörterung in der obersten Führung erfolgt zu sein, bei der eine mittelfristige Vorgehensweise festgelegt wurde. Als Ausdruck von Planungsrationaltät ist dabei zu verstehen, daß adäquate Vorgaben zur Arbeitsweise des Expertengremiums festgelegt wurden, daß aber auch eine Blockierung der letztlichen Entscheidung in den politischen Führungsorganen vermieden wurde. Diese beiden Aspekte gemeinsam trugen dazu bei, daß es auch bei der administrativen Umsetzung, und das betrifft speziell die Bereiche von Verwaltung und Schule, keine Probleme gab.

Abschließend sei auf ein Phänomen verwiesen, das der Betrachtung der Sprach- und Schriftproblematik in Somalia einen besonderen Reiz verleiht. Es ist offensichtlich, daß inhaltliche Einschnitte dieses Bereiches nicht nur einhergingen, sondern identisch waren mit den Phasen nationaler und staatlicher Entwicklung. Daß es sich dabei nicht um ein zufälliges Oberflächenphänomen handelt, soll im folgenden aufge-

zeigt werden.

Bei der Sprach- und Schriftdiskussion sind eindeutig vier Abschnitte zu unterscheiden. Der erste währte etwa bis 1943 und wurde beendet durch die Gründung des Somali Youth Club. Die archaischen Strukturen werden erstmals mit der Neuzeit konfrontiert. Der latente Nationalismus, getragen von einer dünnen Schicht von Städtern, findet seinen Ausdruck in dem institutionalisierten Bemühen um die Einführung einer nationalen Schrift und löst damit die vielfältigen, individuellen Versuche ab. Dadurch wurde jedoch auch der Widerspruch einer anderen Gruppe auf den Plan gerufen. Diese gewann den Maßstab ihres Handelns - ebenso wie die Nationalisten - aus wertrationalen Kriterien, die ihren Ursprung im islamischen Glauben fanden. Bis 1960 vollzog sich die Auseinandersetzung dieser beiden Gruppen vor dem Hintergrund von Sprache und Schrift. Jenes Jahr markierte jedoch einen Schnittpunkt, der nicht allein durch die Erlangung der Unabhängigkeit charakterisiert ist. Vielmehr ist es der dialektische Inhalt der Staatsgründung, der als wesentlicher Faktor zu betrachten ist. So war es auf der einen Seite der latente Nationalismus, der die Staatsgründung erleichterte und offene Verteilungskämpfe in der Folgezeit unterband, andererseits war ein Erstarken des Nationalismus ein direkter Reflex dieses formalen Aktes der Staatsgründung. Der zuvor latente, sich nur bedingt manifestierende Nationalismus hatte die Hülle gefunden, aus der heraus er offen zum Durchbruch kommen konnte.

Eingedenk der zu Beginn gemachten Ausführungen über Sprache in einem

nationalistischen Kontext ist es klar, daß eine weitere Propagierung der arabischen Sprache sinnlos war und infolgedessen auch augenblicklich von der pan-arabischen Fraktion fallengelassen wurde. Trotzdem sind dichotome, ambivalente Züge bestimmend für das Bild der nächsten neun Jahre. Die Entwicklung des Staatswesens blieb hinter den Notwendigkeiten zurück, die legitimatorische Basis wurde durch Aufrechterhaltung und Stärkung der alten, vorstaatlichen Strukturen geschaffen. War das Nationalbewußtsein und der Wille zur Einheit vorhanden, so fanden sie doch nicht ihren Ausdruck in den linguistischen Zielsetzungen des politischen Systems. Eine Nutzung des Nationalismus gab es in dieser Frage nicht. Daraus läßt sich auch der scheinbare Widerspruch, der in der verminderten Unterstützung und der schwindenden institutionellen Verankerung der Osmania gesehen werden könnte, erklären. Denn während der Nationalismus allein in der Propagierung territorialer Ansprüche seinen Ausdruck fand, konnten die Befürworter pan-islamischer Vorstellungen ihren Einfluß behalten und so strebten islamische Geistlichkeit und die mit dieser verbundenen Kreise unvermindert nach einer Einführung der arabischen Schrift, ein Vorhaben, das sehr wohl mit dem nationalen Anliegen nach Entwicklung vereinbar war. Auf der anderen Seite hatten zweckrationale Bezüge an Gewicht gewonnen und dem lateinischen Schriftsystem immer mehr Unterstützung in der Verwaltung und in den Reihen der Städter gesichert; denn waren die Modernisierungstendenzen auch noch gering, so blieb die Gründung des Staates verbunden mit dem Anwachsen seines Apparates nicht ohne jegliche

Auswirkungen auf die Lebensbedingungen seiner Bürger. So vollzog sich in den ersten Jahren der Republik ein Wechsel in der Konstellation der Chancen, die den einzelnen Schriftsystemen hinsichtlich ihrer Einführung zugemessen werden konnten. Waren es in der Phase zuvor die Osmania bzw. die arabische Schrift gewesen, die Chancen zur Adaption besaßen, so waren es jetzt das lateinische und das arabische Schriftsystem. War es im Zeitraum bis 1960 die Gruppe der Befürworter der lateinischen Schrift gewesen, die einen Außenseiterstatus besaß, so fiel eine kaum anders zu gewichtende Position jetzt den Verfechtern der Osmania zu. Kaum verändert hatten sich jedoch jene gesellschaftlichen Bezüge, in deren Rahmen sich die endgültige Entscheidung in der Schriftfrage zu vollziehen hatte und so ist die zuvor zitierte Einschätzung, daß eine Entscheidung über das einzuführende Schriftsystem vor 1969 unmöglich war, als richtig zu bewerten. Die Strukturen des gesellschaftlichen Systems verhinderten den notwendigen Beschluß. Eine Änderung konnte erst mit Beginn der vierten Phase und den daraus resultierenden Einstellungswechseln erfolgen. Die Hinwendung zur Moderne unter Überwindung wertrationaler Bezüge bzw. deren funktioneller Nutzung ermöglichte viele der im letzten Jahrzehnt getroffenen Entscheidungen. So konnte durch den Einsatz des Nationalbewußtseins im Rahmen der Schriftdiskussion eine Transponierung des Schwergewichtes vorgenommen werden, indem die Sprache und ihr Gebrauch in den Vordergrund gestellt wurde, Schrift jedoch als nachgeordnetes Element, über das allein unter pragmatischen Gesichtspunkten zu entscheiden sei, dar-

gestellt wurde. Gerade der funktionelle Einsatz des Nationalismus - nicht allein im Rahmen des Schriftproblems - stellt eine veränderte Qualität dar. War durch die Staatsgründung 1960 der Umschlag aus einem latenten in einen evidenten Nationalismus begünstigt worden, so führte die Nutzung des Nationalismus nach 1969 primär nicht zu einer Transformation des Gesellschaftssystems, sondern zu einer Transformation eines nur formal existenten Staatsgefüges zu einem faktischen Staatswesen.

Dreierlei bleibt festzuhalten. Erstens, der nach 1960 evidente Nationalismus schuf nicht automatisch die Grundlagen für ein funktionierendes Staatswesen. Zweitens, die Entwicklung und Stärkung von Nationalismus und Staat in Somalia standen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Dabei ist jeweils eine zweistufige Entwicklung nachweisbar, in deren Rahmen die Staatsgründung als Katalysator für eine Stärkung des Nationalismus, der Nationalismus als Katalysator für eine Stärkung des Staates fungierte. Drittens, alle vier Phasen fanden in einer spezifischen Behandlung der Sprach- und Schriftproblematik ihren Ausdruck.

6. Zur Übertragbarkeit der somalischen Erfahrungen auf andere afrikanische Staaten

Hussein Adam (1979, 277) schrieb warnend: "Whenever we discuss African five year economic and social plans we must also learn to think and plan carefully in matters of cultural and language development." Legt man diesen Entwicklungsanspruch Glücks allgemeiner, doch komplexen Definition von Sprachpolitik zugrunde, so ist festzuhalten, daß die jungen Staaten bis heute viel Zeit ungenutzt verstreichen ließen. Bei Glück (1979, 209) heißt es:

"Sprachenpolitik ist die historisch jeweils spezifische

1. bewußte, d. h. zweckorientierte und zielgerichtete
2. planmäßige, d. h. eine die verschiedenen Stadien des intendierten Sprachveränderungsprozesses und sein Endergebnis antizipierende, folglich ein bestimmtes Sprachveränderungsmodell implizierende
3. praktisch organisierte, d. h. ökonomisch, sozial, politisch und ideologisch wirksame und systematische Durchführung und Kontrolle von praktischen Maßnahmen verschiedener Art durch den Einsatz der Machtmittel eines Staates oder relevanter gesellschaftlicher Organisationen."

Anspruch und Umfang dieser Definition werden nur wenige afrikanische Staaten gerecht: u. a. Tanzania und Somalia, Beleg dafür, daß Sprachen im Gegensatz zu anderen sozialen Feldern auch von Staaten mit einer materiell schwach ausgebildeten Ressourcenbasis als Objekt einer gesellschaftsverändernden Politik eingesetzt werden

können. Die steuerungstechnische Beeinflussung wird dabei stets jene sprachliche Kompetenz bei den Staatsbürgern zu generieren versuchen, die der Komplexität des staatlichen Aufbaus entspricht. Entsprechend der Notwendigkeit sich diesen Gegebenheiten anzupassen, wird daher die Sprachpolitik eines föderativen, kapitalistischen Staates andere Inhalte haben als die eines imperialistischen Staates; dessen sprachpolitische Konzeption wird sich ebenso deutlich von der eines unterentwickelten, feudal strukturierten Landes unterscheiden, selbst wenn es Analogien auf der Erscheinungsebene geben sollte.

Es konnte aufgezeigt werden, daß die Verhältnisse in Somalia 1969 an der Oberfläche sicherlich nicht identisch waren mit jenen in anderen afrikanischen Staaten. Bei näherem Betrachten lassen sich jedoch eine Reihe gleicher, ähnlicher, zum Teil die Problembewältigung sogar erschwerender Kriterien feststellen. Dabei sei nur an die geringe Bevölkerungsdichte oder die nomadische Lebensweise des Hauptteils der Bevölkerung gedacht, Faktoren, die dem Ziel der Verankerung der sprachpolitischen Konzeption zumindest erheblich finanzielle Belastungen aufbürdeten.

Die somalischen Erfahrungen rechtfertigen folgende Feststellungen: Sprache und Staat sind ein interdependent verwobenes Netz. Sprache kann keinen Staat schaffen, der Staat keine Sprache. Die gegenseitigen Beeinflussungen können jedoch beträchtlich sein. So war eine gemeinsame, von der gesamten Bevölkerung gesprochene Sprache kein Wert für sich, sie mußte genutzt werden, um ihren funktionellen Wert zu er-

fahren. Nur über den tatsächlichen Gebrauch konnte ihr symbolischer Wert vermittelt werden. Fortdauernde mangelnde Funktionalität hätte zu einer Abstumpfung gegenüber dieser Grundgemeinsamkeit geführt. Ein Eindringen in das Bewußtsein der Betroffenen, das in erhöhte Affinität gegenüber dem politischen System umschlug, wurde durch sinnvolle Anschlußaktionen erreicht. Planung wirft meist Folgeprobleme auf und diese ziehen ebensolche nach sich. Der iterative Prozeß ist unbegrenzt. Sicherlich verschieben sich im Laufe der Zeit die Ebenen und spätere Entscheidungen werden nicht so sehr dem Komplex der Sprachpolitik, als vielmehr dem der Sprachplanung zuzuordnen sein. Doch die institutionelle Grundlage, wie z. B. die Schaffung einer Sprach-Akademie, deren Aufgabe die weitere Entwicklung der offiziellen Sprache ist, wird durch Entscheidungen auf der politischen Ebene getroffen. Wesentlich bestimmt durch die von politischen Gremien bereitgestellten Mittel wird die Möglichkeit, sinnvolle Materialien zu erstellen, die notwendig sind, um - im Falle Somalias - einen Rückfall in den Analphabetismus bei breiten Kreisen zu verhindern.

Eine entscheidende Rolle bei sprachpolitischen Entscheidungen kommt der nachfolgenden Kontinuität zu. Die Bemühungen in dieser Hinsicht waren in Somalia augenfällig. Die Literacy Campaign in den Städten, die Rural Development Campaign und die Ausweitung des Schulsystems können als Beleg herangezogen werden. Damit ist jedoch ein Problemfeld angesprochen, das unter einem ganz speziellen Aspekt erhebliche Gefahren aufweist. Bislang war stets auf die positiven Effekte ver-

wiesen worden, die die Ausweitung des Ausbildungssektors für eine Verankerung der sprachpolitischen Entscheidung mit sich brachte. Dieser Tatbestand betont jedoch nur einen Wirkungsbereich. Daher darf es nicht unterbleiben, auch auf die existierenden Risiken hinzuweisen: Erfahrungen in vielen Staaten der Dritten Welt lehren, daß die Erweiterung von Bildungseinrichtungen nur selten die erhofften Impulse hinsichtlich eines Wirtschaftswachstums liefern konnten. Waren es zuvor Unwissenheit und Ignoranz, die eine Entwicklung blockierten, so entsteht jetzt ein anderer, restriktiver Kreislauf, der sich als hinderlich für den Entwicklungsweg erweist. Vom normativen Anspruch nach "Demokratisierung" ausgehend, beschreibt Elsenhans (1981, 160) dieses neue Phänomen: "Demokratisierung von Bildung erweitert die Schule, die Absolventen produziert, die nur der Staat beschäftigen kann und die er wegen des Konfliktpotentials, das im Falle ihrer Arbeitslosigkeit entstünde, beschäftigen muß. Die Schule als Instrument des sozialen Aufstiegs wirkt sich in einer Aufblähung der Verwaltungen und einer Erweiterung der Staatsklasse aus."

Eine solche Entwicklung war auch für den Ablauf in Somalia kennzeichnend. Schuf die 1972 getroffene Entscheidung, die sicherlich positiv zu bewerten ist und die auch nicht in Frage gestellt werden soll, einerseits ein erhöhtes Maß an Affinität und gleichzeitig die Voraussetzung für den Ausbau des Bildungswesens,¹ so war sie doch ebenfalls die Basis für verschiedene, durch die mangelnde Absorptionsfähigkeit des einheimischen Wirtschaftssektors bedingte, systemdestabilisierende

Elemente.² So griff man auch in Somalia auf den von Elsenhans beschriebenen Lösungsmechanismus zurück: Allen Sekundarschulabgängern wurde eine Einstellungsgarantie für den Staatssektor gegeben, dessen rapide Ausweitung in den letzten Jahren die zwangsläufige Folge war. Dies hatte negative Auswirkungen auf die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft.³ Ist die mangelnde Vorausschau dieser Entwicklung auch als Planungsdefizit im Rahmen der sprachpolitischen Konzeptionen zu betrachten, so haben sich die Hoffnungen auf erhöhte Mobilisierung und Partizipation erfüllen können.

Eingedenk dieser Erfahrungen ist den multilingualen, Fremdsprachen als offizielles Kommunikationsmittel nutzenden Staaten Afrika anzuraten, Bestrebungen zu unternehmen, die auf einen Wechsel der offiziellen Sprache hinzielen sollten. Die offizielle Sprache darf nicht länger eine exklusive, nur von einer Minderheit benutzte Sprache sein. Die Einwände, die die Unmöglichkeit eines solchen Schrittes behaupten, weisen Reh/Heine (1982) zurück, wenn sie ausführen: " Obwohl nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Förderung nur einer von mehreren Sprachen zu Reaktionen der anderssprachigen Bevölkerungsteile führen kann, ist es kurzschlüssig zu meinen, daß eine endoglossische Politik in multilingualen Staaten zu Sprachkonflikten führen muß. Da Vorteile einer offiziellen Amtssprache unbestritten sind, sollte der Problembereich Sprache und Tribalismus erneut und differenzierter untersucht werden."

Wenden wir uns daher der Frage nach der Übertragbarkeit der somalischen

Erfahrungen auf andere afrikanische Staaten zu. Bei der Darstellung der somalischen Situation wurde auf eine Untersuchung kognitiver Strukturen einzelner Entscheidungsträger oder sozialpsychologischer Verhaltensphänomene und deren Einfluß auf den Entscheidungsprozeß verzichtet, vielmehr wurde versucht, die wesentlichen Elemente, Strukturen und Funktionen des Planungs- und Entscheidungsprozesses zu erfassen. Dabei konnte aufgezeigt werden, daß die Möglichkeiten einer rationalen, in funktionellem Sinne konzipierten Sprachpolitik direkt korrelierte mit den die gesellschaftliche Struktur widerspiegelnden Phasen staatlicher Entwicklung. Da aber Sprachpolitik als Funktion politischer Herrschaft zu verstehen ist, stellt sich die Frage, ob das Scheitern sprachpolitischer Konzepte in vielen afrikanischen Staaten ein Indiz für die mangelnde Leistungsfähigkeit der politischen Systeme ist oder aber strukturell fehlende Voraussetzungen kennzeichnet? Die Situation in den einzelnen Staaten belegt eindeutig, daß Forderungen nach veränderten sprachpolitischen Inhalten nicht mit Nachdruck an das politische System herangetragen werden können, und wenn, so besitzen sie kaum Chancen der Durchsetzbarkeit, denn die politischen Institutionen nehmen diese Forderungen nur dann wahr, wenn deren Träger potentiell die Stabilität des politischen Systems gefährden könnten. Und selbst ein Eingehen auf diese Forderungen garantiert noch nicht deren Umsetzung, denn die politischen Kontrollen seitens gesellschaftlicher Gruppierungen sind in der Regel zu schwach. Resultat ist eine geringe Effektivität des politischen Systems. Diese,

bis 1969 auch in Somalia zu belegende Tatsache legt den Schluß nahe, daß die leitenden Impulse zur Klärung und Verbesserung der Sprachfrage in den afrikanischen Staaten nur von den politischen Eliten werden ausgehen können. Bedingung ist allerdings eine Änderung der Politikinhalte.

Da davon auszugehen ist, daß Sprachpolitik in afrikanischen Staaten im momentanen Stadium stets redistributive Elemente aufweist, wird eine Entscheidung über die zur Auswahl stehenden Alternativen ein konfliktgeladenes Problemfeld darstellen, dessen Beseitigung von der Perzeptions- und Prognosefähigkeit und der Fähigkeit zur Erstellung interdependenter Planungsfelder abhängig sein wird. Eine Realisierung des letztgenannten Punktes, die Einbettung der Sprachpolitik in eine Strategie eines autozentrierten Entwicklungsweges, ist in Somalia gelungen. Mit dieser Feststellung ist nicht der Versuch verbunden, Somalia zum alleinigen Erklärungsmodell erfolgreicher Sprachpolitik zu machen.

Eine ihre Berechtigung aus sich selbst ziehende Sprachpolitik wird in der Regel zu schwach abgesichert sein, als daß sie umfassende Unterstützung erwarten könnte. Um die Grenzen politischer Durchsetzbarkeit zu erweitern, wird sie daher in kompensatorischer Voraussicht eine Anzahl von Projekten initiieren müssen, die sich in materiellen Zugewinnen für die Betroffenen umschlagen: Dezentralisierung politischer Entscheidungsgewalt; ökonomische Förderung, infrastrukturelle Anbindung etc. jener Regionen, deren Sprache nicht zum offiziellen

Kommunikationsmittel erklärt wurde. Die Erfüllung dieser und anderer, zusätzlicher Kompensationsmaßnahmen könnte dazu beitragen, ein genügend breites Fundament an gemeinsamen Grundeinstellungen und Interessen in der Bevölkerung zu erzeugen, das Voraussetzung für eine weitgehende Stabilisierung des Systems wäre.

Diese Ausführungen konnten nicht die Aufgabe gehabt haben, ein detailliertes Anwendungskonzept für die Übertragbarkeit somalischer Erfahrungen zu erbringen. Es ist jedoch offensichtlich, daß eine konsistente Sprachpolitik - wie in Somalia nach 1969 - nur dann ein grundlegender Faktor für die Stabilität eines sich um erfolgreiche Entwicklung bemühen politischen Systems sein kann, wenn gewährleistet ist, daß der Wille der Mehrheit dauerhafte Anerkennung durch die unterlegene Minderheit erfährt, und daß Mittel zur Erhöhung der Konsensfähigkeit entwickelt werden.

ANMERKUNGEN

Einleitung

¹ Gründe der politischen Opportunität lassen es geboten erscheinen, von Namensnennungen im Text abzusehen. An dieser Stelle seien jedoch jene Personen genannt, denen das Wissen um Detailkenntnisse zu danken ist und auf deren Aussagen die Darstellungen der spezifischen Situation von 1969 bis 1972 aufbaut. Aus dem Kreise der befragten Politiker waren es insbesondere die Aussagen von Muse Rabileh Good, Omar Arteh Ghalib, Ahmed Mohamed Mohamoud und Mohamed Burale Ismail, die Verwendung im Text fanden. Seitens der National Language Commission waren es insbesondere die Ausführungen von Ahmed Artan Hange, Shirre Jama Ahmed, Yaasiin C. Keenadiid und Ahmed Ali Abokor, die wichtige Fingerzeige für die späteren Analysen lieferten.

1. Sprache im sozialen Kontext

¹ Wenn im Verlaufe der Arbeit von Afrika gesprochen wird, so ist stets das Gebiet südlich der Sahara unter Ausschluß der Südafrikanischen Republik gemeint.

² Fortes/Evans-Pritchard unterschieden zwischen drei Typen gesellschaftlicher Organisation in Afrika. Kleine, mobile, sich durch Jagd und Sammeln ernährende Gruppen stellen dabei das eine, zentralisierte, komplexe, staatsähnliche Gebilde das andere Extrem dar. Dazwischen angesiedelt sind all jene Gesellschaften, die zwar schon eine gewisse Komplexität aufweisen, denen es jedoch noch an übergreifenden politischen Strukturen mangelt.

Anmerkungen zu Seite 14 bis 18

³ Service (1962) nimmt eine Vierteilung in "bands", Stämme, Häuptlingstümer und Staaten vor, die sich sowohl in der Form ihrer gesellschaftlichen Produktion wie auch ihrer politischen Strukturen unterscheiden.

⁴ Solche Reiche gab es in Ost- (Buganda), in weit stärkerem Maße jedoch in Westafrika (Benin, Songhai, Ashanti, Mali etc.).

⁵ vgl. Elsenhans (1981, 37) und die dort angegebene Literatur zu diesem Aspekt

⁶ Zum Vorgang der linguistischen Zentralisation schreibt E. Bourciez (zitiert nach Calvet 1978, 39): "Es ist der Dialekt der Ile de France in der speziellen Form, in der er in Paris gesprochen wird, der aus politischen Motiven heraus über alle anderen als Sprache der Literatur triumphierte. Seit Ende des 17. Jahrhunderts behauptete er seine Vorherrschaft mit dem Erstarren der königlichen Macht und der daraus resultierenden administrativen Zentralisation."

⁷ zitiert nach Calvet (1978, 57)

⁸ Den Vorgang der Grenzziehung in Schwarzafrika beschreibt Lord Salisbury wie folgt (zitiert nach Calvet 1978, 48): "Wir haben es unternommen, in Karten von Gebieten, auf die noch nie ein weißer Mann seinen Fuß gesetzt hat, Linien zu ziehen. Wir haben die Gebirge, die Flüsse und die Seen unter uns aufgeteilt, kaum behindert durch die kleine Schwierigkeit, daß wir nie genau wußten, wo diese Gebirge, Flüsse und Seen liegen."

Anmerkungen zu Seite 19 bis 21

- ⁹ Diese Bemerkung bezieht sich auf eine Situation, in der von den Ländern der Dritten Welt eine vorbehaltlose Integration in das kapitalistische Weltssystem angestrebt wird.
- ¹⁰ vgl. dazu: Ellwein (1968), Ronge/Schmiege (eds.) (1971), Mayntz/Scharpf (eds.) (1973), Grottian (1974) und Lau (1975).
- ¹¹ In diesem Sinne führt auch Schütz (1971, 202) aus: "Beachten wir nun, daß alles Denken im strengen Sinne Sprache voraussetzt und damit nicht nur Gesellschaft und soziales Erbe, sondern auch eine in gewisse soziale anerkannte und verteilte Typen vorgegliederte Lebenswelt."
- ¹² Zur Bedeutung der materiellen Kultur führt Graburn (1969, 467) aus: "Comperative data also suggest that the production of a peculiarly "ethnic" art in a rapidly changing socio-cultural environment functions as an identity-maintaining mechanism."
- ¹³ Der Tatbestand, daß linguistische Kriterien einhergehen mit deutlichen Unterschieden in Einkommen und Lebensstandard läßt sich auch in "begüterten" Nationen wie Belgien und Kanada feststellen. So gab es in Kanada zeitweilig sogar spezielle Regierungsprogramme, die französischsprechenden Personen den Aufstieg in die ihnen zuvor weitgehend verschlossenen Spitzenpositionen von Wirtschaft und Verwaltung sichern sollten.

Anmerkungen zu Seite 25 bis 31

2. Sprache und Gesellschaft

- ¹ In diese Kategorie fallen all jene Sprachgesellschaften, die sich der Pflege und Förderung der Muttersprachen annahmen. Als Vorbild diente meist die Accademia della Crusca in Florenz. Zu den angesehensten dieser Gesellschaften in Deutschland zählten im 17. und 18. Jahrhundert die "Fruchtbringende Gesellschaft", die "Auffrichtige Tannengesellschaft" und die "Deutschübende Gesellschaft".
- ² Der Vorgabe Kloss' (1967, 7) folgend kann ein Staat als monolingual betrachtet werden, wenn 97% der Bevölkerung eine gemeinsame Muttersprache besitzen.
- ³ Für definitorische Probleme bei Termini wie offizielle Sprache, Nationalsprache, lingua franca, Verkehrssprache etc. vgl. Heine (1979).
- ⁴ Die Relativität bzw. welch breitem Spektrum der Statuszumessung eine Sprache unterliegen kann, läßt sich am Beispiel des Französischen ablesen. Weltweit mit einem hohen Status versehen, genießt es in Kanada im Verhältnis zum Englischen geringe Wertschätzung.
- ⁵ Erstmals offizielle Erwähnung finden die sprachlichen Probleme Schwarzafrikas auf dem Parteitag der Convention Peoples' Party 1962 in Kumasi, Ghana.
- ⁶ In der neueren Literatur sind andere Begriffe zur Charakterisierung dieser Gruppe vorgeschlagen worden. So spricht Elsenhans von einer Staatsklasse und definiert sie wie folgt (1981, 122): "Die Staats-

Anmerkungen zu Seite 31 bis 45

Klasse umfaßt alle im öffentlichen Sektor Beschäftigten (Verwaltung und Staatsbetriebe), die gegenüber dem Durchschnitt der Arbeitskräfte über höhere Einkommen, höhere Partizipationschancen und höheres Prestige verfügen."

7 *Révue africaine*, 9. April 1976, zitiert nach Elsenhans (1981, 149)

8 Dieser Tatbestand entspricht dem in der politischen Anthropologie vertretenem Konzept, daß Vertreter einer dominanten, mit positiver sozialer Identität ausgestatteten Gruppe nicht motiviert sind, diesen Status aufzugeben und freiwillig eine Änderung des Verhältnisses zwischen der eigenen und einer subordinierten Gruppe vorzunehmen.

9 Zu diesem Ergebnis kam auch eine Studie Scottons (1971) über die Verhältnisse in Kampala. Dort blieb, trotz Propagierung des Swahili, Englisch die dominante Sprache der Verwaltung. Empirische Untersuchungen ergaben, daß englischsprechende Personen von einer Befragungsgruppe stets eine gehobene Stellung und damit einhergehend ein hoher Status zugeschrieben wurde.

10 Dabei muß jedoch betont werden, daß nur wenige Militärputsche in Afrika von Massenmobilisierungen begleitet wurden.

11 Die Kalkulation eines Betriebes stellt die Kosten für Material, Löhne und Vorprodukte den Erlösen, die durch den Verkauf der produzierten Güter erzielt werden, gegenüber. In einer dergestalteten Kalkulation mit einem absehbaren Zeitrahmen ist es verhältnismäßig einfach, die Relation der inputs zu den outputs zu gewichten, und zu prüfen, ob das geplante Vorhaben einen Gewinn erbringt. Zu vergleichen ist letztlich

Anmerkungen zu Seite 45

nur das Verhältnis der jährlichen Einnahmen und der jährlichen Ausgaben. Aus dem Vergleich dieser beiden Größen ergeben sich Gewinn oder Verlust. Bei einem privaten Investor wird das Gewinnmotiv über die Vornahme einer Investition entscheiden.

Ist der cost-benefit-Ansatz letztlich nur eine Übertragung geschäftlicher Managementmethoden auf den Bereich des Regierungswesens, so gibt es doch augenfällige Unterschiede. Ist ein Betrieb nur den Kriterien des eigenen Erfolgs verpflichtet, so hat sich - idealiter - das politische System als Repräsentant des Volkes an den Leitsätzen öffentlichen Interesses auszurichten. Dadurch wird der Bezugsrahmen einer Kalkulation nach dem cost-benefit-Modell weiter und diffuser. Während Kosten häufig noch zu identifizieren sind, beinhaltet die Nutzenseite zumeist eine langfristige Komponente, deren Evaluierung weit größere Schwierigkeiten verursacht. Dies trifft zu bei staatlichen Ausgaben für den Sozialbereich, aber auch für Infrastrukturmaßnahmen. Insbesondere der Nutzen aus sprachpolitischen Entscheidungen wird schwer zu quantifizieren sein, da dieser häufig erst mit einem gewissen time-lag eintreten wird. Dadurch ergibt sich das Problem, daß im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Investitionen die Beurteilung der Vorteilhaftigkeit einer Investitionen unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten weit problematischer ist. Konkret heißt das: Die monetären Gesamtkosten, die z. B. eine Entscheidung zugunsten einer exoglossischen Sprachpolitik nach sich zieht, können recht genau bestimmt werden, fließen in sie doch die Mehrausgaben für qualifizierteres, über Fremdsprachenkenntnisse

Anmerkungen zu Seite 45 bis 57

verfügendes Lehrpersonal und für eine verlängerte Ausbildungszeit (bei möglicherweise schlechteren Ergebnissen) ein. Vorteile einer endoglossischen, auf einem einheimischen Kommunikationsmedium aufbauenden Sprachpolitik sind zwar zu identifizieren und zu lokalisieren, jedoch weit ungenauer zu quantifizieren: So kann zwar die Kostenersparnis durch den Wegfall von Dolmetschern, fremdsprachlichen Lehrern bemessen werden, nicht jedoch die höhere Effizienz der Verwaltung, gesteigerte Lehrerfolge und erweiterte Partizipations- und Mobilisierungsmöglichkeiten.

Degleichen ist es unmöglich zu gewichten, welche Wertzuwächse einer Volkswirtschaft durch den Umstand zufließen, daß qualifizierte Personenkreise nicht länger auf Grund linguistischer Kriterien der Zutritt zum öffentlichen Sektor verwehrt wird.

¹² zitiert nach Halgan (9, 34)

¹³ Auf diese Gefahr wurde schon frühzeitig hingewiesen. Vgl. L. J. Lewis (1962) und Nyerere (1967).

¹⁴ Mulira, E. M. K.: Vernacular in African Education, London: Longman, Green and Co., 1951, p. 13, zitiert nach: Hussein M. Adam 1968, 114

¹⁵ Diese Ansicht erfreut sich jedoch nicht ungeteilter Anerkennung. So wird sie von Tauli (1968, 13) als "un unfounded hypothesis which has never been tested" verworfen.

¹⁶ Eine entsprechende, auf das Feld der Kunst verengte Bemerkung macht Monaco (1980, 15), wenn er ausführt: "Ursprünglich konnte man Kunst nur zur "tatsächlichen Zeit" produzieren: Der Sänger sang das Lied,

Anmerkung zu Seite 57 bis 68

der Geschichtenerzähler erzählte die Geschichte, die Schauspieler spielten das Drama. Die Entwicklung des Zeichnens und (durch Bildsymbole) des Schreibens in der Frühgeschichte stellte einen Quantensprung in den Kommunikationssystemen dar. Bilder konnten gespeichert, Geschichten aufbewahrt werden, um später genau wiederholt zu werden. Durch siebentausend Jahre hindurch war die Geschichte der Künste hauptsächlich die Geschichte dieser "Symbolmedien": der bildlichen und der sprachlichen."

¹⁷ Man darf sich nicht vorstellen, daß die Substitution des einen durch das andere System sich innerhalb kurzer Zeit vollzog. Lange Zeit existierten beide Systeme - Tonzeichen und die aus ihnen entstehende Schrift - nebeneinander.

¹⁸ Ebenso wie die Sprache unterliegt auch die Schrift einer staatlichen Normierung: Einheitlich zur Blütezeit des Römischen Reiches entwickelten sich nach dessen Untergang verschiedene territoriale Ausformungen der lateinischen Schrift. Erst im Rahmen der Zentralisierungsbestrebungen Karls des Großen kam es wieder zu einer Entwicklung einer einheitlichen Schrift, die die Grundlage für das heute gebräuchliche Kleinbuchstaben-Alphabet schuf.

3. Grundzüge der Geschichte Somalias

¹ vgl. dazu Andrzejewski/Lewis (1964, 37/38) und Moreno (1955)

² Diesen Tatbestand beschreibt auch Nuruddin Farah, der international

Anmerkungen zu Seite 68

bekannteste Schriftsteller Somalias, wenn er in seinem Buch "From a Crooked Rib" über die Verständigungsprobleme seiner Hauptperson Asha berichtet als diese, aus dem Norden kommend, sich in Mogadishu ansiedelt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, einen Rückbezug auf die schon in Kapitel 2 angesprochene Inkonsistenz bei der Beurteilung der Frage, was als Dialektform einer Sprache zu bezeichnen ist, vorzunehmen. Andrzejewski/ Lewis (1964, 38) vergleichen den Unterschied zwischen den einzelnen Sprachmanifestationen des Somali mit dem, der zwischen Spanisch und Italienisch oder Polnisch und Russisch besteht. Ließen sich die beiden letztgenannten Paare unter einem diachronischen Bezug gegebenenfalls als Dialektform einer gemeinsamen Ausgangssprache bezeichnen, so ist dies unter synchronischer Betrachtungsweise nicht zulässig.

Eine abschließende Klärung über die tatsächlichen Unterschiede der einzelnen "Dialekte" kann an dieser Stelle nicht erfolgen, denn in den knapp zwanzig Jahren, die seit dem Erscheinen des Buches von Andrzejewski/Lewis vergangen sind, gab es keine fundierten Veröffentlichungen zu diesem Themenkreis. Zwar sind in der wissenschaftlichen Literatur in den letzten Jahren in verstärktem Maße Fragen der Phonologie, Morphologie und Syntax des Somali behandelt worden, doch erst die Veröffentlichung der von M. Lamberti 1981 in Somalia gesammelten Materialien wird nähere Aufschlüsse über Dialektformen des Somali ermöglichen.

Anmerkungen zu Seite 69 bis 78

³ Ferguson (1968, 8) bezeichnet dergestalt dominante Dialekte als Standardformen und führt dazu aus: "... the process of one variety of a language becoming widely accepted throughout the special community as a supra-dialectical norm, i. e. the "best" form of language rated above regional and social dialects."

⁴ Einen kurzen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage vermittelt der Artikel von Leymarie (1976). Ausführliche Darstellungen bieten Thompson/Adloff (1968) und Saint-Verain (1977).

⁵ Die Bruderschaften spielten innerhalb der Glaubensvorstellungen der dem schafaitischen Zweig des Sunnismus anhängenden Somalis im ausklingenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Rolle. Die Bruderschaften unterschieden sich hinsichtlich der Liturgie und dem Grad ihres religiösen Konservatismus, was zuweilen zu ausgeprägten Rivalitäten führte.

Zu den einflußreichsten Bruderschaften in Somalia zählte die Salihya. Daneben sind die Qadiriya, die als erste schon ab dem 15. Jahrhundert in Somalia Verbreitung fand, die Rifaiya und die Ahmadiya zu nennen.

⁶ Exportgüter 1970 - 1975 - 1980 (in %)

	1970	1975	1980
Lebendvieh	53,0	66,5	76,2
Fleisch	3,0	7,7	0,8
Fisch	0,7	2,0	0,2
Bananen	28,0	11,9	6,1
Felle und Häute	6,6	4,6	5,0
Myrrhe und Weihrauch	1,3	1,3	2,6
andere Güter	7,4	6,0	9,1

Quelle: 1970: Ministry of National Planning, Somalia - Country Pro-

Anmerkungen zu Seite 78 bis 83

gramme for the 1980's; 1975: Wirtschaftsdatenblatt der Bundesstelle für Außenhandels-Information; 1980: Central Bank Report 1980

⁷ 1963 waren erst 7.7%, 1970 aber schon 15.4% der Bevölkerung in Städten ansässig. Bis 1978 hat sich deren Zahl schon auf 19% erhöht.

Urbanisierungstendenzen sind insbesondere im Süden des Landes feststellbar. Den größten Zustrom hatte dabei die Hauptstadt Mogadishu zu verzeichnen. Von 16.000 (1920), über 78.000 (1950) und 350.000 (1973) wuchs sie zwischenzeitlich - nach Schätzungen - auf 420.000 Einwohner an.

vgl. auch: Weltbank-Report (2881a - So), Somalia - Agricultural Sector Review

⁸ zitiert nach African Contemporary Records (1971/72, 189)

⁹ Daß sich zeitlich parallellaufend zu diesem Prozeß administrativer Dezentralisation eine andere, entgegenlaufende Tendenz vollzog, kritisiert Mohamoud Hassan (1980, 4): "Soon after the coup the military ruling elite went about consolidating its power by monopolizing political and economic powers. By 1973 at least 117 senior army officers held full-time positions in the administration, filling all executive positions in local and regional governments ... Since only the ruling segment of the military was benefitted disproportionately from its monopoly of the state apparatus, challenges to its rule were bound to arise."

Kann beim momentanen Stand des Wissens um die Strukturen des politi-

Anmerkungen zu Seite 83 bis 92

schen Systems und dessen Funktionsweise zumeist nur spekuliert werden, so führt Osman Mohamoud als Erklärung für die Monopolisierungstendenzen jener Zeit den Erfolg bei den Massenkampagnen an. Er schreibt (1981, 8): "In retrospect, the centralizing tendencies were inherent in the military regime, but a succession of mass mobilization campaigns led to the dramatic concentration of power and the escalation of authoritarian tendencies and its progressive decay."

¹⁰ vgl. speziell "Dawn" am 30. Oktober 1970. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß jede der Kampagnen publizistisch begleitet und aufbereitet wurde und über Wochen und Monate Schwerpunktthema in den staatlichen Publikationen (Stella d'Ottobre, Dawn) war.

¹¹ vgl. zu diesem Komplex auch das Buch von Nuruddin Farah "Sweet and Sour Milk", in dem eine kritische Abrechnung mit der politischen Situation in Somalia vorgenommen wird.

4. Das Sprach- und Schriftproblem in Somalia

¹ So spricht Schmitt (1980, 150 f.) von neun Schriften im westafrikanischen Raum von Sierra Leone bis Kamerun.

² Diese sind publiziert worden in: Moreno (1955, 365/366) und Cerulli (1964, 118/119 und 128/129).

Anmerkungen zu Seite 93 bis 104

- ³ Ist man nicht an der Adaption schon bestehender Schriftsysteme interessiert, sondern um die Einführung eines neuen bemüht, so stößt man schon bald an Grenzen, denn: "... while the number of graphic signs is theoretically unlimited, the number of simple and clear graphic signs is very small and many scripts which are historically completely unrelated show considerable accidental similarities." (UNESCO-Report 1966, 7)
- ⁴ Das Ende der zwanziger Jahre von den Italienern in Angriff genommene Vorhaben einer Meerwassersalzgewinnung in Ras Hafun, in dessen Aufbauphase annähernd 5000 Arbeitskräfte beschäftigt wurden, stellt selbst heute noch das größte, jemals in Somalia betriebene Industrie-
projekt dar. - Die während des 2. Weltkrieges beschädigten Produktions-
anlagen wurden später jedoch nicht instand gesetzt. Erst in jüngster
Zeit werden wieder Pläne eines Wiederaufbaus diskutiert.
- ⁵ zitiert nach Pankhurst (1951, 210)
- ⁶ zitiert nach Pannkurst (1951, 212)
- ⁷ Steht diese Aussage auch in klarem Widerspruch zu den zuvor be-
schriebenen Verhältnissen bezüglich der Schulsituation während der
italienischen Kolonialzeit, so ist es nicht möglich, an dieser Stelle
zu einer Klärung beizutragen, da das Quellenmaterial zu unzulänglich
ist.
- Es sei jedoch noch auf die z. T. wenig übereinstimmenden Daten hinge-
wiesen, auf die man bei der Bearbeitung der unterschiedlichsten Themen-

Anmerkungen zu Seite 104 bis 113

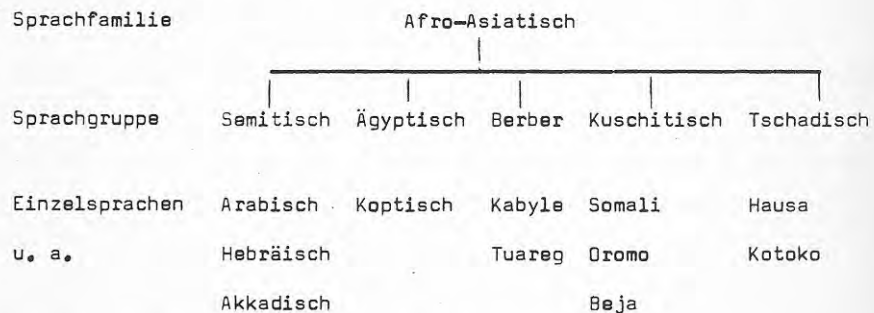
- bereiche stößt. So differieren die Angaben zu Schüler und Be-
schäftigungszahlen, zu Ausgaben der Kolonialmächte in den ver-
schiedenen Sektoren, zu Einwohnerzahlen etc. beträchtlich. Dies
gilt nicht allein für Angaben, die sich auf die Zustände während der
Kolonialzeit beziehen, sondern gleichermaßen für die auf die heutigen
Verhältnisse bezogenen.
- ⁸ Bei diesem und allen anderen italienischen Zitaten wird eine Über-
setzung geliefert werden.
- "Welcher somalische Dialekt soll als Nationalsprache eingeführt und
welche Schrift gebraucht werden?"
- ⁹ "Die arabische Sprache ist einheitlich (ohne Dialekte, Th. L.) und
wird in allen islamischen Ländern verstanden, während das Somali
nicht einheitlich ist und aus verschiedenen Dialekten besteht. ...
Das Arabische ist sehr verbreitet und eine reiche Sprache, sei es
bezüglich seines Vokabulars wie auch hinsichtlich seiner Literatur.
... Man kann es als "internationale" Sprache betrachten. ... Es ist
bereits weitestgehend bekannt in Somalia, weil die Somalis alle
Mohammedaner sind ... Daher ist die Einführung der arabischen Sprache
notwendig, um Somalia kulturell und politisch mit all den anderen
islamischen Staaten zu verbinden."
- ¹⁰ So heißt es im Status der "Society": "Es ist notwendig
1. das Suchen und Sammeln von Büchern, die über die somalische

Anmerkungen zu Seite 113 bis 115

- Sprache handeln, voranzutreiben, die Bücher zu studieren und Studien zu veröffentlichen;
2. eine Verbesserung der somalischen Schrift (der Osmania, Th. L.) anzustreben;
 3. das Somali in allen sozialen Angelegenheiten zu benutzen;
 4. eine Säuberung der somalischen Sprache durch Zurückweisung sämtlicher ausländischer Begriffe zu betreiben;
 5. eine Einigung in Hinsicht auf die exaktesten Ausdrücke der Sprache zu erzielen;
 6. eine Übersetzung der besten ausländischen Bücher in das Somali vorzunehmen;
 7. die somalische Kunst und Literatur aufleben zu lassen;
 8. ein somalisches Sprachinstitut zu gründen;
 9. das Somali sowohl im kulturellen Kontext wie auch als Unterrichtssprache zu verwenden;
 10. die notwendigen Maschinen für den Druck von Büchern in somalischer Schrift zu beschaffen."
 - 11 Ein beträchtlicher Teil dieser Materialien wurde ab 1958 in der von der "Society" herausgegebenen Zeitschrift "Sahan" publiziert. Allerdings erschien dieses Journal nur kurze Zeit; wurde ab 1966 unter dem Namen "Horseed" dann erneut herausgegeben.
 - 12 Eine Auswahl dieser Briefe ist zu finden in: Somaliya (1968). Auch italienische Wissenschaftler (L. Ricci, M. Maino, M. M. Moreno) nahmen durch verschiedene Beiträge an dieser Diskussion teil.

Anmerkungen zu Seite 116 bis 119

- 13 zitiert nach: Somaliya (1968, 168)
"Somalia den Somalis, Somali den Somalis."
- 14 Die Einteilung der afro-asiatischen Sprachfamilie sieht folgendermaßen aus, wobei zu betonen ist, daß häufig mehrere Einzelsprachen, die miteinander verwandt sind, zusammengeschlossen werden und so Untergruppen der einzelnen Sprachgruppen konstituieren. Auf diese Zwischenstufen wird in der folgenden Darstellung verzichtet:



Seit kurzer Zeit wird als sechste afro-asiatische Sprachgruppe das Omotische mit Einzelsprachen wie Dizi, Janjero und Ometo geführt.

- 15 "... wir bevorzugen das Arabische als offizielle Sprache für dieses Land."
- 16 "Die arabische Sprache ist die offizielle Sprache der SYL und der gesamten Bevölkerung. Gott hat die arabische Sprache diesem somalischen Volk gegeben, das integraler Bestandteil der islamischen Welt ist."

Anmerkungen zu Seite 121 bis 127

- 17 "In der Jugend die soziale Kultur stärken, den nationalen Begriff und die Ausrottung des Analphabetismus mittels Propagandaversammlungen und dem Aufbau von Schulen unter entsprechender Beachtung und Respektierung der Gebote der islamischen Religion und besonderer Gewichtung des Unterrichts der offiziellen Sprache, Arabisch. Gleichzeitig auch im Bewußtsein, daß die Generalversammlung beschlossen hat, daß sie somalische Sprache in somalischen Schriftzeichen geschrieben werden soll. Diese Schriftzeichen werden nach dem Willen des Volkes von der somalischen Regierung ausgewählt und eingeführt werden, wann immer sie es für angebracht hält. Jedenfalls ist es den Mitgliedern der Partei verboten, die somalische Sprache mit fremden (lateinischen, Th. L.) Schriftzeichen zu schreiben."
- 18 "Daher schließe ich die Bitte an ..., das afrikanische somalische Volk nicht in ein arabisches Volk zu verwandeln, was es nicht sein will."
- 19 "Ich wiederhole: Wir dürfen den Westen nicht hassen, weder pauschal seine Kultur und seine Völker, noch im speziellen die lateinische Schrift. Diese Schrift führt uns, auch wenn sie im Westen entstanden ist, in der Zukunft zum Licht. Heute ist der Westen der Vater der modernen Zivilisation, daher die Bedeutung der lateinischen Schrift. Die lateinische Schrift bewirkt Häresie und Politeismus?"

Anmerkungen zu Seite 127 bis 137

- Nein, moslemischer Bruder, die Schrift ist ein Werk des Menschen, und nicht Gottes."
- 20 Hier sind besonders die Arbeiten von Reinisch, Berghold, Schleicher und v. Tiling zu nennen.
- 21 Zu diesem Personenkreis zählen Hunter, King und Kirk.
- 22 Corriere della Somalia, 21. Januar und 5. Februar 1957, zitiert nach Laitin (1977, 102)
- 23 La Tribuna, 15. Juni 1967, zitiert nach Hussein M. Adam (1968, 33)
- 24 Neben den drei Genannten nahmen Khalif Sudi, Mohamed S. Ladane, Sheikh Ibrahim Hashi, Mustaf Sheikh Hassan und Yusuf Meigag an den Beratungen der ersten Kommission teil. Nach der Neukonstituierung kamen Ali Sheikh A. Quitbi, Abucar Fodaddeh und Addow Sheikh Ali als neue Mitglieder hinzu.
- 25 So setzte sich die Kommission das Ziel, "to find an alphabet which as far as possible:
1. is phonetic;
 2. is simple in form;
 3. has as small a number of diacritics as possible;
 4. has no signs in it having more than one function;
 5. does not have signs differentiated by means of diacritics only;
 6. does not have diacritics representing the basic sounds of the language;
 7. has printing machines available in the country;
 8. conforms to the International Morse Code System;

Anmerkungen zu Seite 137 bis 149

9. has been standardized;
 10. is based on an alphabetic system;
 11. is economical as far as possible from all points of view;
 12. has cursive as well as printing forms;
 13. is a unique kind of alphabet;
 14. can cover all the basic sounds of all the Somali dialects;
 15. can be further modified, if necessary;
 16. is already known in the country;
 17. has signs with consistent sound values."
- 26 Die UNESCO-Delegation des Jahres 1965 nahm eine dezidiertere Einstufung von Osmania und Kaddaria vor: "It (die Kaddaria, Th. L.) is more satisfactory than Osmania if one considers the number of signs, but their grouping and shapes are subject to the same criticism." (UNESCO-Report 1966, 9)
- 27 So war zu lesen: "If there is a conflict between the English text and the Italian text of this Law the former shall prevail." oder vice versa
- 28 Ministry of Education: Our Educational Policy in the Light of Deliberations, Conclusions, and Recommendations of the Conference of African States on the Development of Education in Africa. Held Jointly by UNESCO and E.C.A. at Addis Ababa, 15 - 26 May, 1961, p. 4; zitiert nach Laitin (1977, 106)
- 29 zitiert nach Hussein M. Adam (1968, 50)

Anmerkungen zu Seite 152 bis 161

- 30 Zwar umfaßte die Befragungsgruppe nur 200 Personen, doch kann den Aussagen eine gewisse Repräsentativität zugemessen werden, da die Befragten aus allen Teilen Somalias kamen, in verschiedenen Ländern studiert hatten und in unterschiedlichen Ministerien arbeiteten.
- 31 Das entsprach bei der damaligen Bevölkerungsstärke einer Zahl von 1500 bzw. 170 Personen.
- 32 Charakteristisch war die Situation der Wahlen 1969. Über 1000 Kandidaten bewarben sich um die 123 Parlamentssitze. - Mit Ausnahme eines Abgeordneten schloß sich später die gesamte Opposition der Mehrheitsfraktion der SYL an.
- 33 Andere große Kontingente studierten in der UdSSR (451), Ägypten (179), der Bundesrepublik Deutschland (131) und der CSSR (52).
- 34 So hieß es in Law No. 40 (18. Mai 1971) unter dem Titel "Revolutionary Orientation Courses for Graduates before employment" unter Art. 7: "After the completion of the course, if any graduate is found not proficient in English or Italian or both, he shall be required to undergo a language course for a period of not less than six months."
- 35 Hierbei beziehe ich mich auf Aussagen, die im Rahmen der Interviews gemacht wurden.
- 36 So hieß es in Dekret No. 256 des SRC vom 8. Juni 1971 unter Art. 3: "The Commission shall submit its recommendations through the Secretary of State for Education to the Supreme Revolutionary Council

Anmerkungen zu Seite 161 bis 169

which is the competent authority to decide upon the adoption of an appropriate official Somali script. Pending the final decision of the Supreme Revolutionary Council with regard to the adoption of the official Somali script, the Commission in the exercise of its discretion may prepare text books and reading materials in any selected script without any duplication."

- 37 Großzügigere Zuwendungen gab es erst nach dem Jahre 1972, denn 1973 wurde die "Somali National Academy of Arts, Sciences and Literature" gegründet, in deren Verantwortungsbereich die Kommission mit neuen Aufgabenzuteilungen angesiedelt wurde.
- 38 "Jalle" hatte ursprünglich die Bedeutung: Kamerad, Bruder. Ab 1971 wurde der Begriff als Titel für die Mitglieder des SRC verwendet; später setzte er sich, von der politischen Führung propagiert auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen durch.
- 39 Während aller drei Berufungen hatte es keine Änderungen im Arbeitsstil der Kommission gegeben. In den vierzehntägigen Plenartreffen erfolgte die Berichterstattung über die Fortschritte in den einzelnen Arbeitsgruppen. Von diesen gab es während der ersten Phase fünf (Linguistik; Mathematik und Naturwissenschaften; Geographie und Geschichte; Wörterbuch; Fachtermini) und während der zweiten Phase sechs (Linguistik; Mathematik; Sozialkunde; Gesundheit; Wörterbuch; Fachtermini). Erwähnenswert ist, daß die Arbeit der Kommission diesmal einer nur geringen personellen Fluktuation unterlag.

Anmerkungen zu Seite 169 bis 173

- 40 Bei ihrer Zusammenstellung mußten natürlich Wortschöpfungen für alle gesellschaftlichen Bereiche vorgenommen werden: Politik, Recht, Erziehung, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Technologie. Dabei kamen drei Methoden in Anwendung:
1. Man versuchte vorhandene, zum Teil archaische und wenig gebräuchliche somalische Begriffe zu nutzen und ihnen neue Bedeutungen beizulegen;
 2. durch die Kombination zweier oder mehrerer somalischer Worte wurden Begriffe mit vollständig neuen Bedeutungsinhalten geformt;
 3. es erfolgte die Übernahme der international gebräuchlichen Bezeichnungen. Dabei wurde jedoch eine Angleichung an das phonologische System des Somali vorgenommen.
- Zu diesem speziellen Aspekt von Sprachplanung liegt eine Fülle von Einzelstudien vor: Andrzejewski (1979, 63), Omar Osman (1977, 798), Halgan (13, 39; 23, 30 und 36, 16). In all diesen Artikeln findet sich auch eine Reihe von Beispielen.
- Auf den besonderen Einfluß des Rundfunks in dieser Hinsicht verweist Andrzejewski (1971, 266).
- 41 vgl. das Kommissionsprotokoll vom 13. Oktober 1972
- 42 Diese Vorgabe wurde eingehalten; mittlerweile findet sogar ein Teil des Universitätsunterrichts in Somali statt.
- 43 Die Übersetzung des somalischen Textes erfolgte durch Abdinassir Sheikh.

Anmerkungen zu Seite 173 bis 176

44 Der genaue Text lautet: "

Article 1

Adoption of official script for the Somali Language

With effect from 21st October 1972 "Somali" shall be the only official language of the State and the latin alphabet shall be the official script for writing the National Language.

Article 2

Use of Somali Language as a medium of instruction in schools

The Ministry of Education shall, within three years from the date of entry into force of this Law, introduce the Somali Language as a medium of instruction in schools. To this end, the said Ministry shall adopt the necessary measures for printing and publication in the Somali Language of school text books and other basic educational materials."

45 Ministry of Education: Message of the President on the Democratization of Education, March 1973, zitiert nach: Omar Osman (1975, 11).

46 Ist man im Bereich der Fachtermini um eine einheitliche Schreibung bemüht, so findet man jedoch noch häufig zwei oder drei verschiedene Schreibweisen bei Eigennamen, da bei diesen eine durchgehende Angleichung der vor der offiziellen Einführung der lateinischen Schrift gebräuchlichen Formen unterblieb.

Anmerkungen zu Seite 178 bis 184

47 Bis 1982 soll die Auflage des "Xiddigta Oktoobar" auf 30000 Exemplare angestiegen sein. Zusätzlich erscheinen auch wieder eine italienisch/arabisch-sprachige Tageszeitung (Horseed) und eine englischsprachige Wochenzeitschrift (Dawn).

48 Die Statistik der Schulbesucher während des Jahrzehnts 1960 - 1970 hatte folgendes Aussehen:

	Grundschule	weiterführende Schule	Sekundarschule	Total
1960/61	16332	2790	750	19872
1963/64	20848	4818	1117	25666
1966/67	21050	7532	2218	30800
1969/70	23842	14129	4185	42156

49 zitiert nach Hussein M. Adam (1968, 118)

50 Bei einer Gesamtfläche von 638000 km² sind 288000 km² als Weidefläche, jedoch nur 82000 km² landwirtschaftlich nutzbar, von denen momentan allerdings erst 7000 km² kultiviert sind.

51 Für das Jahr 1975 nannte die Weltbank folgende Viehbestände:

5.3 Mill. Kamele

4.0 Mill. Rinder

9.4 Mill. Schafe

15.3 Mill. Ziegen

Die heutigen Bestände sind 10% - 20% höher zu veranschlagen.

52 Eine detaillierte, Projektionen bis zum Jahre 2000 einschließende Beschreibung des die Aspekte Bevölkerungswachstum und Arbeitsplätze-

Anmerkungen zu Seite 184 bis 187

mangel abdeckenden Problemfeldes findet sich im Weltbank-Report (2881a - So): Somalia - Agricultural Sector Review des Jahres 1980.

53 Der durch die langanhaltende Dürre bewirkte Wassermangel führte bei den Herden der Nomaden zu Verlusten in Millionenhöhe. Schätzungen sprachen davon, daß 30% der Rinder, 20% der Ziegen und Schafe sowie 10% der Kamele verendeten. Vielen Familien wurde die Existenzgrundlage entzogen. Auf dem Höhepunkt der Not im April 1975 waren nicht weniger als 620000 Menschen von der Katastrophe betroffen. Von diesen suchten 260000 Zuflucht in den von der Regierung im Norden des Landes eingerichteten 21 Notlagern. Trotzdem starben innerhalb der nächsten fünf Monate nicht weniger als 16000 Personen durch Unterernährung und Krankheit.

54 Um jedoch einen groben Überblick über das Ausmaß der Kampagne zu geben, seien folgende Zahlen genannt: Insgesamt nahmen 1.260.000 Personen an den Unterweisungen teil, von denen sich 913.000 für die Abschlußprüfungen meldeten. Diesen Test bestanden 785.000 Personen (ca. 86%).
Zusätzlich weist die Erfolgsbilanz der Kampagne aus, daß 1.614.000 Personen ärztlich behandelt und 1.419.000 Personen geimpft wurden. Eine genaue Darstellung der Kampagne findet sich in: Omar Osman (1975), Ahmed Sharif Abbas (1979), Hussein M. Adam (1979) und Omar Osman/M. Wehrmann (1978).

55 zitiert nach: African Contemporary Records (1975/76, 306)

Anmerkungen zu Seite 187 bis 191

56 Es gibt nur eine Druckerei in Somalia. Sie wurde mit finanzieller und technischer Hilfe der Sowjetunion gebaut und wurde zwischenzeitlich mehrfach modernisiert. Da in ihr jedoch sämtliche Zeitungen, Schulbücher, offizielle Dokumente, Verordnungen, Formblätter etc. gedruckt werden müssen, ist der Spielraum zum Druck anderer Erzeugnisse gering.

5. Sprachpolitik zwischen strukturellen Restriktionen und gesellschaftlicher Transformation

1 Ibrahim Hashi Mahamed: Assūmāliyahi bilughati-Qur'an, 1963; zitiert nach Hussein M. Adam (1968, 15). (Da der Sinn der Ausführungen klar zu erschließen ist, wurde auf eine Korrektur des Zitats verzichtet.)

2 Houis (1971) benannte dieses Spezifikum der oralen Traditionen als "Zivilisation des Mündlichen".

3 Das Somali, das heute von 5 Millionen Menschen in Somalia, Kenia, Äthiopien und Djibouti gesprochen wird, zählt mit zu jenen afrikanischen Sprachen, die die größte Zahl muttersprachlicher Sprecher aufweisen. Eine dem Somali entsprechende bzw. eine größere Verbreitung besitzen:

Swahili (Ostafrika)	25 Mill.
Hausa (Westafrika)	20 Mill.
Yoruba (Nigeria)	13 Mill.

Anmerkungen zu Seite 191 bis 195

Igbo (Nigeria)	11 Mill.
Amharisch (Äthiopien)	9 Mill.
Ful (Westafrika)	9 Mill.
Oromo (Äthiopien)	7 Mill.
Ruanda-Rundi (Ruanda)	7 Mill.
Malinke (Westafrika)	6 Mill.
Sotho (Lesotho)	5 Mill.
Akan (Ghana)	5 Mill.

Alle Angaben stellen lediglich Schätzungen dar.

Übernahme aus: The World Almanac and Book of Facts 1979, herausgegeben von: Newspaper Enterprise Association, New York

- 4 Viele der Pioniere der afrikanischen Sprachwissenschaft waren Missionare. Genannt seien nur: S. W. Koelle (Kanuri), J. G. Christaller (Twi), S. A. Crowther (Yoruba) und J. F. Schön (Mende).
- 5 In den frühen Jahren des Kolonialismus waren nur die Swedish Lutherans (1896 - 1935) in Somalia tätig. Nach dem 2. Weltkrieg folgten die American Sudan Interior Mission (1954 - 1963) und die American Mennonites (1953 - 1963). 1963 erfolgte ein Verbot jeglicher nicht-islamischer Missionstätigkeit.
- 6 Welch starke Auswirkungen der Einfluß von Religionen auf Sprach- und Schriftgebrauch haben kann, ist bekannt. Als Beispiele seien das durch den Brahmanismus getragene Sanskrit und das durch den Katholizismus über die Jahrhunderte hinweg überlebende Latein genannt.

Anmerkungen zu Seite 197 bis 219

- 7 Redebeitrag von Mohamed Abshir auf einer Diskussionsveranstaltung des "Somali Institute for Public Administration" am 15. Oktober 1967; zitiert nach Hussein M. Adam (1968, 75).
- 8 Eine kritische Einschätzung jener traditionellen Elite nimmt Hussein Abdilahi Bulhan (1980, 27) vor: "Their orientation to establish beliefs is generally uncritical; their method of teaching, rote learning. Even when teaching the Holy Quran, it matters little to them if Arabic and the meaning of what is read is actually understood. Their commitment is to return to the old ways, deriving inspiration from the past. Their outlook is fatalistic."
- 9 Folgt man den von Deutsch entwickelten kybernetischen Modellen, so besitzt ein Gesellschaftssystem nur dann eine Überlebenschance, wenn es eine der Umweltkomplexität entsprechende Lernkapazität entwickelt. Die Kompetenz des durch die Beschaffenheit und die Qualität des Informationsnetzes und -flusses determinierten sozialen Lernens ist die Basis für eine Lösung akuter und zukünftiger Probleme. Beeinträchtigungen der Steuerungskapazität offenbaren sich dann, wenn materielle und immaterielle Ressourcen nicht in einem Maße eingesetzt werden wie es der Komplexität der Umwelt entspräche.
- 10 So gibt einer der befragten Politiker an, daß er die Entscheidung zwar gutheiße, er jedoch auch nach der offiziellen Einführung der lateinischen Schrift weiterhin bei der Abfassung persönlicher Schreiben oder bei Notizen sich der arabischen Schrift bediente.

Anmerkungen zu Seite 220 bis 241

- 11 Eine Befragung Mirrehs zu diesem Punkt konnte nicht erfolgen, da er sich im Exil befindet.
- 12 Umfassende Beiträge zu diesem Themenkreis liegen vor durch: Pye (ed.)(1963) und Schramm (1964).
- 13 Die Verwendung doppelter Anführungszeichen resultiert aus der Tatsache, daß sich Neher/Condon in ihren Ausführungen auf eine Beitrag Schramms beziehen.
- 14 Dieses Fehlen der notwendigen Anzahl von ausgebildeten Kräften in allen Bereichen macht sich in doppelter Hinsicht negativ bemerkbar, denn einerseits können sich die eigenen Entwicklungsbemühungen nur innerhalb der vorgegebenen engen Grenzen bewegen, andererseits sind dadurch selbst die Möglichkeiten zur Absorption potentieller, externer Hilfe beschränkt.

6. Zur Übertragbarkeit der somalischen Erfahrungen auf andere afrikanische Staaten

1 Die Bemühungen, die während des letzten Jahrzehnts im Bildungsektors erfolgten, werden durch folgende Zahlen dokumentiert:

	Primarschulen			Sekundarschulen		
	Schulen	Schüler	Lehrer	Schulen	Schüler	Lehrer
1970/71	287	50384	1654	26	7088	349
1971/72	310	59846	1946	29	8153	453
1972/73	359	78133	2454	33	9457	579
1973/74	407	96903	2842	42	10500	640

Anmerkungen zu Seite 242

	Primarschulen			Sekundarschulen		
	Schulen	Schüler	Lehrer	Schulen	Schüler	Lehrer
1975/76	844	219517	4281	39	7046	572
1976/77	1002	229030	6540	48	13666	988
1977/78	1085	228500	8392	48	14200	916
1978/79	1435	263807	8106	54	20688	1258

Quelle: Ministry of Education

- 2 Von den negativen Auswirkungen seien die folgenden herausgegriffen: Bei den Ausgebildeten wurden Einkommenserwartungen geweckt, die weitestgehend durch den Staat zu finanzieren waren. - Erhöhte Ausgaben für den Bildungssektor entziehen den anderen Sektoren Mittel. Da der erhöhte Bildungsstand durch fehlende Arbeitsbedingungen jedoch nicht anwendbar und volkswirtschaftlich nutzbar machen läßt, erweisen sich diese Ausgaben als unproduktiv. - In Erwartung hoher Einkommen bzw. Einfluß finanzieren Bauern ihren Kindern die Schulausbildung, anstatt das Geld für technische Neuerungen zu investieren.
- 3 Auf die von Pool gemachte Bemerkung, daß selbst eine in sich konsistente Sprachpolitik keine Garantie für einen zwangsläufig eintretenden Automatismus hinsichtlich einer Entwicklung bietet, war in Kapitel 1 verwiesen worden. Die Verhältnisse in Somalia bezeugen ihre Richtigkeit. Das Scheitern der umfassenden Entwicklungsvorstellungen (vgl. Weltbank: Memorandum on the Economy of Somalia, 1981) besagt jedoch nichts über die praktizierte Sprachpolitik und es wäre verfehlt, aus diesem Grunde die sprachpolitischen Bemühungen in Somalia ignorieren zu wollen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abdi Gaileh Mirreh, 1978 Die sozialökonomischen Verhältnisse der nomadischen Bevölkerung im Norden der Demokratischen Republik Somalia, Veröffentlichungen des Museums für Völkerkunde zu Leipzig, Heft 31, Berlin
- Abdi Heybe Elmi, 1979 The Somali Nomadic Education Project: An Instrument of Social Change, in: Hussein M. Adam (ed.) 1979, p. 156 - 176
- Ahmed Farah, 1977 Two Somali Dictionaries, in: Halgan No. 7, Mai 1977, p. 43 - 44
- Ahmed Sharif Abbas, 1979 Health Implication of the Rural Development Campaign, in: Hussein M. Adam (ed.) 1979, p. 194 - 206
- Alexandre, P., 1971 Multilingualism, in: Sebeok, Th. (ed.) 1971, p. 654 - 663
- Alexandre, P., 1972 Languages and Language in Black Africa, Evanston
- Almond, G. / Powell, G., 1966 Comparative Politics - A Development Approach, Boston: Little, Brown and Company
- Andrzejewski, B. W., 1956 Accentual Pattern in Verbal Form of the Isaaq Dialect of Somali, in: Bulletin of the School of Oriental and African Studies, Vol. 19, No. 1, p. 103 - 129
- Andrzejewski, B. W., 1964 Speech and writing dichotomy as the pattern of multilingualism in the Somali Republic, in: CSA/CCTA (eds.), Colloque sur le multilingualism, London, p. 177 - 181
- Andrzejewski, B. W. / Lewis, I. M., 1964 Somali Poetry: An Introduction, Oxford: Clarendon Press
- Andrzejewski, B. W. / Musa Galaal, 1966 The Art of the Verbal Message in Somali Society, in: Lukas, J. (ed.), Neue Afrikanische Studien, Hamburg
- Andrzejewski, B. W., 1971 The role of broadcasting in the adoption of the Somali language to modern needs, in: Whiteley, W. H. (ed.) 1971, p. 262 - 273
- Andrzejewski, B. W., 1978 The Development of a National Orthography in Somalia and the Modernization of the Somali Language, in: Horn of Africa, Vol. 1, No. 3, p. 39 - 46
- Andrzejewski, B. W., 1979 Language Reform in Somalia and the Modernization of the Somali Vocabulary, in: Northeast African Studies, Vol. 1, No. 3, p. 59 - 71
- Andrzejewski, B. W., 1980 The implementation of language planning in Somalia: a record of achievement, in: Language Planning Newsletter (Honolulu), Vol. 6, No. 1, p. 1 und 4 - 5
- Andrzejewski, B. W., 1981 The Survival of National Culture in Somalia during and after the Colonial Era, in: N. E. A., Vol. 1, No. 1, p. 3 - 15
- Andrzejewski, B. W., o. J. The history of Somali studies in language and literature before 1972, mimeo
- Ansre, G., 1971 Language Standardisation in Sub-Saharan Africa, in: Sebeok (ed.) 1971, p. 680 - 698
- Aronson, D., 1980 Kinsmen and Comrades: Towards a Class Analysis of the Somali Pastoral Sector, in: Nomadic Peoples, No. 7, p. 14 - 23

- Bamgbose, A., 1976 Language in National Integration: Nigeria as a Case Study, Vortrag gehalten auf dem 12. West African Language Congress, Ife
- Bamgbose, A., 1979 Models of Communication in Multilingual States, in: Journal of the Language Association of Eastern Africa, Vol. 4, No. 1, p. 5 - 18
- Behrens, H., 1980 Politische Entscheidungsprozesse, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Bell, C. R. V., 1953 The Somali Language, London: Longman
- Bendixen, P. / Kemmler, H. W., 1972 Organisation und Methodik innovativer Entscheidungsprozesse, Berlin
- Blaug, M., 1966 Literacy and economic development, in: The School Review, Vol. 74, No. 4, p. 393 - 418
- Bloomfield, L., 1933 Language, New York: Holt
- Calvet, L. J., 1978 Die Sprachenfresser - Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus, Berlin: Das Arsenal
- Castagno, M., 1975 Historical Dictionary of Somalia, Metuchen
- Cerulli, E., 1964 Scritti vari editi ed inediti, Vol. III, Rom
- Cohen, Y. A., 1961 Social Structure and Personality, New York
- Cyffer, N., 1977 Sprachplanung in Nigeria, in: Afrika Spektrum, Vol. 12, No. 3, p. 239 - 262
- Deutsch, K. W., 1953 Nationalism and Social Communication, Cambridge/Mass.: MIT-Press

- Deutsch, K. W. / Foltz, W. (eds.), 1963 Nation-Building, New York
- Dilger, K., 1979 Rechtserneuerung und Islam in Somalia, in: Verfassung und Recht in Übersee, Vol. 12, No. 1, p. 15 - 24
- Dreitzel, H. P., 1970 Rationales Handeln und politische Orientierung, in: Koch/Senghaas (eds.), Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, p. 14 - 53
- Edwards, J. R., 1977 Ethnic Identity and Bilingual Education, in: Giles, H. (ed.) 1977, p. 253 - 282
- Ellwein, Th., 1968 Politik und Planung, Stuttgart
- Elsenhans, H., 1981 Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Frankfurt/New York: Campus Verlag
- Fanon, F., 1968 The Wretched of the Earth, New York
- Ferguson, C., 1968 Language development, mimeo
- Feuereisen, F. / Schmach, E., 1968 Die Presse in Afrika, München
- Fishman, J. A., 1968 Some contrasts between linguistically homogeneous and linguistically heterogeneous polities, in: Fishman/Ferguson/ Das Gupta (eds.) 1968, p. 53 - 68
- Fishman, J. A. / Ferguson, C. / Das Gupta, J. (eds.), 1968 Language Problems of developing nations, New York: Wiley
- Fishman, J. A., 1971 National languages and languages of wider communication in the developing countries, in: Whiteley, W. H. (ed.) 1971, p. 27 - 56
- X Fishman, J. A. (ed.), 1971 Advances in the Sociology of Language, Vol. I + II, Den Haag: Mouton

- Fishman, J. A., 1972a Language in Sociocultural Change, Stanford: Stanford University Press
- Fishman, J. A., 1972 Language and Nationalism, Rowley/Mass.: Newbury House
- Fishman, J. A. (ed.), 1974 Advances in language planning, Den Haag: Mouton
- Fortes, M. / Evans-Pritchard, E. E., 1940 African Political Systems, London: Oxford University Press
- Friedrich, J., 1966 Geschichte der Schrift unter besonderer Berücksichtigung ihrer geistigen Entwicklung, Heidelberg
- Fröhlich, D., 1969 Multilingualismus und der Aufbau der Nation, in: König, R. (ed.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, p. 472 - 490
- Gelb, I. J., 1963 A Study of Writing, Chicago: University of Chicago Press
- Gesheker, Ch., 1978 Language, politics and university teaching in Somalia, in: Horn of Africa, Vol. 1, No. 1, p. 11 - 17
- Giles, H. (ed.), 1977 Language, Ethnicity and Intergroup Relations, London/New York: Academic Press
- Glück, H., 1979 Drei Thesen über Sprachenpolitik: begriffliche und methodische Probleme betreffend, in: van de Velde/Vandeweghe (eds.), Sprachstruktur, Individuum und Gesellschaft, Tübingen: Max Niemayer Verlag
- Gorman, Th. P., 1973 Language allocation and language planning in a developing nation, in: Rubin/Shuy (eds.), Language planning: Current issues and research, Washington: Georgetown University

- Gorman, Th. P., 1974 The development of language policy in Kenya with particular reference to the educational system, in: Whiteley, W. H. (ed.), Language in Kenya, Nairobi: Oxford University Press, p. 397 - 453
- Graburn, N. H., 1969 Art and Acculturative Process, in: International Social Science Journal, Vol. 21, p. 457 - 468
- Greenberg, J. H., 1957 Essays in Linguistics, Chicago
- Greenberg, J. H., 1966 The Languages of Africa, Den Haag: Mouton
- Grottian, P., 1974 Strukturprobleme staatlicher Planung, Hamburg: Hoffmann und Campe
- Guggenberger, B., 1980 Wertwandel und gesellschaftliche Fundamentalpolarisierung, in: Ellwein, Th. (ed.), Politikfeld-Analysen 1979, Opladen: Westdeutscher Verlag, p. 270 - 283
- Gumperz, J. / Hymes, D., 1972 Directions in Sociolinguistics, New York: Holt, Rinehart and Winston
- Haugen, E., 1966 Linguistics and Language Planning, in: Bright, W. (ed.), Sociolinguistics, Den Haag: Mouton
- Haugen, E., 1971 Dialect, Language, Nation, in: Pride/Holmes (eds.), Sociolinguistics, Harmondsworth, p. 97 - 111
- Heine, B., 1968 Afrikanische Verkehrssprachen, Köln
- Heine, B., 1979 Sprache, Gesellschaft und Kommunikation in Afrika, München: Weltforum Verlag
- Herbert, R. K. (ed.), 1975 Patterns in language, culture, and society: Sub-Saharan Africa. Proceedings of the Symposium held at the Ohio State University, April 1975, Columbus/Ohio

- Hess, R. L., 1966 Italian Colonialism in Somalia, Chicago:
University of Chicago Press
- Houis, M., 1971 Anthropologie linguistique de l'Afrique
Noire, Paris: Presses Universitaires de France
- Hussein Abdilahi Bulhan, 1980 The Captive Intelligentsia of Somalia,
in: Horn of Africa, Vol. 3, No. 1, p. 25 - 37
- Hussein M. Adam, 1968 A Nation in Search of a Script: The Problem
of Establishing a National Orthography for Somali, M.A. Thesis,
Makerere: University of East Africa
- Hussein M. Adam, 1979 The Revolutionary Development of the Somali
Language, in: Hussein M. Adam (ed.) 1979, p. 238 - 280
- Hussein M. Adam (ed.), 1979 Somalia: Revolutionary Transformations,
Mogadishu: State Printing Agency
- Hymes, D. (ed.), 1964 Language in Culture and Society, New York:
Harper and Row
- Inglehart, R. F. / Woodward, M., 1972 Language Conflicts and political
community, in: Giglioli (ed.), Language and Social Context,
London, p. 358 - 376
- International Labour Office, 1977 Economic Transformation in a
Socialist Framework, Addis Ababa
- Jernudd, B. H., 1971 Notes on Economic Analysis for Solving Language
Problems, in: Rubin/Jernudd (eds.) 1971, p. 263 - 276
- Jernudd, B. H. / Das Gupta, J., 1971 Towards a Theory of Language
Planning, in: Rubin/Jernudd (eds.) 1971, p. 195 - 215

- Jinadu, L. A., 1976 Language and politics: on the cultural basis
of colonialism, in: Cahiers d'Etudes Africaines, Vol. 16,
No. 3/4, p. 603 - 614
- Jochimsen, R., 1972 Planung des Staates in der technischen Welt,
in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundes-
regierung vom 9. Juni 1972, Nr. 85, p. 1179 - 1185
- Johnson, J. W., 1974 Heellooy Heelleellooy: The Development of the
Genre Heello in Modern Somali Poetry, Bloomington: Indiana
University
- Karam, F. X., 1974 Towards a Definition of Language Planning, in:
Fishman, J. A. (ed.) 1974, p. 103 - 126
- Kelman, H. C., 1969 Patterns of Personal Involvement in the
National System: A Social-Psychological Analysis of Political
Legitimacy, in: Rosenau, J. (ed.), International Politics and
Foreign Policy, 2. Auflage, New York: Free Press, p. 276 - 288
- Kelman, H. C., 1971 Language as an Aid and Barrier to Involvement
in the National System, in: Rubin/Jernudd (eds.) 1971,
p. 21 - 52
- King, J. S., 1887 Somali as a Written Language, in: The Indian
Antiquary (Bombay), Teil 1: August 1887, p. 242 - 243;
Teil 2: Oktober 1887, p. 285 - 287
- Kirk, J. W. L., 1905 A Grammar of the Somali Language with
Examples of Prose and Verse and an Account of the Yibir and
Midgan Dialects, Cambridge: Cambridge University Press

- Kloss, H., 1967 Types of Multilingual Communities: A Discussion of Ten Variables, in: Lieberman, S. (ed.), *Explorations in Sociolinguistics*, p. 7 - 17
- Kotey, P. A., 1975 The Official Language Controversy: Indigenous versus Colonial, in: Herbert, R. K. (ed.) 1975, p. 18 - 25
- Kotey, P. A. / Der-Houssikian, H. (eds.), 1977 Language and Linguistic Problems in Africa, Columbia/South Carolina: Hornbeam Press
- Labahn, Th., 1980 Implementation of Language Policy in Somalia: A Model for other African Nations, Vortrag gehalten auf dem 1. Congress of Somali Studies, Mogadishu
- X Laitin, D. D., 1977 Politics, Language, and Thought - The Somali Experience, Chicago: University of Chicago Press
- Laitin, D. D., 1979 Language Choice and National Development: A Typology for Africa, in: *International Interactions*, Vol. 6, No. 3, p. 291 - 321
- Laitin, D. D., 1981 Linguistic Dissociation: A Strategy for Africa, unveröffentlichtes Manuskript
- Landman, R. H., 1978 Language Policies and Their Implications for Ethnic Relations in the Newly Sovereign States of Sub-Saharan Africa, in: du Toit, B. M. (ed.), *Ethnicity in Modern Africa*, Boulder: Westview Press
- Lau, Ch., 1975 Theorien gesellschaftlicher Planung, Stuttgart: Kohlhammer Verlag

- Leibowitz, A. H., 1976 Language and Law: The Exercise of Political Power through Official Designation of Language, in: O'Barr/O'Barr (eds.) 1976, p. 449 - 466
- Lenneberg, E. H., 1953 Cognition and Ethnolinguistics, in: *Language*, Vol. 29, No. 4, p. 463 - 471
- Lewis, I. M., 1955 Peoples of the Horn of Africa: Somali, Afar and Saho, London: International African Institute
- Lewis, I. M., 1958 The Gadabuursi Somali Script, in: *Bulletin of the School of Oriental and African Studies*, Vol. 21, No. 1, p. 134 - 156
- Lewis, I. M., 1961 A Pastoral Democracy, London: Oxford University Press
- Lewis, I. M., 1965 The Modern History of Somaliland, New York/Washington: Praeger
- Lewis, I. M., 1975 The Nation, State, and Politics in Somalia, in: Smock/Bentsi-Enchill (eds.) 1975, p. 285 - 306
- Lewis, I. M., 1980 A Modern History of Somalia: Nation and State in the Horn of Africa, London/New York: Longman
- Lewis, L. J., 1962 Phelps-Stokes-Reports on Education in Africa, London: Oxford University Press
- Leymarie, P., 1976 Französisches Territorium der Afar und Isse (Djibouti), in: Nohlen/Nuscheler (eds.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. II, Hamburg: Hoffmann und Campe, p. 644 - 648

- Linguistic Report, 1961 The Linguistic Commission: The 1961 Linguistic Report, Mogadishu
- Lukens, J. G., 1978 Interethnic Conflict and Communicative Distances, Vortrag gehalten auf dem 9. Weltkongress der Soziologie, Uppsala
- Luling, V., 1971 The Social Structure of Southern Somali Tribes, Diss., University of London
- Markovitz, I., 1977 Power and Class in Africa, Englewood Cliffs
- Matthies, V., 1977 Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenia. Analyse eines zwischenstaatlichen Konflikts in der Dritten Welt, Hamburg
- Mayntz, R. / Scharpf, F. (eds.), 1973 Planungsorganisation, München: Piper
- Mazrui, A., 1966 The English language and political consciousness in British colonial Africa, in: Journal of Modern African Studies, Vol. 4, No. 3, p. 295 - 311
- McCormack, W. C. / Wurm, St. A. (eds.), 1979 Language and Society - Anthropological issues, Den Haag
- Mewis, C., 1975 Bemerkungen zur Sprachpolitik in der Republik Somalia, in: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung, Heft 28, p. 324 - 330
- Miljan, T., 1978 Language, Society, Economics and Politics: Planning for Conflicting Objectives, Vortrag gehalten auf dem 9. Weltkongress der Soziologie, Uppsala

- Ministry of Information and National Guidance, 1970 + 1971 + 1975
Somalia Today, Mogadishu: State Printing Agency
- Ministry of Information and National Guidance, 1976 Why we choose Scientific Socialism, Mogadishu: State Printing Agency
- Ministry of Information and National Guidance, 1979 March of the Revolution: 10th Anniversary 1969 - 1979, Mogadishu: State Printing Agency
- Mohamoud Hassan, 1980 Status of Human Rights in Somalia, in: Horn of Africa, Vol. 3, No. 2, p. 3 - 13
- Monaco, J., 1980 Film verstehen, Reinbek: Rowohlt
- Moreno, M. M., 1955 Il Somalo della Somalia, grammatica e testi del Benadir, Darod e Dighil, Rom
- Müller-Freienfels, R., 1950 Zur Psychologie und Soziologie der Schrift, in: Beiträge zur Gesellungs- und Völkerwissenschaft, Prof. Dr. Richard Thurnwald zu seinem 80. Geburtstag, Berlin, p. 297 - 312
- Musa Galaal, 1954 Arabic Script for Somali, in: Islamic Quarterly, Vol. 1, No. 2, p. 114 - 118
- Musa Galaal, 1977 Somalie, in: Sow, A. I. (ed.) 1977, p. 335 - 339
- Mutahi, K., 1979 Language Policies in Multilingual Communities, in: Journal of the Language Association of Eastern Africa, Vol. 4, No. 1, p. 95 - 105
- Narr, W.-D., 1969 Theoriebegriffe und Systemtheorie, Stuttgart: Kohlhammer Verlag
- National Language Commission, 1972 Report on Somali Text Books, Mogadishu, mimeo

- Neher, W. W. / Condon, J. C., 1975 The Mass Media and Nation Building in Kenya and Tanzania, in: Smock/Bentsi-Enchill (eds.) 1975, p. 220 - 239
- Neustupny, J., 1968 Some General Aspects of "Language" Problems and "Language" Policy in Developing Societies, in: Fishman/Ferguson/Das Gupta (eds.) 1968, p. 285 - 294
- Neustupny, J., 1974 Basic Types of Treatment of Language Problems, in: Fishman, J. A. (ed.) 1974, p. 37 - 48
- Nonnenmacher, G., 1980 Mangel und Herrschaft, in: Ellwein, Th. (ed.), Politikfeld-Analysen 1979, Opladen: Westdeutscher Verlag, p. 569 - 582
- Nuruddin Farah, 1970 From a Crooked Rib, London: Heinemann
- Nuscheler, F., 1978 Politische Organisation und Repräsentation in Afrika - Somalia, in: Sternberger/Vogel/Nohlen/Landfried (eds.), Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Berlin/New York: de Gruyter, p. 1909 - 1943
- Nyerere, J., 1967 Education for Self-Reliance, Dar-es-Salaam
- X O'Barr, W. / O'Barr, J. F. (eds.), 1976 Language and Politics, Den Haag: Mouton
- O'Barr, W., 1976 The Study of Language and Politics, in: O'Barr/O'Barr (eds.) 1976, p. 1 - 27
- O'Barr, W., 1976 Boundaries, Strategies, and Power Relations: Political Anthropology and Language, in: O'Barr/O'Barr (eds.) 1976, p. 405 - 420

- Okonkwo, C. J. E., 1975 A Function-oriented Model of Initial Language Planning in Sub-Saharan Africa, in: Herbert, R. K. (ed.) 1975, p. 37 - 52
- Omar Osman Mohamed, 1975 From Written Somali to a Rural Development Campaign, Mogadishu
- Omar Osman Mohamed, 1977 Administrative Wirksamkeit und Sprache der Administration in der Demokratischen Republik Somalia, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Heft 5, p. 789 - 806
- Omar Osman Mohamed / Wehrmann, M., 1978 The rural development campaign in Somalia 1974/75, in: Vierteljahresberichte - Probleme der Entwicklungsländer (Bonn), No. 72, p. 135 - 145
- Omar Osman Mohamed, 1979 The Impact and Contribution of Literacy towards Rural Development in Somalia, in: Hussein M. Adam (ed.) 1979, p. 281 - 303
- Osman Mohamoud, 1981 Somalia: Crisis and Decay in an Authoritarian Regime, in: Horn of Africa, Vol. 4, No. 3, p. 7 - 11
- Page, R. B. de, 1964 The national language question - Linguistic problems of newly independent states, London: Oxford University Press
- Pankhurst, S., 1951 Ex-Italian Somaliland, New York: Greenwood
- Pool, J., 1972 National Development and Language Diversity, in: Fishman, J. A. (ed.) 1972, p. 213 - 230
- Pye, L. (ed.), 1963 Communication and Political Development, Princeton: Princeton University Press

- Rapoport, A., 1970 Fights, Games and Debates, Ann Arbor: University of Michigan
- Reh, M., 1981 Sprache und Gesellschaft, in: Heine/Schadeberg/Wolff (eds.), Die Sprachen Afrikas, Hamburg: Buske Verlag, p. 513 - 558
- Reh, M. / Heine, B., 1982 Sprachpolitik in Afrika, Köln (im Druck)
- Roger, E., 1969 Modernization among Peasants, New York
- Ronge, V. / Schmiege, G. (eds.), 1971 Politische Planung in Theorie und Praxis, München: Piper
- Rubin, J. / Jernudd, B. H., 1971 Language Planning as an Element in Modernization, in: Rubin/Jernudd (eds.) 1971, p. XIII - XXIV
- Rubin, J. / Jernudd, B. H. (eds.), 1971 Can Language be Planned?, Honolulu: University Press of Hawaii
- Rubin, J., 1971 Evaluation and Language Planning, in: Rubin/Jernudd (eds.) 1971, p. 217 - 252
- Rubin, J. / Shuy, R. (eds.), 1973 Language planning: Current issues and research, Washington: Georgetown University Press
- Rubin, J., 1976 Language and Politics from a Sociolinguistic Point of View, in: O'Barr/O'Barr (eds.) 1976, p. 389 - 404
- Saint-Véran, R., 1977 A Djibouti avec les Afars et les Issas, Cagnes: Tholomier
- Salzman, P., 1967 Political Organization among Nomadic People, in: Proceedings of the American Philosophical Society, 1967, p. 115 - 131

- Schmitt, A., 1960 Entstehung und Entwicklung von Schriften, Köln/Wien
- Schramm, W., 1964 Mass Media and National Development, Stanford: Stanford University Press
- Schütz, A., 1971 Das Problem der Relevanz, Frankfurt: Suhrkamp
- Scotton, C. M., 1971 Choosing a Lingua Franca in an African Capital, Edmonton
- Sebeok, Th. (ed.), 1971 Current Trends in Linguistic, Vol. 7, Den Haag: Mouton
- Service, E. R., 1962 Primitive Social Organizations, New York: Random House
- Siad Barre, 1979 My Country and my People - Selected Speeches 1969 - 1979 published by Ministry of Information and National Guidance, Mogadishu: State Printing Agency
- Smock, D. R. / Bentsi-Enchill, K. (eds.), 1975 The Search for National Integration in Africa, New York: The Free Press
- Somaliya, Antologia Storico-Culturale, 1968 Occasional journal of the Cultural Department of the Ministry of Education, No. 7
- Sow, A. I. (ed.), 1977 Langues et politiques de langues en Afrique noire - L'expérience de UNESCO, Paris
- Spencer, J. (ed.), 1963 Language in Africa: Papers on the Leverhulme Conference on Universities and the Language Problems of Tropical Africa, Cambridge: Cambridge University Press

- Spencer, J., 1971 Colonial Language Policies and Their Legacies,
in: Sebeok, Th. (ed.) 1971, p. 537 - 547
- Spolsky, B. / Cooper, R. L. (eds.), 1978 Case Studies in Bilingual
Education, Rowley: Newbury House
- Stalin, J. W., 1974 Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft,
Peking
- Tadadjeu, M., 1977 Cost-Benefit Analysis and Language Education
Planning in Sub-Saharan Africa, in: Kotey/Der-Houssikian (eds.)
1977, p. 3 - 34
- Tauli, V., 1968 Introduction to a Theory of Language Planning,
Acta Universitatis Upsaliensis, Uppsala
- Thompson, V. / Adloff, R., 1968 Djibouti and the Horn of Africa,
Stanford: Stanford University Press
- Thorburn, Th., 1971 Cost-Benefit Analysis in Language Planning, in:
Rubin/Jernudd (eds.) 1971, p. 253 - 262
- UN, 1954 Yearbook of the United Nations 1953, New York
- UNESCO, 1953 The Use of Vernacular Languages in Education,
UNESCO Monographs on Fundamental Education 8, Paris
- UNESCO, 1961 Conference of African States on the Develop-
ment of Education in Africa - Final Report, Paris
- UNESCO, 1966 Somalia: The Writing of Somali, WS/0866.90
(CLT), Paris
- UNESCO, 1970 Meeting of Experts on the Contribution of
African Language to Cultural Activities and Literacy Pro-
grammes, Paris

- Whiteley, W. H., 1971 Language Policies of Independent African
States, in: Sebeok, Th. (ed.) 1971, p. 548 - 559
- X Whiteley, W. H. (ed.), 1971 Language Use and Social Change,
London: Oxford University Press
- Wolff, H., 1967 Language, ethnic identity and social change
in Southern Nigeria, in: Anthropological Linguistics, Vol. 9,
No. 1, p. 18 - 25
- Yaasiin C. Keenadiid, 1976 Qaamuuska Af-Soomaaliga, Florenz
- Neben den bislang genannten Büchern und Artikeln wurde eine Vielzahl
somalischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Diejenigen, die
Eingang in die Arbeit fanden, seien im folgenden genannt: Giornale
Nuovo, Corriere della Somalia, Somali National Review, La Tribuna,
Somali News, Dawn, Stella d'Ottobre und Halgan.

Übersicht über die Sprachsituation in den Staaten Afrikas

Nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Dominanz europäischer Sprachen als offizielle Kommunikationsmittel und die Heterogenität der sprachlichen Situation in den afrikanischen Staaten.

Die Daten sind einer Vielzahl von Publikationen entnommen. Spalte 1 weist die Bevölkerungszahlen (in Mill.), Spalte 2 die offizielle Sprache und Spalte 3 die dominanten bzw. die weitestverbreiteten Sprachen der einzelnen Länder aus. In Spalte 4 ist jeweils die geschätzte Gesamtzahl der im jeweiligen Land benutzten Sprachen verzeichnet.

	1	2	3	4
Angola	6.5	Portugiesisch	Umbundu, Kimbundu, Chokwe	20
Äthiopien	30.0	Amharisch	Oromo, Tigrinya	50
Benin	3.5	Französisch	Fon, Bariba, Yoruba	15
Botswana	0.75	Englisch, Tswana	Shona	3
Burundi	4.2	Französisch, Rundi	Twa	3
Elfenbeinküste	5.6	Französisch	Baule, Dyula, Senufo	50
Gabun	0.6	Französisch	Fang, Banjabi	15
Gambia	0.6	Englisch	Malinke, Wolof, Ful	10
Ghana	11.3	Englisch	Akan, Ewe, Dagbane	45
Guinea	4.9	Französisch	Susu, Ful, Malinke	20
Kamerun	7.0	Französisch, Englisch	Bamileke, Duala	90

	1	2	3	4
Kenia	15.2	Englisch	Swahili, Kikuyu, Luo	30
Kongo (Brazzav.)	1.7	Französisch	Kikongo, Teke, Lingala	10
Lesotho	1.2	Sotho	Zulu, Xhosa	3
Liberia	1.9	Englisch	Kpelle, Bassa, Kru	30
Malawi	5.6	Englisch, Chewa	Yao, Nguri	10
Mali	6.2	Französisch	Bambara, Ful, Senufo	15
Mosambique	9.9	Portugiesisch	Makua, Thonga, Nyungwe	25
Niger	5.0	Französisch	Hausa, Songhai, Ful	15
Nigeria	69.5	Englisch	Hausa, Yoruba, Igbo	400
Obervolta	6.5	Französisch	Mossi, Dyula, Bolo	25
Ruanda	4.8	Französisch, Swahili Ruanda		3
Sambia	5.6	Englisch	Bemba, Nyanja, Lozi	75
Senegal	5.2	Französisch	Wolof, Ful, Serer	15
Sierra Leone	3.6	Englisch	Mende, Temne	10
Simbabwe	6.9	Englisch	Shona, Ndebele	—
Sudan	16.4	Arabisch	Dinka, Nuer	150
Tanzania	16.3	Swahili, Englisch	Sukuma	50
Togo	2.5	Französisch	Ewe, Kabre, Bassari	15
Tschad	4.5	Französisch	Arabisch, Sara, Kanuri	20
Uganda	12.6	Englisch	Swahili, Ganda, Teso	25
Zaire	26.9	Französisch	Kikongo, Lingala, Swahili	50
Zentralafr. Rep.	3.0	Französisch	Sango, Banda, Gbaya	35

Schriftsysteme

Eine Auswahl der früher in Somalia gebrauchten bzw. entwickelten Schriftsysteme soll hier wiedergegeben werden. Es handelt sich dabei um die Reproduktion einer bei Hussein Adam (1968, 29/30) veröffentlichten Tabelle.

Die in der obersten Zeile angegebenen Zahlen bezeichnen die einzelnen Schriften: Bei den Spalten 1, 3 und 6 handelt es sich um modifizierte arabische Schriften, die von Sheikh Mahamed Abdi Makaahil, Musa Galaal und Ibrahim Hashi Mahamud vorgeschlagen wurden. Die Spalten 4, 5 und 7 zeigen modifizierte lateinische Alphabete, die von Musa Galaal, Abdulahi Haji Mahamud und Shirre Jama Ahmed entwickelt wurden, während die eigenständigen, somalischen Innovationen in den Spalten 2 (Osmania), 8 (Gadabuursi) und 9 (Kaddaria) aufgeführt sind.

Vokale

1	2	3	4	5	6	7	8	9
ا	9	ق	i	i	ى	i	1	ق
اِ	ل	ق	e/ɛ	e	ئ	e	H	ق
اِي	س	ق	a/ɔ	a	ا	a	T	ق
اِو	ن	ق	o/ɔ	o	و	o		ق
اِو	ن	ق	u/y	u	و	u	C	ق
اِي	ع	ق	ii/ji	ī	اِي	ii	L	ق
اِي	ع	ق	ee/ɛe	ē	اِي	ee		ق
اِي	ع	ق	aa/ɔa	ā	اِي	aa		ق
اِي	ع	ق	oo/ɔo	ō	اِي	oo	o	ق
اِي	ع	ق	uu/yu	ū	اِي	uu	ce	ق

Konsonanten

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
(b)	ب	ب	ب	b	b	ب	b	ب	ب
(d)	د	د	د	d	d	د	d	د	د
(t)	ت	ت	ت	t	t	ت	t	ت	ت
(d)	ث	ث	ث	ḏ	dh	ط	dh	ط	ط
(g)	ك	ك	ك	g	g	غ	g	ك	ك
(k)	ك	ك	ك	k	k	ك	k	ك	ك
(q)	ق	ق	ق	q	q	ق	q	ق	ق
(?)	ع		ع	ʔ		ع	ʔ	ع	ع
(f)	ف	ف	ف	f	f	ف	f	ف	ف
(s)	س	س	س	s	s	س	s	س	س
(ʃ)	ش	ش	ش	sh	sh	ش	sh	ش	ش
(x)	خ	خ	خ	kh	kt	خ	kh	خ	خ
(ɟ)	ج	ج	ج	c	c	ج	c	ج	ج
(tʃ)	ح	ح	ح	tʃ	hh	ح	ch	ح	ح
(h)	ه	ه	ه	h	h	ه	h	ه	ه
(tʃ)	ج	ج	ج	j	j	ج	j	ج	ج
(m)	م	م	م	m	m	م	m	م	م
(n)	ن	ن	ن	n	n	ن	n	ن	ن
(r)	ر	ر	ر	r	r	ر	r	ر	ر
(l)	ل	ل	ل	l	l	ل	l	ل	ل
(w)	و	و	و	w	w	و	w	و	و
(j)	ي	ي	ي			ي		ي	ي

- HAGOLANI, E.: Das Kulturmodell der bantu-sprechenden Rindernomaden Südwestafrikas
Diss. New York. 1968. IX, 74 S. DM 10.- ISBN 3-87118-175-7
- MEYER-BAHLBURG, H.: Studien zur Morphologie und Syntax des Musgu (Nordkamerun)
HbgerPhilologStud. Bd. 24. 1972, 239 S. DM 28.- ISBN 3-87118-053-x
- NURSE, DEREK: Classification of the Chaga Dialects. Language and History on Kilimanjaro,
 the Taita Hills, and the Pare Mountains (*Bibliography pp 564-582*).
 1979. 584 pp with 24 tables and 3 maps DM 84.- ISBN 3-87118-379-2
- REH, M./HEINE, B.: Sprachpolitik in Afrika. 1982. 320 S. ISBN 3-87118-510-8
- SCHLEE, G.: Sprachliche Studien zum Rendille. Grammatik, Texte, Glossar with English
 summary of Rendille Grammar (*HbgerPhilStud 46*)
 1978. VIII, 166 S. m. Karte DM 26.- ISBN 3-87118-336-9
- SHEIKH, S.: Masomo ya bidii (A Swahili Intensive Course)
 1978. VII, 55 pp DM 9.80 ISBN 3-87118-321-0
- SIBOMANA, L.: Deskriptive Tonologie des Kinyarwaanda (*HbgerPhilologStud Bd 36*)
 1974. XXI, 205 S. DM 28.- ISBN 3-87118-182-x
- SCHRIFTEN DER VEREINIGUNG VON AFRIKANISTEN IN DEUTSCHLAND VAD.
 Band 1: PROBLEME INTERDISZIPLINÄRER AFRIKANISTIK. Die erste Jahrestagung
 der VAD 1969. 1970. 142 S. DM 16.- ISBN 3-87118-021-0
- Band 2: GROHS, G. (Hg.): Theoretische Probleme des Sozialismus in Afrika. Négritude und
 Arusha-Deklaration. 2. Jahrestagung der VAD 1970.
 1971. 288 S. DM 29.80 ISBN 3-87118-080-7
- Band 4: MANDENG, P.: Auswirkungen der deutschen Kolonialherrschaft in Kamerun. Die
 Arbeitskräftebeschaffung i. d. Südbezirken Kameruns während d. dt. Kolonialherrschaft
 1884-1914. 1973. IX, 204 S., 1 Falttaf. DM 26.- ISBN 3-87118-128-5
- Band 5: HINZ, M. O. (Hg.): Ethnische Minoritäten im Prozeß nationaler Integration in Afrika.
 3. Jahrestagung des VAD 1971.
 1974. 158 S. DM 20.- ISBN 3-87118-157-9
- Band 6: MEYER, R.: Die französische Politik der coopération culturelle et technique und die
 nationale Entwicklung. Funktionale Erziehung im Niger/Dépt. Maradi.
 1974, X, 322 S. m. 2 Ktn., 5 Abb., 20 Tab. DM 36.- ISBN 3-87118-158-7
- Band 7: BENZING, B. (Hg.): Beiträge zu den Problemen und Tendenzen der Sozialwissen-
 schaften in Afrika. 4. Jahrestagung der VAd 1972.
 1975. XII, 102 S. DM 14.- ISBN 3-87118-170-6
- Band 8: BENZING, B./BOLZ, R. Hg.): Methoden der afrikanistischen Forschung und Lehre in
 der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Bilanz. 5. Jahrestagung der VAD 1973.
 1976. XII, 224 S. DM 28.- ISBN 3-87118-246-x
- WEITERE WERKE ZUR ALLGEMEINEN SPRACHWISSENSCHAFT
- COLLINDER, BJÖRN: Sprache und Sprachen. Einführung in die Sprachwissenschaft.
 1978. 293 S. mit zahlr. Abb. u. Tab. DM 19.80 ISBN 3-87118-324-5
- HEEPE, MARTIN (Hg.): Lautzeichen und ihre Anwendung in verschiedenen Sprachgebieten.
 1928. Nachdruck mit einem Nachwort von Elmar Ternes.
 1982. (VIII), 116 + 16 Seiten *In Vorbereitung* ISBN 3-87118-495-0
- PFEIFFER-RUPP, RÜDIGER: Handbuch des sprachwissenschaftlichen Typoskripts.
 1979. XXII, 423 S. m. Zahlr. Mustern u. Tab. DM 48.- ISBN 3-87118-371-7
 Bibliotheksausgabe. Leinen DM 64.- ISBN 3-87118-370-9
- PFEIFFER-RUPP, RÜDIGER: Die sprachwissenschaftliche Arbeit.
 Formen und Techniken. 1980. XI, 261. z.T. Farb. S.
 mit zahlr. Mustern und Tab. DM 14.80 ISBN 3-87118-374-1
- SCHMIDT, PATER WILH.: Die Sprachfamilien und Sprachkreise der Erde. 1926.
 Nachdruck 1977. XVI, 595 Seiten DM 84.- ISBN 3-87118-277-x
- : - Atlasband mit 14 mehrfarb. großformat. Karten
 DM 64.- ISBN 3-87118-278-8